UNIV.OF
TORONTO
LIBRARY

Presented to
The Library
of the
University of Toronto
by
Professor H. A. Innis

Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland

Herausgegeben

von

Friedrich Thimme und Carl Legien

23685-1
2:11:29

Verlag von S. Hirzel in Leipzig
1915

Ausgegeben den 14. August 1915.

Copyright by S. Hirzel at Leipzig, 1915.
(Vorschrift zum Schutz des Urheberrechts in Amerika.)

Das Recht der Übersetzung ist vorbehalten.

Druck von August Pries in Leipzig.

Vorwort.

Immer wieder ist in dieser Zeit der Wunsch ausgesprochen worden, daß es gelingen möge, die Einheit und Einigkeit des ganzen deutschen Volkes, die sich im Weltensturm so herrlich offenbart hat, aus der Kriegszeit hinüberzuretten in die Zeit des künftigen Friedens. Aber auch der Zweifel ist laut geworden, ob eine solche fortdauernde Einheit des Volkstums bei den vielfachen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen, den Unterschieden der Klassen und der Parteien, vor allem auch der tiefen Kluft zwischen den bürgerlichen Klassen und der Sozialdemokratie überhaupt möglich sei. Über Hoffnung und Zweifel wird letzten Endes erst die Zukunft entscheiden können. Aber nichts kann wichtiger sein, als sich heute schon über die Möglichkeit und die Bedingungen einer geistigen Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Geisteswelt klar zu werden. Dieser Erkenntnis verdankt die vorliegende Schrift ihre Entstehung. In ihr haben sich eine gleiche Anzahl bürgerlicher Gelehrter und sozialdemokratischer Schriftsteller zusammengefunden, um die Probleme der künftigen Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland gemeinsam zu erörtern. Von beiden Seiten ist man bemüht gewesen, ein klassisches Beispiel dafür aufzustellen, wie solche Probleme nach den Erfahrungen und Lehren des Krieges in der Zukunft von Einzelnen wie von ganzen Parteien behandelt werden sollten. Es ist selbstverständlich, daß die einzelnen Mitarbeiter, die von den Aufsätzen der anderen durchweg keine Kenntnis hatten, nur für den eigenen Artikel verantwortlich sind; auch die beiden Herausgeber wollen und können nicht für alles einstehen, was von der einen oder der anderen Seite gesagt ist. Sie haben, soweit es sich um Meinungen und Anschauungen in den Artikeln handelt, den Verfassern völlig freie Hand gelassen und nur darauf gehalten, daß die Polemik gegen andere Parteien oder einzelne Personen möglichst vermieden ist. Im ganzen ergibt doch, dem Eindruck wird sich niemand entziehen, die zum ersten Mal in solchem Umfang versuchte Arbeitsgemeinschaft zwischen

bürgerlichen und sozialistischen Schriftstellern ein solches Maß gegenseitigen Verständnisses, bei aller natürlichen Verschiedenheit der Auffassungen, daß die Hoffnungen auf ein gemeinsames gedeihliches Zusammenwirken im und am neuen Deutschland nur neu belebt werden können.

Bei der Anordnung der einzelnen Aufsätze, die durchweg bereits im Mai niedergeschrieben worden sind, ist möglichst nach sachlichen Gesichtspunkten, und zwar so verfahren worden, daß je ein bürgerlicher und ein sozialistischer Aufsatz zusammengestellt sind. Eine Ausnahme von dieser Regel ist nur insofern eingetreten, als hinter die Aufsätze von Anschütz und Scheidemann, die der Neuorientierung unseres Verfassungslebens und der inneren Politik gewidmet sind, der Aufsatz von Hirsch eingereiht ist, der einen verwandten Gegenstand behandelt. Da es anzunehmen ist, daß die Schrift auch in Kreise dringen wird, denen die Parteizugehörigkeit der einzelnen Mitarbeiter nicht bekannt ist, so wollen wir bemerken, daß die Verfasser der Aufsätze 1, 3, 5, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20 der bürgerlichen Seite, die anderen der sozialdemokratischen angehören.

Die Herausgeber.

Inhalt.

1. Dr. Hermann Oncken, o. Professor an der Universität Heidelberg: Die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation 1
2. Gustav Noske, M. d. R., Redakteur der Volksstimme in Chemnitz: Der Krieg und die Sozialdemokratie 12
3. Dr. Friedrich Meinecke, Geheimer Regierungsrat, o. Professor an der Universität Berlin: Sozialdemokratie und Machtpolitik 21
4. August Winnig, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Zweiter Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes: Der Krieg und die Arbeiter-Internationale 32
5. Dr. Gerhard Anschütz, Geheimer Justizrat, o. Professor an der Universität Berlin: Gedanken über künftige Staatsreformen. 42
6. Philipp Scheidemann, M. d. R., Sekretär im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin: Zur Neuorientierung der inneren Politik 58
7. Paul Hirsch, M. d. A., Stadtverordneter in Charlottenburg: Gemeindeverfassung 68
8. Prof. Dr. Ernst Francke, Stadtrat, Leiter des Bureaus für Sozialpolitik, Herausgeber der Sozialen Praxis, Berlin: Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland. 81
9. Carl Legien, M. d. R., Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Die Gewerkschaften 90
10. Dr. Edgar Jaffé, a. o. Professor an der Universität München: Die Vertretung der Arbeiterinteressen im neuen Deutschland. 98
11. Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt beim Kammergericht Berlin: Vom Arbeiterrecht nach dem Kriege. 115
12. Prof. Dr. Waldemar Zimmermann, Privatdozent an der Universität Berlin: Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege 131
13. Dr. Paul Lensch, M. d. R., Neubabelsberg: Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung 139
14. Dr. Ferdinand Tönnies, o. Professor an der Universität Kiel: Die Sozialpolitik nach dem Kriege 147
15. Robert Schmidt, M. d. R., Leiter der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Neue Wege in der Sozialpolitik 159
16. Dr. D. Ernst Troeltsch, Geheimer Regierungsrat, o. Professor an der Universität Berlin: Die Kirchen- und Religionspolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie 167

17. Paul Umbreit, Redakteur des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin: Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg 184
18. Dr. Paul Natorp, o. Professor an der Universität Marburg: Die Wiedergeburt unseres Volkes nach dem Kriege 194
19. Heinrich Schulz, M. d. R., Vorsitzender des Zentral-Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin-Steglitz: Die Schule nach dem Kriege 207
20. Dr. Friedrich Thimme, Bibliotheksdirektor des Herrenhauses, Berlin: Gemeinsame Arbeit, der Weg zum inneren Frieden 222

Die Deutschen auf dem Wege zur einigen und freien Nation.

Von Hermann Oncken.

Das Erlebnis dieses Krieges vollendet die deutschen Geschicke nach außen und nach innen. Das ist sein tiefster Sinn, wenn man dieses Geschehen in den großen geschichtlichen Zusammenhang einordnet.

Welch einen ergreifend schweren und unabsehbar weiten Weg haben wir in der Weltgeschichte zurücklegen müssen, bis aus den deutschen Stämmen wieder ein deutsches Volk, aus den deutschen Territorien endlich ein deutscher Nationalstaat wurde. Unvergessen ruht in unseren Herzen das Gedächtnis der Stufen, auf denen im 19. Jahrhundert die Entwicklung zum neuen Reiche aufstieg: zuerst die ideelle Vorbereitung, in der unsere tiefsten und feinsten Denker die Saat einer nationalen Gedankenwelt ausstreuten; dann die Erfüllung der Gemüter mit der unendlichen Sehnsucht nach einem würdigen Hause für die nationale Gemeinschaft, die Durchdringung der Köpfe und bald auch der Massen mit politischem Wollen und der stürmisch ungeregelte Anlauf Aller auf das große Ziel; und schließlich die militärisch-politische Lösung der deutschen Schicksalsfrage durch das Werk Bismarcks, die Wiedergeburt des Reiches.

Der äußere Abschluß war die Tat, die allem andern vorausgehen mußte, aber er war noch nicht die innere Vollendung der Nation, und er konnte es nicht sein. Die innere Vollendung konnte sich nicht in dem Tempo einstellen, in dem die Hammerschläge des Krieges und der Diplomatie das Neue gefügt hatten: nicht auf einmal konnte in dem nach außen abgeschlossenen neuen Staate eine innerlich geschlossene, von einem starken, freien und gleichen Nationalgefühl getragene Nation erstehen. Noch blieben manche der alten Gegensätze unter der Oberfläche lebendig, wie es nicht anders sein konnte in einem Volke, das schließlich durch den, Gott sei Dank nur kurzen, Bürgerkrieg von 1866 hindurch zu seiner letzten Gestaltung gelangt war; noch brachen konfessionelle, landschaftliche, dynastische Gegensätze, das ganze unselige Vermächtnis einer narbenreichen Geschichte,

das nicht mit einem einzigen Ruck abgeschüttelt werden konnte, immer wieder durch und vertieften die inneren Kämpfe, in denen der innere Ausbau des Reiches erfolgte, mit übermäßiger Bitterkeit. Heute erst dürfen wir beruhigt sagen, daß die ganze Welt dieser historischen Gegensätze wirklich der Vergangenheit angehört.

Tiefer noch griffen, wenn auch im Augenblick der Reichsgründung noch nicht so erkennbar, innere Gegensätze neueren Ursprungs. Es war das Schicksal der Deutschen, daß sie zur Nation heranwuchsen in den Menschenaltern, welche eine nie zuvor erlebte soziale Umwälzung über die Welt heraufführten. Die Probleme dieser Umwälzung, die schon die alten geschlossenen Nationalstaaten, wie England und Frankreich, auf das schwerste erschütterten, überraschten uns —, wie wenn ein im Felde stehendes Heer gleichzeitig eine Umbildung seiner inneren Organisation und eine Umformung seines Geistes erlebt — mitten auf dem Marsche zu neuen nationalen Zielen: die Probleme der kapitalistischen Entwicklung, der Herausbildung des Bürgertums, der Entstehung eines industriellen Arbeiterstandes, einer ungeheuren Durchschüttelung der Massen und Tiefen kamen über Nacht über uns. In diesem zeitlichen Parallelismus, in diesem wechselseitigen Verflochtensein der nationalen und der sozialen Fragen lag für die Mitlebenden die innerste Schwierigkeit und wird für den späteren Historiker immer der geheimste Reiz der neueren Reichsgründungsgeschichte liegen. Gewiß hatten wir diese sozialen Probleme erst etwa ein oder zwei Menschenalter nach den westlichen Völkern zu lösen, dann aber mußten wir sie in einem Tempo und einem Umfange, wie fast keines von den andern, durchkämpfen, und heute dürfen wir sagen: es bleibt immer ein Ruhmestitel der Deutschen, wie sie — neben ihrer nationalen Aufgabe — auch diese andere in geistiger und organisatorischer Arbeit bewältigt haben.

Aber diese sozialen Probleme waren noch ungelöst, als das Reich entstand, man darf sogar sagen, daß die Art, wie dieses Reich entstand und entstehen mußte, ihrer Lösung nicht von vornherein günstig lag. Die militärisch-bureaukratischen Machtmittel, die das Reich schufen, waren unentbehrlich — ohne sie wäre es in der Mitte Europas nicht wieder zu einer unabhängigen und starken Staatsgründung gekommen —, aber sie entstammten zugleich einer sehr ausgesprochenen Tradition, einer bestimmten Herrenschicht des alten Preußens, sie hatten auch nach innen hin ein politisch und klassenmäßig unverkennbares Antlitz. Staaten sind geneigt, sich mit den-

jenigen Mitteln zu erhalten, mit deren Hilfe sie emporgekommen sind —, welche Brücken führten von diesen Machtmitteln des altpreußischen Herrschaftsstaates hinüber zu den Kräften und Ideen, die auf eigenem Wege zu sozialer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung drängten? Wenn das Bürgertum, gleichzeitig von der Welle der kapitalistischen Entwicklung glücklich emporgehoben, sich den neuen Verhältnissen rasch anpassen konnte, so waren die politischen und wirtschaftlichen Ideale des neuen vierten Standes viel schwerer mit der Gestaltung des Reiches auszusöhnen. Sachliche und persönliche Gründe, historische Notwendigkeiten und Zufälligkeiten wirkten zusammen, um die gewaltig wachsenden Massen in einen tiefen inneren und äußeren Gegensatz zum Reiche zu drängen. Wenn dieser Gegensatz, der in der Periode des Sozialistengesetzes seinen Höhepunkt erreichte, auch in dem letzten Jahrzehnt etwas an Schärfe verlor, so läßt sich doch nicht leugnen, daß Millionen deutscher Staatsbürger in einem innerlich abgeneigten und unfreundlichen Verhältnis zum Staate überhaupt und zu dem Nationalstaat, der sie umschloß, standen: daß angesichts dieser tiefen Kluft, die nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch gefühlsmäßig und kulturell sich aufgetan hatte, die einigende Wirkung des Nationalstaats versagte. Inmitten der Einheit des neuen Reiches waren hier Schärfen und Gegensätze bei großen Gruppen lebendig geworden, wie sie die alte territoriale Zerrissenheit und Rückständigkeit des Deutschen Bundes kaum gekannt hatte. Und nur wenn es gelang, auch diese neue Kluft von innen her zu überbrücken, durften wir unseres staatlichen Zusammenlebens vollends froh werden.

Der Krieg hat den Deutschen mit einem stärkeren Ruck über diese Kluft hinweggeholfen, als lange Friedensentwicklung vermocht hätte. Wir alle haben die große Stunde erlebt, wo ein frevelhafter Angriff alle Deutschen einte. Als auch die Sozialdemokratie in ihrer Vertretung im Reichstage, in der Sprache ihrer publizistischen Organe und in der Gesinnung ihrer Millionen sich rückhaltlos und mannhaft in Reih und Glied stellte, da kam über viele ein beseligendes Gefühl: jetzt sind wir wahrhaft, jetzt sind wir endlich eine einige Nation. Wer sich tiefer mit diesem Problem beschäftigt hatte, der wußte längst, daß auch in den machtvollen politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie die deutsche Treue zu Hause war. Die andern aber, die das greifbare Erlebnis brauchten, sollen es nie vergessen oder verkleinern. Daß damals, als die ganze Welt auf uns sah, die Einstimmigkeit der

nationalen Resonanz von keinem Mißklang gestört wurde, ist die erste schwere Enttäuschung unserer Feinde gewesen.

Darin aber besteht die große Aufgabe der inneren Politik, das rasch Gewonnene, das die Not an einem großen Tage mit Unerbittlichkeit vollbracht, nicht wieder in müderer Zeit zu verlieren: die edlen Kräfte, die unnatürlich brach gelegen hatten oder sich in bitteren Kämpfen untereinander verzehrten, nunmehr dauernd in den nationalen Organismus einzuordnen. Es gibt kaum ein inneres Kriegsziel, das wertvoller wäre. Jetzt handelt es sich darum, daß nach den deutschen Stämmen auch die deutschen Klassen zu einer einzigen sozialen und nationalen Gemeinschaft sich für immer verschmelzen. In ihren führenden Männern haben der Staat auf der einen und die Sozialdemokratie auf der anderen Seite diese Aufgabe begriffen, aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß auch Elemente an der Arbeit sind, die den Zustand vor dem Kriege aus persönlichen oder prinzipiellen Gründen lieber wiederhergestellt als dauernd überwunden sehen möchten.

Was den Anhängern der sozialdemokratischen Partei das Einleben in das Reich heute noch etwas schwer macht, ist nicht nur die mehr und mehr verblassende Erinnerung an die Periode des Sozialistengesetzes, nicht nur der scharfe Widerspruch gegen eine Reihe zumal von preußischen Institutionen: es ist vielleicht noch mehr der historische Zusammenhang mit der Gedankenwelt ihrer ideellen Vorkämpfer und Begründer, die in der Zeit vor dem Nationalstaat wurzelt und, was die Persönlichkeiten von Marx und Engels angeht, in einem Menschenalter des Exils, in völliger Loslösung vom Vaterlande während der ganzen Periode der Reichsgründung, sich herausgebildet hat.

Die Persönlichkeit von Marx steht stärker im Wege als man denkt. Es liegt ja nicht so, als ob eine Sozialdemokratie, die nun vorbehaltlos auf den Boden des Reiches und der in ihm organisierten Gesellschaft hinüberträte, sich damit von dem ganzen Lebenswerk ihres Schöpfers lossagen müßte. Im Gegenteil: wieviel davon bleibt bestehen! Mit dankbarer Achtung müssen wir im Hinblick auf das Verhalten der organisierten Arbeiterschaft beim Kriegsausbruch und während des Krieges bekennen — ich darf hier einige an anderer Stelle*) formulierte Sätze wiederholen —, „daß auch die Organisation der marxistischen Arbeiterschaft sich als ein unentbehrliches Stück des nationalen Gesamtkörpers, der um sein Leben ficht, erwiesen hat, als ein höchst wesentliches Glied jener Organisationsfähigkeit, die als unsere Stärke

*) Recht und Wirtschaft, Oktober 1914.

in dieser Kriegszeit erprobt worden ist; denkt man sie sich hinweg, so würden wir, politisch wie wirtschaftlich, einem fast anarchischen Durcheinander der Klassenstimmung uns gegenüber gesehen haben".

Marx aber lebte politisch in einer anderen Welt. Er kannte nur ein England, das wirtschaftlich alle anderen Völker überflügelt hatte und nach außen hin eine freihändlerische Friedenspolitik trieb, und ihm gegenüber ein politisch und wirtschaftlich zurückgebliebenes Deutschland, dessen zukünftige Ebenbürtigkeit mit der Seebeherrscherin er nicht entfernt ahnen konnte; nur an einer einzigen Stelle, der ungeheuer um sich greifenden Weltmacht Rußland gegenüber, die, am längeren Hebelarme aller kontinentalen Politik sitzend, ihre barbarischen diplomatischen Methoden übte, sah er mit Schärfe die kommenden Gefahren voraus: aus diesen Urteilen ist noch heute viel Belehrung zu schöpfen. Völlig der deutschen Politik und Volkswirtschaft entfremdet, sah Marx dem Werden des Reiches mit skeptischer Teilnahmslosigkeit zu: er hatte zu sehr in internationalen Horizonten zu denken sich gewöhnt, als daß er ein wahrhaft inneres Verhältnis zu dem, was in dem alten Vaterlande emporwuchs, hätte gewinnen können. Vom nationalen Standpunkt aus gesehen, blieb der in die Zukunft weisende große sozialistische Denker nur ein in der Vergangenheit lebender Achtundvierziger. Das ist eine historische Tatsache, mit der ein großer Teil seiner Anhänger sich längst in der Stille abgefunden hatte: wer aber in Zukunft noch sein inneres Verhältnis zum deutschen Nationalstaat von dieser Tatsache bestimmen lassen will, ist in Gefahr, aus Gründen historischer Pietät ein doktrinärer Romantiker zu bleiben und allen Anschluß an die lebendigen Kräfte der Zukunft zu verpassen.

Einen stärkeren Anteil des Gemütes nahm Engels an dem Werden des Reiches. Als der deutsch-französische Krieg ausbrach, urteilte er mit gewohnter Schärfe und Klarheit: „Mir scheint der Kasus so zu liegen. Deutschland ist durch Badinguet*) in einen Krieg um seine nationale Existenz hineingerissen. Unterliegt es gegen Badinguet, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt und Deutschland auf Jahre, vielleicht auf Generationen kaputt. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr, der Kampf um Herstellung der nationalen Existenz absorbiert dann alles, und bestenfalls geraten die deutschen Arbeiter ins Schlepptau der französischen. . . . Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster

*) Spitzname für Napoleon III.

Linie handelt und ist darum eingesprungen. Daß eine deutsche politische Partei unter diesen Umständen à la Wilhelm (Liebknecht) die totale Obstruktion predigen und allerhand Nebenrücksichten über die Hauptabsicht setzen kann, scheint mir unmöglich." Wenn man in diesen Sätzen den Spitznamen Napoleons III. durch das Wort: der Dreiverband ersetzt, so trifft man genau die Situation, in der das deutsche Volk im Jahre 1914 seine absolute Einheit in einer nationalen Existenzfrage bewiesen und auch, durchaus im Geiste eines ihrer Vorkämpfer, die deutsche Sozialdemokratie ihre vaterländische Pflicht getreu erfüllt hat — nicht ohne daß auch dieses Mal ein Erbe des Namens Liebknecht ererbte doktrinäre Verranntheit übte.

Während Marx nach seiner ganzen Herkunft weder ein Verhältnis zu der Staatsidee noch zu dem konkreten preußisch-deutschen Staate haben konnte, verfügte Lassalle, dem die Gunst des Geschickes eine kurze Wirksamkeit auf dem Boden des nationalen Staates bescherte, über beides — und darin beruht die historische Überlegenheit, die er fortwirkend als Politiker über den größeren sozialistischen Denker besitzt. Marx mochte mit dem Scharfblick der unversöhnlichen Gegnerschaft den „Tory-chartist"-Charakter der Lassalleschen Bewegung aufspüren: in einer solchen Verbindung der überkommenen historisch-autoritären Gewalten des Staats mit den Tendenzen und Bedürfnissen der breiten Massen lag gerade in Deutschland aller Fortschritt der Klassen begriffen, und der weitern Verwirklichung dieses Problems wird, wenn die Gunst der Stunde richtig erkannt wird, auch die Zukunft gehören.

Während Marx und Engels, im Exil aus dem Gemeinschaftsgefühl mit ihren Volksgenossen herausgewachsen, nur in der einsamen Höhe als Parteihäupter lebten, war Lassalle auf nichts so stolz, als daß er die vertiefte Staatsidee, als einer der Wenigen im damaligen Deutschland, fortpflanzen und verkünden konnte. Und darin beruht mit vor allem seine denkwürdige geistesgeschichtliche Stellung, daß er diese von Fichte und Hegel überkommenen Ideen wie eine Fackel, die nie wieder verlöschen konnte, in die Literatur des sozialistischen Proletariats hineingetragen hat. An diesem Feuer mag sich auch heute im sozialdemokratischen Lager alles entzünden, was unter dem ungeheuren Erlebnis dieses Weltkrieges an der antistaatlichen Denkweise und an der internationalen Orientierung des reinen Marxismus kein Genüge mehr findet.

In Worten, die häufig wiederholt worden sind, und die wir heute mehr als je als Programm unserer Zukunft auffassen dürfen, hat

Lassalle gesagt: „Der Zweck des Staates ist nicht der, dem einzelnen nur die persönliche Freiheit und das Eigentum zu schützen. ... Der Zweck des Staates ist vielmehr gerade der, durch diese Vereinigung die Einzelnen in den Stand zu setzen, solche Zwecke, eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als Einzelne nie erreichen könnten, sie zu befähigen, eine Summe von Bildung, Macht und Freiheit zu erlangen, die ihnen sämtlich als Einzelnen unersteiglich wäre ... Der Zweck des Staates ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit". Von dem Boden einer solchen Staatsidee kann die Sozialdemokratie ihre Stellungnahme zu den deutschen Problemen der Zukunft neu orientieren.

Eine Summe von Bildung. Die Bildung des Einzelnen ruht in der Bildung der Nation, und unsere höchsten Kulturgüter werden nicht nur durch das machtvolle Gefüge des Staates in ihrem äußeren Bestande geschützt, sondern sie sind am tiefsten in unserer nationalen Kultur verankert. Wir erleben heute, daß diese deutsche Kultur, in ihrem ganzen Umfange und allen ihren Ausstrahlungen, von den Wellen des Hasses und der Beschimpfung umspült, von der Öde des Nichtverstehens verkannt wird, so daß wir, als Deutsche auch geistig aneinandergedrängt, unser innerstes Wesen dagegen verteidigen müssen. Dabei erkennen wir vollends, daß manches gemeinsamer Besitz ist, was einzelne Klassen und Parteien scheinbar als ihr besonderes Eigentum beanspruchen, und wir werden gewahr, wie künstlich jene Schranken sind, die angeblich die bürgerlichen Bildungsideale von den proletarischen Bildungsidealen wie zwei Welten voneinander trennen. Legen wir diese Schranken für immer nieder! Jeder Denkende weiß längst, daß Marx und Lassalle nur in dem großen Zusammenhange der idealistischen deutschen Philosophie denkbar waren; und die Hoffnung der Zukunft mag dahin gehen, daß zumal über die Zwischenglieder Lassalle—Fichte auch die Sozialdemokratie wieder den Zugang zu der deutschen Philosophie und ihren Gedanken über das Wesen der Nation und die Aufgaben des Staates gewinnen möge. Wenn heute die fremden Völker die Organisationsfähigkeit der Deutschen bald bewundernd beneiden, bald hämisch bekritteln, dann werden wir uns sagen, daß die historische Linie derer, die daran mitarbeiteten, von König Friedrich Wilhelm I. bis zu Marx reicht, und neben den alten Institutionen des Heeres und Beamtentums auch die neuen Institutionen der Gewerkschaften umfaßt. Mehr als je müssen wir unsere nationale Kultur wieder als ein Ganzes empfinden. Das gilt

für die Besitzenden, die Kultur als ihre Klassenangelegenheit ansahen und, erfüllt von den engen Vorurteilen, die der sorglosen und eigennützigen Art des Besitzes anhaften, sich ganze Welten geistiger Arbeit verschlossen, die auf demselben nationalen Boden erwachsen waren; das gilt nicht minder für diejenigen, die mit dem künstlichen und lebensunfähigen Begriff der proletarischen Kultur alle Brücken in das Mutterland ihres Geistes und ihres Blutes abzubrechen suchten. Heute stehen wir in einem Machtringen der nationalen Kulturen, in dem eine jede alle von ihr hervorgebrachten Werte zu einer großen Kraft zusammengeballt hat; und unsere Überlegenheit besteht darin, daß wir die lebensvollste Kombination aller Arten von Kulturwerten, der ideellen wie der materiellen, der historischen wie der modernen, der ethischen und der organisatorischen verkörpern. Das aber bleibt nach dem Kriege die edelste Aufgabe: daß der Zugang zu den nationalen Kulturgütern, unter Niederlegung aller klassenmäßigen Hemmungen, allen, die daran teil haben können, auch tatsächlich eröffnet wird, daß die Bildung des Einzelnen in einem noch höheren Grade als bisher, eine Ehrensache der staatlichen Gemeinschaft wird.

Eine Summe von Macht. Was der Einzelne wäre ohne den Staat und die Gesamtheit seiner Organisationen, das hat jede Stunde des Weltkrieges auch den Widerstrebendsten gelehrt. Im besonderen aber wird die Sozialdemokratie die eine Erkenntnis nie wieder verlieren können, daß die Macht des deutschen Arbeiters gebunden ist an die Macht des deutschen Staates. Das gilt sowohl von der ideellen Seite der deutschen Arbeiterbewegung wie von ihren materiellen Zielen. Mit einer genialen Intuition schrieb Marx beim Ausbruch des Krieges von 1870: „Siegen die Preußen, so ist die Zentralisation der State power nützlich der Zentralisation der Arbeiterklasse. Das deutsche Übergewicht wird ferner den Schwerpunkt der westeuropäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegen, und man hat bloß die Bewegungen von 1866 bis jetzt in beiden Ländern zu vergleichen, um zu sehen, daß die deutsche Arbeiterklasse theoretisch und organisatorisch der französischen überlegen ist. Ihr Übergewicht auf dem Welttheater wäre zugleich das Übergewicht unserer Theorie über die Proudhons". Die Prophezeiung hat sich seitdem erfüllt. Wir können aber die Linien dieses Gedankenganges heute noch weiter verlängern und zugleich vertiefen, indem wir sagen: das Schicksal der deutschen sozialistischen Ideenwelt, in ihrer doppelten Ausprägung, in der sozialdemokratischen Doktrin

auf der einen und der sozialpolitischen Gesetzgebung auf der andern Seite, hängt zu einem guten Teile davon ab, wie ihr geistiges Mutterland, das Deutsche Reich, in diesem Kriege von neuem sein Übergewicht auf dem Welttheater behauptet. Der Sieg der Deutschen bedeutet auch geistesgeschichtlich die bleibende Führung der deutschen Arbeiterschaft.

Daß die wirtschaftliche Zukunft der deutschen Arbeiterklasse an dem Siege des Reiches hängt, das bedarf heute auch für die unbelehrbarsten Doktrinäre keines Beweises. Gegenüber den Mächten, die auf uns eindringen, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer gleichartig interessierten Schicht zusammengedrängt. Der deutsche Arbeiter weiß, was es bedeutet, wenn nicht nur die hysterisch tobende gelbe Presse in England, sondern auch ernsthafte industrielle Fachblätter wie der „Engineer" ein erträumtes Ziel des Krieges darin erblicken, daß alle deutschen Hüttenwerke dem Erdboden gleich gemacht werden sollen; er wird aus Sidney Whitmans „The war on German trade" *), und verwandter Literatur erkennen, welches Schicksal ihm ökonomisch beschieden wäre, wenn die Hoffnungen des Dreiverbandes sich auch nur zum Teile verwirklichten. Auch die Sozialdemokratie kann nicht anders, so gut wie die ganze Nation, als mit allen Mitteln dazu beitragen, daß die wirtschaftlich und technisch leistungsfähigste Kulturmacht, die reifste und tätigste Arbeiterschaft nicht von den freien Märkten der Zukunft ausgeschlossen werden, sondern sich alle Wege offen halten, auf denen sie fortan ihre wirtschaftliche Kraft in wirtschaftliche Macht umsetzen können. Sie wird sich daher auch an den Gedanken gewöhnen, daß in einer Welt, in der alle Völker, selbst die kleinsten und rückständigsten, von machtpolitischen Ideen durchtränkt sind, eine Macht wie die deutsche, in ihrer zentralen geographischen Schicksalslage, die uns die schwersten Bedingungen des Wettbewerbes auferlegt hat, nicht die Summe ihrer Kulturgüter und ihrer Arbeit allein mit kosmopolitischen Ideen sicherstellen kann: daß wir dem Versuch der Einkreisungspolitik, uns abzuschnüren und zu erdrosseln, auch nach außen hin, da wo es unumgänglich ist, im Friedensschluß mit einer realen Sicherung unseres nationalen Arbeitsplatzes und unserer nationalen Kulturwerte begegnen müssen. Wenn dabei hier und da die Bastionen der deutschen Festung aus Gründen der Lebensnotwendigkeit hinausgeschoben werden müssen, so ist das nicht Eroberung, sondern Verteidigung: es wäre eine ver-

*) Deutsch von Anton Kirchrath, Krieg dem deutschen Handel, Leipzig 1915.

brecherische Staatskunst, die nicht alles daran setzte, die Wiederkehr solcher Erlebnisse, wie wir sie jetzt durchmachen, auch militärisch-geographisch unmöglich zu machen. Engels hat einmal seinem Freunde Marx geschrieben: „jeder Zoll, den wir an der Grenze von Memel bis Krakau den Polen nachgeben, ruiniert diese ohnehin schon miserabel schwache Grenze militärisch vollständig und legt die ganze Ostseeküste bis Stettin bloß". Was würde ein Realist wie er, heute, nachdem die Offensivkräfte Rußlands sich in ungeahntem Maße erhoben und gegen Westen gekehrt haben, als das Gebot der Stunde bezeichnen? Glaubt irgend jemand, der seine Denkweise kennt, daß er einen anderen Schutz der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zukunft Deutschlands vorschlagen würde, als bei der großen Abrechnung die „miserabel schwache Grenze", von deren gefährlicher Beschaffenheit die treuen Ostpreußen zu sagen wissen, militärisch gründlich zu revidieren? Es gibt kein anderes Machtmittel, um der Gefahr des russischen Kolosses für alles, was uns teuer ist, zu begegnen.

Eine Summe von Freiheit. Das soll das letzte Erträgnis des Krieges sein. Die ihren Anteil am Siege hatten, im Felde und in der Arbeit, in der Gesinnung und in der Organisation, sie sollen zu einem höheren Anteil auch an den Aufgaben der staatlichen Gemeinschaft berufen werden, und was an historisch überkommenen Hindernissen und an ängstlichem Vorurteil dem entgegenstand, das muß zu Boden fallen. Das Problem liegt ja nicht so, daß die eine Seite für ihre Leistung während des Krieges von der andern Seite nach dem Kriege einen verdienten Lohn einzufordern hätte; so wenig der Staat als solcher eine Gegengabe dafür verlangt, daß er seinen einzelnen Gliedern Schutz gewährt, können diese eine Gegengabe dafür in Anspruch nehmen, daß sie sich mit Gut und Blut in seinen Dienst stellten; die tiefe Zusammengehörigkeit des Ganzen und aller seiner Teile, die unsere Nation erlebt hat, kann nicht in der Form eines Handels ihren Abschluß finden. In freiem Entschlusse sollen die Leiter des Staates und auch die Klassen, die sich bisher in wirtschaftlicher Abhängigkeit als Bürger minderen Rechtes betrachteten, einander zu finden suchen. Beide Seiten haben gelernt, beide Seiten müssen (die bei dem einen so gut wie bei dem andern aufgespeicherten) Vorurteile abstreifen, Verständnis gewinnen und gemeinschaftlich Hand an das Werk legen. Daß sich mit den veränderten Gesinnungen auch die politischen Umgangsformen ändern werden, ist nur das geringste: keine Partei hat heute das Recht, in der

Rolle eines Erziehers der anderen aufzutreten, jede wird in demselben Maße wie die andere eine erzogene und neugeborene sein müssen. Aber es muß noch mehr geschehen. Überall da, wo die Struktur des Staates in Deutschland und Preußen allzu eng mit dem klassenmäßigen Aufbau der Gesellschaft verknüpft und den sittlichen und wirtschaftlichen Lebensbedürfnissen der Minderbesitzenden entgegengesetzt ist, muß ein Umbau einsetzen: er kann sich nicht von heute auf morgen überstürzt vollenden, aber er muß zum Endziel aller politischen Arbeit werden. Staat und Nation können nur gewinnen, wenn die ganzen Massen, auf deren Tragkraft sie ruhen, zu subjektiven Mitträgern der Staatspersönlichkeit mit freiem Verantwortlichkeitsgefühl erzogen werden, wenn sie einen menschenwürdigen Anteil an den kulturellen Gütern der Gesamtheit gewinnen und immer inniger mit allen Klassen zu einer einigen Nation verschmelzen. Die Erfüllung des letzten philosophischen Postulats: Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit, hängt davon ab, was die führenden Nationen, und allen voran die deutsche, die jetzt die stärkste Vitalität behauptet hat, aus sich selber machen. Auch der deutsche Staat der Zukunft kann die ihm von unseren Denkern überkommene weltgeschichtliche Aufgabe am ehesten dann lösen, wenn er die Erziehung der Deutschen zur Freiheit fortsetzt. Dafür hat sich ein Wort des deutschen Reichskanzlers eingesetzt.

Der Weg zu diesen Zielen führt durch ein Meer von Blut. Mancher, der sich in Weltfriedensträumen bewegte und kosmopolitischen Idealen huldigte, mag sich schwer damit aussöhnen; der eine oder andere wird vielleicht zweifeln, ob auf diesem Wege der weltgeschichtliche Fortschritt gewonnen wird. Wir können heute nicht darüber philosophieren, ob der Krieg aus dem Menschengeschlecht zu verbannen ist oder ob der ewige Friede ihm jemals geschenkt werden wird — wir haben uns einfach darauf zu beschränken, daß wir in dem Kriege uns behaupten und ihn so beenden, daß wir sobald nicht wieder angegriffen werden können: vor allem aber, daß wir durch den Krieg zu einer einigen und freien Nation emporsteigen. Dann wird der große Zerstörer Krieg auch diesesmal zu einem Schöpfer neuen Lebens, als der er sich in allen weltgeschichtlichen Krisen immer wieder erwiesen hat.

„So vor — wie seitdem ward durchs Schwert vollendet
Das Herrliche, das die Geschichte sah,
Und alles Große, was sich jemals wird vollbringen,
Dem Schwert zuletzt verdankt es sein Gelingen.

(Lassalle, Sickingen.)

Der Krieg und die Sozialdemokratie.

Von Gustav Noske.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften bei Beginn und während der bisherigen Dauer des Krieges hat in den bürgerlichen Kreisen des Reiches, bei weitem mehr aber im Auslande überrascht. Von den ersteren wurde, wer eine andere Haltung für möglich oder wahrscheinlich gehalten hatte, freudig berührt. Um so größer ist die Enttäuschung in den feindlichen Ländern, und auch meist in den neutralen Staaten. Lebhafter Unzufriedenheit wird dort noch immer in häufig recht drastischer Form Ausdruck gegeben. Zurzeit wird nicht mehr so sehr die Kreditbewilligung, die Mitarbeit auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge und die Aufrechterhaltung des Burgfriedens abfällig beurteilt, dafür aber lebhaft kritisiert, daß man nicht der Fortsetzung des Krieges nachdrücklich entgegenwirkt.

Weder zur Verwunderung noch Enttäuschung liegt begründeter Anlaß vor. Die Pflicht, für die Sicherheit und den Bestand des Vaterlandes zu kämpfen, ist jederzeit von der Sozialdemokratie anerkannt worden. Um den Regierungen ihr Mißtrauen zu bezeigen, haben die Sozialdemokraten fast immer in den Landtagen und ohne Ausnahme im Reichstage gegen den Etat gestimmt. Rüstungsvorlagen hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages abgelehnt. Diese nackte Tatsache ist bei politischen Erörterungen und im Parteikampfe stets scharf in den Vordergrund gerückt worden. Über die Gründe zur Negation wurde wenig gesprochen, oder man ignorierte sie aus agitatorischer Berechnung.

Da die Sozialdemokraten im Frieden alle Mittel für Kriegszwecke verweigerten, so bedeutet die Bewilligung von Kriegsausgaben in vorher ungeahnter Höhe nach der einen Auffassung eine Bekehrung zu positiver Arbeit und ein Bekenntnis zum eignen Volke und Vaterlande, nach der anderen Meinung eine totale Preisgabe bisher hochgehaltener Grundsätze. Die sinngemäße Fortsetzung der alten parlamentarischen Taktik wäre danach mindestens die Ablehnung

aller Kriegsausgaben, und womöglich darüber hinaus, wenn nicht direkte Dienstverweigerung, so doch eine Massenstreikbewegung gewesen, um den Krieg unmöglich zu machen.

Es besteht aber ein sehr großer Unterschied zwischen der parlamentarischen Demonstration einer Etatsverweigerung oder der Ablehnung eines Wehrgesetzes und der Versagung von Geld für die Landesverteidigung im Augenblicke höchster Gefahr für Volk und Vaterland. Im August schickten sich im Osten und Westen Millionenheere zur Überflutung deutscher Provinzen an. Im Dezember war England längst als dritter Angreifer hinzugekommen und fügte dem Kampfe mit den Waffen den schärfsten Wirtschaftskrieg gegen unser Volk hinzu, das der Aushungerung preisgegeben werden soll. Deutschlands Existenz und damit die Zukunft des deutschen Volkes standen auf dem Spiele.

Die Ablehnung des Reichsetats mit den darin enthaltenen Ausgaben für Heer und Flotte, sowie die Versagung der Zustimmung für umfangreichere Rüstungen ist nie eine grundsätzliche Verweigerung von Geldern für Zwecke der Landesverteidigung gewesen, wie in zahllosen Fällen erklärt worden ist. Das sozialdemokratische Programm enthält keine antimilitaristische Wendung. Dagegen steht darin die Forderung nach der „Erziehung des Volkes zur Wehrhaftigkeit". Sozialdemokratische Abgeordnete haben oft im Reichstage dargelegt, daß die Wehrkraft jedes tauglichen Mannes im Frieden ausgebildet werden sollte, nicht erst nach Ausbruch des Krieges, wie es jetzt bei Hunderttausenden Einberufener geschieht. Nie ist die Notwendigkeit stärkster Verteidigungsfähigkeit unseres Volkes in Abrede gestellt worden, sondern nur an der Art der Heeresorganisation und an manchen Erscheinungen des Systems wurde Kritik geübt. Der jetzige Chef des Großen Generalstabes sowie sein Nachfolger im Kriegsministerium vertraten z. B. noch kurz vor dem Ausbruch des Krieges den Standpunkt, daß kein Sozialdemokrat geeignet sei, im Heere eine Stellung als Vorgesetzter einzunehmen. Gemäß diesem Grundsatz wurde jahrzehntelang verfahren. Erst im Kriege hat sich die Heeresverwaltung zu einer anderen Praxis entschlossen.

Bei der Bekämpfung von Heereseinrichtungen und Rüstungsausgaben wurde von den Sozialdemokraten unterschiedlich verfahren. Als in der Budgetkommission des Reichstages vertrauliche Mitteilungen über die Neubewaffnung der Artillerie gemacht wurden, haben die Sozialdemokraten nichts getan, um diese Reform zu vereiteln oder zu erschweren. Gegen Ausgaben für Festungsbauten, Küstenforts, die

Armierung von Helgoland, den Bau strategischer Eisenbahnen ist im Plenum des Reichstags kaum ein Wort gesagt worden. Die Mittel für den gerade beim Kriegsbeginn vollendeten Umbau des Nordostseekanals bewilligten die Sozialdemokraten, trotzdem der damalige Staatssekretär Graf Posadowsky in der Budgetkommission erklärt hatte, es handle sich um eine reine Marinevorlage.

Gegen den von bürgerlichen Gegnern häufig erhobenen Vorwurf mangelnden Interesses am Vaterland und der Absicht, Deutschland wehrlos zu machen, haben die Sozialdemokraten im Reichstage sich stets leidenschaftlich verwahrt. Bei der Agitation und in Wahlzeiten ist der Anwurf der Vaterlandslosigkeit unzählig oft in Wort und Schrift zurückgewiesen worden. Ebenso häufig wurde falschen Darstellungen über die Art der Internationalität der Sozialdemokratie entgegengetreten. Internationale Ideen und Bestrebungen schließen, wie sich gezeigt hat, wahrhafte Liebe zum eigenen Volke und höchste Aufopferungsfähigkeit für das Vaterland keineswegs aus.

Die Internationalität der Arbeiterklassen der verschiedenen Länder ist die notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Immer reger sind die Beziehungen der einzelnen Völker zu einander geworden. Die Gleichartigkeit des Wirtschaftslebens in den Staaten mit fortgeschrittener großkapitalistischer Entwicklung zwang die Arbeiter und wird sie auch in Zukunft wieder dazu nötigen, zum Zwecke der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen zu Beratungen zusammenzukommen und einheitliche Handlungen zu vereinbaren. Das tun auch die verschiedensten anderen Bevölkerungskreise. Neben der „roten" Internationale hat sich beispielsweise längst eine „grüne" gebildet zur Förderung landwirtschaftlicher Aufgaben. Sehr oft waren bisher schon die Regierungen zu internationalen Besprechungen und Abmachungen der verschiedensten Art genötigt, und sie werden es in Zukunft immer häufiger sein. Überstiegenen Wünschen und Forderungen sind die deutschen Sozialdemokraten, wenn auf internationalen Tagungen die Stellungnahme zum Kriege erörtert wurde, jederzeit entgegengetreten. Die Erfahrungen, die aus Anlaß des Krieges gemacht wurden, können sowohl bei der Gestaltung wie auch bei der Bewertung der zukünftigen internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse selbstverständlich nicht außer acht gelassen werden.

Der Kriegsgefahr hat die Sozialdemokratie mit dem Aufgebot aller Kraft entgegenzuwirken gesucht. Wie vollständig sie dadurch im Interesse unseres ganzen Volkes handelte, müßte allseitig anerkannt

werden, nachdem das fürchterliche Ringen der Völker so ungeheure Opfer an Blut, an Menschenleben und wirtschaftlichen Gütern erfordert hat. Durchaus folgerichtig wurde gehandelt, indem beim Ausbruch des Krieges und während seiner bisherigen Dauer von der Partei alles geschah, was notwendig war, um ein Unterliegen unseres Vaterlandes zu verhüten.

Von keiner Seite sollte unterschätzt werden, was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften Wertvolles, ja vielleicht Unschätzbares durch ihr Verhalten für das Volk und das Deutsche Reich leisteten. Gewiß, dem Rufe zu den Fahnen hatte jeder Wehrpflichtige Folge zu leisten. Straffe Disziplin bringt auch den Mann ins feindliche Feuer, der nur ein willenloses Werkzeug in der Hand der Führung ist. Die russischen Soldaten marschierten, trotzdem die Sozialdemokraten in der Duma gegen den Krieg eine Erklärung abgaben und der Abstimmung über die Kriegskredite fern blieben. Auch die russischen Industriearbeiter, soweit sie sozialdemokratisch gesinnt sind, revoltierten nicht, sondern tun anscheinend als Soldaten, was von ihnen gefordert wird.

Die deutsche Sozialdemokratie fügte sich nicht nur hartem Muß. Total falsch ist die einmal aufgestellte Behauptung, sie habe, um die politischen Vereine, die Zeitungen, die Millionenwerte darstellen und Tausende von Angestellten beschäftigen, zu retten und um die gewerkschaftlichen Organisationen vor Nachteilen zu bewahren, mit innerem Widerstreben gute Miene zum bösen Spiel gemacht, als sie den Kriegsausgaben zustimmte. Es wurde vielmehr aus ehrlichster Überzeugung jede Beeinträchtigung deutscher Interessen vermieden und mit restloser Hingabe von Kraft, Gut und Blut versucht, nach Möglichkeit Volk und Vaterland vor Schaden zu bewahren.

Auch die jugendlichen Söhne vieler Sozialdemokraten sind bei der Million Kriegsfreiwilliger, die sich schon zu den Fahnen gedrängt hatten, als der Reichstag seine erste Kriegstagung am 4. August 1914 abhielt. Der Kampf war unvermeidlich geworden, gewollt von Rußland, mindestens nicht verhindert von Frankreich und England, die in der Lage gewesen wären, das furchtbare Unheil von der Menschheit abzuwenden. Für den Bestand des Reiches, die Sicherung der Zukunft unseres Volkes mußte gekämpft werden. Daß zu dem Zwecke das Leben zu opfern sei durch die Erfüllung der Wehrpflicht, hat kein deutscher Sozialdemokrat bestritten. Mit größter Entschiedenheit ist auch von den Gegnern einer Kreditbewilligung betont worden, daß ihnen die Absicht einer Schädigung Deutschlands durchaus fernliege.

Die Siegesaussichten in einem Kriege, in dem Millionenheere gegeneinander kämpfen, hängen zum erheblichen Teil, außer von guten Waffen, möglichst vollkommenen Hilfsmitteln und einer genialen Führung von dem Geiste ab, der die Truppen beseelt. Nicht nur einfache Pflichterfüllung, sondern die feste Überzeugung von der Gerechtigkeit der Sache des eigenen Volkes sind erforderlich, damit willig die Strapazen und Entbehrungen des Feldzuges, alle Schrecken der Schlachten ertragen und opferbereit das Leben für den Sieg eingesetzt wird. Deshalb war die Art der Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Krediten von größter Bedeutung. Stimmenthaltung oder die Ablehnung der Mittel für die Kriegsführung durch die Sozialdemokraten, deren Partei bei der letzten Reichstagswahl rund $4^1/_4$ Millionen Stimmen von Männern über 25 Jahren erhalten hatte, mußte tiefen Eindruck auf die Stimmung in den feindlichen Ländern, noch mehr aber auf einen großen Teil des deutschen Volkes machen. In Frankreich und in England, wo die Arbeitervertreter allen Kriegsmaßnahmen zustimmten, hätte die militärische Stoßkraft eine Steigerung erfahren, weil man auf eine Zerrissenheit im deutschen Volke geschlossen hätte. Bei der deutschen Bevölkerung konnten starke Zweifel an der Gerechtigkeit der Sache aufkommen, für die allergrößte Opfer zu bringen waren. Der Elan der Truppen hätte eine Beeinträchtigung erfahren, weil die sozialistisch gesinnten Soldaten dann kaum wie jetzt mit hingebendster Opferbereitschaft erfüllt sein konnten, und da ferner das Gefühl innigster Geschlossenheit im Heere nicht möglich gewesen wäre, das bisher wunderbar auf den Geist der Soldaten aller Dienstgrade einwirkte. Ein hoher Staatsbeamter betonte im August, nach seiner Ansicht, die von vielen ihm nahestehenden Personen geteilt werde, habe die Haltung der Sozialdemokratie den deutschen Sieg zur Hälfte sicher gemacht.

Bei der gewaltigen zahlenmäßigen Überlegenheit der Feinde konnten die nicht zu schildernden Schrecken beim Einbruch feindlicher Heere weit in unser Land hinein nur durch die allergrößte Kraftanspannung unserer Heere verhütet werden. Englands Wirtschaftskrieg mit dem Ziel der Aushungerung Deutschlands machte die Mobilmachung der Kraft aller Nichtkombattanten und die Bannung der Zweifelsucht und des Kleinmuts bei denen notwendig, die um das Schicksal des Reiches voreilig bangten.

Im jahrzehntelangen mühevollsten Aufbau hat die deutsche Arbeiterschaft politische und wirtschaftliche Organisationen sowie eine zahlreiche weitverbreitete Presse geschaffen, die von den Sozialisten

der ganzen Welt immer wieder bewundert wurde. Dieser mächtige Apparat soll in den Dienst Moltkes und Hindenburgs gestellt, zu einem der gewaltigsten Hilfsmittel für die erfolgreiche Durchführung des Kriegs durch Deutschland gemacht worden sein. Ganz wörtlich genommen ist das nicht zutreffend. Richtig ist, daß die Haltung der sozialdemokratischen Presse sowie der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen von größter Bedeutung für Deutschlands Schicksal in dem Weltkriege war.

Die sozialdemokratischen Vereine haben sich, nachdem der Burgfrieden proklamiert worden war, der öffentlichen Betätigung fast vollständig enthalten. Sie begnügten sich damit, ihre Verwaltungsarbeiten zu erledigen. In ungeschwächter Kampfbereitschaft sollen sie am Tage des Friedensschlusses auf den Plan treten können. Es ist nicht überflüssig, nachdrücklich darauf hinzuweisen! Die Verkündung des Burgfriedens schloß den politischen Kampf während der Dauer des Krieges aus. Es war jedoch für die Stimmung der Bevölkerung nicht gleichgültig, ob mit Zwangsmaßregeln eine Opposition unterdrückt oder mit Rücksicht auf die gefährdete Sicherheit des Reiches freiwillig von politischen Kampfmaßnahmen abgesehen wurde. In den verflossenen neun Monaten hat kaum ein Mißton störend auf die Geschlossenheit des für seine Existenz kämpfenden deutschen Volkes gewirkt.

Aus fester Überzeugung hat der größte Teil der sozialdemokratischen Zeitungen sich entschieden die Betonung der Gerechtigkeit des von Deutschland geführten Kampfes, als unserem Volke aufgezwungen, zur Aufgabe gemacht. Mehr wie eine Million sozialdemokratischer Blätter gehen täglich ins Land hinaus. Viele tausend Exemplare gelangen in die Schützengräben und an die Kampffront. Eines besonders großen Vertrauens erfreut sich die sozialdemokratische Presse bei ihren Lesern. Befestigung des Zutrauens zur Sache unseres Vaterlandes, Weckung des Verständnisses für die unabwendbaren wirtschaftlichen Schäden, die der Krieg im Gefolge hat, die Beschwichtigung des jeden Tag von neuem keimenden Unwillens über die Teuerung, Erhaltung höchster Opferbereitschaft bei den Kämpfern, ließen sich die meisten unserer Zeitungen angelegen sein. Auch wenn sie Entgleisungen bei der Beurteilung des Auslandes entgegentrat, oder innerpolitische Maßnahmen forderte, bzw. bekämpfte, erwies die sozialdemokratische Presse sich als einsichtsvolle Förderin der Sache Deutschlands.

Betätigten sich die sozialdemokratischen Vereine während des Kriegs nur sehr wenig in öffentlich bemerkbarer Weise, so stellten da-

gegen die einzelnen Sozialdemokraten und die führenden Männer aus den Gewerkschaften, wo sie dazu aufgerufen wurden, sich bereitwillig für die zu leistende Arbeit auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge zur Verfügung. Das ist als eine endlich zutage getretene Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten zu positiver Mitarbeit begrüßt worden. Manche falschen Ansichten sind nicht auszurotten. Dazu gehört anscheinend die Legende von der Abneigung der Sozialdemokraten zur Teilnahme an praktischer Arbeit. Wahr ist vielmehr, daß jahrzehntelang die Sozialdemokraten von der Mitarbeit auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens grundsätzlich von Regierungen, Behörden und auch bürgerlichen Parteien ausgeschlossen worden sind. Man hielt auf den Rathäusern Sozialdemokraten lange aus wichtigen Kommissionen fern. Die Regierungen versagten Sozialdemokraten die Bestätigung als Mitglied von Schulausschüssen und als Stadträte, duldeten sie nicht als Beamte. Erst der Krieg brachte die Proklamierung der Gleichberechtigung aller Parteien. Irrig wäre die Annahme, daß demgemäß schon allerorts verfahren wird. Sozialdemokratische Arbeitskraft und die gründliche Kenntnis der Verhältnisse der proletarischen Volksmassen werden keineswegs überall nutzbar gemacht.

Wo Männer und Frauen aller Stände und aller Parteien sich zu gemeinsamer Arbeit im Kriege zusammenfanden, wurde fast ausnahmslos Ersprießliches geleistet. Durch ihre Mitarbeit nahmen unsere Parteimänner und Gewerkschaftler der Staats- und Gemeindeverwaltung einen Teil der Verantwortung für getroffene Maßnahmen ab, die nicht immer allgemeine Befriedigung auslösen konnten und beluden sich selbst damit. Viel Unmut ist dadurch eingedämmt, oft der Kritik nicht wenig an Schärfe genommen worden. Das war eine Wirkung, die vielleicht noch höhere Schätzung verdient als die Arbeit der Zehntausende von sozialdemokratischen Männern und Frauen, die in zahlreichen Haupt- und Unterausschüssen der Kriegsfürsorge sitzen.

Ein ganz besonderes Maß von Hingabe an das Vaterland sowie verständnisvollstes Verhalten gegenüber der bedrängten Lage des gesamten Volkes durch Zurückstellung von Wünschen und Forderungen ihrer Mitglieder, haben die deutschen Gewerkschaften bekundet. Als wirtschaftliche Kampfesorganisationen sind sie nach Überwindung riesigster Hindernisse, die Unternehmer, Regierungen und Behörden ihnen entgegentürmten, groß und stark geworden. Die beste Kampfregel war noch immer, jede sich darbietende günstige Gelegenheit zur Erringung eines Vorteils auszunützen. Aber unter wechselnden Verhältnissen während des Krieges haben auch die Gewerkschaften aufs

strengste den Burgfrieden gewahrt. Die organisierten Arbeiter leisten angesichts der Notlage des Vaterlandes Verzicht darauf, aus ihrer Unentbehrlichkeit Vorteile zu erkämpfen, wozu sie sehr wohl imstande gewesen wären. Die Organisationen taten für das Vaterland erheblich mehr. Ihre großen Mittel verwendeten sie darauf, gärender Unzufriedenheit entgegenzuwirken, indem sie meist weit über die durch ihre Satzungen festgelegten Grenzen hinaus den brotlos gewordenen Mitgliedern durch Unterstützungen über die schwere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweg halfen. Daß eine andere Haltung möglich gewesen wäre, lehren die zahlreichen Lohnbewegungen während des Krieges in England.

Die bis zum Beginn des Krieges aller Verwahrung zum Trotz als vaterlandslos geschmähten, als Reichsfeinde verketzerten Sozialdemokraten erfüllten im Kriege also nicht nur die Pflicht, die erzwungen werden konnte, sondern in der Zeit der Gefahr leisten sie für ihr Volk und das Vaterland was nur irgend möglich war.

Als die Not am höchsten war, haben die ersten Männer des Reiches diese Tatsache mit bewegten Worten anerkannt. Es ist zugegeben worden, daß lange bewahrte Vorurteile preiszugeben, alter Unrat auszukehren und eine Neuorientierung der deutschen innerpolitischen Verhältnisse nach dem Kriege vorzunehmen sei. Die Einlösung dieser Wechsel auf die Zukunft wird von den sozialdemokratischen Volksmassen gebieterisch gefordert werden. Nicht etwa deswegen, weil ihre Haltung während des Krieges durch gespendetes Lob oder durch unbestimmte Versprechungen der Regierung beeinflußt worden ist. Die Sozialdemokraten taten, was ihnen im Interesse des ganzen Volkes und insbesondere auch der Arbeiterklasse geboten erschien.

Unter den Schrecken der Invasion feindlicher Heere leiden, wie der Augenschein in Belgien, Nordfrankreich und Polen lehrt, die proletarischen Massen am schwersten. Eine Verstümmelung Deutschlands, durch die Losreißung von Provinzen, beeinträchtigte die Lage vieler Arbeiter. Die von England erstrebte wirtschaftliche Schädigung unserer deutschen Volkswirtschaft träfe die Arbeiterschaft sofort schwer und zerstörte viele Hoffnungen auf sozialen Aufstieg in der Zukunft. Schließlich bestände in einem besiegten Deutschland, das eine sehr hohe Kriegskostenentschädigung zahlen müßte, sehr wenig Aussicht auf eine kraftvolle Fortführung der Sozialgesetzgebung.

Nach Beendigung des Krieges wird die Sozialdemokratie ihre Forderungen mit allem Nachdruck geltend machen. Dabei wird sie nicht einen Augenblick lang vergessen, daß politische und wirtschaft-

liche Fragen stets Machtfragen waren für die herrschenden wie für die aufstrebenden Klassen. Reformen und Neuorientierungen, die unbedingt erfolgen müssen, brauchten jedoch nicht unbedingt den härtesten Parteikampf zur Voraussetzung haben. Die Sozialdemokratie wird gewiß nicht den Kampf um seiner selbst willen herbeiwünschen. Bei kluger Einsicht müßten die herrschenden Klassen begriffen haben, daß in Deutschland gründliche Reformarbeit zu leisten ist. Die im letzten Jahre gemachten schmerzlichen Erfahrungen dürfen nicht vergessen werden. Neben mancherlei unberechtigten Vorurteilen haben schwere Fehler in unserer inneren Politik, wie das hartnäckige Festhalten an überlebten Einrichtungen und die Versagung der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse auf den verschiedensten Gebieten, die Stimmung in der Welt außerordentlich ungünstig beeinflußt.

Das deutsche Volk, das im Kriege ein unübertreffliches Maß von Tapferkeit, Tüchtigkeit, Selbstzucht und hoher politischer Schulung gezeigt hat, sollte auf die rasche Erfüllung seiner Wünsche rechnen können. Die Volksmassen werden mit gesteigertem Selbstbewußtsein aus dem Kriege hervorgehen. Vorzeitliche Untertanendemut bringen die Proletarier aus den Schützengräben nicht in die Heimat mit zurück. Das Deutsche Reich geht hoffentlich unbeschädigt und mit verbesserten Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft seiner Bevölkerung aus dem Weltkriege hervor. An gutem Willen, bei der Arbeit, die nach der Rückkehr des Friedens zu leisten ist, um das Vaterland für die Volksmassen in jeder Hinsicht wohnlicher zu machen, kräftig mit Hand anzulegen, wird die Sozialdemokratie es nicht fehlen lassen. Es ist nicht ihre Schuld, wir sahen es schon, wenn früherhin bei ihrem Anteil an dem Staatsleben die negative Kritik überwog; konnte es denn anders sein? Wird jetzt bei dem Wiederaufbau des neuen Deutschlands ihre tätige, positive Mitarbeit begehrt, nun wohlan, die Sozialdemokratie begehrt sich nichts Besseres! Auf manchen Gebieten hat man nur nötig, während der Kriegszeit begonnenes Zusammenwirken fortzusetzen. Unvermeidlich werdenden Auseinandersetzungen könnte dadurch viel von früher üblicher Schärfe genommen werden.

Vorwärts muß und wird es gehen! Im Guten, wenn es der Sozialdemokratie ermöglicht wird, im unerbittlichen Kampfe, wenn kein anderes Mittel bleibt zur Förderung des Wohles der Volksmassen, damit auch des Vaterlandes und des kulturellen Fortschrittes der ganzen Menschheit.

Sozialdemokratie und Machtpolitik.

Von Friedrich Meinecke.

Als in der Reichstagssitzung vom 4. August des verflossenen Jahres der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion die heißesten Wünsche seiner Partei für den Sieg unserer Heere aussprach und als die einstimmige Annahme der Kriegskredite seinen Worten folgte, ging ein Glücksgefühl durch unser ganzes Volk. Wir hatten uns wiedergefunden im Augenblicke der höchsten Not; wir wußten nun, daß nicht zwei miteinander streitende Völker, sondern ein einziges, auf Gedeih und Verderb ineinander verwachsenes Volk den Boden unseres Vaterlandes bewohnt. Man hat uns hinterher von sozialdemokratischer Seite wohl das Erstaunen darüber ausgedrückt, daß wir überhaupt daran hätten zweifeln können. Unterlassen wir es in diesem Augenblick, erschöpfend zu erörtern, weshalb ein Zweifel an der vaterländischen Haltung der Sozialdemokratie hatte entstehen können. Aber wir glauben eine Unterscheidung machen zu müssen. Wir haben in den weitesten Kreisen des bürgerlichen Deutschlands nicht daran gezweifelt, daß der sozialdemokratische Arbeiter im Grunde der Seele deutsch empfindet und seine Pflicht gegen das Vaterland, wenn er in Reih und Glied tritt, erfüllen wird. Aber wir kannten auch die internationalen und pazifistischen Ideale seiner Partei und konnten nicht übersehen, in welchem Grade diese es ihm gestatten würden, seine Pflicht auch mit jener Freudigkeit zu erfüllen, die zum Durchhalten und Siegen in unserer Lage nun einmal notwendig ist. Jeder Krieg ist ein Akt der Machtpolitik und ein Aufeinanderprallen nationaler Egoismen. Die Sozialdemokratie fordert Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern und verurteilt die Machtpolitik, die zum Kriege führen kann. Sie billigt zwar den aufgedrungenen Verteidigungskrieg und hat den Krieg, den wir jetzt führen, als einen solchen aufgefaßt. Aber ihre Gesinnungsgenossen in Feindesland fassen ihn nicht als solchen auf, sondern machen uns den Vorwurf, der Angreifer zu sein. Dieser Riß, der durch die sozialdemokratischen Parteien Europas heute geht, muß dem deutschen Sozialdemokraten tief

schmerzlich sein. Es ist keine Frage, daß dadurch eine gewisse Brechung seiner Empfindungen entsteht. Auch der Verteidigungskrieg, den er, wie wir alle, überzeugt ist zu führen, stellt ihn vor Probleme, die vom Boden der sozialdemokratischen Grundanschauungen aus nicht einfach und eindeutig zu beantworten sind. Wir im bürgerlichen Lager können das ganz menschlich verstehen. Wir rechnen es der deutschen Sozialdemokratie hoch an, daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit den Konflikt zwischen ihrem internationalen Ideale und ihrer vaterländischen Pflichterfüllung zugunsten der letzteren entschieden hat, aber wir sind nicht erstaunt, daß eine Minderheit in ihr die ungebrochene Stimmung des 4. August nicht ganz festgehalten und durch ihre Haltung bei der letzten Bewilligung der Kriegskredite ein Zeichen wiederauftauchender Abneigung gegen jegliche Machtpolitik gegeben hat. Auch von dieser Minderheit sind, wie die kürzlichen Äußerungen des Abgeordneten Haase in Frankfurt zeigen, wohl weitaus die Meisten entschlossen, ihre persönliche Pflicht gegen das Vaterland rundweg zu erfüllen. Aber sie meinen, daß sie durch eine Anerkennung der Pflicht, Kriegskredite zu bewilligen, ihre bisherige Parteipolitik für bankerott erklären würden. Die Spaltung und Gärung der Meinungen innerhalb der Partei ist also im vollen Gange. Man sieht die entgegengesetzten Forderungen, mit denen sie zu ringen hat, nebeneinander vertreten in der Kundgebung über die Wiener Besprechungen vom 12. und 13. April zwischen den Vertretern der deutschen, österreichischen und ungarischen Sozialdemokratie. Hier wird auf der einen Seite betont, daß ihre Sehnsucht nach Frieden, — die wohl nicht allein von der Sozialdemokratie empfunden wird — nicht dem Gefühl der Schwäche, sondern dem Willen und der Kraft der Selbstbehauptung entspringe. Auf der anderen Seite wird das fortgesetzte Wettrüsten aller Staaten, und also auch unseres Staates, verantwortlich gemacht für die jetzige Weltkatastrophe. Es wird ein Friede gefordert, der kein Volk — also auch unsere Gegner nicht — demütige. Es werden alle früheren pazifistischen Grundforderungen der Partei erneuert: obligatorische internationale Schiedsgerichte, demokratische Kontrolle aller Verträge durch die Volksvertretungen und Einschränkung der Rüstungen mit dem Ziele der allgemeinen Abrüstung.

Wir machen uns keine Illusionen. Es ist zu vermuten, daß in absehbarer Zukunft diese Forderungen von der Partei grundsätzlich festgehalten werden. Die große Frage ist nun, ob damit vereinbar ist, was wir uns alle ersehnen: Vertrauensvolles Zusammenarbeiten

aller Parteien für gemeinsam anerkannte Staatsnotwendigkeiten, Erhaltung des nationalen Burgfriedens unter ihnen nach Beendigung dieses Krieges. Wird nicht der bittere Hader gleich von neuem wieder losgehen, wenn jeder Versuch, die Wehrkraft unseres Reiches zu stärken, auf den grundsätzlichen Widerspruch der Sozialdemokratie zu stoßen hat? Wir dürfen leider diese Möglichkeit nicht ausschließen, — aber wir können sie vielleicht einschränken durch eine ruhige und leidenschaftslose Aussprache zwischen hüben und drüben, durch den ehrlichen Versuch, die Ideale und Überzeugungen des Gegners zu verstehen und das Stück von politischer Wahrheit, das in ihnen verborgen sein könnte, anzuerkennen. Seien wir hüben und drüben einmal weitherzig. Verstecken und bemänteln wir nicht die einmal vorhandenen Gegensätze, aber rücken wir so nahe heran an die Grenzen unserer eigenen Gedankenwelt, wie nur irgend möglich, um zu sehen, ob nicht doch ein Steg hinüberführt zu der des anderen.

Die Sozialdemokratie hält es für möglich, durch den vereinten Druck der Volkswünsche in allen Ländern internationale Abmachungen zu erzielen, durch welche die natürlichen nationalen und politischen Egoismen so weit gedämpft werden, daß ein Krieg nicht mehr ausbrechen kann. Dieser idealistische Glaube überspringt nach unserer Meinung allerdings die geschichtliche Erfahrung der ganzen Menschheitsgeschichte. Man kann sich die Menschen anders wünschen als sie sind: man kann auch darauf hinarbeiten, ihre egoistischen Instinkte zu mildern. Aber man gelangt dabei an Schranken, die noch niemals überwunden worden sind und die so tief im menschlichen Wesen verankert sind, daß sie vermutlich niemals ganz überwunden werden können. Es ist der nüchterne historische Realismus, der die Dinge nimmt, wie sie wirklich sind, und uns lehrt, daß das Kämpfen und Ringen der Staaten und Völker miteinander um Vorteil und Macht eine Art Naturgesetz ist. Man kann diese Natur, wie das Sprichwort sagt, „mit der Gabel austreiben", sie kehrt doch wieder. Ein internationales obligatorisches Schiedsgericht würde keinen Gehorsam in solchen Fällen finden, wo sich eine große Nation durch seinen Urteilsspruch in ihren Lebensinteressen geschädigt sähe. Was würde uns heute widerfahren, wenn wir die Schlichtung unseres Streites dem Schiedsgericht auch nur der neutralen Staaten überließen? Wir kennen die nordamerikanische Neutralität jetzt genug, um zu wissen, daß sie dafür sorgen würde, uns und Österreich das Fell über die Ohren zu ziehen. Eine demokratische Kontrolle der Verträge und Vereinbarungen durch die Volksvertretungen schützt auch nicht

vor friedstörender Politik, wenn die Neigung dazu in die Mehrheit des Volkes eingedrungen ist. Frankreichs durch Jahrzehnte fortgesetzte Politik, eine aufrichtige Versöhnung mit Deutschland auszuschlagen, und ein Netz von Gegnerschaften gegen uns anzuspinnen, hat einer demokratischen Kontrolle durch die Volksvertretung gewiß nicht ermangelt, und alle geheimen Abmachungen, die die Regierenden dort trafen, wagten sie nur zu treffen, weil sie damit Politik im Geiste des französischen Volkes zu treiben meinten. So kam der eigentümliche, aber psychologisch durchaus verständliche Widerspruch heraus, daß das französische Volk im Grunde zwar den Frieden wünschte, aber zugleich auch eine Politik wünschte und gut hieß, die der kriegerischen Explosion zutrieb. Friedensbedürfnis und demokratische Kontrolle also genügen, wie dies klassische Beispiel zeigt, noch nicht, um ein Volk von gefährlichen politischen Bahnen abzuhalten. Es wirkten hier sich eben elementare volkspsychologische Strömungen des Hasses und der Leidenschaft aus, die man beklagen, auch einzudämmen versuchen, aber nicht aus der Welt schaffen konnte. Wir wissen alle, welches Maß von Verantwortung für den Ausbruch dieses Weltkrieges dadurch das französische Volk trifft.

Ähnlich liegt der Fall mit England. Es ist richtig, daß Sir Edward Grey seine lichtscheue Politik der Kontrolle des Parlaments entzog. Aber auch er hat sie nur zu treiben gewagt, weil eine starke deutschfeindliche Volksströmung in England ihn trug, weil er darauf vertraute — und wie wir erfuhren, leider mit Recht darauf vertraute — daß in der Stunde der Entscheidung das Parlament sie billigen würde. Das Geheimnis war nur ein Mittel, nicht die Ursache des Erfolges seiner gefährlichen Machenschaften. Es kann ebensogut zum Mittel einer entgegengesetzten, den Frieden erstrebenden Politik werden. Manche den Frieden sichernde Abmachung hätte vielleicht nicht geschlossen werden können, wenn die Karten vorzeitig hätten aufgedeckt werden müssen. Die Natur diplomatischer Verhandlungen und Vereinbarungen innerhalb einer Staatenwelt mit verwickelten, überall leicht verletzbaren Interessen, in einer von Eifersucht und Mißtrauen geschwängerten Atmosphäre, erfordert mit Notwendigkeit ein gewisses Maß von Geheimhaltung. Der Sozialdemokratie ist allerdings, wie wir wissen, das ganze Getriebe des diplomatischen Handwerks mit seinen vielen kleinen Menschlichkeiten und unterirdischen Minenkünsten nicht sympathisch. Sie möchte es am liebsten entbehrlich machen durch ein offenes Vertrauensverhältnis von Volk zu Volk. Aber so lange wir das Vertrauen nicht gewinnen können, daß ein

Nachbarvolk bei einem Interessenkonflikt zwischen ihm und uns unter allen Umständen den Frieden wahren wird, werden auch wir nicht auf die Maßregeln und Mittel diplomatischer Vorsicht ihm gegenüber verzichten können.

Ebenso lange werden wir auch nicht an Abrüstung denken können. Wie heute die Dinge liegen, hat jede Regierung, die einen allgemeinen Abrüstungsantrag stellt, den geheimen Hintergedanken, sich selbst in möglichst gute militärische Positur dabei zu bringen. Als England uns eine gemeinsame Einschränkung des Flottenbaues vorschlug, hat es mit List an die vielen schönen Dreadnoughts gedacht, die für auswärtige Staaten in seinen Werften gebaut werden und im Augenblick des Kriegsausbruchs die englische Flotte sofort verstärken können. Allgemeine Abrüstung nach billiger Proportion für jeden einzelnen Staat wäre nur möglich, wenn eine über den Staaten stehende, von eigener staatlicher Selbstsucht ganz freie, aber zugleich mit allen Machtmitteln eines großen Staates ausgestattete Instanz da wäre, die sie regeln und erzwingen und alle geheimen Hinterabsichten im Keime ersticken könnte. Eine solche Instanz kann man sich wohl in Gedanken ausmalen, aber nicht in das Leben rufen.

Die Vorgeschichte des Weltkrieges hat bestätigt, was wir uns auch schon vorher sagen durften, daß die größten Gefahren für den Frieden heute nicht in erster Linie von der geheimen Politik der Kabinette und Diplomaten, sondern von dem Einfluß, den mächtige Volksströmungen auf sie gewinnen können, drohen. Wir haben es soeben erst wieder erlebt an der frivolen Art, mit der die Bevölkerung der italienischen Kaffeehäuser, —leider ist sie dort eine Macht — die Regierung in den Krieg gedrängt hat. Die sozialdemokratische Volksbewegung will freilich überall den Frieden. Das erkennen wir an, auch wenn wir die Mittel, mit denen sie ihn erstrebt, für untauglich halten, weil sie von idealen, unwirklichen Voraussetzungen ausgehen. Aber in dem Kampfe gegen nationalistische und chauvinistische Volksströmungen und gegen jegliche ungesunde Überspannung der Machtpolitik können wir recht wohl ein gutes Stück Weges mit ihr zusammengehen. Hier ist der Punkt, wo eine Verständigung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern heute, nach den Erfahrungen dieses Krieges, am ersten möglich ist. Wir konnten vor dem Kriege das Mißtrauen nicht los werden, daß die heftigen Worte, welche die Sozialdemokratie gegen Chauvinismus und Nationalismus richtete, nur ihre eigene grundsätzliche Gleichgültigkeit gegen unsere wirklichen und berechtigten nationalpolitischen

Interessen verdeckten. Wir fürchteten früher, daß ihr pazifistisches und internationales Ideal ihre Empfindung — wenigstens ihre bewußte Empfindung — für die Werte von Volkstum und Vaterland schwäche. Wir haben jetzt erkannt, daß jene oft so trotzig bekundete Gleichgültigkeit gegen vaterländische Klänge zum großen Teile nur der spröden Scheu entsprang, konventionell gewordene Schlagworte nachzubeten. Es ist ihnen gegangen wie manchem religiösen Menschen, der sich nach außen unreligiös gibt und seine Empfindung verschließt, weil er sie mit den Lippen zu entweihen fürchtet und weil er zu sehen glaubt, daß andere sie damit entweihen. Gerade solche gewaltsam zurückgedrängte Empfindung kann sich dann in einem reinen Momente um so reiner und ergreifender offenbaren. Wir haben Äußerungen und Geständnisse deutscher Sozialdemokraten aus der Kriegszeit, die zu den schönsten und edelsten Kundgebungen der nationalen Idee in Deutschland gehören, weil sie mit der Gewalt des ganz neu und selbständig Erlebten hervorbrachen. Darum stoßen wir uns jetzt auch nicht mehr daran, daß die heutige Sozialdemokratie ihre vaterländische Pflicht nur erfüllen will unter Festhaltung internationaler und pazifistischer Forderungen. Wir werden sie bekämpfen, wo diese Forderungen mit den nationalen Interessen unserer Politik, wie wir sie verstehen, unvereinbar sind, aber wir werden diesen Kampf ohne aufreizenden Argwohn fortan führen können, weil wir wissen, daß wir uns in der Stunde der Gefahr auf unsere sozialdemokratischen Volksgenossen verlassen können. Die Eiferer und Zionswächter des nationalen Gedankens im bürgerlichen Lager aber, denen jeder Beisatz weltbürgerlicher und pazifistischer Gesinnung verdächtig ist, erinnern wir daran, daß die nationale Idee in Deutschland einst auf weltbürgerlichem Mutterboden gewachsen ist und, so wunderlich es ihren Ohren auch klingen mag, einen guten Teil ihrer Kraft und Größe aus ihm gezogen hat. Wilhelm von Humboldt und Fichte begannen als Weltbürger und hörten es auch nicht auf zu sein, als sie die nationale Flut in ihr Inneres einströmen ließen. In der Mischung und Auseinandersetzung nationaler und weltbürgerlicher Gedanken, wie sie in der heutigen Sozialdemokratie vor sich geht, wiederholt sich nur der Werdegang unserer nationalen Idee. Wer diesen kennt mit seinen wunderlichen Zickzacklinien und Kreuzungen, wird duldsam gestimmt, wenn er von neuem sieht, wie man das Entgegengesetzte und oft sich Widersprechende so gern vereint festhalten möchte.

Auch wollen wir ja selber ein Stück Weltbürgertum in uns behaupten, während und trotz dieses Weltkrieges und gerade auch wegen

des Weltkrieges. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die Wissenschaft empfindet schmerzlich die Zerreißung wertvoller geistiger Bande zwischen Volk und Volk. Die Wissenschaft will zwar nicht international, aber übernational sein, auch wenn sie sich bewußt ist, daß ihre innere Kraft im eigenen Volkstum wurzelt und daß sie Dankespflichten gegen dieses hat. Aber ihr Arbeitsfeld ist die ganze Welt, und alle guten Geister fremder Nationen will sie in ihren Bund aufnehmen. Zwar haben wir an der Gelehrtenwelt der uns jetzt feindlichen Nationen schmähliche Enttäuschungen erlebt. Wir können die Beleidigungen, die sie uns zugefügt, nicht vergessen und müssen jedes persönliche Band mit den Schuldigen zerschneiden. Aber den Völkerhaß, den sie predigen, werden wir nicht erwidern, und in der allgemeinen Bekämpfung des Völkerhasses können wir Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen. Ist es denn nicht möglich, nationales Ehrgefühl und Selbstbewußtsein mit ruhiger Anerkennung fremder Volkswerte zu vereinigen? Es ist ebenso wohl möglich, wie die Vereinigung eines gesunden nationalen Egoismus mit universaler und humaner Lebensanschauung. Völkerhaß aber trübt nicht nur den Geist, die Leistungen und den Erfolg der wissenschaftlichen Arbeit, sondern schädigt auch, und damit kehren wir zu unserer Hauptfrage zurück, den Geist, die Leistungen und den Erfolg nüchterner Machtpolitik. Er ist nicht nur unhuman, sondern auch unpolitisch.

Die Sozialdemokratie will einen Frieden, der keines der jetzt miteinander kämpfenden Völker demütige. Wir zögern nicht, in dieser Forderung einen berechtigten Kern anzuerkennen. In den Beziehungen der Staaten und Völker zueinander muß nun einmal das grobe Wort gelten: „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich“. Es ist politisch unklug, einen Feind aus reiner Rachlust so zu behandeln, daß er niemals unser Freund oder Verbündeter werden kann. Die große Politik ist ein flüssiges Element, das heute die Atome scheiden und morgen wieder verbinden kann. Die ganze Geschichte der europäischen Staatenwelt bestätigt es. Wohl gibt es zähe und langlebige Gegensätze, deren Auskämpfung und Erledigung Jahrhunderte erforderte. Vielleicht wird auch unser Gegensatz zu England und zu Rußland zu einem solchen, aber wer kann es wissen? Der Historiker und der Diplomat, der in diesen Dingen lebt, ist mit Prophezeiungen und dogmatischen Behauptungen darüber sehr viel zurückhaltender als der erfahrungsarme Dilettant. Wir können es zwar nicht ignorieren, daß sich in Frankreich, England und Rußland der Stoff zu einem Völkerhaß gegen uns aufgesammelt hat, der durch diesen Krieg vielleicht

nur seine erste Entladung erfahren hat. Aber wir können uns darauf verlassen, daß es auch drüben kühle politische Köpfe gibt, die nach Interessen, nicht nach Leidenschaften handeln wollen. Mögen sie jenseits des Kanals es heute auch in Englands Interesse finden, Deutschland zu vernichten, so können sie morgen, nachdem sie die Unerreichbarkeit dieses Zieles erkannt haben, sich vielleicht schon den Nutzen überschlagen, den ein Zusammengehen Englands und Deutschlands gegen Rußland haben möchte. In Rußland, das jetzt eine so gewaltige Leistungsfähigkeit entwickelt hat und durch rasch wachsende Bevölkerung noch steigern wird, das zugleich aber auch die ungezähmtesten und rohesten Instinkte der Macht in sich hat, liegt doch vielleicht die größte Zukunftsgefahr, die nicht nur Deutschland allein bedroht. Andererseits aber dürfte, wenn Rußland, im Westen zurückgeworfen und geschwächt, sich wieder nach Osten ergießen wollte, kein sentimentales Bedenken uns abhalten, diese Wendung zu begünstigen und in unserer Politik zu verwerten.

Wir stellen also den Grundsatz auf: Es ist zweckmäßig und gut, den Frieden so zu schließen, daß wir uns ohne Not keinen Erbfeind schaffen und keine Erbfeindschaft nähren, daß wir uns in Zukunft bündnisfähig erhalten für jedermann. Mag uns auch Verachtung und Zorn im Herzen lodern, wenn wir die schmutzigen Hände derer wieder ergreifen, die uns jetzt elend verleumden und auszuhungern versuchen, — Politik ist Geschäft und muß als solches behandelt werden. Und da, wie Clausewitz sagt, der Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so darf der Frieden nicht die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein. Das heißt: die Forderungen unserer Militärs und Admirale beim Abschluß des Friedens müssen wohl gehört und aufs ernsteste erwogen werden, aber entscheiden darf nur das Urteil des verantwortlichen Staatsmanns, der die kriegerischen wie friedlichen Möglichkeiten der Zukunft am sorgfältigsten gegeneinander abzuwägen vermag. So hat es Bismarck gehalten, so haben wir es auch zu halten. Insofern die Sozialdemokratie fordert, daß wir keinen einseitig von militärischen Wünschen diktierten Frieden schließen und daß wir grundsätzlich unsere ganze Machtpolitik, wie vor so auch nach dem Kriege, auf ein Nebeneinander freier und selbständiger Nationen einrichten, begrüßen wir sie als Bundesgenossin.

Aber wir hoffen und wünschen dabei allerdings zugleich, daß sie vorurteilslos auch die andere Seite der Dinge durchdenke. Will Deutschland bündnisfähig werden für jedermann, so muß es auch gewisse Sicherungen seiner Lage erstreben, durch deren Fehlen wir

diese Bündnisfähigkeit im letzten Jahrzehnt eingebüßt hatten. Denn jeder schwache und leicht verletzbare Punkt in der Lage eines Staates reizt die Begierde des Rivalen und mindert die Aussichten seiner Bündnisse. Die Einkreisungspolitik des Dreiverbandes und die Isolierung der beiden europäischen Zentralmächte ist dadurch zustande gekommen, daß man ernstlich hoffte, sie durch konzentrischen Druck überlegener Kräfte niederzuwerfen. Soviel an uns ist, darf diese Hoffnung nicht wieder aufleben. Wir brauchen jetzt auch ein Mehr von Macht in Europa, um sturmfrei dazustehen. Das belgische Problem ist brennend geworden durch diesen Krieg. Wäre Belgien so gewillt und befähigt wie die Schweiz, eine echte Neutralität nach allen Seiten hin zu wahren, so bestünde gar kein grundsätzliches Bedenken, es in voller Souveränität wieder aufzurichten. Aber diese Voraussetzung existiert nun einmal nicht mehr. Belgien würde, ganz sich selbst überlassen, sofort zum Bollwerk Englands und Frankreichs gegen uns werden, und unsre Gegner zu einem neuen aussichtsreicheren Angriffskriege gegen uns geradezu einladen. Der Grundsatz, daß wir keinen unserer Gegner „demütigen" wollen, muß hier also so weit eingeschränkt werden, als es unsere Selbsterhaltung und Sicherung gegen neue Friedensstörung fordert. Man braucht Belgien nicht zu annektieren, — auch wir haben dagegen die allergrößten Bedenken — aber man kann es unschädlich machen durch, sagen wir einmal, eine gewisse Luxemburgisierung. Eingliederung in unseren Zollverein, Entwaffnung, Beschränkung der auswärtigen Vertretung auf Konsulate, vielleicht auch gewisse Besatzungsrechte für uns wären dann die gegebenen Mittel. Eben indem wir dies schreiben, erhalten wir die Ausführungen Max Schippels im 7. Heft der Sozialistischen Monatshefte, die genau nach derselben Richtung gehen.

Wollten wir ferner mit England einen Frieden schließen, der es nicht demütigte, so müßten wir vor allem seine tyrannische Seeherrschaft rundweg anerkennen. Das kann unmöglich der Wunsch der deutschen Sozialdemokratie sein. Sie wünscht doch wohl, wie wir, die Freiheit der Meere, das heißt die Abschaffung des Seebeuterechtes und womöglich auch, um dieses im Keime zu ersticken, die Abschaffung des Konterbande- und Blokaderechts. Wäre das zu erreichen, so könnte der ganze Erdkreis aufatmen. Eine Fülle von Kriegsursachen der Zukunft würde damit aus der Welt geschafft, die freie wirtschaftliche Entfaltung jeder Nation gesichert werden. Wir halten dieses Ziel für kein utopisches, sondern für ein sehr ernst anzustrebendes, — auch wenn es nur schrittweise

zu erreichen wäre. Selbst England könnte sich schließlich den Vorteil dabei herausrechnen, daß sein Handel künftig gesichert wäre gegen alle Umwälzungen des Seekrieges, die das U-Boot jetzt eingeleitet hat. Aber zunächst freilich würde es sich doch recht „gedemütigt" fühlen, wenn es die Spitzen seines Dreizacks etwas abschleifen und die Seepolizei mit anderen Nationen teilen müßte.

Und will die Sozialdemokratie ihren Grundsatz, kein Volk zu demütigen, etwa auch auf Rußland übertragen in dem Sinne, daß Rußland seine ganze despotische Herrenstellung über die zwischen ihm und uns gelagerten Völkerschaften behalte? Die Sozialdemokratie wünscht das notorisch nicht. Was sie den Russen wünscht, bedeutet ohne Frage nicht nur für das heutige autokratische, sondern auch für das heutige liberale Rußland eine demütigende, — nach ihrem und unserem Urteile allerdings wohl verdiente Minderung der Macht. Überlassen wir die nähere Erörterung dieser Frage, in der wir vielleicht wieder mit der Sozialdemokratie uns verständigen können, dem Augenblicke, wo wir klar übersehen können, was wir von Rußland fordern dürfen. Stellen wir fest, daß der Grundsatz, kein Volk zu demütigen, wohl ein Leitstern ist, den man nie aus dem Auge verlieren darf, daß unser Weg aber auch durch Wind und Wetter zugleich bestimmt werden muß.

Die Sozialdemokratie folgt diesem Leitstern in erster Linie aus humanitären Idealen, wir folgen ihm in erster Linie aus realpolitischer Erwägung, aber vergessen dabei keinen Augenblick, daß auch das Ideal unserer Kultur darauf hinstrebt. Möchte nun auch die Sozialdemokratie die Forderungen einer gesunden und maßvollen Realpolitik nicht übersehen.

Nachwort.

Die vorstehenden Ausführungen waren im Mai d. J. niedergeschrieben. Inzwischen sind die Erörterungen über Machtpolitik und Kriegsziele in der sozialdemokratischen Partei weitergegangen. Die Gegensätze in ihr, die wir berührten, sind immer deutlicher und schärfer geworden und auch durch die Erklärung des Parteivorstandes „Sozialdemokratie und Frieden" (im „Vorwärts" vom 26. Juni) nicht überbrückt worden. Denn hier wird auf der einen Seite mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß auch die große Masse der dem Internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs noch immer an dem Traum der Niederwerfung Deutschlands hängt, auf der anderen Seite aber wird unsere Regierung aufgefordert, den ersten Schritt zu Friedensver-

handlungen jetzt zu tun. Was würde geschehen, wenn dieser Rat befolgt würde? Unsere Gegner würden in dem falschen Glauben, daß unsere Kraft und Entschlossenheit erlahme, Forderungen an uns stellen, die auch der größte Teil unserer Sozialdemokratie mit Entrüstung von sich weisen würde. Weil wir dessen gewiß sind, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Sozialdemokratie nur einen solchen Frieden will, der uns, soweit menschenmöglich, vor neuer Einkreisungspolitik und Kriegsgefahr schützt und unsere wirtschaftlichen Lebensinteressen sichert, können wir diese zwiespältige Erklärung nur als eine Etappe in der Klärung, die sich in ihr jetzt vollzieht, ansehen.

Der Krieg und die Arbeiter-Internationale.

Von August Winnig.

Die Beziehungen der Arbeiterorganisationen von Land zu Land sind mit diesen Organisationen selbst entstanden und gewachsen, sie sind wie diese selbst echte Kinder der Gegenwart.

Nachdem die Arbeiterorganisationen als notwendiges Ergebnis der Klassenbildung und Klassenscheidung entstanden waren, konnte es nicht ausbleiben, daß sie alsbald Beziehungen und Verbindungen mit den gleichartigen Organisationen in anderen Ländern anstrebten, denn ein solches Streben lag ganz im Zuge unserer Zeit. Man hat unserem Zeitalter, um seine Eigenart hervorzuheben, viele Bezeichnungen verliehen, man hat es das Zeitalter des Eisens, der Elektrizität, man hat es das papierne Zeitalter genannt; in Wahrheit sind dies alles nur Teilmerkmale der weltgeschichtlich großen Eigenart des Lebens der Gegenwart, die in einer überwältigenden Steigerung des Verkehrs der Menschen, der Waren und der Nachrichten besteht. Dieser Verkehr, das Ergebnis der Überwindung des Raumes durch das geistgeborene technische Können, ist vor allem die formende und gestaltende Kraft des menschlichen Gemeinschaftslebens in allen seinen sachlichen und geistigen Ausstrahlungen, er ist auch sowohl Ursache als Voraussetzung der internationalen Beziehungen.

Denn dieser Verkehr schafft sowohl das Bedürfnis nach Verbindung mit den gleichstrebenden Gruppen jenseits der Grenzen, als auch die Möglichkeit, sie herzustellen und wirksam zu machen.

Das letzte halbe Jahrhundert hat eine Fülle internationaler Beziehungen geschaffen. Der Internationalismus war bis zum Kriege zu einem dichten Geflecht der Verbindungen und Verknüpfungen verschiedenster Art geworden. Für die freien Werte gab es keine Landesgrenze. Deutsches Geld warb neben englischem und französischem in amerikanischen Stahlwerken, in afrikanischen Goldminen, in chinesischen Faktoreien und Bahnen. Die deutschen Großbanken hatten ihre Zweiggeschäfte in Frankreich, in England, im fernen Westen, wie im Osten. Ein engmaschiges Netz wechselseitiger Geldverpflich-

tungen umspannte den Erdball, es war der Ausdruck eines regen, schier unübersehbaren Warenaustausches, der sich über Land und Meer vollzog. Mit diesen sachlichen Interessen zogen politische, geistige, kulturelle Interessen in alle Weiten. Es entstanden internationale Organisationen des Verkehrs staatlicher und privater Art; es entstanden Rechtsnormen von internationaler Geltung; es bildeten sich internationale Beziehungen der Wissenschaft, internationale Vereinigungen ihrer Vertreter, und so entwickelten sich auch schließlich internationale Beziehungen sozialer und politischer Interessengruppen, am frühesten Beziehungen von Vertretern der Arbeiterklasse.

Daß die Arbeiterklasse dabei den Vortritt nahm, erklärt sich sehr leicht. Je schwerer der einzelne oder die Gruppe für ihre Sache zu kämpfen hat, umso lebhafter ist der Wunsch nach Unterstützung, nach Verbindung mit Kräften, die dem gleichen Ziel zustreben. In dieser Lage aber war die Arbeiterklasse. Bürgertum und Staatsgewalt stellten sich ihrer Bewegung entgegen. Dazu kam ein anderes: eine Verbindung zu politischen oder wirtschaftlichen Kampfzwecken mit gleichstrebenden Gruppen anderer Staaten konnte leicht als ein Verstoß gegen die nationalen Pflichten ausgelegt werden. Es ergab sich aus der ganzen sozialen und politischen Stellung der Arbeiterklasse, daß die daraus gegebenen Hemmungen von ihr am leichtesten überwunden wurden. Schließlich aber setzte sich der Gedanke der Interessenvertretung im internationalen Verbande auf der ganzen Linie durch: wie die sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaften, so schufen sich auch die Arbeitgeber der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes und des Handels ihre internationalen Verbindungen, selbst die christlich-nationalen Gewerkschaften gaben ihre Bedenken preis und schlossen internationale Kartelle.

So ist die sozialistische Arbeiter-Internationale also nur ein Glied in dieser völkerverbindenden Kette internationalen Zusammenwirkens.

Die Art des Zusammenwirkens der international verbundenen Gruppen ergibt sich aus den Aufgaben und Zielen, die der Geschichtsverlauf diesen Gruppen stellt. Für die Arbeiterklasse begreifen sie sich in der Überwindung der überlieferten Herrschaftsformen durch die demokratische Organisation des öffentlichen Wesens, in der Förderung der in der Gesellschaft wirksamen sozialisierenden Tendenzen und in der Wahrung der Arbeiterinteressen auf allen Gebieten öffentlicher Tätigkeit. Mit diesen Zielen fühlt sich die Arbeiterklasse als der Wegbereiter eines neuen sozialgeschichtlichen Zeitabschnittes, der

nicht nur innerhalb der Völker durch die Beseitigung der Klassenscheidung, sondern auch für das Verhältnis von Volk zu Volk durch die vollendete Demokratie Frieden und Freiheit bedeuten wird.

Der Grundzug der sozialistischen Arbeiter-Internationale mußte darum notwendig ein Gefühl engster Zusammengehörigkeit sein, ein entschiedenes Bekenntnis zu allem, was der Erhaltung, und eine ebenso entschiedene Gegnerschaft gegen alles, was der Gefährdung des Friedens dienen sein könnte. Hinter diesen ideologischen Bekenntnissen standen jedoch starke tatsächliche Bedürfnisse, die insbesondere das Wesen des gewerkschaftlichen Flügels der Arbeiter-Internationale bestimmten. Die Forderungen nach gutem Arbeiterschutz wiesen gebieterisch auf die internationale Aktion, die die Regierungen aller Industrieländer vorwärts trieb und es der einzelnen Regierung unmöglich machte, die Forderungen mit dem Hinweis abzulehnen, daß ihre Erfüllung die nationale Industrie konkurrenzunfähig mache. Die glückliche Durchführung der Lohnbewegungen war daran gebunden, daß nicht Ersatzarbeitskräfte aus dem Auslande herangezogen werden konnten, oder daß (z. B. im Steinkohlenbergbau) die Waren, deren Produktion die Bewegung in Frage stellte, aus der Überproduktion des Auslandes geliefert wurden. Die durch das Wachstum der nationalen Organisationen herbeigeführte Ausweitung der Arbeitskämpfe legte eine Regelung der internationalen Solidarität durch bare Unterstützung nahe. Die Ausbildung des Unterstützungswesens der Organisationen machte Vereinbarungen über die Behandlung der Organisationsmitglieder im Bereiche ausländischer Organisationen notwendig. Man sieht an diesen Beispielen sinnenfällig, wie der Verkehr der Menschen und Güter als treibende Kraft hinter der Arbeiter-Internationale stand. Es war nicht kosmopolitische Phantasterei, was die Arbeiter-Internationale wachsen und gedeihen ließ; mochte immerhin die Ideologie einen großen Anteil an einzelnen Lebensäußerungen der Internationale haben, — die tragende und treibende Kraft waren lebhaft gefühlte Wirklichkeitsinteressen.

* * *

Aus diesem Wesen der Arbeiter-Internationale erklärt sich, daß sie die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen zwischen den Kulturvölkern stets sehr ernsthaft betrachtete und ihr Verhalten in einem solchen Falle diskutierte. Ganz abgesehen davon, daß man den Krieg der Verluste an Menschenleben, an sachlichen und geistigen Kultur-

gütern wegen verabscheute, mußte schon der Gedanke, daß man gezwungen sein könnte, die Waffen gegen die Partei- und Klassengenossen zu erheben, die in gleicher Weise den humanitären Idealen zugetan waren, ein Abgrund voller Schmerz und Grauen sein. Die Arbeit für den Frieden und gegen den Krieg stand darum bei allen politischen Manifestationen der Internationale im Vordergrunde. Je gespannter die internationale Lage seit etwa zehn Jahren wurde, umso eifriger diskutierte man, was die Internationale im Falle des Krieges tun könne.

Es ist bekannt, wie hierbei immer und immer wieder der Gedanke auftauchte, einen Krieg durch internationale Massendemonstrationen und Massenstreiks, ja erforderlichenfalls durch die Militärdienstverweigerung und die Insurrektion zu verhindern. Schon die internationalen Kongresse zu Brüssel (1892) und Zürich (1894) hatten sich mit Anträgen des Holländers Domela Nieuwenhuis zu beschäftigen, die die Internationale auf ein solches Verhalten festlegen wollten. In jedem Falle erklärte sich mit den deutschen Delegierten die große Mehrheit des Kongresses dagegen. Auf den Kongressen zu Stuttgart (1907) und Kopenhagen (1910) vertraten die französischen und englischen Delegierten den Gedanken, ohne allerdings eine Mehrheit für ihre Vorschläge zu finden. Man beschränkte sich in der Hauptsache auf die Vereinbarung, ständig für eine Politik des Friedens zu wirken und bei drohender Kriegsgefahr durch Massenversammlungen und Demonstrationen den Friedenswillen der sozialistischen Arbeiterschaft mit allem möglichen Nachdruck zu betonen.

Wie richtig diese Selbstbescheidung der Internationale war, hat der Krieg bewiesen. Mit Ausnahme von Rußland und Serbien hat die sozialistische Arbeiterschaft in allen kriegführenden Ländern dem Kriege widerstrebt, so lange er noch nicht zur Tatsache geworden war, dann aber, als das Gewitter losbrach, die Pflicht der Landesverteidigung anerkannt und auf allen ihr zugänglichen Gebieten erfüllt. Damit ist eingetreten, was der Internationale immer als drohender Schrecken erschienen, was seit ihrem Bestehen wie ein Alp auf ihrem Bewußtsein gelastet hat.

Es hieße an Wunder glauben, es hieße zumindest den wuchtigsten Tatsachen jede Bedeutung und Wirkung absprechen und die Kraft der Ideologien ins Märchenhafte überschätzen, wollte man glauben, diese Fülle von erschütternden Vorgängen werde oder könne auch nur die Arbeiter-Internationale unbeeinflußt lassen. Das könnte man nur glauben, wenn die Internationale die rein gedankliche Konstruktion

einiger Führer und Theoretiker gewesen wäre. Aber sie ist mehr gewesen und sie ist heute noch mehr. Sie ist geistig und organisatorisch ein Stück aller nationalen Organisationen, und gerade weil sie dies ist, darum kann dies ungeheure Weltbeben nicht an ihr vorübergehen, ohne sie zu erschüttern und zu verändern.

* * *

Im Nationalismus und Internationalismus treten uns zwei Gedankenkreise entgegen, deren gegenseitiges Verhältnis jeder festen Formel spottet und eben darum hier wie dort eine Quelle verwirrender Mißverständnisse ist. Es wäre falsch, wollte man den nationalen Gedankenkreis als die Norm für das Völkerleben der Vergangenheit und den internationalen als die Norm der Zukunft bezeichnen. Wohl ist der nationale Gedanke der ältere; aber damit ist nicht bewiesen, daß er für die Gegenwart und Zukunft tot sei; und andererseits: wohl ist der internationale Gedanke ein echtes Kind der neuen Zeit; aber daraus folgt nicht, daß die Zukunft ihm und ihm allein gehöre. Gerade darin liegt die Tragik des Dilemmas begründet, daß beide von starken Kräften des wirtschaftlichen und sozialen Lebens unserer Zeit gestützt und gefördert werden. Der nationale Gedanke ist heute nicht schwächer, sondern stärker als in der Frühzeit der kapitalistischen Wirtschaftstechnik, stärker als in jedem früheren Zeitabschnitt. Man braucht nicht erst an das Mittelalter zu erinnern, wo die größten nationalen Schicksalsfragen von einer dünnen Oberschicht, ohne jede innere Teilnahme der Masse der Bürger und Bauern, entschieden wurden; man braucht nicht erst die vom nationalen Standpunkte mehr als wunderliche Hauspolitik der Landesfürsten im 16. bis 18. Jahrhundert anzuführen, die eben nur möglich war, weil der Masse ein nationales Bewußtsein fehlte, — die uns so naheliegende Zeit der napoleonischen Herrschaft in Deutschland ist geradezu ein Schulbeispiel dafür. Ihre Abschüttelung durch die Erhebung des Volkes war nur möglich, weil der nationale Gedanke, d. h. das Gefühl für Volkswürde und das Sehnen nach befreiender Kraftentfaltung durch die Einigung des Volkes erwacht war. Die ungeheure Spannkraft des nationalen Gedankens in jenen Tagen war erzeugt durch den Druck der Fremdherrschaft und durch den Aufstieg des Bürgertums, der sozialen Mittel- und intellektuellen Oberschicht des deutschen Volkes. Dies zu wirtschaftlicher Macht und geistiger Selbständigkeit gekommene Bürgertum war vor allem der Träger jener großen nationalen Erhebung, während die

Masse des dienenden Landvolkes und der Lohnarbeiterschaft des städtischen Gewerbes wohl voller Erbitterung über die Fremdherrschaft, aber ohne innere Verbindung mit den nationalen Zielen dabei mitwirkte. Die Masse dieser Unterschichten stand dem eigentlichen Leben der Nation wirtschaftlich, politisch und geistig noch zu fern.

Erst mußte der bürgerliche Verfassungsstaat mit seinen Voraussetzungen und Konsequenzen kommen, erst mußten allgemeine Schulpflicht, allgemeine Wehrpflicht, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines Wahlrecht und die Freiheit der beruflichen Organisationen die Fesseln dieser Masse lösen, da erst konnte sie sich einen Anteil an den ökonomischen, politischen und kulturellen Gütern der Nation erringen, und da erst konnte der Begriff Nation für ihre Vorstellung wesenhaft werden. So ist der nationale Gedanke gerade in unserer Zeit zum wirklichen Gedanken der Nation geworden. Die Masse des Volkes weiß und fühlt, daß das Schicksal der Nation und ihres organisatorischen Ausdrucks: des Staats auch ihr Schicksal ist. Sie bestaunt den Staat nicht mehr als eine über den Wassern schwebende Urgewalt, sondern sie erkennt die Abhängigkeit seines Wesens von den freiwirkenden Kräften des Volksganzen und strebt und ringt, ihm mehr und mehr ihr eigenes Wesen einzuhauchen. Sie fühlt sich wirtschaftlich, politisch und kulturell an dieser durch den Staat ausgedrückten Gemeinschaft beteiligt und an sie gebunden. Ihr wirtschaftliches Wohlergehen hängt ab vom Stande der nationalen Volkswirtschaft, die der Bewegungsfreiheit bedarf, um sich entwickeln zu können. Ihre gewerkschaftlichen Organisationen können nur dann Lohn und Arbeit günstig beeinflußen, wenn Handel und Wandel blühen. So ist die Masse der Arbeiterschaft an dem Schicksal der nationalen Volkswirtschaft und dadurch an der politischen Geltung der Staatsgemeinschaft interessiert, und so fühlt sie sich bei der Abwehr der Gefahren, die dieser von außen drohen, mit der Gesamtheit des Volkes solidarisch verbunden. Aber um wieviel reiner und stärker würde sie diese Solidarität empfinden, wenn nicht in der inneren Politik so starke Hemmungsmomente gegeben wären! Wie haben nicht Erscheinungen wie die unablässigen Bedrohungen des Koalitionsrechts, die den Gewerkschaften so abträgliche Auslegung und Handhabung des Vereinsgesetzes, und wie hat vor allem die Verweigerung der gleichen politischen Rechte im führenden Bundesstaate dem nationalen Gedanken in der Arbeiterschaft immer und immer wieder neue Hemmnisse entgegengeworfen! Je mehr es gelingt, diese Hemmungen auszuschalten und

je größer der Anteil der Arbeiterklasse an der Verwaltung des öffentlichen Wesens wird, umso reiner und stärker wird die Solidarität des ganzen Volkes in der Abwehr äußerer Gefahren zum Ausdruck kommen: nicht als das Ergebnis politischer Berechnungen, sondern als soziologische Kausalität.

Aber nicht nur aus dem Kampfe der Arbeiterklasse für ihren politischen und wirtschaftlichen Aufstieg erwachsen dem nationalen Gedanken neue Kräfte. Die in den und durch die Arbeiterorganisationen verrichtete Bildungsarbeit löst auch die bedeutenden nationalen Werte, die in der Kenntnis und Pflege der Kunst, insbesondere in ihren volkstümlichsten Formen: in der Bühnenkunst und in der Literatur liegen. Es gehört eine bestimmte Höhe der geistigen Kultur dazu, um den Begriff des Volkstums in seiner tiefen Wesenheit zu verstehen. Je tiefer der Arbeiter in den ewig grünen Wundergarten des deutschen Schrifttums eindringt, umso tiefer und inniger empfindet er Volkstum und Sprache als das „Jugendland, in dem die Völker wachsen und gedeihen", um es mit Gottfried Keller zu sagen; ich kann diese Wirkung bezeugen, denn ich habe sie selbst in mir erlebt. — So sehen wir also gerade in der Arbeiterklasse, wie beide Gedankenkreise, der nationale wie der internationale, von den bewegenden Kräften des gegenwärtigen Zeitalters getragen und geweitet werden.

Daraus ergibt sich für das Verhältnis zwischen Nationalismus und Internationalismus kein Gegensatz im Sinne eines Entweder — oder, sondern eine Synthese im Sinne eines Sowohl — als auch. Beide sind begründete Prinzipien der Gestaltung des Volks- und Völkerlebens. Die Entscheidung über die Abgrenzung ihres Bereiches in der Praxis ist natürlich ungemein schwer und fällt darum nicht überall gleichmäßig aus. Sie kann nicht nach irgendeiner Schablone gezogen werden, sondern muß immer die Summe einer oft unübersehbaren Vielheit von Erscheinungen zu ziehen bestrebt sein. Daraus erklären sich die weit voneinander abweichenden Ansichten über die internationalen Pflichten der sozialistischen Parteien in der gegenwärtigen Weltkrise.

Die russische Sozialdemokratie hat, wie die serbische, durch die Ablehnung der Kriegskredite jede freiwillige Teilnahme an der Aktion der zarischen Regierung weit von sich gewiesen. Man wird in dieser Haltung zweierlei ausgedrückt finden: einmal die Abgeschlossenheit der Masse des russischen Volkes von allen ohnehin sehr fragwürdigen Gütern der Kultur des Landes, zum andern die absolute Unvereinbarkeit des zarischen politischen Systems mit den Interessen

der russischen Arbeiterklasse. Eine Masse, die wirtschaftlich, politisch und kulturell so gestellt ist, wie die der russischen Arbeiter, kann dem nationalen Gedanken nicht anders als gleichgültig oder ablehnend gegenüberstehen. Der Begriff der Nation und des Staates hat für sie zum Inhalt die Rechtlosigkeit, die Ausbeutung, die ungesetzliche Gewalt mit den Symbolen des Galgens und der Katorga.

Für die westeuropäischen Staaten ergab sich die Haltung der sozialistischen Parteien im allgemeinen aus der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und ihrem Verhältnis zur Staatsgewalt. Für die belgische Sozialdemokratie war es selbstverständlich, daß sie sich mit der Gesamtheit des Volkes zur Verteidigung ihres Landes erhob. Weniger geschlossen geschah das in England, wo ein weniger durch seine Größe als durch den Ruf seiner Führer bemerkenswerter Teil der sozialistischen Organisationen die Unterstützung der kriegerischen Aktionen ablehnte. In diesem Teile wirkte das ideologische Moment der sittlichen Entrüstung über die Politik der Regierung, die ohne Not in einen Krieg eintrat, den sie durch ihre Diplomatie hatte vorbereiten helfen. Die Masse der englischen Arbeiterbewegung aber blieb von dieser sittlichen Entrüstung unberührt und erklärte sich für das Kriegsziel: die Niederschlagung des größten Konkurrenten in der Weltwirtschaft. Zwei Menschenalter höchster Blüte des Wirtschaftslebens, die auch den Arbeiter nicht leer ausgehen ließen, eine für deutsche Verhältnisse weitgreifende Demokratisierung des öffentlichen Lebens hatten den englischen Arbeiter in das Gesamtleben der Nation eingegliedert, so daß der Krieg die Nation bis auf kleine Reste einig fand. An dem begeisterten Bekenntnis des französischen Sozialismus zur nationalen Solidarität haben offensichtlich ideologische Kräfte einen stärkeren Anteil. Der Wunsch nach Vergeltung für Sedan lebte doch in jedem Franzosen. Die oft glänzende Rolle des französischen Volkes in der Geschichte der Demokratie hatte auch in sozialistischen Köpfen einen, wenn auch revolutionär abgetönten, Nationalstolz herausgebildet, der besonders leicht auf Beeinträchtigungen von dem „autokratischen" Deutschland reagierte und die Hemmungen, die die innere Politik auch hier dem nationalen Gedanken bereitete, leicht überwand. Immerhin wäre dieser blitzschnelle Übergang von der antipatriotischen und antimilitaristischen Phrase zum nationalistischen Paroxismus bei einem Volke von geringerer geistiger Elastizität nicht möglich gewesen.

So wenig die Haltung der sozialistischen Partei Italiens mit der Haltung der französischen, englischen und deutschen Sozialisten

zu vergleichen ist, so entspricht sie doch der hier vertretenen Auffassung von den Voraussetzungen des nationalen Gedankens. Die Sozialisten Italiens, die bereits seit dem vorigen Herbst die Intervention forderten, waren nicht sozialistische Arbeiter, sondern Zweige jenes eigenartigen italienischen Gewächses der klassenlosen Intellektuellen, die in der sozialistischen Bewegung nichts weiter als ein Sprungbrett sehen. Der italienische Arbeiter steht dem kulturellen Leben seines Volkes nur um einige Grade näher als der russische. Seine wirtschaftliche Lage ist so elend, daß alljährlich mehr als 700 000 Arbeiter das Land verlassen müssen. Die Löhne sind niedrig, die Organisationen schwach, die Bildung ist gering. Wo die Bildungsgrundlage der Arbeiter dem Wirken der sozialistischen Presse Raum bietet, verharrt die Arbeiterschaft in Opposition. Sehr wahrscheinlich würde der nationale Gedanke in der Arbeiterschaft stark genug sein, um im Falle eines Verteidigungskrieges die völlige nationale Solidarität zu sichern. Wo aber, wie in diesem Falle, aggressive Eroberungslust der Kriegsgrund ist, behauptet gerade die norditalienische Kerntruppe der sozialistischen Partei ihre oppositionelle Stellung.

Aus dieser Untersuchung ergeben sich diese Schlüsse: Das Bekenntnis zum Internationalismus steht der nationalen Solidarität in der Behauptung nach außen nicht im Wege. Der nationale Gedanke in der Arbeiterschaft ist umso stärker und reiner, je größer die Teilnahme der Arbeiterklasse an den Gütern der wirtschaftlichen und geistigen Kultur und an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Lebens der Nation ist. Der erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse um ihren Aufstieg bedeutet darum eine Stärkung des nationalen Gedankens.

Dies sind in gewisser Hinsicht neue Erkenntnisse. Das soll nicht bedeuten, daß man in der Arbeiter-Internationale bisher das Vorhandensein des nationalen Gedankens für die Arbeiterklasse geleugnet hätte. Es ist nicht erst nötig, die Aussprüche von Jaurès, Bebel, Vollmar, Vandervelde, Branting u. a. anzuführen, um zu bezeugen, wie sehr man sich der Bedeutung des nationalen Gedankens bewußt war, und wie stark er in den ersten Führern der Internationale lebte. Aber diese Zusammenhänge des nationalen Gedankens mit der Arbeiterbewegung selbst sind erst jetzt, in diesen Kriegsstürmen, klar geworden. Sie heben nicht den Internationalismus auf, der ist zu fest im Boden der modernen Gesellschaft verankert, dem der Sozialismus selbst entsprossen ist. Aber sie und ihre Wirkungen werden der Internationale der Zukunft einige neue Wesenszüge verleihen. Die

Ereignisse der Kriegszeit haben wiederum daran erinnert, daß alle Politik der realen Unterlagen bedarf und der Enttäuschung nicht entgehen kann, sobald sie sich ins Gebiet der reinen Ideologie verliert. Und wie sehr lebte im Internationalismus die Ideologie! Wie sehr war die Tatsachengrundlage von ideologischem Rankenwerk umsponnen! Hier wird es heißen: Zurück zu den Tatsachen! Dadurch wird die Internationale nicht an Bedeutung verlieren. Die ist nicht tot. Sie wird in ihren politischen und gewerkschaftlichen Ausdrucksformen weiter bestehen, was man immer dagegen sagen mag, und sie wird nach dem Kriege keine geringere Größe sein als sie vorher war. Die Apotheosen, die sonst ihre Tagungen umstrahlten, werden nicht da sein, aber dafür wird uns ihre Arbeit entschädigen, die umso fruchtbarer sein wird, je mehr sie sich auf übersehbare Tatsachen beschränkt. Diese Internationale der Zukunft wird darum nicht weniger dem großen Ziele der Annäherung und Verbindung der Völker dienen. Sie wird, ohne jemals für die Nationen ein Moment der Schwäche zu sein, auf ihrem besonderen Arbeitsgebiet die geschichtlichen Aufgaben des gesamten Internationalismus fördern und lösen helfen.

Gedanken über künftige Staatsreformen.

Von Gerhard Anschütz.

Was hoffen wir von diesem Kriege?

Wir hoffen allem zuvor, daß unser Vaterland ihn siegreich und glorreich bestehen möge. Daß es aus diesem ihm aufgezwungenen Kampfe gegen eine Welt von Feinden hervorgehe stärker und gewaltiger als zuvor. Daß wir auf alle absehbare Zeit hinaus Sicherheit gewinnen vor erneuter Bedrohung unseres nationalen Daseins. Daß der deutsche Name wachse in der Welt, nicht nur an furchtgebietender Stärke, sondern auch an Ansehen und Vertrauen.

Aber nicht nur auf Sieg und Besserung unserer auswärtigen Lage, auf Sicherung und Stärkung unseres Staatswesens nach außen hoffen wir, wir erwarten auch manchen Aufstieg im Innern. Mancherlei gibt es da zu tun; unser Staat ist, in Reich und Land, nicht ohne Fehl. Das gilt es einzusehen, mit der ganzen Fähigkeit zur Selbsterkenntnis und Selbstkritik, die immer zu den besten Eigenschaften unseres Volkes gehört hat und die mit Vaterlandsliebe und Nationalstolz voll vereinbar ist, wenn anders Vaterlandsliebe und Nationalstolz verschieden sind von Chauvinismus und beschränkter Überheblichkeit.

Der Sieg wird — man gestatte mir, daß ich in der Festigkeit meiner Überzeugung die Zukunfts- statt der Wunschform brauche — für innere Staatsreformen die Bereitwilligkeit und die Entschlußfreudigkeit zeitigen, auch, und besonders, für solche Reformen, die, vor dem Kriege kaum in Angriff genommen, in dem politischen Sumpfe stecken blieben, den der verbissene Streit der Klassen und Interessen, die zuletzt ganz ins Heillose angewachsene gegenseitige Verärgerung der Parteien geschaffen hatte. Täuscht nicht alles, so wird dieser Krieg Krisis und Gesundung gerade nach dieser Richtung hin bringen. Die unnatürlich, im Vergleich mit anderen Kulturländern unerhört tief klaffenden Gegensätze zwischen den Parteien und ihren parlamentarischen Organisationen werden sich mildern, das in seiner Schroffheit geradezu staatsgefährliche Feindschaftsverhältnis zwischen rechts

und links, wie es sich besonders in Preußen herausgebildet hatte, wird einer Entspannung Platz machen, die, getragen von dem Willen sich zu verstehen und zu achten, die Möglichkeit schaffen wird, zusammen zu arbeiten. Möge es so kommen! Möge der Krieg uns mit dem äußeren auch den inneren Frieden bringen, jenes Mindestmaß inneren Friedens, das, bei aller Würdigung des Satzes vom „Streit als Vater aller Dinge", die Grundvoraussetzung alles innerpolitischen Fortschritts bildet. Dann wird der jetzt über uns verhängte Krieg in unserer Geschichte die Bedeutung eines neuen großen Einheitskrieges gewinnen, ebenbürtig seinen Vorgängern, den Kriegen von 1866 und 1870/71, die uns die Grundlagen und die verfassungsrechtliche Gestalt unserer nationalen Einheit gegeben haben. Was jene schufen, wird er vollenden.

Die letzten Jahrzehnte haben im Reiche — wenn man von dem allerdings großartigen Werke der Sozialversicherung absieht — keine wesentlichen, in Preußen überhaupt keine innerpolitischen Fortschritte mehr gebracht. Bedauerlich war vor allem das Mißlingen der preußischen Wahlrechtsreform und die von Jahr zu Jahr schärfer hervortretende Unmöglichkeit, die so vielseitig geforderte Reform der preußischen Verwaltungsverhältnisse in Gang zu bringen. Für das Schicksal dieser und mancher anderen, vorab der spezifisch preußischen Reformpläne war die Hartnäckigkeit entscheidend, mit der die in Preußen maßgebenden sozialen Schichten und politischen Faktoren sich jeder Änderung dessen, was sie als Grundlage nicht sowohl ihres Staates als ihrer Machtstellung in diesem Staate ansahen, widersetzten. Man gewahrte da vielfach einen Radikalismus des Festhaltens am Bestehenden, einen konservativen Radikalismus, der dem Radikalismus der Gegenseite an Schärfe und Schroffheit nichts nachgab. Radikalismus rechts und links, Ablehnung aller Verhandlungen und Verständigungsversuche, wie der objektive Betrachter zugeben muß: öfter durch die Rechte als durch die Linke; — da war kein Vorwärtskommen und keine Aussicht dazu. Vertrauen wir, daß dieser Radikalismus abklingen, daß er einem gesunden, auf Erzielung praktischer Ergebnisse bedachten Reformismus Platz mache. Möge auch die äußerste Linke dieses Vertrauen nicht enttäuschen; dann wird sie nicht sowohl dem Staate, als — sich nützen.

Wer heute über die Zukunftsaufgaben unserer inneren Politik, über die Richtlinien und Zielpunkte deutscher Staatsreform nach-

denkt, der muß beginnen mit dem unumwundenen Bekenntnis zu der obersten aller Staatsnotwendigkeiten, zu den Machtmitteln, die unser Vaterland braucht, um seine Unabhängigkeit und Stärke, um sein Ansehen und seine Bedeutung in der Welt aufrecht zu erhalten. Hierin wollen wir einig sein wie jetzt im Kriege, wollen wir einig bleiben allezeit auch nach dem Kriege. Hier wollen wir keine „Neuorientierung", sondern ein einfaches Festhalten an dem großen Grundgedanken: Das Vaterland über alles, ihm alle Macht und alle Mittel, die notwendig sind, um es zu erhalten und zu erhöhen. Wer dieses Bekenntnisses nicht fähig ist, dem können wir das Recht nicht zugestehen, über weiteres mitzureden, denn über Ausbau und Verbesserung eines Hauses kann man sich nur mit dem beratschlagen, der das Haus stehen lassen, nicht mit dem, der es einreißen, der es zerstören lassen will.

Sprechen wir es mit aller Entschiedenheit und Entschlossenheit aus: Die Sorge für die stärkste aller staatlichen Gewalten, für die bewaffnete Macht, für Heer und Flotte muß auch weiterhin, sie muß und wird künftig mehr denn je im Mittelpunkt unseres inneren Staatsprogramms stehen. Scheuen wir das Schlagwort nicht, das jeder, der diese Gedanken mitdenkt, jetzt auf sich zukommen fühlt, bekennen wir uns frank und frei zu dem von unseren Feinden und — täuschen wir uns nicht! — auch von dem größten Teile der noch neutralen Welt tödlich gehaßten, verleumdeten, verlästerten Militarismus. Er gehört zu den gestaltenden Faktoren unseres Staatswesens, er ist uns eine Lebensnotwendigkeit in jedem Sinne. Halten wir an ihm fest! Und das Wort Militarismus, das in der weiten Welt (und nicht zumindest von denen, die noch militaristischer sind als wir oder es doch sein möchten) als Schimpf- und Ekelwort über uns verbreitet wird, es sei uns ein Ehrenzeichen!

So dürfen wir sprechen, weil wir wissen, welcher Sinn bei dem Wort ist. Militarismus heißt ja nicht Soldatenspielerei, bedeutet auch nicht, daß die bewaffnete Macht um ihrer selbst willen da sei und daß dieser Macht und ihren Wünschen sich alle anderen Interessen im Staate zu fügen haben, bedeutet am wenigsten den Primat der Kriegerkaste im Staat. Wir wollen keinen Militärstaat im Stile des 18. Jahrhunderts, keine Abkehr von dem Gedanken des bürgerlichen Staates, im Gegenteil: wir wollen ein bürgerlicher Staat bleiben, wollen es werden, soweit wir es etwa noch nicht ganz waren. Militarismus und bürgerlicher Staat — das Wort sagt nichts anderes als „Volksstaat" — sind keine Gegensätze, so wahr das Heer nichts anderes ist als das Volk in Waffen. Militarismus heißt wache Sorge, stärkste

Tätigkeit des Staates für Wehrkraft und Kriegsbereitschaft, also für die obersten Bürgschaften seines Daseins und seiner Unabhängigkeit und damit auch der Sicherheit und Wohlfahrt seines Volkes. Stete, angespannteste Pflege unserer Wehrkraft und Kriegsbereitschaft, die ist uns lebensnotwendig, — nicht, weil wir künftig Kriege, sondern weil wir den Frieden wollen, weil wir für jetzt einen ehrenvollen Frieden erringen und ihn für die Zukunft, soweit menschenmöglich, bewahren wollen.

Der Militarismus ist unser Schicksal. Er ist uns aufgezwungen durch unsere geographische Lage, diese Lage inmitten aller großen und mehrerer kleinen Staaten Europas, umzingelt von einem Völkerkreise, der uns in seiner Mehrheit nur ein Mindestmaß, ja das Gegenteil von Zuneigung und Verständnis unserer Eigenart entgegenbringt. Seit wir einig, stark und reich geworden sind, und gerade seitdem, scheinen wir in den Augen der anderen Mächte — Österreich-Ungarn natürlich immer ausgenommen — das geeignetste Objekt von Koalitionen vorzustellen. Leicht und gern schließen sie sich gegen uns zusammen, die anderen, bewogen durch ihre Interessen und durch den — in seiner Ursache schwer erkennbaren, als Tatsache unbestreitbaren — Haß gegen uns, der sie alle eint. Diese stete Koalitionsbereitschaft wird auch durch die geschickteste Diplomatie schwerlich aus der Welt geschafft werden können; das letzte und einzig wirksame Gegen- und Schutzmittel ist unsere militärische Stärke. Wir müssen uns so stark halten, daß wir jeder, auch der gefährlichsten Koalition mindestens defensiv gewachsen sind, — eine Stärke, die natürlich die absolute, auch offensive, Überlegenheit über schwächere Koalitionen in sich schließt. Eine Stärke, vor der die anderen — als einzelne und auch vereinigt — Furcht haben müssen, andernfalls leistet sie uns das nicht, was uns lebensnotwendig ist. Warum sie uns hassen, darüber wollen wir heute und hier nicht grübeln — wenn sie uns aber hassen, so mögen sie vor allem uns fürchten. Natürlich wird diese Furcht, wenn wir auch unsere Friedfertigkeit, wahrheitsgemäß, fortdauernd beteuern und betätigen, unsere Beliebtheit nicht steigern, sie wird den Haß und die Verleumdungssucht stets von neuem anfachen. Das müssen wir hinnehmen; auch das ist unser Schicksal. „So mußt du sein, dir kannst du nicht entfliehen." Und wir wollen auch so sein, da es nun einmal nicht anders sein kann. „Beliebt" waren wir Deutsche nur, solange wir uns hinieden darauf beschränkten, zu forschen und zu philosophieren, Gedichte und Musik zu machen, — in den Zeiten unserer politischen Zerrissenheit und wirtschaftlichen Armseligkeit. Als wir

dann, später als die Anderen und nicht habgieriger als sie, die Hand nach den Gütern dieser Erde ausstreckten, fielen wir in Ungnade. Sei's drum! Wir verspüren keine Lust, bloß damit man uns in Europa und den umliegenden Erdteilen wieder schöne Augen macht, in die Dachstube des Philosophen zurückzukehren.

Wir müssen, zu Lande und zur See, militärisch stark bleiben und immer noch stärker werden, stärker als irgendein Volk von gleicher Größe. Denn wir haben die Welt gegen uns. Wir müssen stark sein. Nicht um irgendwelcher Welteroberungspläne willen, denn die liegen uns, trotz des verleumderischen Gezeters da draußen, fern. Sondern um, für Gegenwart und Zukunft, unser Land zu schützen, um die Stellung des deutschen Volkes in der Welt zu wahren, um den Anteil an dieser Erde, auf den ein Volk von der Größe und Kulturhöhe wie das unsrige Anspruch hat, zu sichern. Die anderen bestritten uns diesen Anteil, — daher die „Einkreisung", daher dieser Weltkrieg. Sie werden, gehe dieser Krieg aus wie er wolle, auch in Zukunft gegen uns nicht gerechter sein wie jetzt und ehedem. Sie werden uns nie gönnen, was sie für sich als selbstverständlich beanspruchen. Deshalb werden wir uns, auch in Zukunft, ohne und gegen sie helfen. Und deshalb müssen wir stark sein.

Die Wehrkraft unseres Volkes wird künftighin, aller Voraussicht nach, noch stärker angespannt werden als vor dem Kriege, sie wird angespannt werden müssen bis zur vollen Ausnutzung aller im Volke vorhandenen militärischen Kräfte und Fähigkeiten. Das bedeutet vor allem die volle, restlose Verwirklichung des Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht, der bisher, allen Beschönigungen zu Trotz, zu einem guten Teile nur auf dem Papiere stand. Es muß durch Erhöhung der Friedensstärke des Heeres und Vermehrung der Friedensformationen dafür gesorgt werden, daß jeder körperlich taugliche Mann, jeder ohne Ausnahme, eine seinen Kräften und Fähigkeiten angemessene militärische Ausbildung erhält. Dadurch wird dann wieder eine Vermehrung des Ausbildungspersonals, der Offiziers- und Unteroffiziersstellen bedingt, und ebenso wird die militärische Notwendigkeit, die Sorge für den notwendigen Bedarf an Offizieren für den Kriegsfall dahin führen, jeden, der die erforderliche Befähigung nachgewiesen hat, zum Reserveoffizier zu befördern. Man wird in dieser Hinsicht künftig nicht mehr so wählerisch sein dürfen, wie bisher üblich, — eine der vielen sich bietenden Gelegenheiten, den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu betätigen. Die Praxis der jetzigen Kriegszeit scheint hier der Zukunft wirksam vorzuarbeiten.

Mit der Verstärkung des Heeres wird die der Seestreitkräfte gleichen Schritt halten müssen. Bei dem jetzigen Flottengesetze kann es nicht bleiben; die Erfahrungen des Krieges erfordern ein neues Flottenprogramm. Wir wollen es nicht wieder erleben, daß man es versucht, unser Volk durch Absperrung der zu uns führenden Seewege auszuhungern, daß nach Ausbruch eines Weltkrieges unsere Flagge von den Meeren verschwindet, daß unsere Kolonien schutzlos dem Zugriffe des nächsten Räubers preisgegeben sind.

Wir müssen stark sein, nicht nur an Zahl unserer Soldaten, Kanonen und Kriegsschiffe, sondern auch an allem, was für die militärische Kraft unseres Volkes Grundlage und Bürgschaft bildet: Volkszahl, Volksgesundheit und Volkswohlstand, Disziplin und Gemeinsinn, wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit. All das zu pflegen und fortzuentwickeln, darin liegt ein unermeßliches Arbeitsprogramm für die Regierer unseres Staates, darin aber auch eine gigantische Last, welche auf unserem Volke immerdar ruhen wird. Eine höchstgesteigerte Wehrpflicht, eine nicht minder starke Steuerpflicht im Dienste der Wehrpflicht, der Kriegsbereitschaft und der Grundlagen der Kriegsbereitschaft, — das sind Lasten, wie sie in diesem Ausmaß kaum irgendeinem Kulturvolke auferlegt sind und auch künftig auferlegt werden müssen. Viel fordert unser Staat von seinem Volke, darum muß er ihm viel geben. Geben aber bedeutet hier nicht sowohl das Ganze der Staatsleistungen für das Volk und seine leibliche, wirtschaftliche, geistige Wohlfahrt, als vor allem die Zulassung des Volkes zur Teilnahme am Staat. Die durch den Militarismus bedingte Vermehrung der Volkslasten muß ihr Gegengewicht erhalten in einer Verstärkung der Volksrechte. Davon wird nachher noch besonders zu reden sein. Inzwischen verweilen wir noch bei den großen Forderungen der Staatsmacht. Zu ihnen gehört mit an erster Stelle die Pflege und Befestigung unserer nationalen Einheit als der Grundlage jener Macht, — der Ausbau des Reiches.

Der Reichsgedanke selbst steht ganz außer Streit, felsenfester wie je. Wir wollen ihn auch gar nicht verteidigen — das hieße offene Türen einrennen —, uns nur einfach zu ihm bekennen.

Nie waren die Deutschen so völlig eins, so sehr eine Nation wie in dieser Zeit, und nie hat die Verkörperung der nationalen Einheit, das Reich, so hoch, so sieghaft über allen partikularen Mächten gestanden wie heute.

Der Partikularismus liegt hinter uns im wesenlosen Scheine. Das Reich allein führt diesen gigantischen Krieg, die Einzelstaaten haben dabei nicht mitzureden, ebensowenig wie sie nicht mitzureden haben werden, wenn der Frieden geschlossen werden wird. Der Kaiser ist Herr über Krieg und Frieden, ihm allein gehorchen die Millionen von Streitern, die zu des deutschen Volkes Schutz und Schirm im Felde stehen, in seinem Namen führen jetzt, während des Kriegszustandes, die kommandierenden Generale sogar die Zivilregierung in den einzelnen Ländern. Es ist, als ob wir nur den einen großen Staat, nur unseren Nationalstaat hätten: das Reich. Das Netz von Landesgrenzen, das unser Vaterland überzieht, ist jetzt bedeutungsloser, unschädlicher als je; es ist gleichsam verschwunden, und woran merkt ein nicht sehr landeskundiger Ausländer, der etwa von einer sächsischen nach einer badischen Stadt durch Thüringen und Hessen reist, daß er die Gebiete von fünf oder sechs deutschen „Staaten" durchstreifte?

Die Reichsflut ist im Steigen, hoch, elementargewaltig rauscht sie daher. Sie wird auch nach dem Kriege, so vertrauen wir, nicht wieder rückläufig werden. Ein neuer Einheitskrieg soll, so sagte ich schon, dieser Feldzug sein, und unter den Siegespreisen erblicken wir die dauernde Stärkung, die Erhöhung des Reichsgedankens.

Was wir uns in dieser Richtung wünschen, ist zunächst nicht so sehr eine Änderung des Textes der Reichsverfassung, als der Art, wie das Wesen des Reiches und sein Verhältnis zu den Einzelstaaten vielfach, und nicht nur in unmaßgeblichen Kreisen, heute noch aufgefaßt wird. Gewiß ist unser Reich ein zusammengesetzter Staat, ein Bundesstaat, aber doch eben nicht nur ein Bund, sondern ein Staat; es ist nicht ein vertragsmäßiges Gesellschaftsverhältnis der deutschen Einzelstaaten und am wenigsten ein bloßer Bund der deutschen Fürsten (wie eine ganz verfehlte, einseitig dynastische Lehre glauben machen möchte), sondern das große nationale Gemeinwesen des deutschen Volkes, ein Gemeinwesen, zu dem die Einzelstaaten sich verhalten wie der Teil zum Ganzen, wie das Glied zu dem Organismus, von dem er nur ein Stück ist, — ein souveräner Staat, dessen Bürger und Untertanen wir alle sind, einschließlich unserer gekrönten Mitbürger, der deutschen Fürsten. Das Reich ist nicht das Vertragsverhältnis, sondern der Herr seiner Gliedstaaten. Und ganz von selbst versteht es sich, daß hierin auch der größte dieser Gliedstaaten, daß auch Preußen keine Ausnahme macht. Die Reichsgewalt steht auch über Preußen, nicht minder hoch wie über Reuß und Waldeck, Lübeck und

Lippe. Das Reich ist nicht eine bloße Attrappe, hinter der sich die preußische Hegemonie verbirgt. Von einer solchen Hegemonie, der Beherrschung Deutschlands durch Preußen, weiß das deutsche Staatsrecht nichts.

Es kann nicht ausbleiben, daß die weit verbreitete, allzu bündische, „föderalistische" Auffassung des Reiches mehr und mehr einer einheitsstaatlichen, einer unitarischen, weicht und daß diese Auffassung die Haltung des Reichstags und der Reichsregierung beeinflußt, daß sie schließlich auch in der Verfassung des Reichs zum Ausdruck gelangt. Unitarismus bedeutet Selbständigkeit des Reiches gegenüber den Einzelstaaten, bedingungslose Überordnung des Reiches über die Staaten, auch und besonders über Preußen. Um diesen Gedanken zu verwirklichen, bedarf es vor allem einer obersten Leitung des Reiches, einer Reichsregierung, die vollkommen unabhängig von den partikularen Gewalten und stark genug ist, um die Suprematie des Reiches jederzeit zur Geltung zu bringen, — einer Reichsregierung, die nicht wegen ihrer Personalunion mit dem größten Einzelstaat, sondern aus sich selbst mächtig ist. Haben wir eine solche Reichsregierung? Es kann bezweifelt werden, denn in dem einen Regierungsfaktor des Reiches, dem Bundesrat, besitzt Preußen den ausschlaggebenden Einfluß, und was den anderen, nicht rechtlich, aber faktisch mächtigeren, den Kaiser, betrifft, so führt die verfassungsmäßige Verbindung mit Preußen auch hier öfter zu einem Überwiegen Preußens über das Reich als zu dem umgekehrten, richtigen Verhältnis. Man denke nur an das bedauerlich geringe Maß von Ansehen und Autorität, welches von den verantwortlichen Organen der kaiserlichen Regierung, dem Reichskanzler und seinen Staatssekretären (ein Organismus, der sich mit der bescheiden sein wollenden Firma „Reichsleitung" begnügen muß!), der preußischen Staatsregierung gegenüber herkömmlich beansprucht wird.

Die Organisation der Reichsregierung leidet unter zwei Fehlern. Der eine ist die mit der Würde und dem Wesen der Reichsgewalt unvereinbare Abhängigkeit von einer partikularen Macht, von Preußen. Der andere besteht in dem dualistischen Nebeneinander zweier regierenden Faktoren, dem Bundesrat und dem Kaiser. Wir haben keine einheitliche Reichsregierung, sondern zwei Reichsregierungen: den von allen Landesregierungen beschickten Bundesrat, „die verbündeten Regierungen", und jenen anderen Organismus, der den Kaiser an der Spitze, unter ihm den Reichskanzler und diesem nachgeordnet

die obersten Reichsämter mit ihren Staatssekretären zeigt: die „Reichsleitung".

Dieser Dualismus — ein Staat mit zwei Regierungen! — ist an sich schon ein Unding. Sodann kann ein so zahlreiches, 61 stimmführende Mitglieder zählendes Kollegium, wie es der Bundesrat ist, einen großen Staat nicht wirklich regieren, es ist dazu zu schwerfällig. In Wahrheit bedeuten denn wohl auch viele Beschlüsse des Bundesrates kaum mehr als die formale Gutheißung der Entwürfe, welche ihm von der „Reichsleitung" unterbreitet werden; „gemacht" wird die Sache in den Reichsämtern, z. B. im Reichsamt des Innern oder im Reichsschatzamt, der Bundesrat drückt nur sein Siegel darauf. Drittens widerspricht dieser seltsame Regierungsfaktor einem der obersten konstitutionellen Grundsätze, dem nämlich, welcher die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung fordert. Der Bundesrat unterliegt nicht sowohl selbst keiner Verantwortungs- und Rechenschaftspflicht, als auch für ihn niemand verantwortlich gemacht werden kann; — insbesondere sind der Reichskanzler und seine Stellvertreter, die Staatssekretäre, nur für den Kaiser, nicht für den Bundesrat verantwortlich. Es ist staatsrechtlich unmöglich, für so ungeheure eingreifende Akte, wie es z. B. die zahlreichen Verordnungen sind, die der Bundesrat in dieser Kriegszeit auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 zur Verhütung wirtschaftlicher Schädigungen erlassen hat, irgend jemand zur Verantwortung zu ziehen.

Hier müssen Reformen einsetzen. Ihre Richtlinie liegt, wie es mir scheint, klar, kann aber hier nur angedeutet werden. Die „Reichsleitung" muß die einzige, muß die Reichsregierung werden. Eine im Kaiser gipfelnde, durch dessen Minister, den Reichskanzler und die Staatssekretäre (deren Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage schärfer zu betonen und durch geeignete Einrichtungen auszubauen wäre) tätige Reichsregierung, auf welche die jetzt vom Bundesrate ausgeübten Regierungsgewalten übergehen. Der Bundesrat wird aus einem regierenden zu einem parlamentarischen Faktor, zu einem neben den Reichstag tretenden — einflußreichen — Reichs-Oberhause, welches zugleich die Funktionen eines Staatsrats versieht. — Hierdurch wird der Kaiser wahrhaft erst zu dem, wozu ihm jetzt noch manches fehlt: zum monarchischen Oberhaupte des Reiches, des ganzen deutschen Volkes. Diese Erhöhung des Kaisertums liegt sicherlich im Sinne der überwiegenden Mehrheit des Volkes, — ganz gewiß dann, wenn man, wie soeben gefordert, in der ministeriellen Organisation der kaiserlichen Regierung und ihrem Verhältnis zum Parlament die

Grundsätze des Konstitutionalismus streng zur Geltung bringt. Wir wünschen uns, weil sie uns unentbehrlich ist, eine faktisch und rechtlich einheitliche, straff zentralisierte, allen partikularen Gewalten unbedingt überlegene, jedoch dem Reichstage verantwortliche und seiner Kontrolle unterliegende Regierung des Reiches. Eine solche Regierung kann der Bundesrat, wie gezeigt, niemals sein, sie kann nur durch den Kaiser dargestellt, kann nur geschaffen werden durch Übertragung der gesamten Reichs-Regierungsgewalt an den Kaiser und Ausgestaltung des Kaisertums nach dem Richtmaß der konstitutionellen Monarchie, derart, daß der Kaiser zum obersten Träger der Reichsgewalt, zum Souverän des Reiches erhoben wird, welcher die ihm zustehende Gewalt durch verantwortliche Minister — den Reichskanzler an der Spitze eines aus ihm und den Staatssekretären als Vorständen der obersten Reichsämter gebildeten Reichsministeriums — ausübt. Unser Kaiser hat unlängst (in einer Kundgebung an den Reichsbankpräsidenten nach dem glänzenden Ergebnis der zweiten Reichsanleihe) das, nicht mit lautem, aber mit tiefinnerlichem und um so nachhaltigerem Jubel aufgenommene Wort gesprochen: es ist eine Ehre für mich und ich bin stolz darauf, der erste Diener einer solchen Nation zu sein. Wohl! Dies Kaiserwort, in dem sich der Staatsgeist Friedrichs des Großen und der des modernen Volksstaates, Monarchie und Demokratie in eins zusammenfinden, — möge es ganz zur Wahrheit werden! Wir brauchen und wollen einen Kaiser, der in der Tat der erste Diener, das oberste Organ des Reiches und nicht das zweitoberste ist, neben und unter den verbündeten Regierungen; einer sei Herrscher: das ist der Kaiser. Und dieser Herrscher sei nach dem Geist und Sinne der Institution, die er vertritt, zugleich ein Diener, wie es einst Preußens größter König von sich sagte. Der erste Diener der im Reiche sich verkörpernden Volksgesamtheit, der gekrönte Vertrauensmann der Nation. Ein deutsches Kaisertum, so echt monarchisch, wie ehrlich konstitutionell, das sei das Ziel der Zukunft. Es ist der Traum unserer Väter, derer, die in den Jahren 1848 und 1849 der deutschen Einheit und Freiheit eine erste Bahn brachen, der Plan der Frankfurter Nationalversammlung: das Kaisertum auf demokratischer Grundlage und mit demokratischen Einrichtungen.

Der Brauch, wonach der Reichskanzler stets auch in Preußen leitender Staatsmann sein muß, ist festzuhalten, vielmehr: er ist zu einer verfassungsmäßigen Notwendigkeit zu erheben. Und noch mehr: der Reichskanzler sollte in den Besitz derjenigen Prärogativen und

Machtbefugnisse gesetzt werden, die erforderlich sind, um die innere preußische Staatspolitik mit der Reichspolitik, mit den jeweils von der Reichsregierung und dem Reichstage gebilligten politischen Richtlinien in Einklang zu halten. Dieser Einklang ist eine unserer obersten Staatsnotwendigkeiten. Die Theorie, welche es für zulässig hält, im Reiche fortschrittlich und gleichzeitig in Preußen rückschrittlich zu regieren, halte ich für eine politische Irrlehre, eine von den vielen, welche über das Verhältnis Preußens zum Reich umlaufen. Sie soll es ermöglichen und gegebenenfalls rechtfertigen, daß eine den in Preußen herrschenden Mächten nicht genehme Richtung der Reichspolitik für Preußen, — sage für zwei Drittel des Reiches — mehr oder minder außer Wirksamkeit gesetzt wird. Sie vindiziert dem Einzelstaat — und auch Preußen ist, wie immer wieder betont werden muß, nicht mehr und nichts anderes als ein deutscher Einzelstaat, nicht Haupt, sondern Glied des Reiches! — ein Maß von Selbständigkeit gegenüber der Reichsgewalt, welches seiner Stellung im Reich und zum Reich durchaus widerspricht. Will man hier bessern und vorbeugen, so wird man sich, worauf schon hingewiesen wurde, entschließen müssen, den Einfluß der „Reichsleitung" und ihres verantwortlichen Chefs, des Reichskanzlers, auf die innerpreußischen Verhältnisse ganz erheblich zu verstärken. Dies bedingt vor allem eine Veränderung in der Formation des preußischen Staatsministeriums. Die jetzt völlig bedeutungslosen Prärogativen, welche der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident gegenüber den Ressortministern besitzt, müßten bis zur vollen Leitungsgewalt gesteigert, die preußischen Ressorts m. a. W. zu dem Ministerpräsidenten in dasselbe Verhältnis treten, in dem die Reichsämter zum Reichskanzler stehen, das Verhältnis dienstlicher Unterordnung.

Aber diese Organisationsveränderung würde zur Erreichung des vorgestellten Zieles noch nicht genügen. Sie würde gewährleisten, daß derselbe verantwortliche Wille in beiden Regierungen — des Reiches und Preußens — maßgebend ist, würde aber nicht verhindern, daß dieser Wille durch parlamentarische Verhältnisse genötigt wird, in Preußen einen anderen Kurs zu steuern als im Reiche. Sie sichert die Homogenität der Regierungen, nicht aber die der Parlamente.

Die Politik der Reichsregierung ist in weitem Maße vom Reichstage, die der preußischen Regierung von ihrem Landtage abhängig. Und hier macht sich nun mit ihrem ganzen Schwergewicht die Tatsache geltend, daß die Gestaltung des Wahlrechts und infolgedessen auch die parteipolitische Zusammensetzung des Reichstags von der des

preußischen Landtags völlig abweicht. Mit zwei so verschieden gerichteten Parlamenten im Sinne der hier erhobenen Forderung der Einheitlichkeit von Reichs- und preußischer Politik zu regieren, ist eine Aufgabe, die nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten bietet und die denn auch im Durchschnittsfalle ungelöst bleibt. Der Gegensatz der Parlamente führt zu Gegensätzlichkeiten in der Haltung der kaiserlichen und der preußischen Regierung, unter Umständen zu Reibungen und Konflikten, deren Möglichkeit am sichersten beseitigt wird, wenn man die Ursache beseitigt, — wenn man das preußische Landtagswahlrecht mit dem Reichstagswahlrecht und damit die politische Struktur des partikularen mit der des nationalen Parlaments tunlichst in Einklang bringt.*)

So gelangt man auf seltener begangenem Wege, von reichspolitischen Erwägungen aus, zu einem viel betretenen Punkte: zu der Forderung einer Reform des Wahlrechts zum preußischen Hause der Abgeordneten, — eine Forderung, die, wie allbekannt, im Kreise unserer innerpolitischen Probleme eine hervorragende, ja eine geradezu zentrale Stellung einnimmt.

Zweifellos ist diese Reform nicht nur unter den oben erörterten, sondern auch unter anderen Gesichtspunkten geboten.

Das in Preußen geltende Dreiklassenwahlrecht mit indirekter und öffentlich-mündlicher Wahl widerspricht allen Forderungen politischer Ethik. Es ist ungerechtes Recht, — kein Ruhmesblatt in der Verfassung eines Staates, der das suum cuique als Wappenspruch führt.

Es stuft, und zwar ohne jede Milderung und Einschränkung, das Stimmgewicht des Wählers nach der Steuerleistung ab, beruht also auf der roh plutokratischen Auffassung, wonach das Vermögen oder Einkommen den Maßstab bildet für den Umfang der politischen Rechte.

Es läßt zwar jeden männlichen, 24 Jahre alten, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen Staatsbürger zu den Urwahlen

*) Eine Forderung, die hier nicht zum ersten Male erhoben wird. Es darf daran erinnert werden, daß sie im Jahre 1868 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses: die Fortschrittspartei, die Nationalliberalen und (es klingt heute wie ein Märchen!) sogar die Freikonservativen hinter sich hatte. Letztere beantragten, „die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses in Bezug auf Abgrenzung der Wahlbezirke, Wahlmodus und Zahl der Abgeordneten mit der des Reichstages in Einklang zu bringen", und die Nationalliberalen waren dafür, daß einfach die preußischen Reichstagsabgeordneten das preußische Abgeordnetenhaus bilden sollten. Die Anträge scheiterten an dem Widerstand der Konservativen und der Staatsregierung.

(Wahl der Wahlmänner) zu, ist also formell ein allgemeines Wahlrecht. Aber dieses Recht ist für die das letzte Drittel der Steuern aufbringenden Wähler der dritten Abteilung — und zu dieser Abteilung gehören 84 Prozent, also die übergroße Mehrheit der gesamten Wählerschaft — ein bloßes Scheinrecht, denn in den Wahlmännerkollegien werden die Vertreter der dritten Abteilung von denen der oberen Abteilungen regelmäßig niedergestimmt, und ist es so für die breiten Massen der Wählerschaft und des Volkes nur in den seltensten Fällen möglich, Männer ihrer Klassenzugehörigkeit, ihres Vertrauens in das Parlament zu entsenden. Das preußische Abgeordnetenhaus ist in Wahrheit kein Abbild des preußischen Volkes in seiner Gesamtheit, sondern nur die Vertretung einer dünnen Oberschicht, der besitzenden Klassen.

Verwerflich ist auch der Grundsatz der öffentlich-mündlichen Abstimmung. Dieses Prinzip ist schon technisch verfehlt: es erschwert und verlangsamt die Abwicklung des Wahlgeschäfts. Es verleidet, um nicht zu sagen verekelt dem Staatsbürger die Ausübung seines höchsten politischen Rechtes, denn es ist nicht nach jedermanns Geschmack, sich in der gemeinschaftlichen Versammlung aller Mitwähler über seine politische Stellung vom Wahlvorsteher protokollarisch vernehmen zu lassen (nichts anderes ist doch die öffentliche Abstimmung), und kein Wunder, daß schon aus diesem Grunde die Beteiligung bei den Landtags- im Gegensatz zu den Reichstagswahlen geradezu jämmerlich gering ist: sie steigt nicht oft über ein Drittel, bleibt aber in vielen Wahlbezirken hinter 10, ja hinter 5 vom Hundert der Wahlberechtigten zurück. Natürlich hängt diese Wahlunlust auch mit einer anderen, zweifellos der schlimmsten Seite der öffentlichen Stimmabgabe zusammen: diese Art der Abstimmung offenbart die Parteizugehörigkeit des Wählers und überantwortet ihn damit dem Terror der Gegenpartei. Was das für den sozial und wirtschaftlich Abhängigen bedeutet, bedarf keiner Erörterung. Die zugunsten der öffentlichen Wahl herkömmlich angeführten Gründe — Variationen über das Thema: wer nicht den Mut hat, seine politische Überzeugung zu bekennen, ist nicht wert, Wähler zu sein — sind hinfällig. Die Ausübung des Wahlrechts soll doch keine Mutprobe sein, die Wahl soll nicht beweisen, wieviel Talent zum „Bekenner" die Wähler besitzen, sondern sie soll ein getreues Abbild der wirklich, wenn auch vielleicht nur im geheimen, vorhandenen politischen Meinungen und Strömungen liefern. Diesen Anforderungen widerspricht das preußische Wahlrecht von Grund aus.

Bestimmte und formulierte Vorschläge zur Besserung wird an dieser Stelle niemand erwarten wollen. Das erste und mindeste, was

verlangt werden muß, ist die Abschaffung des indirekten Systems und der öffentlichen Abstimmung, also die Einführung der direkten und geheimen Wahl. Was sich darüber hinaus unter den obwaltenden politischen Machtverhältnissen in absehbarer Zeit wird durchsetzen lassen, ist zweifelhaft. Das letzte und eigentliche Reformziel muß sein die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Preußen; es besteht kein Grund, ein Wahlsystem, welches sich im Reiche von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr bewährt hat, welches — das muß allem Widerspruch zu Trotz behauptet werden — durch die unter seiner Herrschaft gewählten Reichstage dem Reiche noch stets gegeben hat, was es zu seiner und des deutschen Volkes Sicherheit und Wohlfahrt brauchte, von den Landtagen der Einzelstaaten fernzuhalten. Und läßt man die oben angegebenen reichspolitischen Gesichtspunkte maßgebend sein, so ist die Verwirklichung jenes nationalliberalen Antrags von 1868 (S. 53 Anm.) weitaus das einfachste und folgerichtigste.

Läßt sich das hiermit gesteckte Ziel, insbesondere die Gleichheit des Wahlrechts, nicht vollständig erreichen, so wird man sich, nach dem Grundsatz, daß das Bessere nicht Feind des Guten sein soll, vorerst mit Teilreformen begnügen dürfen. In Frage kommen könnte ein Plural- oder Mehrstimmenrecht (welches aber nicht lediglich als Bevorrechtung der Besitzenden auszugestalten wäre), oder schlimmstenfalls eine anderweite, demokratischere Abgrenzung der als solche beizubehaltenden Wählerabteilungen. Auf all das näher einzugehen, wäre jedoch verfrüht und auch hier nicht der rechte Ort.

Als Richtlinie bleibt bestehen: Verbreiterung der Grundlagen des preußischen Wahlrechts, Umwandlung des Scheinrechts der Wähler dritter Klasse in ein wirkliches Recht, Vermehrung der Abgeordneten, denen das Vertrauen der breiten Massen, insbesondere der Arbeiterklasse, ihr Mandat gibt. Es ist unbillig und wahrheitswidrig, wenn im preußischen Hause der Abgeordneten die sozialdemokratische Partei von 443 Mandaten nur 10 besitzt.

Die Erfüllung der hier erhobenen Forderungen ist ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der Staatsklugheit, eine Aufgabe wahrhaft staatserhaltender Politik.

Man sei zunächst ganz unbesorgt um den Bestand des preußischen Staates. Das Deutsche Reich hat das allgemeine Wahlrecht, sogar mit Einkammersystem, ohne das Gegengewicht eines antidemokratischen Oberhauses, bisher vertragen und vorzüglich vertragen, also wird Preußen nicht daran zugrunde gehen. Was wären denn äußerstenfalls die Wirkungen der Wahlreform? Ein Fünftel,

ganz hochgegriffen ein Viertel der Sitze des Abgeordnetenhauses würde der äußersten Linken zufallen; — bedeutet das etwa Vorherrschaft dieser Richtung innerhalb des Hauses oder gar im Staate überhaupt? Schon das eine nicht, geschweige denn das andere. Selbst bei radikalster Gestaltung der Wahlreform, bei einfacher Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen, würde die Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer des preußischen Parlaments niemals stark genug sein, um den „bürgerlichen" Parteien ihren Willen aufzuzwingen. Und ganz abgesehen hiervon: ist etwa der Wille des Abgeordnetenhauses in Preußen Gesetz und nicht vielmehr erst das, was auch noch die Zustimmung des Herrenhauses und der Staatsregierung gefunden hat? Würden wir nicht, auch nach einer durchgreifenden Wahlreform, welche die parteipolitische Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses mit der des Reichstags in Übereinstimmung bringt, noch genug, übergenug ermäßigende, zurückhaltende, konservative Faktoren in Preußen besitzen? Freilich, das bisherige ganz einseitige Übergewicht dieser Faktoren würde schwinden, und mit dem Dogma, daß in Preußen jede andere als eine antiliberale Regierung und Regierungsmethode unstatthaft sei, müßte gebrochen werden. Daß darunter aber der Bestand des Staates leiden würde, kann nur behaupten, wer es unternimmt, jenes Dogma für den preußischen Staatsgedanken aufzugeben. Das Gegenteil ist richtig: die Wahlreform wird — schon für sich allein — ganz besonders aber im Verein mit anderen politisch gleichgerichteten Staatsreformen, namentlich mit einer Verwaltungsreform, welche den Zugang zu dem Beamtentum und den Ehrenämtern unserer Staatsverwaltung den weiten Volkskreisen, welche bisher hier tatsächlich ausgeschlossen waren, eröffnet — den inneren Zusammenhalt und damit die Festigkeit des Staates nicht schwächen, sondern stärken, — sie wird in Preußen Staat und Staatsgewalt erhöhen.

Der preußische Staat, der jetzt — man urteile aufrichtig — im Grunde nur eine Angelegenheit Weniger, des engen Kreises derjenigen ist, welche an seiner Gesetzgebung und Verwaltung aktiv teilnehmen dürfen, er würde zur Angelegenheit der Vielen, zur Angelegenheit Aller werden. Er würde werden, was er bisher nicht war: ein Staat, der eins ist mit seinem Volke, ein wahrer und rechter Volksstaat. Es sind viele unter seinen Bürgern, viele und nicht die schlechtesten, die ihn als ihren Heimatsstaat gern lieben möchten, ihm aber, da sie sich mit seinen Fehlern nicht abzufinden vermögen, innerlich ablehnend gegenüberstehen. Sie würde er sich versöhnen, sie und über sie hinaus die

breiten Massen des Volkes würden ihm zugetan werden, nach deutscher Art, die mit der Reichstreue die Liebe zum angestammten Lande wohl zu vereinigen weiß. Das wäre ein Gewinn, den auch diejenigen nicht geringschätzen sollten, die von der Höhe ihres „realpolitischen" Standpunktes aus im Begriffe der moralischen Eroberungen nichts als ein abgegriffenes Schlagwort erblicken wollen. Man sollte zusehen, den preußischen Staat auf breitere Grundlagen zu stellen, ihn tiefer in den Massen des Volkes zu verankern. Das wäre nicht sowohl gerecht als staatsklug gehandelt. Denn nur was tief wurzelt, hält dem Sturme stand, nur was breit steht, steht fest.

Das sind Wahrheiten, die natürlich nicht nur für Preußen-Deutschland, sondern für jeden modernen Kulturstaat gelten. Es entschleiert sich hier der Ewigkeitswert dessen, was man in die Worte Freiheit und Gleichheit zusammenzufassen pflegt, — der demokratischen Idee.

Alle Würde, alles Ansehen und damit letzten Endes doch auch alle Macht des Staates ruht auf dem Vertrauen, welches ihm sein Volk entgegenbringt. Dieses Vertrauen, welches ein Staat wie der unsrige in besonderem und um so höheren Maße bedarf als er seinerseits durch Auferlegung schwerster Pflichten und Lasten, Vertrauen fordert, — dieses Vertrauen kann gegenüber einem politisch mündigen Volke nicht allein durch gute Leistungen des Staates, durch eine fürsorgliche Gesetzgebung und Verwaltung, kurz nicht bloß dadurch erworben werden, daß alles mögliche *für* das Volk geschieht, sondern schließlich nur dadurch, daß, was für das Volk getan wird, in weitem Maße auch *durch* das Volk geschieht. Wohlfahrts- und Versorgungseinrichtungen sind gut, allgemeine Teilnahme des Volkes am Staat, politische Gleichberechtigung, Einheit von Volk und Staat, kurz Demokratie in diesem Sinne sind besser. Je mehr der Staat seine Wurzeln einsenkt in die Breiten und Tiefen der Nation, je mehr wird er eins werden mit ihr — und um so stärker wird er sein.

Zur Neuorientierung der inneren Politik.

Von Philipp Scheidemann.

Die Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege ist zuerst vom Stellvertreter des Reichskanzlers, dem Staatssekretär Dr. Delbrück, angekündigt worden, und zwar im November 1914 in einer gemeinsamen Besprechung mit den Führern der politischen Parteien des Reichstags. Der Reichskanzler weilte damals im Hauptquartier. In seinem Einverständnis aber hatte sein Stellvertreter die Erklärung abgegeben. Später hat der Reichskanzler in öffentlicher Sitzung des Reichstags die „Neuorientierung der inneren Politik" in feierlicher Weise selbst angekündigt. Herr v. Bethmann Hollweg hat dann noch wiederholt gesprochen von dem „freien Volke" und von dem „Geiste der Freiheit, in dem der innere Aufbau des Reiches nach dem Kriege fortgeführt werden müsse".

Was für Schwierigkeiten ihm bereitet werden, wenn er an die Ausführung seiner Pläne gehen wird, bleibt abzuwarten. Wir haben ja erlebt, wie es einem noch viel Mächtigeren ergangen ist. Man braucht nur an zwei Dinge zu erinnern: an den bisher nicht fertiggestellten Mittellandkanal und an die gründlich mißglückte „wichtigste Aufgabe der Gegenwart", die Reform des preußischen Wahlrechts. Solche Erfahrungen zeigen, daß die guten Absichten Einzelner, seien sie auch die Mächtigsten, nicht immer ausreichen, um einen Schritt nach vorwärts zu erzwingen. Man muß sich also vor Illusionen hüten, die so oft an Versprechungen geknüpft werden.

Daß eine Neuorientierung der inneren Politik nach dem Kriege stattfinden muß, ist selbstverständlich; wie weit sie in freiheitlicher, also in demokratischer Richtung stattfinden wird, hängt ab von der Entschlossenheit aller wirklich freiheitlich Gesinnten unseres Volkes, hängt in erster Linie ab von der Einheit und Tatkraft der deutschen Sozialdemokratie. In diesem Sinne habe ich — wenn ich mich selbst zitieren darf — am 18. März d. J. im Reichstag ausgeführt:

„Was wir immer getan haben, nie geschah es um des Lohnes willen. Was wir getan und weiter tun, geschieht aus Liebe zum

Volke, geschieht im Interesse des Volkes. Vom Pflichtgefühl getrieben, wollen wir auch in Zukunft, wenn der Friede gekommen ist, unsere Pflicht in demselben Sinne weiter tun, wie wir es stets getan haben, den Zielen zu, die wir für die richtigen halten ... Wir vertrauen darauf, daß sich unser Volk in der härtesten Prüfung der Weltgeschichte bewähren wird, daß es seinen Weg aufwärts und vorwärts nimmt. Wir sind voll Zuversicht und darum voll Kraft. Das Land, in das wir unsere Saat gestreut, ist unser Land. Wir verteidigen es jetzt, wie wir stets darum gekämpft haben, es zu besitzen, auf daß es allen eigen sei: ein Vaterland der gleichen Rechte und der gleichen Pflichten, ein Vaterland der Freiheit und der Wohlfahrt!"

Was wir an Neuorientierung verlangen, verlangen wir also nicht als Lohn für „bewiesene Besserung". Wir haben uns nämlich gar nicht gebessert. Wir haben am 4. August nur wahr gemacht, was wir immer betont hatten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich!"

Eine einzige leise Andeutung, die nicht einmal aus dem Schoße der Fraktion gekommen war, ob die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht abhängig gemacht werden könne von bestimmten Zusicherungen, wurde von der Fraktion einmütig abgewiesen. Es bestand vollkommene Übereinstimmung darin:

Wird die Erfüllung einer Pflicht, in diesem Falle die Pflicht der Landesverteidigung, anerkannt, dann kann und darf die Pflichterfüllung nicht abhängig gemacht werden von bestimmten Konzessionen.

Mit der Feststellung dieser Tatsache sind wohl ein für allemal alle Anspielungen abgetan, als ob unsere Kreditbewilligung durch bestimmte Zusicherungen „erkauft" worden sei. Die sozialdemokratische Fraktion ist einzig und allein von sachlichen Gesichtspunkten, nicht aber aus taktischen Erwägungen für die Kreditbewilligung eingetreten.

War das Reich in Gefahr oder nicht? Das war die entscheidende Frage.

Sie wurde bejaht und darum wurden die Kredite bewilligt. Einstimmig bewilligt! Niemals zuvor hat der Reichstag eine bewegtere Sitzung erlebt. Wie ein Mann standen die Vertreter des ganzen Volkes einmütig in der Abwehr der drohenden Gefahren. Und jetzt, nachdem Italien, unser Dreibundsgenosse, sich auf die Seite unserer Gegner gestellt hat, konnte die Einmütigkeit des Volkes in diesem

Verteidigungskriege zwar nicht mehr größer werden, aber die Entschlossenheit, sich unter keinen Umständen auf die Knie zwingen zu lassen, ist zweifellos noch gesteigert worden. Über die Bedeutung dieser Geschlossenheit für den Erfolg der militärischen Operationen besteht kein Zweifel. Darüber sagte am 2. Dezember v. J. der Reichskanzler:

„Dieser wunderbare Geist, der die Herzen des deutschen Volkes durchglühte in nie gesehener Einigkeit, er muß und wird siegreich bleiben." Und er fügte hinzu: „Wenn ein ehrenvoller, wenn ein glücklicher Frieden erkämpft sein wird, dann wollen wir diesen Geist hochhalten als das heiligste Vermächtnis dieser furchtbar ernsten und großen Zeit. Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten in Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Eine Befreiung und eine Beglückung ist es, daß nun einmal dieser ganze Wust und Unrat weggefegt ist."

* * *

Also zunächst die Aufräumarbeit im kleinen. Fort mit allem Wust und Unrat, denn noch ist er ja erst zum kleinsten Teil weggefegt! Es muß alles ausgemerzt werden, was Ausnahmegesetz ist, wie ein Ausnahmegesetz wirkt oder als ein Ausnahmegesetz gehandhabt wird. Es muß in Zukunft ausgeschlossen sein, daß Sozialdemokraten, Dänen, Polen, Elsaß-Lothringer, Juden und Jesuiten als Staatsbürger minderen Rechts behandelt oder gar vom Reiche ferngehalten werden können. Das Deutsche Reich darf sich fernerhin nicht mehr ins Unrecht setzen und selbst schädigen durch die Fernhaltung fähiger Männer von Richter-, Offiziers-, Lehrer- und anderen Stellen, weil der Vater „nur" ein ehrsamer Handwerksmeister ist, weil eine Tante mit Butter handelt, weil ein Taufschein nicht beigebracht werden kann oder weil die Gesinnung vorschriftswidrig ist. Es muß auch aufgeräumt werden mit den Bestimmungen, die die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren älteren Kameraden in den politischen Organisationen trennen. Die das Arbeiterrecht betreffenden dringlichen Forderungen, so vor allem die vollkommene Sicherstellung des Koalitionsrechts, werden von berufenen Männern in dieser Schrift erörtert; ich gehe deshalb hier gar nicht darauf ein.

Der berüchtigte Sprachenparagraph im Vereinsgesetz muß mit anderen Hemmnissen und Unklarheiten, die dieses Werk der Gesetzgebung geschaffen hat, beseitigt werden.

Es darf nicht mehr vorkommen, daß ehrenhaften Bürgern, die in Schuldeputationen, zu Stadt- oder Magistratsräten, Standesbeamten oder Bürgermeistern gewählt werden, die Bestätigung versagt wird, weil sie Sozialdemokraten sind. Es sind ja seit Ausbruch des Krieges mehrere Sozialdemokraten, die zu Stadträten oder als Schulkommissionsmitglieder gewählt worden waren, bestätigt worden, ebenso wie man Sozialdemokraten zu Offizieren und Offiziersstellvertretern befördert hat. Aber die Vossische Zeitung geht entschieden zu weit mit ihrem Vertrauen, wenn sie am 22. April 1915 schrieb:

„Ein neuer Kurs in der Behandlung der Sozialdemokratie wird nicht erst verheißen, sondern bereits eingeschlagen."

Gewiß sind — begreiflicherweise! — mancherlei Unbegreiflichkeiten nicht wiederholt worden, mancher Nadelstich, an den sich meine Partei längst gewöhnt hatte, ist ausgeblieben. Aber kann nicht bald wieder die kleinlichste Nadelstichpolitik einsetzen? Die Vossische Zeitung stellt selbst eine Blütenlese aus unseren bösen Erfahrungen zusammen, beginnt aber auch wieder sehr unvorsichtig mit den Worten „Einst galt!" Die Zeit ist wirklich noch nicht da, wo wir auf die uns zuteil gewordene Behandlung zurückblicken könnten wie auf häßliche Erlebnisse in längst vergangenen Zeiten. Die Vossische Zeitung schreibt:

„Einst galt jeder Sozialdemokrat, wenigstens hierzulande, im Gegensatz zu manchen süddeutschen Staaten, als vaterlandsloser Geselle, ganz gleich, ob er sich zu den Revolutionären oder zu den Revisionisten zählte. Kein Beamter durfte bei einer öffentlichen Wahl für einen Sozialdemokraten zu stimmen wagen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, sich nachdrücklicher Maßregelung auszusetzen. Wenn ein Bürgermeister von Kolberg das städtische Strandschloß allen Parteien, also auch der Sozialdemokratie, zu Versammlungen hergab, zog er sich peinliche Unbequemlichkeiten zu. Wenn der Berliner Magistrat einem sozialdemokratischen Jugendverein eine städtische Turnhalle zu Übungen überließ, mußte er auf obrigkeitlichen Druck die Genehmigung widerrufen."

Diese Liste ließe sich auf Grund eigener jahrzehntelanger Erfahrungen ins Ungemessene vergrößern. Das genannte Blatt hat vollständig recht, wenn es sagt: „Jeder Sozialdemokrat galt grundsätzlich als Staatsfeind." Wir wollen wünschen, daß die Geister der Unfreiheit und Unduldsamkeit aus unserem öffentlichen Leben für alle Zeit verbannt bleiben. Dafür zu wirken wird die Pflicht der Regierung und der Parteien sein, nicht minder aber der Lehrer, denen das kommende Geschlecht anvertraut ist!

Das Wort Staatsfeind kann kein Sozialdemokrat niederschreiben, ohne an unseren Besten zu denken, an Bebel. Das war doch wohl der schlimmste aller „Staatsfeinde", und was für eine Rolle hat dieser Mann noch lange nach seinem Tode für uns alle in den kritischen Tagen des Kriegsausbruchs gespielt! Keiner ist unter uns, der sich vor dem 4. August nicht gesagt hätte, was würde jetzt Bebel raten? Und nicht zuletzt, gestützt auf ihn, kam das einmütige Votum im Reichstage zustande. Denn wir wußten, was er uns in der Fraktion gesagt haben würde, wußten wir doch, was er längst vorher oft und eindringlich genug gesagt hatte:

„An der Erhaltung der Unabhängigkeit Deutschlands sind die arbeitenden Klassen mindestens ebenso interessiert wie diejenigen, die sich als die berufenen Herrscher der Völker betrachten, und das arbeitende Volk ist nicht gewillt, seinen Nacken unter irgendeine Fremdherrschaft zu beugen. Gälte es einmal, sich seiner Haut zu wehren: die arbeitenden Klassen Deutschlands würden ihren Mann stellen bis zum letzten Mann und selbst die Ältesten!" (Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion 1890/93.)

* * *

„... ein Krieg, in dem es sich um die Existenz Deutschlands handelte, dann — ich gebe Ihnen mein Wort — sind wir bis zum letzten Mann, und selbst die Ältesten unter uns bereit, die Flinte auf die Schulter zu nehmen und unseren deutschen Boden zu verteidigen, nicht Ihnen, sondern uns zu Liebe, selbst meinetwegen Ihnen zum Trotz.

Wir leben und kämpfen auf diesem Boden, unser Heimatland, das so gut unser Vaterland, vielleicht noch mehr, als Ihr Vaterland ist, so zu gestalten, daß es eine Freude ist, in demselben zu leben, auch für die letzten unter uns. Das ist unser Bestreben, das suchen wir zu erreichen, und deshalb werden wir jeden Versuch, von diesem Vaterland ein Stück Boden wegzureißen, mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften bis zum letzten Atemzug zurückweisen." (Bebel am 7. März 1904 im Reichstage.)

* * *

„... Verlangen wir die allgemeine Volkswehr, die allgemeine Volksbewaffnung etwa zum Spaße? Nein, weil wir meinen, daß gegenüber äußeren Gefahren die Notwendigkeit besteht, daß auch der

letzte waffenfähige Mann die Möglichkeit haben muß, für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes einzutreten, gerade deshalb! ... Ich und meine Freunde, wir treten kein Stück deutschen Bodens ans Ausland ab; denn wir wissen genau, daß in dem Augenblick, wo Deutschland zerstückelt würde, mit Notwendigkeit das ganze geistige und soziale Leben der Nation, solange ein solches Stück Fremdherrschaft dauert, vernichtet würde, daß alle Aspirationen des Volkes darauf hinausgingen, den Fremden aus dem Lande herauszutreiben. Also das würde eine Entwicklung herbeiführen, die wir gerade von unserem Standpunkt auf das Entschiedenste zu bedauern und zu bekämpfen hätten....“ (Bebel am 10. Dezember 1904 im Reichstage.)

Ähnliche Äußerungen, auch von vielen anderen der bekanntesten Sozialdemokraten, so von Wilh. Liebknecht, v. Vollmar, Auer usw., sind in Hülle und Fülle beizubringen. Und doch waren sie alle „Staatsfeinde“.*)

Wird nicht der Versuch, uns Nachfahren durch ein sehr einfaches politisches Verfahren, das hier nicht näher charakterisiert werden soll, in „Staatsfeinde“ zurückzuverwandeln, nach dem Kriege von interessierter Seite von neuem gemacht werden? Spuren davon sind in einer gewissen Presse schon jetzt zu erkennen. Da läßt man sich's an den Taten der Partei nicht genug sein, sondern man klammert sich an — oft noch

*) Vielleicht darf ich hier durch ein besonderes Beispiel illustrieren, ein wie großes Gefühl für Gerechtigkeit und Objektivität Bebel auszeichnete. Es war am 2. Februar 1912. Da der Präsident und der zweite Vizepräsident des Reichstags die Flucht ergriffen hatten angesichts der erschröcklichen Tatsache, daß ich zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden war, blieb die Eröffnung der Reichstagssitzung mir vorbehalten. Vor der Plenarsitzung war unsere Fraktion noch einmal zusammengetreten, da mit Überraschungen gerechnet werden mußte. Bebel, der den Vorsitz führte, machte auf die Möglichkeit aufmerksam, daß versucht werden könnte, dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten Schwierigkeiten zu bereiten, darauf müsse die Fraktion gefaßt sein usw. Ich meldete mich zum Wort, um zu versichern, daß die Fraktion meinethalben beruhigt sein könnte, ich würde mich durch nichts verblüffen lassen. Aber ich kam gar nicht zum Wort. Bebel hatte meine Anwesenheit erst in dem Augenblick entdeckt, in dem ich mich meldete. Er gab mir das Wort gar nicht erst, sondern nahm es selbst. Er sei sehr überrascht, daß ich überhaupt hier sei. Es sei üblich, daß der erste Präsident aus seiner Fraktion ausscheide; dadurch solle dokumentiert werden, daß er Vertrauensmann des ganzen Hauses geworden sei, ungefesselt durch die Zugehörigkeit zu einer Fraktion. Da außer mir zur Zeit kein anderer Präsident existiere, müsse ich mich als Vertreter des ganzen Hauses betrachten und mich vollkommen von der Fraktion unbeeinflußt fühlen. Deshalb solle ich mich schleunigst entfernen. Ich protestierte unter großer Heiterkeit der Fraktion, mußte aber tatsächlich das Fraktionszimmer verlassen, denn die Fraktion dieser Staatsfeinde war von der gleichen Objektivität beseelt wie Bebel.

gröblich entstellte — Äußerungen einzelner Dissentiernder und fordert, daß die Partei gegen diese Andersmeinenden in ihren Reihen mit Ausschlüssen vorgehe. Wird solchem Druck nicht nachgegeben, so folgert man daraus: so wie dieser X, der dies und das gesagt hat, sind sie alle. X. ist ein Staatsfeind, den dulden sie unter sich, also sind sie alle Staatsfeinde. Und so wäre man glücklich wieder beim alten „Wust und Unrat" angelangt, der für so viele vor dem Kriege das Lebenselement gewesen ist, und von dem auch jetzt noch so mancher nicht lassen kann.

Gegen die Hinterlist solcher rückläufiger Bestrebungen Front zu machen, fordert nicht nur das Interesse der sozialdemokratischen Partei, sondern auch das Interesse und die Ehre des ganzen deutschen Volkes!

Über das Wahlrecht in den Einzelstaaten, insbesondere in Preußen, wünschen wir nicht mehr zu diskutieren. Diese Frage oder vielmehr Angelegenheit — denn es ist ja gar keine Frage — ist zur Entscheidung reif. Natürlich wird es auch nicht an Interessenten und deren Beauftragten fehlen, die uns beweisen werden, daß der Erfolg der deutschen Waffen vornehmlich dem preußischen Dreiklassenwahlrecht zu danken sei. Wir werden dann gezwungen sein, auf das Thema „Preußen und das Reich" näher einzugehen und insbesondere die Frage zu untersuchen, ob die Rolle, die gewisse Zentralbehörden bei der Sicherstellung der deutschen Volksernährung gespielt haben, eine besonders glückliche gewesen sei. Bleibt uns die Notwendigkeit solcher rückschauenden Kritik erspart — umso besser. Lieber als die Diskussion ist uns die Tat!

Und die kann nicht ausbleiben. Ein Staat, der schon vor dem Kriege eine starke demokratische Bewegung mit stark ausgebauten Organisationen besessen hat; ein Staat, der dem lebendigen demokratisch gerichteten Volksbewußtsein seine Erhaltung verdankt; ein Staat schließlich, in dem sich einige Millionen Kriegsteilnehmer befinden, Männer, die in den Schützengräben das Fürchten verlernt haben, die Achtung ihrer staatsbürgerlichen Rechte fordern und für den Rest ihres Lebens eine anständige Existenz zu verlangen berechtigt sind; ein solcher Staat kann — sei es in welchen äußeren Formen immer — gar nicht anders als demokratisch regiert werden.

Vor den politischen Problemen wird aber der Krieg die wirtschaftlichen Fragen weit in den Vordergrund schieben.

Unmeßbare Werte an Volkskraft und Gut, die der Krieg vernichtet hat, werden neu geschaffen werden müssen. Die Arbeit tritt auf den Plan, um dieses ungeheure Werk zu verrichten; geistige und

körperliche Arbeit, die nur in enger gegenseitiger Anpassung zu den notwendigen höchsten Stufen der Produktivität emporsteigen kann. Die gesamte Arbeitsleistung des Volkes mit ordnender, geistiger Kraft zu durchdringen und ihren Ertrag so zum Wohle der Gesamtheit zum höchsten Grade zu steigern — das ist der Grundgedanke des Sozialismus.

Wir müssen verlorene Volkskraft ersetzen und zerstörte Güter wieder herstellen. Und da wird es vollkommen klar, daß wir nicht menschliche Kraft verwüsten dürfen, um der Gütererzeugung willen, sondern daß wir Güter erzeugen müssen um der Menschen willen. Ist auf der einen Seite die rationellste Ausnutzung aller Kräfte notwendig, so darf doch auf der anderen Seite kein Raubbau an der Arbeitskraft getrieben werden, wenn uns der Weg nach dem Kriege nicht statt der Kräftigung, zur weiteren Schwächung und Erschöpfung führen soll. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik der Menschenerhaltung.

Darum muß mit der Förderung und zweckmäßigen Organisierung der Produktion ein gesteigerter Arbeiterschutz Hand in Hand gehen, damit das kostbarste Gut der Menschen, das, was wir nach dem Kriege am notwendigsten brauchen, die Arbeitskraft, weder vergeudet und brach gelegt, noch verwüstet wird.

Niemand von uns wird sich vermessen, das Tempo im voraus bestimmen zu wollen, in dem sich die Entwicklung unserer Wirtschaft zu höheren Organisationsformen vollziehen wird. Das wird zum großen Teil davon abhängen, wie das kapitalistische System die schwere Prüfungszeit dieses Krieges überstehen wird. Aber für alle Wirtschaftsreformen, die Volk und Reich hoch zu bringen geeignet sind, wird der Sozialismus das richtunggebende Prinzip sein. Ich zweifle nicht daran, daß meine Partei alles daran setzen wird, diese aufbauende Arbeit nach Kräften zu fördern.

Wenn der Krieg eines der gegen uns gerichteten Vorurteile — das Vorurteil der Vaterlandslosigkeit — weggeräumt hat, so wird der Frieden hoffentlich auch noch zwei andere beseitigen: das Vorurteil, daß wir den Haß gegen die Reichen predigen und das Vorurteil, daß wir nur zerstören wollen.

Es liegt uns nichts daran — etwa aus Neid und Mißgunst — Personen, die auf einer höheren Stufe der Lebenshaltung stehen, in die Tiefen herunter zu ziehen. Wollen wir diese Tiefen doch überhaupt ausfüllen! Wohl aber übertragen wir das große Prinzip des Krieges, daß sich alle Einzelinteressen dem Gesamtinteresse unterzuordnen

haben, auf die wirtschaftliche Friedensarbeit — auch sie ist Krieg: Krieg gegen Armut und Volksentkräftung. Ich kann mir nicht denken, daß irgend jemand, der über die beschränkte Sphäre seines Eigennutzes hinwegsieht, solchem Bestreben feind sein müßte. Kein Beamter, kein geistiger Arbeiter sollte das sein! Ich kann mir aber vorstellen, daß auch ein geistig hochstehender, im besten Sinne des Wortes patriotischer Unternehmer, ein begeisterter Sozialist sein kann.

Und wie töricht ist das Vorurteil, wir wollten nichts als zerstören! Wie sehr widerspricht es unserem innersten Wesen! Hat doch der schlimmste aller Zerstörer — den wir an der Arbeit sehen —, der Krieg, keinen entschiedeneren Gegner als uns. Wir sind die Partei der Arbeit und des Aufbaues und all unser Bestreben geht dahin, die Arbeit für die Masse des schaffenden Volkes selbst wertvoller zu machen.

Darum können wir auch keine Feinde der schaffenden Arbeit auf dem Lande sein. Dem Landarbeiter und dem schwer schaffenden Bauern einen anständigen Lebensunterhalt zu schaffen wird ebenso zu unseren Aufgaben gehören, wie die Hebung des städtisch-industriellen Proletariats. Die hier vorhandenen Interessengegensätze zwischen Käufern und Verkäufern von Lebensmitteln dürfen nicht zum Schaden eines Teiles der Arbeiter, nämlich der ländlichen, ausgetragen werden. Desto nachdrücklicher werden die mit der Landwirtschaft verflochtenen Kapitals- und Grundrenteninteressen zu bekämpfen sein, die der notwendigen Verständigung zwischen der Arbeit in Stadt und Land hindernd in den Weg treten.

Dem Agrarproblem zunächst liegt das Problem des städtischen Grundbesitzes und der Wohnungsreform. Über ihre Notwendigkeit braucht kein Wort mehr verloren zu werden. Die Lösung wird in dem Maße gefördert werden, in dem es den Massen der Bevölkerung gelingt, sich auch in den Körperschaften der städtischen Selbstverwaltung eine gerechte Vertretung zu erwerben.

Nimmt man noch die schwierigen Aufgaben hinzu, die sich auf dem Gebiete des Finanzwesens und der Reform der Volksverteidigung ergeben, so sieht man, daß es an Arbeit nach dem Kriege wahrhaftig nicht fehlen wird. Ihre Einzelheiten zu übersehen, ist heute wohl noch niemand imstande. Die Grundlinien aber, auf denen die Sozialdemokratie ihre Mitarbeit zu betätigen gedenkt, sind durch die Gesamtheit ihrer politischen und wirtschaftlichen Anschauungen klar vorgezeichnet.

Gleiches Recht für alle, Organisation der Arbeit, Volksherrschaft

über Volkswirtschaft — das ist unser Ziel. Und der Klassenkampf, wie wir ihn verstehen, ist uns der Kampf gegen die Hindernisse, die der kurzsichtige Egoismus einer kleinen Minderheitsklasse der Erreichung dieses Zieles zum Wohle der Volksgesamtheit entgegenstellt. In diesem Sinne fühlen wir uns als eine wahrhaft nationale Partei, als die Partei, die der ganzen Nation ein Anrecht auf ihr Vaterland erkämpfen will. Im Fortschritt zu höheren Formen der Gesellschaft voran zu eilen, Führer und Vorbild zu sein — das ist der größte Sieg, den das deutsche Volk in der Welt erkämpfen kann.

Gemeindeverfassung.

Von Paul Hirsch.

Die Neuorientierung der inneren Politik, die dem deutschen Volke nach dem Kriege in Aussicht gestellt ist, wird an einer grundlegenden Änderung der Verfassung und Verwaltung der Gemeinden nicht vorübergehen können. Körperschaften, an die die Gesetzgebung so hohe Anforderungen gestellt hat, Körperschaften, deren kraftvoller Initiative auf den verschiedensten Gebieten nicht zuletzt es zu danken ist, wenn das deutsche Wirtschaftsleben vor allzu schweren Erschütterungen bewahrt blieb, haben einen begründeten Anspruch darauf, daß ihnen endlich die Stellung eingeräumt wird, die sie in den Stand setzt, auch größeren Aufgaben im Interesse ihrer Bürger gerecht zu werden; sie können verlangen, daß die ihre Bewegungsfreiheit hemmenden Ketten zerrissen werden, daß der Staat mit dem Bevormundungssystem bricht. Aber auch die Glieder der Gemeinde, die einzelnen Bürger können mit Fug und Recht fordern, daß die Klassenunterschiede beseitigt werden, daß fürderhin nicht der eine, dem ein gütiges Geschick zu Wohlstand verholfen hat, sich größerer Rechte erfreut als der andere, der vom Schicksal verfolgt, zeitlebens ein armer Teufel geblieben ist. Werden die Rechte der Bürger nicht mehr nach dem Besitz und dem Einkommen abgestuft, bildet allein die Fähigkeit den Maßstab für die Besetzung der Posten in der Verwaltung und Vertretung, dann wird ein Zustand herbeigeführt sein, der den Gemeinden und mit ihnen dem Staate, dessen Organe sie sind, zum Segen gereicht, und der jeden einzelnen zur höchsten Kraftentfaltung im Dienste der Gesamtheit anspornt. Dann, aber auch nur dann, wird das Ziel der Stein-Hardenbergschen Reform erreicht sein, den Bürgern eine tätige Einwirkung auf die Verwaltung des Gemeinwesens beizulegen und durch diese Teilnahme Gemeinsinn zu erregen und zu erhalten.

„Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen.“ Dies Wort des großen Reformators gilt nicht nur für das einzelne Individuum, es gilt vielleicht in noch höherem Maße für die Gesamtheit der Individuen, vor allem für die Gemeinden. Mehr

als 100 Jahre sind verflossen, seit Freiherr vom Stein in der Überführung Preußens vom Absolutismus zum Verfassungsstaat die notwendige Voraussetzung für das Wiedererwachen Preußens erblickte und den Satz niederschrieb: „Teilnahme der Nation an Gesetzgebung und Verwaltung bildet Liebe zur Verfassung, eine öffentliche richtige Meinung über Nationalangelegenheiten und die Fähigkeit bei vielen Bürgern, die Geschäfte zu verwalten. Die Geschichte lehrt, daß es viel mehr große Feldherren und Staatsmänner in freien als in despotischen Verfassungen gibt." Wie ein roter Faden zog sich dieser Gedanke durch die Städteordnung vom 19. November 1808. Aber was wir in dem seither verflossenen Jahrhundert erlebt haben, das beweist uns, daß von ihres Geistes Spuren nur noch wenig zu merken ist. Das Geschlecht der Epigonen, das nach einem Stein und einem Hardenberg die Leitung der Staaten in die Hand genommen hat, hat sich mehr und mehr von diesem Grundsatz entfernt.

In Preußen fing es an, und anderswo folgte man dem preußischen Beispiel. Schon bald nach Erlaß der Städteordnung setzten die Versuche ein, die Oberaufsicht des Staates zu erweitern und zugleich das Stimmrecht der Bürger einzuschränken. Im Jahre 1824 beantragten die Provinziallandstände der Mark Brandenburg bei dem König eine Erhöhung des zur Stimm- oder Wahlfähigkeit erforderlichen Grundvermögens oder Einkommens, damit nur die „gebildete" Klasse der Bürger zu Stadtverordneten und Mitgliedern des Magistrats gewählt werden könne. 1827 forderte der Minister des Innern v. Schuckmann eine Erweiterung des Oberaufsichtsrechts des Staates, den Ausschluß der „ärmeren ungebildeten Klasse" der Bürger aus den Stadtverordnetenversammlungen und dem Magistrat und endlich die Beschränkung der den Bekennern der mosaischen Religion eingeräumten Befugnisse. Es erging die Städteordnung von 17. März 1831, ein Kompromiß zwischen feudaler und bürokratischer Reaktion, die das gleiche Wahlrecht zwar noch nicht allgemein beseitigte, aber den Städten anheimstellte, durch Ortsstatut ein Klassenwahlsystem einzuführen. Einen weiteren Rückschritt hinsichtlich des Wahlrechts bedeutet die Gemeindeordnung vom 11. Mai 1850; sie sah für die Stadtverordnetenwahlen ein ähnliches Dreiklassenwahlsystem vor, wie es die Regierung 1849 für die Wahlen zum Abgeordnetenhause oktroyiert hatte. Die noch heute geltende Städteordnung vom 30. Mai 1853 endlich brachte allgemein für die östlichen Provinzen die Einteilung der Bürger in drei Klassen nach der Steuerleistung.

Hierbei ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Auch West-

falen und die Rheinprovinz haben in ihren Städteordnungen das Dreiklassenwahlsystem angenommen, und im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts sind Hessen-Nassau und die Hohenzollernschen Landesteile gleichfalls dazu übergegangen. In denjenigen preußischen Provinzen aber, in denen heute noch das gleiche Wahlrecht besteht, ist durch Gesetzesbestimmungen der verschiedensten Art dafür gesorgt, daß das Vorrecht der Besitzenden erhalten bleibt, und wenn die Erhöhung des Wahlzensus bis an die äußerste Grenze des gesetzlich Zulässigen noch nicht genügt, um eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhüten, da finden wir, wie z. B. in Kiel, den Magistrat eifrig an der Arbeit, die Regierung dringend um eine gesetzgeberische Aktion zur Abwendung dieser „Gefahr" zu ersuchen. Ja, es fehlt auch nicht an städtischen Körperschaften, die, nicht zufrieden mit der durch das Dreiklassenwahlsystem bedingten Entrechtung des Proletariats, Gebrauch machen von der ihnen durch das Gesetz vom 30. Juni 1900 eingeräumten Befugnis und der Bildung der Wählerabteilungen statt des einfachen den anderthalbfachen Durchschnitt des Steuerbetrages zugrunde legen, um die Überflutung der zweiten oder gar der ersten Wählerabteilung durch die Massen zu hintertreiben. Die Gemeinden haben die Möglichkeit, den plutokratischen Charakter des Dreiklassenwahlsystems noch zu verstärken, und sie haben davon reichlich Gebrauch gemacht.

Wie in Preußen so sind in anderen deutschen Bundesstaaten im Laufe der Jahrzehnte allmählich die Gemeindeordnungen rückwärts revidiert worden. Die unter dem Einfluß der Bewegung von 1848 und der Frankfurter Rechte in mehreren deutschen Kleinstaaten ergangenen neuen Gemeindegesetze fielen, um mit Preuß*) zu reden, fast ausnahmslos nach kurzem Dasein der Reaktion zum Opfer und mußten der Wiederherstellung des vormärzlichen Zustandes weichen. Noch in allerneuester Zeit hat man hier und da mit Erfolg versucht, die Rechte der Massen wesentlich einzuschränken. Hamburg hat 1906 das bis dahin geltende gleiche Wahlrecht der Bürger, das übrigens durch die Bevorzugung der Notabeln und der Grundeigentümer die Rechte der minderbemittelten Bevölkerung ohnehin schon einschränkte, aufgehoben und durch ein Klassenwahlrecht ersetzt. Württemberg hat das Wahlrecht, das ursprünglich alle Einwohner der Gemeinde umfaßte, mit der Zeit auf die Gemeindebürger beschränkt, Baden hat

*) H. Preuß, Die Entwicklung des deutschen Städtewesens. I. Leipzig. B. G. Teubner. 1906.

zwar den Kreis der wahlberechtigten Personen allmählich erweitert, auf der anderen Seite aber das Dreiklassenwahlsystem eingeführt, in Elsaß-Lothringen hat das aus der Zeit der französischen Herrschaft überlieferte mit dem Reichstagswahlrecht übereinstimmende Gemeindewahlrecht 1894 aus Furcht vor der Sozialdemokratie eine Wahlrechtsbeschränkung erfahren, in Sachsen gestattet die Reform durch Ortsstatut die Anordnung, daß die Wahlen nach gewissen Klassen der Bürgerschaft zu erfolgen haben, ganz zu schweigen von den kleineren Bundesstaaten, aus denen fort und fort von Versuchen einer Schmälerung des Wahlrechts berichtet wird.

Zu der Verkümmerung des Wahlrechts der Minderbemittelten kommt dann noch das Hausbesitzerprivileg, das vielleicht vor 100 Jahren berechtigt gewesen sein mag, aber heute nach Ansicht hervorragender Kommunalpolitiker jeder inneren Berechtigung entbehrt, das jedoch trotz seiner oft schädlichen Wirkung und trotzdem sogar die preußische Regierung im Jahre 1876 seine Beseitigung angestrebt hatte, aus politischen Gründen aufrechterhalten wird. Dieselbe Regierung, die vor 40 Jahren erklärte, daß das Bedürfnis, ja die Nützlichkeit einer derartigen, eine besondere Klasse der Einwohnerschaft hervorhebenden Bestimmung vielfach und anscheinend nicht ohne Grund in Frage gestellt sei, hält heute, um den Sozialdemokraten das Eindringen in die Gemeindevertretungen zu erschweren, an dieser überlebten Bestimmung fest. Wie es ja überhaupt charakteristisch für die preußische Regierung war, daß sich bei ihr Hand in Hand mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung ein völliger Umschwung in den Anschauungen über das Wahlrecht vollzogen hat. 1876 forderte sie den Ersatz der öffentlichen Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen durch Stimmzettel, „da das diesem System zugrunde liegende Motiv, die Wähler vor illegitimen Beeinflussungen und vor der Notwendigkeit einer Rücksichtnahme auf Personen und auf äußere Verhältnisse zu bewahren, in verstärktem Maße bei den auch bezüglich der passiven Wahlfähigkeit in dem engeren Kreise der Mitbürger einer und derselben Gemeinde sich vollziehenden Kommunalwahlen" zutreffe. Ein Menschenalter später gibt es keinen wärmeren Befürworter der öffentlichen Stimmabgabe als die preußische Regierung. Erklärte doch der damalige Minister des Innern Freiherr von Rheinbaben im Jahre 1900 bei Beratung der Hohenzollernschen Gemeindeordnung, die bekanntlich das geheime Wahlrecht vorsieht, dieser Wahlmodus sei nur beibehalten worden mit Rücksicht auf die Gesetzgebung in den benachbarten süddeutschen Staaten, als eine Konzession für die nicht ohne

Mühe durchgesetzte Neueinführung des Dreiklassenwahlrechts. Eine Konsequenz dahin, daß nun auch in anderen Landesteilen das geheime Wahlrecht für Gemeindewahlen zur Einführung gelangen solle, sei mit dieser Regelung für einen verhältnismäßig kleinen Landesteil nicht verbunden; er werde zu einer Beseitigung des bestehenden Wahlrechts nicht die Hand bieten.

Rückschritt wohin wir blicken, selten einmal ein kleiner Fortschritt. Und wie mit dem Wahlrecht der Bürger, so steht es auch mit der Selbstverwaltung der Gemeinden. Lenken wir unser Augenmerk auf Preußen und lassen wir die übrigen Bundesstaaten außer Betracht, so sehen wir, daß die Städteordnung von 1808 dem Staate zwar ein Aufsichtsrecht vorbehielt, dies Recht aber im allgemeinen auf Erhaltung der Staatsverfassung, auf die letzte Kontrolle der Verwaltung des Stadtvermögens und darauf beschränkte, darüber zu wachen, daß nichts gegen den Zweck des Staates und gegen die bestehenden Gesetze vorgenommen werde. Nach der Städteordnung von 1808 hing die letzte Entscheidung über alle wichtigen Gegenstände fast ganz allein von den Stadtverordneten ab, der Magistrat war im Grunde genommen nur ausführende Behörde. Die Städteordnung von 1831 dagegen verlangte für eine Anzahl besonders wichtiger Beschlüsse und Handlungen außer der Übereinstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung auch die früher nicht nötige Genehmigung der Regierung, sie gab dem Magistrat das Recht, einem Beschluß der Stadtverordneten, der nach seiner Überzeugung dem Gemeinwohl nachteilig werden würde, die Bestätigung zu versagen, mit einem Worte, sie verlegte den Schwerpunkt der kommunalen Verwaltung aus der Stadtverordnetenversammlung in den Schoß des Magistrats. Dazu kam eine beträchtliche Verschärfung der Staatsaufsicht; die Regierung erhielt das Recht zur kommissarischen Besetzung einer Magistratsstelle im Falle der Verzögerung einer zu bestätigenden Wahl, dem Könige wurde die Befugnis erteilt, eine Stadtverordnetenversammlung, die fortwährend ihre Pflicht vernachlässigt oder in Unordnung und Parteiung zerfällt, aufzulösen. Noch weiter ging die Gemeindeordnung von 1850, sie gab dem Minister des Innern die Vollmacht, Gemeinderat und Gemeindevorstand nach freiem Ermessen vorläufig — und zwar höchstens auf ein Jahr — zu suspendieren und deren Verrichtungen besonderen Kommissarien zu übertragen. Der kleine Fortschritt, der darin erblickt werden könnte, daß das Aufsichtsrecht den neugeschaffenen Kreisausschüssen und Bezirksräten übertragen war, wurde bereits 1853 illusorisch gemacht, die

staatlichen Behörden nahmen das Aufsichtsrecht wieder für sich in Anspruch. Weiter wurde die staatliche Bestätigung, die das Gesetz von 1850 nur noch für den Bürgermeister und den Beigeordneten beibehalten hatte, wieder auf alle Magistratsmitglieder ausgedehnt, der Regierungspräsident erhielt die Befugnis, im Falle der zweimaligen Nichtbestätigung, der Weigerung einer nochmaligen Wahl oder der Wiederwahl des Nichtbestätigten, die Stelle kommissarisch auf Kosten der Stadt zu besetzen.

Man weiß, was das Bestätigungsrecht in der Hand einer bürokratischen Regierung bedeutet. Die Geschichte lehrt, wie dies Recht mißbraucht wurde, um politisch mißliebige Personen von der Gemeindeverwaltung fernzuhalten. Es ist ein offenes Geheimnis, daß nicht nur in Preußen, sondern auch in anderen Bundesstaaten bis zum Ausbruch des Krieges Mitglieder der sozialdemokratischen Partei grundsätzlich nicht bestätigt wurden, ja die Zeit liegt noch nicht allzuweit hinter uns, wo auch Anhänger der freisinnigen Parteien nicht selten mit gleicher Münze gemessen wurden. Vertreter der verschiedensten politischen Parteien haben sich wiederholt scharf gegen das Bestätigungsrecht gewendet. Kein Geringerer als der verstorbene Zentrumsführer Windthorst war es, der 1876 mit folgenden treffenden Worten seine Aufhebung forderte: „Ich für mich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Regierung durch das Recht der Bestätigung viel mehr an Autorität verliert, als sie jemals gewinnen kann. Wenn eine erhebliche, bedeutende Kommune einen Mann zu ihrem Magistratsmitgliede oder zu ihrem ersten Magistratsmitgliede erwählt, dann habe ich nur die Wahl zwischen zwei Annahmen: entweder ist die Kommune überhaupt nicht fähig zu wählen, dann sollte man ihr die Wahl gar nicht gegeben haben, dann ernenne man, wie es in anderen Ländern geschieht, einfach von Staats wegen die Mitglieder der städtischen Magistrate, oder die Kommune ist fähig, richtig zu wählen, dann muß man nicht glauben, daß die Bürokratie besser urteilt, als die Kommune, und ein solches Urteil der Bürokratie liegt immer vor, wenn man eine Bestätigung einem Manne versagt, dem eine Kommune ihr Vertrauen geschenkt hat. Ich kenne für meine Person keine stärkere Verneinung der Selbständigkeit einer Stadt, ich kenne keinen größeren Hohn auf die Selbstverwaltung, als wenn die Regierung ohne jeglichen Grund den Mann des Vertrauens der Stadt verwerfen kann." Schon früher hatte sich der Nationalliberale v. Bennigsen in ähnlichem Sinne geäußert, und selbst ein Freiherr v. Manteuffel hielt es für nötig darauf hinzuweisen, daß das Bestätigungsrecht für Stadträte „zu

nichts als zu Widerwärtigkeiten, zu Gehässigkeiten geführt und schließlich die Regierung bloß dahin gebracht habe, daß eine mißliebige Person allerdings vielleicht beseitigt wurde, während eine zweite mißliebige Person vielleicht doch noch bestätigt wurde." 1876 hatte das preußische Abgeordnetenhaus einstimmig verlangt, daß die Regierung wenigstens verpflichtet sei, die Gründe der Nichtbestätigung anzugeben, heute weist es in seiner übergroßen Mehrheit ein solches Verlangen als einen angeblichen Eingriff in die Rechte der Krone mit Entrüstung zurück.

Der Reformversuch von 1876 war der letzte Versuch der preußischen Regierung, sich mit den Grundfragen der Städteverfassung eingehend zu beschäftigen. Der Entwurf ist gescheitert. „Mehr noch als das Scheitern jenes Gesetzes selbst", sagt Preuß*), „muß es heute beim Rückblick auf die damaligen Verhandlungen mit einem Gefühl wehmütiger Bitterkeit erfüllen, daß nicht nur das seitdem verflossene Menschenalter sich zur Wiederaufnahme dieser Arbeit unfähig gezeigt hat, sondern daß inzwischen sogar das Verständnis für die Wichtigkeit und Dringlichkeit jener Probleme fast völlig verloren gegangen zu sein scheint. Der tiefe geistige Verfall, die ungeheuerliche Verödung unseres öffentlichen Lebens während dieses Menschenalters springt hier beißend grell in die Augen". Wir schließen uns diesem vernichtenden Urteil vollinhaltlich an, und wenn wir weiter daran erinnern, wie der preußische Landtag im Jahre 1906 das Bestätigungsrecht auf Mitglieder der Schuldeputation ausgedehnt, wie das Polizeikostengesetz von 1908 den Städten zwar die Pflicht zum Zahlen auferlegt, ihnen aber jedes Recht auf polizeilichem Gebiete genommen hat, wie auf dem Verwaltungswege das Petitionsrecht der Gemeinden illusorisch gemacht ist, so hat man eine Vorstellung davon, wieweit wir in Preußen noch von einer wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden entfernt sind. Und nicht viel besser ist es in den meisten Bundesstaaten.

Fürwahr, es ist keine Übertreibung, wenn der Berliner Oberbürgermeister Wermuth die Verhandlungen des vierten Deutschen Städtetages in Cöln 1914 unter Hinweis auf die Frage der Arbeitslosenversicherung und ihres unzertrennlichen Begleiters, des Arbeitsnachweises, mit der Bemerkung eröffnete, daß auf diese wichtigste aller sozialen Fragen zwar viel guter Wille verwandt, daß aber, was nicht die Städte aus eigener Befugnis zu tun vermocht haben, ungetan

*) l. c., Seite 356.

geblieben sei. Die Reichsgesetzgebung habe sich ihnen versagt. Das sei leider kein vereinzelter Fall. „Wir dürfen und können es uns nicht verhehlen, daß die Gesetzgebung, und zwar nicht nur im Reiche, sondern recht merkbar auch in maßgebenden Bundesstaaten, den Städten zurzeit nicht hold ist. Fast überall sind wir in eine mühsame Abwehr gedrängt, und wenn einmal Wohlwollen und Verständnis eine Aktion nicht zu ungunsten der Städte oder gar zu ihren Gunsten beginnt, dann verändert sich im weiteren Verlaufe ihr Angesicht häufig derart, daß wir wünschen möchten, sie wäre ganz unterblieben."

Hatten die Gemeinden schon vorher bewiesen, wie unberechtigt das Mißtrauen gegen sie ist, so dürften die Erfahrungen unter dem Kriegszustand keinen Zweifel daran lassen, daß sie das ihnen entgegengebrachte Mißtrauen in keiner Weise verdienen, daß sie reif sind — selbstverständlich unter Beobachtung der staatlichen Gesetze — ihre Angelegenheiten selbst zu verwalten, und daß es keiner Eingriffe der staatlichen Bürokratie bedarf, sie zur Erfüllung ihrer Pflicht anzuhalten. Die Regierungen sollten hieraus die Konsequenzen ziehen und die Gemeinden endlich so stellen, daß sie ungehindert und frei von einengenden Fesseln ihre Tätigkeit ausüben können. Voraussetzung hierfür ist eine wirklich freie Selbstverwaltung in Verbindung mit einem freien Gemeindewahlrecht. Die Klassenwahlsysteme müssen verschwinden, allen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts muß ein gleiches Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe gewährt werden.

Das allein genügt aber auch noch nicht. Eine freie Gemeinde kann nur wirken in einem freien Staate. Wir müssen deshalb — zumal im Hinblick auf den engen Zusammenhang zwischen staatlicher Gesetzgebung und kommunaler Verwaltungstätigkeit — weiter fordern, daß auch mit den plutokratischen Wahlsystemen zu den gesetzgebenden Körperschaften aufgeräumt und daß in allen Bundesstaaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird. Mit dieser Forderung steht die Sozialdemokratie keineswegs allein, sie findet sich in den Programmen auch anderer starker Parteien, und vorurteilslose Männer der Wissenschaft ohne Unterschied der Richtung haben sich ihr angeschlossen. Erst neuerdings hat Meinecke*) es als wichtige Aufgabe der Zukunft bezeichnet, Preußen und Deutschland in ein wahrhaft organisches und harmonisches Verhältnis zueinander zu bringen. „Wenn unserem Heerwesen die volle Synthese von Volks-

*) Friedrich Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. III. Aufl. München und Berlin 1915. R. Oldenbourg.

heer und Berufsheer gelingt, so wird auch unserem Staatsleben die volle Synthese von preußischem Organismus und Reichsorganismus gelingen, denn kein Grund liegt dann mehr vor, die preußische Eigenart unter allen Umständen ängstlich zu schonen. Das Mißtrauen gegen die sozialen Mächte des neuen Deutschlands hielt die preußische Eigenart aufrecht; das Vertrauen zu ihnen, das aus diesem Kriege emporsprießt, wird es gestatten, die preußische Eigenart so weit zu mildern, daß auch das ganze neue Deutschland mit Vertrauen auf sie blicken kann." Zur Erreichung dieses Ziels hält Meinecke es für erforderlich, daß dem preußischen System einige überflüssige Ecken und Kanten abgehobelt werden. „Preußen selbst muß Hand daran legen; nur aus Selbsterkenntnis und eigenem Willen kann es gelingen. Voran ist doch wohl jetzt, wo sich die überwiegende Masse der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf den Boden des deutschen Nationalstaats gestellt hat, die Reform des preußischen Wahlrechts zur Staats- und Nationalnotwendigkeit geworden. Unterläßt man sie oder begnügt man sich mit einer Scheinreform, so wird die jetzt begonnene Gesundung und Sinneswandlung unserer Arbeitermassen aller Wahrscheinlichkeit nach wieder ins Stocken geraten. Dies aber kann nur derjenige wünschen, dem nicht das Ganze des Staates, sondern die eigene altgewohnte soziale Vorherrschaft im Staate am Herzen liegt. Der preußische Staat mit seinem straffen Gefüge, mit seinen das ganze Volksleben durchdringenden monarchischen und militärischen Traditionen enthält immer noch Hemmungen genug gegen eine übermäßige Radikalisierung. Vor die Frage aber gestellt, ob er seine Stärke mehr in äußerer Autorität oder im inneren Vertrauen zwischen Regierung und Volk suchen soll, dürfte er nicht einen Augenblick schwanken. Er wird die Fehler der Reaktionszeit nach 1815 nicht wiederholen wollen, er wird im Geiste der Städteordnung von 1808 und nicht im Geiste der Teplitzer und Karlsbader Beschlüsse von 1819 handeln müssen."

Möge die preußische Regierung und mit ihr die Regierungen der übrigen Bundesstaaten, mögen die herrschenden Klassen dieser Mahnung eingedenk sein! Wohl werden die letzteren nicht freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten, aber auf die Dauer werden sie sich dem, was das Staatswohl gebieterisch erheischt, mit Aussicht auf Erfolg nicht widersetzen können. Heftige innerpolitische Kämpfe werden uns nach dem Kriege nicht erspart bleiben, die einen werden eine Erweiterung ihrer Rechte fordern, die anderen werden auf ihrem Schein beharren. Welchen Charakter die Kämpfe annehmen, welche Richtung den Sieg davontragen wird, wer vermag das vorauszu-

sagen? Nur soviel ist sicher: je eher die Regierung die Initiative ergreift, je eher sie sich zu den unausbleiblich notwendigen Reformen — nicht zu Scheinkonzessionen — entschließt, je weiter der der Neuorientierung der inneren Politik gesteckte Rahmen gezogen ist, desto leichter werden die Geburtswehen der neuen Zeit sein.

Aber nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien haben es in der Hand, die Formen des Kampfes zu bestimmen. Das gilt unterschiedslos für alle, für die bürgerliche Rechte nicht minder wie für die bürgerliche Linke und für die Sozialdemokratie. Preisgabe ihrer Grundsätze fordern wir von keiner Partei, eine Nachprüfung ihrer Taktik jedoch ist für jede geboten, und wenn sie aus der Geschichte gelernt haben, fortan nur noch mit ritterlichen Waffen zu kämpfen, einander zu achten, wenn an die Stelle des so vergiftenden persönlichen Kampfes der sachliche tritt, wenn man bestrebt ist, sich in die Anschauungen des Gegners hineinzuversetzen, wenn man sich Mühe gibt, ihn zu verstehen, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und seine Überzeugung zu ehren, auch wenn man sie nicht teilt, so kann das nur befruchtend auf unser politisches Leben wirken.

Für die Sozialdemokratie ist das eine Binsenwahrheit, denn ihrem ganzen Wesen nach führt sie ja den Kampf nicht gegen Personen, sondern gegen Institutionen. Wenn trotzdem hier und da — was wir nicht leugnen wollen — über das Ziel hinausgeschossen ist, so kann man das damit entschuldigen, daß in der Hitze des Gefechts nicht jedes Wort abgewogen wird, daß Druck Gegendruck erzeugt. Peccatur intra muros et extra. Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus, und daß die Sozialdemokratie sich einer besonders liebevollen Behandlung im Parlament, in der gegnerischen Presse und in Versammlungen zu erfreuen hatte, das wird doch wohl niemand zu behaupten wagen.

Ich habe kürzlich an anderer Stelle*) ausgeführt, daß, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Kredite bewilligte, wenn die so viel geschmähten freien Gewerkschaften ihre Erfahrungen, ihre Kenntnisse, ihre Kraft in den Dienst der Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens stellten, sie das natürlich nicht irgendeiner herrschenden Klasse oder der Regierung zuliebe taten, sondern im Interesse der deutschen Arbeiter; sie erwarten deshalb auch keinen Dank, sie fordern das Wahlrecht nicht als Belohnung für die Dienste, die sie dem Vaterlande geleistet haben, sondern als ein Recht, das ihnen gewalt-

*) Der gegenwärtige Stand der preußischen Wahlrechtsfrage. — Die Neue Zeit, 33. Jahrgang, 2. Band Nr. 10.

sam vorenthalten ist. Mit anderen Worten: die Forderungen, die die Sozialdemokratie erhebt, sind nicht gleichsam die Rechnung für ihr Wohlverhalten, Dank hat sie nicht begehrt, noch begehrt sie ihn dafür, daß sie so gut wie jede andere Partei an der Verteidigung des Vaterlandes mitgewirkt hat. Wohl aber erwartet sie, daß man ihr in Zukunft freien Raum gewährt zur positiven Mitarbeit an dem Wiederaufbau des neuen Deutschland, daß man sie teilnehmen läßt an Gesetzgebung und Verwaltung in einem Maße, wie sie es ihrer Stärke und ihrer Bedeutung nach verlangen kann.

Die Regierung und die bürgerlichen Parteien werden ihre Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie zwar nicht aufgeben, aber sie werden sie ändern müssen, und andererseits wird auch die Sozialdemokratie ihre Taktik einer Revision unterziehen müssen, wie sie ja bisher noch stets ihre Taktik den Verhältnissen anzupassen bemüht gewesen ist. Die berufenen Instanzen der Partei werden darüber zu entscheiden haben, welche Mittel sie ergreifen soll, um für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erobern, sie werden zu prüfen haben, ob der bisher eingeschlagene Weg zum Ziele führt oder ob ein anderer Weg ihnen gangbarer erscheint; sie werden sich dabei, wie sie das stets betont haben, mit Freuden der Mitarbeit aller wirklichen Wahlrechtskämpfer bedienen. An Heftigkeit wird der Kampf nichts einbüßen, die Formen des Kampfes aber werden vielleicht andere sein müssen. Ob Straßendemonstrationen noch ihren Zweck erreichen, ob die Drohung mit einem politischen Massenstreik Eindruck macht, das bedarf sorgfältiger Erwägung. Letzten Endes wird ja die Taktik einer Partei nicht allein durch sie selbst bestimmt, sondern auch durch die Maßnahmen ihrer Gegner.

Die Haltung der Gegner war es auch, die die Sozialdemokratie hier und da gezwungen hat, sich des Mittels des Terrorismus zu bedienen, eines Vorgehens, das von der anderen Seite so gewaltig aufgebauscht wurde und den Vorwand zu der Behauptung gegeben hat, einzig und allein dem Terror verdanke die Sozialdemokratie ihren Anhang, einzig und allein darauf sei ihre Stimmenzahl bei den Wahlen zurückzuführen. Nichts falscher als das. Nur aus Notwehr hat die Sozialdemokratie zu diesem Mittel gegriffen. Erklärte doch der verstorbene Reichstagsabgeordnete Auer auf dem Parteitag zu Berlin 1892: „Jemand politisch mißhandeln oder vergewaltigen, weil er eine andere Überzeugung in der Brust trägt, das hieße unsererseits das Mittel anwenden, gegen dessen Anwendung uns gegenüber wir immer protestiert und angekämpft haben. Für die Freiheit der politischen

Überzeugung müssen wir unter allen Umständen eintreten, wenn wir nicht unsere Grundsätze und unsere eigene Existenz in Frage stellen wollen." Und in Übereinstimmung damit stimmte der Parteitag einer Resolution zu, die am Schluß besagt, daß der Boykott unter keinen Umständen zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden darf zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Überzeugung zu strafen, oder die äußere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Betätigung zu erzwingen. Kann man sich klarer und entschiedener gegen den Terror aussprechen? Wenn trotzdem in der Praxis nicht immer diesem Beschluß entsprechend verfahren ist, so doch nur, weil die Gegner die öffentliche Stimmabgabe mißbraucht haben, um Terrorismus der schlimmsten Art auszuüben. Lassen sie von ihrem Treiben ab, so wird niemand eine größere Genugtuung darüber empfinden, als die Sozialdemokratie, die von jeher gefordert hat, daß man dem Terrorismus seine Wurzel, die öffentliche Stimmabgabe, entziehen möge.

Der Moment, in dem das Land gesichert und der Krieg beendet ist, ist der geeignetste, um im Innern Deutschlands freie Zustände zu schaffen, um einzusetzen mit der Ära freiheitlicher Reformen. „Die wahre Freiheit Deutschlands muß jetzt errungen werden, und wem es um etwas in der Welt ernst ist, muß lieber alles aufopfern als darin nachlassen". So schrieb Wilhelm von Humboldt am 8. November 1813 an seine Gattin. Fast könnte es scheinen, als sei dies Wort nicht vor 100 Jahren, sondern heute geprägt. Niemand wird es wagen, einen Wilhelm von Humboldt des Chauvinismus zu beschuldigen, wenn er fortfährt: „Es gibt vielleicht kein Land, das so selbständig und frei zu sein verdient als Deutschland, weil keins seine Freiheit so rein und einzig zu innerer, jedem wohltätiger Anstrengung zu benutzen geneigt ist. Der Deutsche hat unter allen Nationen am wenigsten eine zerstörende und am meisten eine immer in sich zurückwirkende Kraft, und wenn der Besitz der Freiheit gerettet ist, wird Deutschland sicher sehr bald in jeder Art der Bildung und der Gesinnung hervorragen. Darum ist es so dankbar, gerade für dies Vaterland zu arbeiten. Der Ruhm und selbst die Ehre einer Nation sind vielleicht nur Geburten der Phantasie, Glück und Unglück nur vorübergehende Erscheinungen, über die das Grab schweigt, das sich immer einmal schließt; aber wo, was man tut, in Geistesentwicklung und Gemütskraft Wurzel schlägt, da arbeitet man für das Höchste und Unvergängliche. Die Liebe zu Deutschland ist daher auch wirklich eine andere, als die andere Nationen für ihr Vaterland haben. Sie wird vielmehr

durch etwas Unsichtbares zusammengehalten und ist freier von Bedürfnis und Gewohnheit. Sie ist nicht sowohl Anhänglichkeit an die Erdscholle, sie ist mehr Sehnsucht nach deutschem Geist und Gefühl, die sich in allen Zonen empfinden und in alle verpflanzen lassen." Auch die internationale Sozialdemokratie kann diese Worte unterschreiben, denn international ist nicht antinational, und die Liebe zum eigenen Vaterlande schließt eine Betätigung auf internationalem Gebiete nicht aus.

Ergreifen wir die Gelegenheit! Nutzen wir die Situation aus und erkämpfen wir dem deutschen Volke die Rechte und Freiheiten, deren es bedarf im Interesse des Ansehens Deutschlands nicht minder als im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, nicht zuletzt aber auch im Interesse der Arbeiter der gesamten Welt, denen ihre deutschen Brüder vor dem Kriege Lehrmeister gewesen sind, und denen sie auch nach dem Kriege Lehrmeister sein werden, unbekümmert um das Geschrei derer, die der Internationale letzte Stunde gekommen zu sein wähnen.

Die Mitwirkung der Arbeiter an den öffentlichen Aufgaben in Deutschland.

Von Ernst Francke.

Wenn das deutsche Volk nach dem Weltkriege im Schutze eines gesicherten Friedens seine Arbeit wieder aufnimmt, die frevelhafte Anschläge der Feinde unterbrochen haben, so wird es zur Lösung von Aufgaben berufen sein, die die höchste Anspannung aller Kräfte erfordern. Es gilt ja nicht einfach, Begonnenes fortzuführen, zerrissene Fäden wieder zu knüpfen, Zerschlagenes zusammenzufügen. Auf vielen Gebieten unseres inneren Lebens wird ein Neubau zu errichten sein. Wie werden wir unsere Finanzen ordnen? Wie werden Landwirtschaft, Gewerbe, Handel wieder feste Bahnen finden? Wie wird Ruhe und Stetigkeit in den Arbeitsmarkt kommen? Welche Erfahrungen aus der Kriegswirtschaft werden wir als dauernde Maßnahmen in die Friedensarbeit herübernehmen müssen? Und das Wichtigste von allen: wie erhalten und verstärken wir die Formen, die sich der Geist des Vertrauens und des Zusammenwirkens aller Volksgenossen in höchster Not, im Kampf um die heiligsten Güter, der Geist der Schützengrabengemeinschaft und des Burgfriedens gegossen hat? Denn die große Zeit soll uns auch eine neue Zeit bringen!

Diesen Gewinn als unveräußerliches Eigentum zu bewahren, muß auch im Frieden unser Volk ebenso seine ganzen Kräfte einsetzen, wie es dies im Kriege, im Felde mit den Waffen und daheim in treuer Arbeit getan hat. Wir werden jeden Mann und jede Frau brauchen, die wirken können, um das Ziel zu erreichen und zu behaupten. Es wäre ein Verrat am Volkswohl, wenn breite Schichten, die an den öffentlichen Aufgaben mitarbeiten können und mitarbeiten wollen, hintangesetzt oder gar ausgeschlossen werden sollten, bloß um ihnen die Rechte vorzuenthalten, die jede Pflichterfüllung gewährt. Insbesondere wird es die Staatsnotwendigkeit gebieterisch fordern, daß die deutsche Arbeiterschaft, im weitesten Sinne dieses Wortes genommen: die gewerblichen Lohnarbeiter und Gehilfen,

die ländlichen Arbeiter, die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben, die Angestellten in Handel, Verkehr, Industrie und Technik, mit Hand anlegt, um das neue Deutschland zu bauen. Millionen deutscher Arbeiter haben im Felde, Schulter an Schulter mit den andern Volksgenossen, ihr Leben eingesetzt fürs Vaterland, und daheim haben ihre Organisationen und deren Führer die wichtigsten Dienste für die Erhaltung und Kräftigung des Gemeinwesens geleistet. Der Befähigungsnachweis für die Lösung der öffentlichen Aufgaben ist von ihnen unter drückendster Belastung glänzend erbracht worden: die Friedensarbeit wird solcher Helfer gar nicht entbehren können.

Man wird sie heranziehen, ihnen die Wege zur Mitarbeit ebnen, die Türen weit öffnen müssen — auch da, wo man sie bisher ausgesperrt, oder doch kaum mehr als geduldet hatte. Dies Verhalten der Regierenden und Herrschenden hatte z. T. geschichtliche Gründe: die bestehenden Einrichtungen, Gesetze, Verordnungen waren hinter der neuen Entwicklung zurückgeblieben, ein selbstbewußter, tüchtiger, den öffentlichen Angelegenheiten zugewandter Arbeiterstand war erst allmählich herangewachsen, Jahrzehnte mußten erst vergehen, ehe er sich zum Kampf um die Mitwirkung in den Parlamenten und den Rathäusern, um die Vertretung seiner Interessen in und vor allen Instanzen entschloß. Und als dies Ringen begann, da begegnete es dem Mißtrauen und der Abwehr, weil die Sozialdemokratie, zu der Millionen der Arbeiter sich bekennen, als geschworene Feindin des Staates, der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung galt. Unter dieser Abwehr der Sozialdemokratie aber litt die gesamte deutsche Arbeiterschaft: gemessen an ihrer Zahl und ihrer Bedeutung hat sie bisher nur einen bescheidenen Anteil am öffentlichen Leben erringen können. Wenn sie trotzdem Schritt für Schritt an Boden gewann, so dankt sie das vor allem der Erziehung und Schulung der gewerkschaftlichen Organisation, die auch die geeigneten Persönlichkeiten für den Dienst am Gemeinwohl zu finden und zu bilden gewußt hat.

Jetzt wo die sozialdemokratischen Führer ebenso wie die Massen sich in Reih und Glied mit allen Volksgenossen um das Reichspanier geschart haben, ist es Pflicht einer weisen und starken Regierung, die Führung zu übernehmen auf dem Wege, der die dauernde Mitarbeit der Arbeiter auf dem Boden der Gleichberechtigung sichern soll. Hier haben die Tatsachen eine so durchdringende Revision der Begriffe und Urteile vorgenommen, daß es uns unmöglich erscheint, die natürlichen Folgerungen nicht zu ziehen. Es ist ganz falsch, wenn bisweilen davon die Rede ist, man müsse die deutschen Arbeiter für ihr Ver-

halten „belohnen“. Nein, so ist es nicht: von einer Belohnung wollen sie nichts wissen, denn sie sind stolz darauf, ihre Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen, und das läßt man sich nicht belohnen. Aber sie wollen als vollgültige Bürger in Reich, Staat, Gemeinde mitarbeiten an der Ordnung aller Dinge, die sie und ihre Angehörigen betreffen. Und man kann sich kaum öffentliche Angelegenheiten denken, die an den arbeitenden Klassen ganz vorbeigehen: stellen diese doch reichlich zwei Drittel unseres ganzen Volkes dar! Wie wäre es denn gewesen, um das an die Spitze zu stellen, wenn diese Massen nicht in solch stattlicher Zahl ihre Vertreter im Reichstag gehabt hätten, als der Weltbrand aufloderte. Nur so war doch jene Kundgebung des ganzen Volkes möglich, in dem es keine Parteien, nur Deutsche gab. Der 4. August 1914 hat die glänzendste Rechtfertigung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erbracht, jener großen Tat des Reichsgründers Fürsten Bismarck, der damit in genialer Voraussicht ein stärkstes Band der nationalen Einheit geschaffen hat. Es hat nicht an Wünschen gefehlt, dies Wahlrecht einzuschränken: ihre Erfüllung hätte zu einer Entfremdung der Massen geführt, die die schwersten inneren Gefahren heraufbeschworen haben würde. Jetzt wird niemand mehr dies Volksgut anzutasten wagen, das den arbeitenden Klassen die Mitwirkung an den Geschäften des Reichs verbürgt — hoffentlich in steigendem Maße. Und nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, sondern alle Parteien werden darauf, mehr als bisher, Bedacht nehmen müssen, Abgeordnete aus der Arbeiterschaft in ihren Reihen zu zählen.

Daß diese Erfahrungen im Reichstag auch ihre Wirkungen auf die Parlamente der Einzelstaaten, vor allem auf den Landtag in Preußen, ausüben werden, halten wir für unbedingte Notwendigkeit. Welcher Art diese Reformen sein, in welchem Umfange und in welchem Zeitmaße sie eingeführt werden, brauchen wir in diesem Zusammenhange nicht zu erörtern. Kommen werden sie, weil sie kommen müssen. Es ist ganz undenkbar, daß jene Millionen von Männern, die ihr Leben dem Vaterland geweiht haben, künftig wie bisher von der Mitarbeit an der inneren Entwicklung ihres Staates so gut wie ausgeschlossen sein sollen, weil Einkommen und Vermögen, Einteilung der Wahlkreise, Erschwerungen des Stimmrechts einer kleinen Minderheit in Stadt und Land die Herrschaft in den zweiten Kammern der Landtage zuweisen. In den arbeitenden Massen liegen so reiche Schätze an Tüchtigkeit und gutem Willen, daß sie zu Nutz und Frommen des Gemeinwesens ausgenützt werden müssen. Und ihre Wünsche

und Forderungen im Rahmen des Staatsganzen auf dem Boden gesetzlicher Vertretung vorzubringen, ist für sie ebenso ein dringendes Gebot wie für die Regierung und die anderen Parteien eine Notwendigkeit, diese Forderungen zu hören, zu beachten und, soweit möglich, zu erfüllen. Dabei darf es auf die Dauer nicht sein Bewenden haben nur bei den gewählten Kammern: wo ein Herrenhaus in einem Einzelstaate besteht, müßte auch eine Berufung von Arbeitervertretern erfolgen, deren Stimme in diesen Hallen den Ruf einer neuen Zeit künden würde. Und diese Beteiligung an der staatlichen Arbeit würde weiter sich von größtem Nutzen auch in den Provinziallandtagen, den Kreistagen und Kreisausschüssen erweisen, überall da, wo das Wohl und Wehe der Massen zur Erörterung steht. Vor allem aber sind die Gemeinden das fruchtbare Feld der Tätigkeit für die Vertreter der Arbeiter und Angestellten. In Tausenden von Ratsstuben leisten sie schon jetzt ersprießliche Dienste. Jetzt ziehen sie auch in diejenigen Ämter ein, aus denen engherzige Besorgnis sie bisher ausschloß: in die Magistrate, die Schuldeputationen, die kleineren Bürgermeistereien, die Vorstände der Stadtverordneten. Zu welcher politischen Richtung sie sich halten, ob sozialdemokratisch, liberal, konservativ, zentrumsfreundlich — in den Gemeinden werden sie sich als pflichttreue, eifrige, verständige Bürger bewähren, die zwar die Interessen der Arbeitnehmer betonen, aber dabei den Blick stets auf das Ganze richten. Nichts erzieht mehr als die praktische Arbeit.

Hierfür ist die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Sozialversicherung ein triftiger Beweis. Als vor mehr als dreißig Jahren ihre Grundlagen in Deutschland gelegt wurden, waren die Baumeister sich darüber klar, daß diese, viele Millionen Personen umfassende Gesetzgebung nur dann das für ihre Wirksamkeit unerläßliche Vertrauen der Versicherten erringen würde, wenn diese selbst an der Verwaltung und Rechtsprechung beteiligt wären. Leider hat diese Erkenntnis nicht überall und nicht ausreichend ihre tatsächliche Verwirklichung gefunden, ja bei Einführung der Reichsversicherungsordnung sogar eine bedauerliche Einschränkung der Selbstverwaltung der Krankenkassen erfahren. Bei der Unfallversicherung war und blieb ohnehin die Mitwirkung der versicherten Arbeiter auf ein Mindestmaß, fast auf eine bedeutungslose Förmlichkeit beschränkt. Es ist notwendig, auch hier jetzt in weiterem Umfange die Teilnahme der Arbeitnehmer in allen Instanzen und bei jedem Anlaß nutzbar zu machen. Nicht minder gilt dies unseres Erachtens bei der Gewerbeaufsicht. In den süddeutschen Staaten hat man seit Ende der 1890er

Jahre Hilfsbeamte aus Arbeiterkreisen herangezogen, in Preußen hat man sich bisher dagegen gesträubt; nur im Bergbau hat man, veranlaßt durch schwere Katastrophen, Arbeiter als Sicherheitsmänner, allerdings mit sehr beschränktem Wirkungskreis, angestellt. Möge man doch nun auf diesem Wege weiter fortschreiten! Auch wenn man Bedenken trägt, den Arbeitern ein Wahl- oder Vorschlagsrecht einzuräumen, wird sich die Möglichkeit bieten, Männer zu finden, die das Vertrauen ihrer Arbeitskollegen besitzen. Und wie im Bergbau Arbeiterausschüsse pflichtmäßig eingerichtet werden, deren Aufgabenkreis gemäß den Forderungen des Tages sich erweitert, so sollte endlich diese geordnete Vertretung der Arbeiterschaft im Großbetriebe der Industrie und des Handels, nicht minder aber auch in denen des Reichs, des Staats, der Gemeinden, wo sie noch nicht vorhanden sind, obligatorisch eingeführt werden. Das macht die Errichtung von Arbeitskammern in jenen Industrien, die sich bisher dem Siegeszuge des Tarifgedankens verschlossen haben, keineswegs überflüssig; bekanntlich ist vor einigen Jahren ihre Errichtung an der Weigerung, Arbeitersekretäre zuzulassen, gescheitert, während Unternehmerbeamte Sitz und Stimme haben sollten. Wird man nach den Kriegserfahrungen noch wagen, bei diesem Mißtrauen gegen Gewerkschaftsführer zu verharren? Wie so vieles andere hat uns die Kriegswirtschaft auch bewiesen, daß es sehr gut angeht, in der Heimarbeit Löhne und Preise festzusetzen: man sollte die ohnehin noch nicht ins Leben getretenen Fachausschüsse des Heimarbeitsgesetzes jetzt durch Lohnämter für die Elendsindustrien ersetzen, unter Heranziehung von sachverständigen Unternehmern und Arbeitern, selbstverständlich auch weiblichen, um eine Regelung der wahrscheinlich stark anschwellenden Heimarbeit in die Wege zu leiten, die wenigstens ein bescheidenstes Existenzminimum sichert und damit Hunderttausende vor dem Lose bewahrt, zum Schaden des Gemeinwesens in tiefste Not zu versinken. Daß endlich eine Neuordnung der Arbeitsvermittlung ohne grundsätzliche Teilnahme derer, die diese Vermittlung in Anspruch nehmen, nämlich der Arbeitgeber und der Arbeiter, nicht durchzuführen ist, wird immer mehr zur allgemeinen Ansicht werden. Gerade hier ist das Vertrauen beider Parteien unerläßlich für das Gedeihen der Institution und dies Vertrauen wird am sichersten geschaffen durch die Mitwirkung der Beteiligten auf allen Stufen bis hinauf in die Reichszentrale.

Erhält in dieser höchsten Stelle nicht nur der Arbeitsnachweis seine Spitze, sondern auch die Vermittlung und Verhütung von Arbeits-

ſtreitigkeiten, bekommen wir ein Reichseinigungsamt, an das ſich von ſelbſt die Beachtung des Arbeitstarifvertrags anſchließen würde, ſo kann dies ſeine Aufgaben gar nicht erfüllen ohne die Heranziehung von Arbeitervertretern und ſelbſtverſtändlich auch Unternehmern. Bei den Einigungsverhandlungen der Gewerbegerichte wirken ſie ſeit Jahren ſchon ſachverſtändig und unparteiiſch mit — Eigenſchaften die ſie auch in der Rechtſprechung dieſer Arbeitsgerichte an den Tag legen. Vorwürfe, die früher gegen die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte erhoben wurden, ſind faſt ganz verſtummt, und wo ſie noch laut werden, darf man ſie als Vorurteile bezeichnen. Die Beiſitzer aus der Unternehmer- wie aus der Arbeitnehmerſchaft haben ſich als gerechte Richter bewährt. Das gibt den Arbeitern auch den vollen Anſpruch, mehr als bisher zu der Entſcheidung an den allgemeinen Rechtsſtreitigkeiten berufen zu werden, als Schöffen und als Geſchworene. Grundſätzlich iſt ihre Heranziehung durch die Behörden längſt anerkannt, praktiſch ſtand der Erfüllung bisher die Schwierigkeit entgegen, Unbemittelte aus der Lohnarbeit heraus zu dieſen ſtaatlichen Aufgaben zu berufen. Nun iſt durch Reichsgeſetz vom 25. Juni 1913 eine, wenn auch beſcheidene Entſchädigung in Tagegeldern für Schöffen und Geſchworene zugeſtanden. Man ſollte ſich künftig dieſe Mitwirkung von Arbeitern und Angeſtellten bei der Rechtſprechung nicht entgehen laſſen: nichts würde ſicherer und raſcher die Kluft ausfüllen, die jetzt oft Richterſpruch und Volksempfinden trennt.

Auch für die Verwaltung iſt die Mitwirkung der Arbeiterſchaft für mancherlei Aufgaben und in verſchiedenen Formen anzuſtreben. Schon ſeit Jahren arbeiten die gewerkſchaftlichen Organiſationen fleißig an der Arbeiterſtatiſtik mit. Es war nichts Ungewöhnliches, daß Reichsämter und Miniſterien für die Ausarbeitung ſozialpolitiſcher Geſetzentwürfe und Verordnungen den Rat von Fachmännern und Parlamentariern aus dem Arbeiterſtande einholten. Der Krieg hat dieſes Zuſammenwirken ſtark gefördert. Wie die Generalkommandos haben auch die Zivilbehörden, die Zentral- wie die Lokalſtellen immer wieder die Hilfe der Arbeiterführer und ihrer Organiſationen für die Durchführung wichtiger wirtſchaftlicher und ſozialer Maßnahmen erbeten, und mit großer Bereitwilligkeit iſt dieſe Hilfe gewährt worden. Das fördernde Eingreifen des Kriegsminiſteriums, der Feldzeugmeiſterei, der Bekleidungsämter zur Regelung der Arbeitsbedingungen, insbeſondere auch der Löhne, hat bei den Arbeitern ſtarken Eindruck gemacht. Dies alles iſt auch ein Kriegsgewinn, der

erhalten werden muß. Ob der Weg, den andere Staaten früher mit Einstellung von Beamten aus dem Arbeiterstande in verschiedenen Verwaltungszweigen eingeschlagen haben, auch bei uns beschritten werden kann, lassen wir dahingestellt. Aber es besteht unseres Erachtens keinerlei Hindernis gegen die Errichtung von Arbeitsbeiräten bei allen Zentralstellen, von denen umfangreiche Lieferungen vergeben werden; in solchen Beiräten wären Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter amtlicher Leitung berufen, Gutachten zu erstatten, Informationen zu erteilen, Meinungsverschiedenheiten zu erörtern, Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Sie könnten auch zur Vorberatung von gesetzgeberischen und verwaltungstechnischen Maßnahmen, die die Angelegenheiten der Arbeiterbevölkerung betreffen, herangezogen werden, und ihr sachgemäßer Rat würde sicherlich den Behörden eine starke Stütze bieten. Die Führer der Unternehmerverbände haben sich von jeher einen breiten Einfluß in der Verwaltung zu sichern gewußt, die Organisationen der Arbeitnehmer haben die gleiche Berechtigung, herangezogen zu werden, und ihre Mitarbeit hat nicht minderen Wert für die richtige Führung der Geschäfte, die nicht nur das sachlich Richtige, sondern auch die entsprechende Form treffen muß.

Will man aber die Mitarbeit der Arbeiterschaft an den öffentlichen Aufgaben, so muß man sich an die Organisationen wenden. Der Flugsand loser, unter sich nicht verbundener Scharen gewährt keinen festen Baugrund. Dies vermögen nur die festen Verbände, die Gewerkschaften, deren Führer das Vertrauen ihrer Mitglieder besitzen. Über ihre tatsächliche Bedeutung im Wirtschafts- und Gesellschaftsleben des deutschen Volkes hat der Krieg manchen die Augen geöffnet, die sich früher der Erkenntnis der Dinge verschlossen haben. Staatsminister Delbrück hat dies in der Märztagung des Reichstags freimütig bekannt: die Gewerkschaften seien nicht vorzugsweise Agitationswerkzeuge politischer Parteien, sondern hätten in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar sei. Diese Überzeugung werde sich immer weiter verbreiten. Geschieht dies aber — und wir vertrauen fest darauf — so ist das ein weiterer triftiger Grund, die Organisationen der Arbeiter und Angestellten als vollgültige Elemente unseres Volkslebens anzuerkennen, sie von allen polizeilichen und juristischen Fesseln und Fußangeln zu befreien, ihnen einen eigenen festen und breiten Rechtsboden zu schaffen, auf dem ihre Rechte wie ihre Pflichten klar umschrieben und die Möglichkeit freier Entfaltung ihrer Kräfte eröffnet

wird, um sich als notwendige und nützliche Glieder in das Staatsganze einzufügen. Es wird einer langen, nachdrücklichen Erziehung unserer Behörden bedürfen, bis diese Einsicht vom obersten bis zum letzten Beamten hindurchgedrungen ist; die Geschichte des Vereinsgesetzes von 1907 beweist, wie unendlich schwer mit den in Jahrzehnten aufgehäuften Bergen von Meinungen und Vorurteilen aufzuräumen ist. Aber der freie Geist des neuen Deutschlands wird auch diese Reform heraufführen und anstatt der immer wieder versuchten Bedrückung der Arbeiterorganisationen werden wir ihre Heranziehung zur Mitarbeit im Staate erleben.

Für die Friedensarbeit brauchen wir alle Kräfte, die guten Willens sind, haben wir gesagt. Vor allem aber müssen die Fähigsten, Tüchtigsten, Stärksten ans Werk gesetzt werden. Wie Wipfel und Äste eines Baumes verdorren, wenn die Säfte nicht aus dem Erdreich durch die Wurzeln aufgesogen und den Stamm hinaufgeleitet werden, so bedürfen auch die oberen Schichten der Volksgemeinschaft der beständigen Zufuhr frischen Blutes aus den Tiefen. Eine Verjüngung und Auffrischung des Beamtentums, im Richteramt und Verwaltung, der leitenden Kreise unseres Erwerbslebens, der Gelehrten, Techniker, Offiziere, würde nicht nur dem Staats-, Geistes- und Wirtschaftsleben neue Kräfte zuführen, sondern auch die Volksmassen aufs engste mit dem Gesamtorganismus verbinden. Wir müssen endlich mit der Forderung des 4. Artikels der preußischen Verfassungsurkunde, daß alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind, Standesvorrechte nicht stattfinden, die öffentlichen Ämter, unter Einhaltung der gesetzlich festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich sind, wirklichen Ernst machen. In viel weiterem Ausmaße als gegenwärtig sind für tüchtige Volksschüler, deren Eltern selbst nicht dazu die Mittel haben, die mittleren und höheren Lehranstalten und die Universitäten offen zu halten: die hierfür bereit zu stellenden Mittel des Staates und der Gemeinde sind ausgezeichnete Kapitalanlagen. Und wenn jetzt solchen Unterstützungen und Erleichterungen noch oft genug der Charakter der Wohltätigkeit oder doch wenigstens patriarchalischen Wohlwollens anhaftet, so müssen in Zukunft die Grundsätze einer Nutzbarmachung der Talente für das Gemeinwohl allein die Richtung geben. Die Notwendigkeit einer Wandlung auf diesem Gebiete hat erst jüngst der freikonservative Führer Frhr. v. Zedlitz öffentlich (im „Tag“) vertreten: er befürwortet eindringlich, daß den breiten Massen des Volkes, namentlich auch den Arbeitern, Kraft und Befähigung vorausgesetzt, die völlige gleiche Bildungsmöglichkeit

eröffnet wird wie den besitzenden Volksgenossen, und daß für das Aufrücken im öffentlichen Dienst neben sittlicher Tadellosigkeit allein Befähigung, nicht aber Vermögen, Zugehörigkeit zu bestimmten Gesellschaftskreisen, Klüngel u. dergl. fortan entscheiden soll.

Gelingt es aber, zahlreiche Vertreter des Arbeiterstandes zur Mitwirkung an den öffentlichen Aufgaben in Reich, Staat, Gemeinde heranzuziehen, so wird nicht nur das Gemeinwesen aus diesem Gewinn an frischen und eifrigen Kräften den größten Nutzen ziehen, sondern auch die Arbeiterschaft selbst. Wir meinen damit nicht einmal in erster Linie, daß ihre eigenen Interessen hierbei wirksam vertreten werden: selbstverständlich soll und muß auch dies geschehen. Aber nicht minder wichtig ist es, daß die Arbeiter wissen, wie ihr Wohl und Wehe unaufhörlich verknüpft ist mit dem Geschick des ganzen Volkes und seiner Entwicklung, wie ihr Aufstieg nur denkbar ist in einem mächtigen Staate, der stark nach Außen und frei im Innern jeder redlichen Arbeit die Bahn frei macht, der jeder Partei und jedem Stande Raum für ihre Bestrebungen und Überzeugungen gewährt, keiner Klasse aber die Herrschaft läßt, sondern die Gleichberechtigung Aller schafft und schützt. In der Mitwirkung an den öffentlichen Aufgaben dieses Staates im großen wie im kleinen mißt man die sachlichen Schwierigkeiten, die sich Theorien und Doktrinen entgegenstellen, an ihrer Überwindung stärkt sich die Hoffnung zu weiteren Fortschritten, in der gemeinsamen Arbeit lernt man auch den Gegner schätzen und die Sache um ihrer selbst willen lieben. Der Sinn für das Mögliche und Greifbare, den die gewerkschaftliche Erziehung unsern Arbeitern einprägt, das Streben nach Bildung und Gesittung, die Stärkung der Persönlichkeit wird sich in der rastlosen Tätigkeit für das Gemeinwohl reich entfalten. Noch vor wenigen Jahren hat der jetzige Reichskanzler die Eingliederung der machtvollen Arbeiterbewegung in die Staatsordnung eine der wichtigsten Aufgaben genannt. Der Krieg hat dies Problem über alles Erwarten und Hoffen gelöst. Die Friedensarbeit muß uns diesen Gewinn für die nationale Kraft und die innere Gemeinschaft erhalten. Der deutsche Arbeiter muß daher als vollgültiger Volksgenosse zur Mitarbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Zutritt haben. Das liegt in seinem Nutzen wie in dem des Staates. Und es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, des Fundaments der Reiche!

Die Gewerkschaften.

Von Carl Legien.

Die Vereinigungen der Arbeiterschaft, deren Zweck es ist, die Lohn- und Arbeitsbedingungen günstig zu gestalten und ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung des Arbeitsvertrages zu erlangen, haben sich nie der Gunst und des Wohlwollens der Unternehmer erfreut. Wo sie anerkannt und zu Verhandlungen herangezogen wurden, geschah es infolge des Einflusses, den sie auf größere Arbeitermassen gewonnen hatten. Erst wenn sie ein wirtschaftlicher Machtfaktor waren, erst wenn sie bei der Regelung der Arbeitsbedingungen nicht umgangen werden konnten, fand man in Unternehmerkreisen sich mit ihnen ab. In den mächtigsten Industrien Deutschlands sind jedoch auch heute die Unternehmerorganisationen nicht bereit, mit den Gewerkschaften als der Vertretung der Arbeiterschaft, als einem gleichberechtigten Faktor bei der Regelung des Arbeitsvertrages zu verhandeln.

Dies Verhalten der Unternehmer ist erklärlich und ist keinesfalls auf Deutschland beschränkt, sondern in allen Kulturländern zu finden. Es handelt sich bei den Bestrebungen der Gewerkschaften darum, einen größtmöglichsten Anteil an dem Ertrage der Arbeit zu erlangen. Kurze Arbeitszeit, hohe Löhne, Mitbestimmungsrecht bei den sanitären Betriebseinrichtungen sind die vornehmsten Forderungen der wirtschaftlichen Kampfesorganisationen der Arbeiter. Ihre Erfüllung bedeutet für die Unternehmer das teilweise Aufgeben des absoluten Herrenrechts im Betriebe, eine Lohnerhöhung, vielleicht auch, wenn damit nicht technische Verbesserungen der Betriebseinrichtungen verbunden sind, eine Kürzung des Unternehmergewinns. Diese rein wirtschaftlichen Gegensätze, die keineswegs entscheidend für das persönliche Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sein müssen, sind eine Folge der privatkapitalistischen Produktionsweise. Sie werden erst schwinden, wenn die Produktion selbst eine Änderung erfahren hat, wenn nicht mehr der Unternehmergewinn, sondern der Bedarf des Volkes Zweck der Produktion sein wird.

Für den Unternehmer mögen die Arbeiter, die mit jedem Lohn, der ihnen geboten wird, zufrieden sind, die glauben, daß lange Arbeitszeit auch hohen Lohn bedinge, die keine Beschwerden über mangelnde Betriebseinrichtungen führen, sicher angenehmer sein, als gewerkschaftlich organisierte, die sich für berechtigt halten, Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft zu stellen. Ob die ersteren auch, von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachtet, als das bessere Arbeiterelement gelten können, ist jedoch eine andere Frage. Unsere Industrie stellt in bezug auf geistige Befähigung heute Anforderungen an die Masse der Arbeiter, wie nie zuvor. In dem modernen Produktionsprozeß kann nur ein geistig hochstehender Arbeiter seinen Platz vollständig ausfüllen. Wenn Deutschlands Industrie heute eine vorherrschende Stellung in der Welt einnimmt, so ist dies nicht zum geringen Teil der geistigen Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft Deutschlands zu danken. Diese wieder nun ist eine Folge des Bestrebens, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu erhöhen. Es ist an dieser Stelle wohl überflüssig, an Beispielen aus den verschiedenen Arbeiterschichten unseres Landes den Unterschied zwischen Arbeitern mit hohen Löhnen und geregelter Arbeitszeit und solchen nachzuweisen, die bei erbärmlichster Lebenshaltung dahin vegetieren. Den Arbeiterorganisationen, speziell den gewerkschaftlichen, ist es zu danken, daß dieser geistige Aufstieg bei großen Arbeitermassen erreicht worden ist. Mit Recht ist von den Arbeiterorganisationen stets betont worden, daß die Gewerkschaften ein Kulturfaktor ersten Ranges seien. Daß sie diese Wertschätzung seitens der Unternehmer und besonders bei den Unternehmerorganisationen nicht fanden, kann man, wenn man leidenschaftslos Ursache und Wirkung prüft, verstehen. In diesen Kreisen galten die Gewerkschaften als Streikvereine, als Störer oder gar Zerstörer der Produktion, als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben. Ihre Organisatoren und Beamten wurden als von Arbeitergroschen lebende Agitatoren bezeichnet. Nur vereinzelt fanden sich Vertreter der Wissenschaft, die dieser Auffassung entgegentraten, die sich bemühten, Wert und Bedeutung der Gewerkschaften öffentlich zu betonen.

Von größerer Bedeutung war jedoch, daß die Regierung und Verwaltung im Reich und in den Einzelstaaten gleichfalls eine ablehnende Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahmen. Auch hier mag der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, der große politische Einfluß ihrer vornehmlichsten Repräsentanten das Urteil darüber getrübt haben, welchen Faktoren im einzelnen diese außerordentliche

Entwicklung zu danken ist. Das Verhalten der Regierungs- und Verwaltungskreise unseres Landes hat wesentlich zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen den Unternehmern und den Arbeiterorganisationen beigetragen, abgesehen davon, daß es die ruhige und schnelle Entwicklung der Gewerkschaften verhinderte. Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands ist eine ununterbrochene Kette von Kämpfen um die einfachsten Organisationsrechte. Diese Kämpfe nahmen nicht nur viel Zeit, Kraft und Mittel in Anspruch, die besseren Zwecken hätten dienstbar gemacht werden können, sondern sie behinderten Jahrzehnte hindurch die Gewerkschaften am inneren Ausbau, besonders auf dem Gebiete der Unterstützungseinrichtungen, deren Wert sich jetzt in den Kriegsmonaten so außerordentlich deutlich gezeigt hat.

Noch wenige Monate vor Kriegsausbruch standen die Gewerkschaften wiederum in der Abwehr gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden. Diese versuchten einigen großen gewerkschaftlichen Verbänden den Charakter politischer Vereine zu geben. Dadurch wäre ihnen die Möglichkeit genommen, Personen unter 18 Jahren als Mitglieder zu haben. Die Bedeutung der Maßregel darf nicht unterschätzt werden. Es handelt sich bei der Politischerklärung der Gewerkschaften nicht nur um die Einreichung eines Statuts und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder, sondern das Verbot der Aufnahme Jugendlicher hätte die Gewerkschaften schwer geschädigt. Die Jugendlichen sind nicht nur im gewerkschaftlichen Organisationsgedanken zu erziehen, um später vollwertige Mitglieder zu sein, sondern sie spielen heute in den wirtschaftlichen Kämpfen eine große, in einzelnen Berufen sogar eine ausschlaggebende Rolle. Infolgedessen wandten sich die Gewerkschaften mit aller Schärfe gegen diese Maßregel. Dazu kam die immer deutlicher werdende Ankündigung einer Beschränkung des Koalitionsrechtes und einer Verschärfung der Strafbestimmungen über Streikvergehen sowie des Verbotes des Streikpostenstehens.

So war der Gegensatz zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften, sowie zwischen diesen und der Regierung unmittelbar vor Kriegsausbruch auf das äußerste verschärft. Nur zu natürlich ist es daher, daß die Gewerkschaften bestimmt damit rechneten, nach Erklärung des Kriegszustandes aufgelöst zu werden. Die Verbandsvorstände hatten deshalb auch ihre Maßnahmen für einen solchen Fall getroffen. Daß er eintreten würde, stand um so mehr zu erwarten, als sowohl von Unternehmer- als auch von Regierungsseite im letzten Jahre fast mehr als in früherer Zeit die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen bezeichnet wurden. Nun wäre das

letztere, selbst wenn es zuträfe, rechtlich keineswegs ein Grund dafür, Ausnahmemaßregeln gegen die Gewerkschaften zu erlassen. Was heute verurteilt und bekämpft wird, kann morgen als ein Vorzug, als etwas Gutes angesehen werden und Geltung erlangen. Das hat der Krieg klar bewiesen.

Manche Forderung der Gewerkschaften, die vor kurzer Zeit als unberechtigt, als undurchführbar galt, wird heute auch von einer Seite vertreten, die bisher ihr schroffster Gegner war. So finden wir in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 213 im August 1914) Vorschläge zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit, die von gewerkschaftlicher Seite stets, besonders in den Zeiten wirtschaftlicher Krisen gemacht wurden. Es wird da u. a. gefordert: „Keine Einstellung unentgeltlicher Kräfte. Keine Einstellung von Arbeitskräften mit anderem Einkommen. Keine Einschränkung des häuslichen Bedarfs. Keine Einschränkung der Betriebe. Räumliche Verteilung der Aufträge. Zeitliche Verteilung der Aufträge. Keine Überarbeit und Nebenarbeit. Verkürzung der Arbeitszeit und Einführung von Wechselschichten. Möglichste Beseitigung der Strafanstaltsarbeit." Die Begründung für diese aus Reichs- und preußischen Regierungs-Kreisen stammenden Vorschläge ist zum Teil gleich der, die solchen Forderungen aus Arbeiterkreisen gegeben wurde. So können Auffassungen und Meinungen gar schnell wechseln. Ebenso schnell änderte sich auch das Verhalten der maßgebenden Regierungskreise gegenüber den Gewerkschaften.

Statt der Auflösung kam der Versuch, die gewerkschaftliche Organisation in den Dienst des Volkswohles zu stellen. Zwar treten noch nicht alle amtlichen Stellen im Reich und in den Einzelstaaten den Arbeiterorganisationen mit der Objektivität entgegen, die notwendig ist, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Nicht überall erfolgte das „Umlernen" im gleichen Tempo. In einzelnen Unternehmerkreisen scheint's gar nicht einmal versucht zu werden. So machte Herr Kirdorf auf der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft den Regierungsstellen Vorwürfe darüber, daß sie sich den Arbeiterorganisationen gegenüber gar zu entgegenkommend zeigen. Voraussichtlich werden die maßgebenden Instanzen sich dadurch in ihrem Verhalten nicht beeinflussen lassen. Es liegt doch gegenwärtig offenkundig zutage, daß in der Zeit der Not, wenn es gilt, die Einheit und Geschlossenheit des Volkes zu sichern, nicht die wirtschaftlich und politisch mächtigen, aber im Verhältnis zum Volksganzen an Zahl nur geringen Unternehmervereinigungen, sondern

die Organisationen, denen große Massen des Volkes angehören, den Einheitswillen und das solidarische Verhalten der Volksgenossen herbeizuführen und zu erhalten vermögen. In solchen Zeiten verblaßt die Macht des Gewaltigsten gegenüber der Arbeit der Vielen, die wissen, daß sie Teile des Ganzen sind und die eigene Wohlfahrt in der Förderung des Wohles der Gesamtheit sehen. Hoffentlich hat diese Erkenntnis dauernden Bestand und schwindet nicht, wenn die Zeit der Not vorüber ist.

Die Gewerkschaften haben keinen Augenblick gezögert, sich in dieser schweren Zeit genau so in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, wie sie bisher den Interessen der Masse der Arbeiter zu dienen bestrebt waren. Da das, was von ihnen geleistet werden sollte, dem bisherigen Wesen und Wirken der Gewerkschaften entsprach, so trat mit Übernahme dieser neuen Aufgaben weder in ihrer Tendenz noch in ihrer Organisation eine Änderung ein. Es galt, soziale Arbeit zu leisten, ein Gebiet, auf dem die Gewerkschaften stets tätig waren, das ihren eigentlichen Arbeitskreis bildet. Die Anforderungen, die gestellt wurden, waren sehr verschiedenartig. Neben der Hilfe für die Arbeitslosen, zum Teil auch für die Familien der im Felde stehenden Gewerkschaftsmitglieder, stand zunächst die Vermittlung von Arbeitskräften, so besonders für die Landwirtschaft. Die Einbringung der Ernte mußte entscheidend für die Ernährungsmöglichkeit der Bevölkerung Deutschlands während des Krieges sein. Die Sorge um die Ernährung machte sich besonders während der ersten Wochen des Krieges geltend. Deswegen mußte durch die Organisationen beruhigend auf die Bevölkerung gewirkt werden, damit nicht, wie es leider in der ersten Zeit geschah, von Einzelnen durch Masseneinkäufe von Nahrungsmitteln eine ungebührliche Steigerung der Preise und damit eine Schädigung der Gesamtheit eintrat. Andererseits mußte Vorsorge getroffen werden für zweckmäßige Verteilung der Nahrungsmittel. Nach dieser Richtung haben die Gewerkschaften in Verbindung mit der sozialdemokratischen Partei in den verschiedensten Vereinigungen wie auch bei den maßgebenden amtlichen Stellen sich auf das eifrigste bemüht. An letzteren zwar nicht mit dem Erfolg, der sofort in dem ersten Kriegsabschnitt hätte erzielt werden müssen. Immerhin ist, nachdem wiederum unter wesentlicher Anteilnahme der Gewerkschaften die Volksmassen darüber belehrt worden sind, wie mit den vorhandenen Mitteln Haus zu halten ist, zu erwarten, daß die Ernährung der Bevölkerung Deutschlands gesichert ist. Des weiteren war Fürsorge für die Wöchnerinnen sowie für die Hinterbliebenen

der Kriegsteilnehmer, ferner für die Kriegsbeschädigten zu treffen. Besonders die letztere Tätigkeit dürfte beweisen, daß die Gewerkschaften bei ihrer Betätigung während der Kriegszeit nicht von egoistischen Motiven geleitet sind. Es handelt sich darum, den Kriegsbeschädigten, die mit Hilfe der Wissenschaft wieder soweit hergestellt werden, daß sie teilweise erwerbsfähig sind, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß nach Beendigung des Krieges gewaltige Massen auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden, kann das Arbeitsangebot der Kriegsbeschädigten, die durch die Rente vor der größten Not geschützt sind, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ungünstig beeinflussen. Trotzdem haben dieselben Gewerkschaften, deren Aufgabe es ist, jeden solchen ungünstigen Einfluß abzuwehren, sich mit vollem Eifer in den Dienst der Sache gestellt. Entscheidend war für sie der Gedanke, daß unter allen Umständen verhindert werden muß, die im besten Mannesalter stehenden Kriegsbeschädigten von der Rente leben zu lassen, wobei das Gefühl bei ihnen Platz greifen muß, aus der Gemeinschaft der früheren Arbeitsgenossen ausgeschlossen zu sein. Ferner die Notwendigkeit, nach den schweren Verlusten an Menschen, die uns dieser Krieg bringt, alle nur irgend verwendbaren Arbeitskräfte in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Es erübrigt sich, die Mitarbeit der Gewerkschaften auf all diesen Gebieten im einzelnen zu schildern. An tausend und obertausend Stellen haben die einzelnen Körperschaften der gewerkschaftlichen Organisationen, die Zentralvorstände wie die Gewerkschaftskartelle, die Arbeitersekretariate und die Zweigvereine der Gewerkschaften sich mit ganzer Kraft für das Wohl der Allgemeinheit betätigt. Leicht waren die Aufgaben nicht zu erfüllen. Sofort nach Kriegsbeginn wurden große Massen der Gewerkschaftsmitglieder zum Heeresdienst berufen. Unter ihnen viele, welche die Organisationsgeschäfte versehen haben. Bis zum 30. April 1915 sind 958 247 = 41,7 % Gewerkschaftsmitglieder zum Militärdienst eingezogen worden. Bis zum 31. Dezember 1914 waren rund 600 Beamte und Vertrauensleute den Gewerkschaften entzogen. Es war schwierig, die Lücken in dem Verwaltungsapparat auszufüllen. Obgleich vielfach, wenn ein Gewerkschaftsmitglied sich mit den Verwaltungsgeschäften gerade vertraut gemacht hatte, seine Einberufung erfolgte, ein neues, mit der Sache nicht vertrautes Mitglied an seine Stelle treten mußte, funktionierte das Ganze unter Berücksichtigung der gegebenen Umstände doch recht gut. Vielfach übernahmen die Frauen der einberufenen Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeit für die Organisation. All dieses beweist,

welche Erziehungsarbeit durch die Gewerkschaften geleistet worden ist, besonders aber beweist es, daß alle diese Gewerkschaftsmitglieder mit vollem Herzen bei der Sache sind. Das Märchen, die Gewerkschaften seien nichts als ein Machwerk der Führer und Agitatoren, dürfte damit wohl, wenigstens bei den Leuten, die der Belehrung zugänglich sind, endgültig erledigt sein.

Stellen wir nun die Frage, was nach Beendigung des Krieges, wenn die wirtschaftlichen Kämpfe wieder beginnen, seitens der Regierung gegenüber den Gewerkschaften geschehen wird, so werden die Unbelehrbaren erklären, daß die Rechnung für das, was die organisierte Arbeiterschaft während des Krieges getan hat, schon jetzt präsentiert wird. Andere, vermeintlich unseren Organisationen wohlgesinnte Leute werden sagen, das hängt von dem Wohlverhalten der Gewerkschaften ab. Das letztere darf ebensowenig bestimmend sein, wie das erstere richtig ist. Was die gewerkschaftlichen Organisationen in der Kriegszeit geleistet haben, geschah nicht mit Rücksicht auf Dank oder Anerkennung. Es war einfache Pflichterfüllung im Interesse des Volksganzen. Ihren Charakter haben sie und brauchten sie hierbei nicht zu ändern. Wollten sie diesen aufgeben, so müßten sie sich selbst aufgeben. Ihr Zweck, ihre Aufgabe ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Vertretung der Interessen der Arbeiter. Bei Erfüllung dieser Aufgabe müssen sie notwendigerweise mit den Interessen der Unternehmer kollidieren. Sie waren stets bestrebt, auf dem Wege der Verhandlung ihren Zweck zu erreichen, die Arbeitsverweigerung, den Streik, erst dann eintreten zu lassen, wenn jede Verständigung mit der Gegenseite ausgeschlossen war. Nie ist ein Streik um seiner selbst willen geführt worden, nie war er Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zwecke. Eher könnte man sagen, daß das Mittel der Aussperrung oft wegen so geringer Forderungen auf Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung angewandt worden ist, daß nicht die Abwehr solcher Forderungen der Zweck der Aussperrung war, sondern die Absicht vorlag, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern oder doch mindestens zu schwächen. Haben die Arbeiter jemals einen Streik geführt, um die Unternehmer zum Austritt aus einer Organisation zu veranlassen? Ausgesperrt sind sie wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft dagegen oft genug. Wenn somit von einer Änderung der Taktik, von einem Aufgeben des bisherigen Verhaltens bei Lohndifferenzen oder davon die Rede sein soll, Streitigkeit durch Verständigung, durch Verhandeln beizulegen, so muß nicht an die Gewerkschaften, sondern an die Unternehmerorganisationen

eine solche Anforderung ergehen. Jedoch, das ist es nicht, was die Gewerkschaften von der Regierung, von den verantwortlichen Stellen im Reich und in den Einzelstaaten fordern. Sie verlangen nichts weiter, als das Recht, welches die Unternehmer haben. Sie verlangen, daß die Staatsverwaltung den Unternehmern nicht mit schlechtem Beispiel vorangeht, indem sie gewerkschaftlich organisierte Arbeiter aus ihren Betrieben ausschließt. Sie verlangen ungehinderte Ausübung des Koalitionsrechtes. Sie fordern, daß das geschriebene Recht nicht willkürlicher Auslegung durch Behörden und Gerichte preisgegeben wird, bzw. eine Fassung des Gesetzes, die eine solche Auslegung unmöglich macht. Sie wollen nichts anderes, als die den Unternehmern zustehenden Rechte, die Organisationen so zu gestalten, ihnen eine Tendenz, einen Charakter, einen Aufbau zu geben, wie sie es für zweckdienlich und notwendig erachten. Nicht besondere Rechte, sondern von keiner Seite behinderte Gleichheit im Rechte, lautet die Forderung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Sie verlangten aber auch, daß die maßgebenden Stellen nicht völlig dem Einfluß der Unternehmer unterstehen, daß das Wort des Arbeiters gleichwertig dem der Unternehmer sei. Nichts Neues ist es, was die Arbeiter verlangen, sondern Erfüllung dessen, was sie stets gefordert haben, nicht als ein Vorrecht, sondern als einfaches gleiches Recht. Nicht als Lohn für das, was die Gewerkschaften während des Krieges getan haben, sondern um der Gerechtigkeit willen.

Es wäre verfehlt, schon jetzt darüber zu sprechen, was geschehen würde, wenn diese eigentlich selbstverständlichen Forderungen auch fürderhin unerfüllt bleiben. Sicher ist eines. Die Wirkung einer Versagung des gleichen Rechtes würde nach Abschluß des Krieges, in dem auch die Arbeiterschaft furchtbare Opfer gebracht hat, der die Arbeiter und ihre Familien jedenfalls härter trifft, als sonst eine Gesellschaftsschicht, eine ganz andere sein, als sie es bisher war. Die Gewerkschaften haben unmittelbar nach Kriegsbeginn beschlossen, die Streikunterstützung während der Kriegszeit aufzuheben und damit bekundet, daß von ihrer Seite eine Störung des Wirtschaftslebens nicht erfolgen solle. Abgesehen von der Tätigkeit während des Krieges ist dies sicher ein weiterer Beweis dafür, daß sie dem Interesse der Allgemeinheit zu dienen bestrebt sind. Ob dies später in noch höherem Maße geschehen kann als bisher, wird davon abhängen, daß für die Arbeiter die Rechtsgleichheit nicht nur in Worten und Paragraphen, sondern in der Tat und in der Praxis Geltung erlangt.

Die Vertretung der Arbeiterintereſſen im neuen Deutſchland.

Von Edgar Jaffé.

Solange unſere Truppen noch gegen den Feind im Felde ſtehen, ſind die militäriſchen Ereigniſſe und alles, was ſich auf dieſe bezieht, das allein Ausſchlaggebende und Wichtige. Aber einmal muß auch dieſer Krieg ein Ende nehmen, und dann treten die Aufgaben und Probleme des Friedens wieder in die erſte Reihe.

Es gibt nun wohl für die Zukunft unſeres Volkes keine ſchwerwiegendere Frage als die, wie wir die äußeren und inneren Ergebniſſe dieſes Rieſenkampfes uns erhalten und ausbauen, wie wir unſere Nation ſtark und kraftvoll erhalten für das Werk der Zukunft im neuen Deutſchland, das noch in ganz anderem Sinne als bisher das Herz und Zentrum des alten Europas zu bilden berufen iſt.

Die wichtigſte innere Errungenſchaft der großen Zeit iſt zweifellos die faſt lückenloſe Einheit des nationalen Zuſammengehörigkeitsgefühls, das, wie mit einem Schlage, die alte Zerriſſenheit überwunden und uns wieder das ſo lange entbehrte Gemeinſchaftsgefühl aller Schichten gegeben hat, das Bewußtſein, daß das ganze Volk auf Gedeih und Verderb eine Einheit bildet, die jeden, welchen Standes er auch ſei, mit umfaßt, auf jedes Mitwirkung angewieſen, auch jedem ſeinen berechtigten Anteil an der Gemeinſchaft ſichert.

Dieſe Mitwirkung iſt bisher zunächſt ſtets gedacht worden in der mehr äußerlichen und ſchematiſchen Form der Beteiligung an der Wahl der Parlamente und ſonſtigen öffentlichen Vertretungskörper.

Die Tatſache aber, daß ſelbſt eine an Mandaten ſo ſtarke Partei wie die ſozialdemokratiſche unter Umſtänden nur einen ſehr beſchränkten Einfluß auf den Gang der Ereigniſſe gewinnen konnte, die Erkenntnis, daß ſelbſt Majoritäten in derartigen Vertretungskörperſchaften nicht in der Lage ſind, ihren Willen auf breiter Grundlage durchzuſetzen, hat — mit Recht oder Unrecht bleibe dahingeſtellt — auch in bürgerlichen Kreiſen vor dem Kriege zu einer gewiſſen Reichsverdroſſenheit, zur Abwendung von politiſcher Betätigung überhaupt geführt. Dieſe Enttäuſchung iſt aber nur zum Teil berechtigt. Sie

hat ihren Grund lediglich in einer Überschätzung der äußeren Form der Betätigung des Mehrheitswillens, die von der Staats- und Gesellschaftsphilosophie des 18. Jahrhunderts zuerst formuliert (Rousseau!) in der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte", in der amerikanischen Konstitution, wie in derjenigen von 1789 ihren welthistorischen Ausdruck fand und von hier an das politische Leben des ausgehenden 18. und des gesamten 19. Jahrhunderts bestimmend beeinflußt hat.

Diese Überschätzung des rein Mechanischen und Zahlenmäßigen, die in dem parlamentarischen Majoritätsprinzip ihren bezeichnendsten Ausdruck findet, wurde dann noch verstärkt durch die Notwendigkeit, den breiten Volksmassen eine entsprechend starke Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften zu erringen. Dies war nur möglich, indem man zunächst die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts in den Vordergrund alles politischen Strebens stellte. So berechtigt dieser Weg auch taktisch war, so hat doch der fast ein Jahrhundert dauernde Kampf um dieses Recht ganz naturgemäß dazu geführt, die Erlangung des allgemeinen Wahlrechts zu einem idealen Endziel zu machen und von seiner Erreichung die Lösung aller Schwierigkeiten zu erwarten, während es in Wirklichkeit doch nur eine Etappe auf dem Wege zu dem eigentlichen Ziel: der tatsächlichen Mitwirkung der breiten Masse an der Gesamtgestaltung ihres eigenen und damit des Nationalschicksals sein konnte.

Die notwendige Folge war die Erkenntnis, die sich heute allmählich Bahn gebrochen hat, von der nur sehr relativen Wirksamkeit des Wahlrechts und damit verbunden eine weitgehende Enttäuschung aller jener, die ehrlich geglaubt hatten, das Endziel vor sich zu sehen. Damit ist aber zugleich die Gefahr gegeben, daß nun der Wert der Mitwirkung an der Verwaltung und Gesetzgebung in den Parlamenten zu gering geachtet wird, während die Dinge doch lediglich so liegen, daß das Prinzip dieser Mitwirkung richtig und gesund ist, daß man sich nur über die Reichweite der so gewährleisteten Einflußnahme allzu optimistischen Hoffnungen hingegeben hatte.

Was in dieser Richtung not tut, ist auf der einen Seite also die Zurückführung der auf die Teilnahme an parlamentarischen Arbeiten gegründeten Hoffnungen auf ein der Wirklichkeit und tatsächlichen Möglichkeit entsprechendes Maß und andererseits die Ausdehnung des Prinzips der erhöhten Anteilnahme der breiten Volksschichten auf anderen Gebieten neben dem rein politischen.

Das wichtigste und zugleich das der Berufstätigkeit der Ar-

beiterschaft naheliegendste Gebiet, auf das eine solche Teilnahme sich erstrecken kann, ist zweifellos das wirtschaftliche. Ja, man kann sogar behaupten: Die gesamte Betätigung der Arbeiter auf politischem Gebiete habe zuletzt gar keinen anderen Sinn und Zweck, als ihr auf dem Umwege über dieses die lebensnotwendige Beeinflussung ihrer auf dem Boden der Wirtschaft sich vollziehenden Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Die politischen Rechte sind somit nicht das Endziel, sondern lediglich eines der Mittel zur Erringung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung, und die oben erwähnte Unzufriedenheit mit dem Resultate der politischen Entwicklung rührt vor allem daher, daß jene dieses Endziel nicht oder doch nur in ungenügendem Maße zu fördern in der Lage ist.

Aus einer mehr gefühls- als verstandesgemäßen Erkenntnis dieser Tatsache heraus ist im Laufe des letzten Jahrzehnts zunächst in Frankreich und Italien, dann mit gesteigerter Energie in den letzten Jahren in England, die sogenannte syndikalistische Bewegung entstanden, die die Abwendung von der politisch-parlamentarischen Betätigung und Konzentration aller Kräfte auf das rein wirtschaftliche Gebiet anstrebt.

Die bisherigen Mißerfolge des Syndikalismus haben ihren Grund vor allem darin, daß diese Bewegung sich von Anfang an als eine revolutionäre charakterisierte, daß sie die Einflußnahme auf die Wirtschaftssphäre nicht als Endziel, sondern als Mittel zur Eroberung der politischen Macht betrachtete und damit wieder in den gleichen Fehler verfiel, den sie selbst den Parlamentaristen vorgeworfen hatte: Überschätzung der politischen Seite gegenüber der wirtschaftlichen.

Wir können hier also die merkwürdige Tatsache feststellen, daß beide Flügel des sozialistischen Lagers, die orthodoxen Marxisten wie die anarchistisch gefärbten Syndikalisten, in ihrer praktischen Stellungnahme sich in Gegensatz setzen zu der materialistischen Geschichtsauffassung, die doch die philosophische Grundlage der gesamten Bewegung bildet. Sie sind beide dem Einfluß des bürgerlichen Glaubens an die Suprematie des Politischen über das Wirtschaftliche unterlegen, wozu allerdings die praktische Stellungnahme von Karl Marx zu dem Problem der Eroberung der politischen Gewalt den Weg geebnet hat.

Wenn so für die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung die bisherige Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Richtung einer überwiegend politischen Betätigung als ein Weg

erscheinen muß, der nicht zum gewollten Ziele führt, so gilt dies in noch viel stärkerem Maße für diejenigen, die im Gegensatze zur Milieutheorie von Karl Marx, an einen entscheidenden Einfluß des menschlichen Willens und seiner Zielsetzung auf die soziale Entwicklung glauben, die außerdem auch das Verschwinden aller Klassengegensätze und deren Aufgehen in eine unterschiedslose Einheit für eine Utopie halten und deshalb auf ein möglichst harmonisches Nebeneinander- und Zusammen-Arbeiten der verschiedenen Volks- und Berufsschichten hinwirken möchten.

Auch uns kann die politische Betätigung der Arbeiterklasse nie als Selbstzweck, sondern stets nur als Mittel zur Erringung der berechtigten Forderungen der breiten Volksschichten erscheinen, und auch wir werden gut tun, das Resultat politischer Betätigung wieder und wieder nachzuprüfen mit Hinblick auf ihre Wirksamkeit zur Förderung jenes Endziels.

Damit soll nun keineswegs gesagt sein, daß etwa die Arbeiterklasse in ihrer Betätigung auf politischem Gebiete schon jetzt nachlassen solle. Im Gegenteil: sie soll und wird, das ist heute mehr wie je begründet, fortfahren, sich auch in den Einzelstaaten und in den Kommunen dasjenige Maß von politischem Einfluß und politischer Betätigung zu erringen, das sie dank dem allgemeinen Wahlrecht im Deutschen Reich bereits erreicht hat, und auf das sie nicht zuletzt auf Grundlage ihrer nicht hoch genug zu rühmenden patriotischen Verdienste im heutigen Weltkriege gerechten Anspruch hat.

Ebensowenig soll gesagt sein, daß die Arbeiterschaft, wenn sie erst einmal auf dem einen oder anderen Wege ihre wirtschaftlichen Ziele verwirklicht hat, der politischen Betätigung entsagen soll. Im Gegenteil, denn der Arbeiter ist eben nicht nur Klassenangehöriger, sondern auch Staatsbürger. Als solcher muß er auch fürderhin an der Politik teilnehmen, ja sogar in erhöhtem Maße, entsprechend der Stellung, die er sich dann im Leben der Nation erobert und gesichert haben wird.

Hier berühren wir einen der Kernpunkte unserer bisherigen innerpolitischen Schwierigkeiten: An den parlamentarischen Arbeiten, an der Politik im engeren Sinne — innerer wie äußerer — sollte jeder von uns seinen Anteil haben, eben in seiner Eigenschaft als Staatsbürger, d. h. als gleichberechtigter Teil des Ganzen, an dem er das gleiche Interesse hat wie alle seine Mitbürger. Haben wir diese grundlegende Stellung erst einmal erreicht, so fallen damit für die politische Betätigung die bisherigen, nach Klassen-

gesichtspunkten orientierten Interessengegensätze, fort und es kann sich dann nur noch handeln um Meinungsverschiedenheiten über Mittel und Wege zur Förderung des gemeinsamen Gesamtinteresses. Wir kommen dann zu einer Einheit im Frieden, wie wir sie im Kriege über allen Parteihader hinweg schaffen konnten, weil Ziel und Interesse Aller das gleiche war.

Die bisherige Zerrissenheit unseres innerpolitischen Lebens hat ihren Grund eben vor allem darin gehabt, daß unsere Parteien in den letzten Jahrzehnten aus Vertreterinnen politischer Ideen und Ideale zu Klassen- und Interessenten-Vertretungen wurden, den wirtschaftlichen Kampf auch in der parlamentarischen Arena entfesselten und somit ungewollt Exponenten der materialistischen Geschichtsauffassung wurden. Damit war in die politisch-parlamentarische Sphäre ein Ferment hineingetragen, das sie ihrer eigentlichen Aufgabe, die allein durch gemeinsame Arbeit und nicht durch den Kampf aller gegen alle gelöst werden kann, entfremden mußte.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß diese Entwicklung in zweifacher Hinsicht ein Fehler war: Weil sie das politische Leben vergiftete und von seinem eigentlichen Ziel ablenkte, und weil sie — wenigstens, was die Arbeiterklasse betrifft — ihren Zweck, die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der breiten Massen, nur in sehr beschränktem Maße verwirklichte. Es ist daher vor allem nötig festzustellen, was die gesetzgeberische Betätigung leisten und was sie nicht zu leisten imstande ist: Gesetzliche Maßnahmen können im ganzen und großen nicht mehr sein als das Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse in den Beziehungen der verschiedenen Klassen zueinander. Die Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beim Arbeitskampf z. B. wäre wirkungslos, wenn sie lediglich von oben her dekretiert und ihr Gegenstück nicht in den tatsächlichen Machtverhältnissen auf dem Arbeitsmarkte finden würde. So ist die heutige unbefriedigende Gestaltung des Koalitionsrechtes nichts anderes als der Ausdruck der tatsächlichen, allerdings nicht nur aus wirtschaftlichen Ursachen entstandenen Unterlegenheit der Arbeiterorganisationen gegenüber den Unternehmern. Das Gesagte gilt natürlich nur im ganzen und großen, im einzelnen sollen Rückwirkungen nicht geleugnet werden, die sich aus der ungünstigen Rechtslage auf die Wirksamkeit der Arbeitergewerkschaften ergeben; grundsätzlich liegen die Dinge aber doch so, wie oben angeführt.

Das weist die Arbeiter also darauf hin, ihre Energie auf die Gebiete zu konzentrieren, bei denen eine direkte Einwirkung auf die

wirtschaftliche Lage möglich ist. Von diesem Standpunkt aus gesehen ist der gewerkschaftliche Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der einen Seite und die Förderung der Eigenproduktion im Genossenschaftswesen auf der anderen für die Zukunft vielleicht wichtiger als die rein politische Arbeit, die bisher im Mittelpunkte der Bestrebungen stand. Dieser letzteren wird in Zukunft vor allem die Aufgabe zufallen, eine möglichst günstige gesetzliche Basis für die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung zu sichern und diese, entsprechend den tatsächlich erreichten wirtschaftlichen Erfolgen, weiter auszubauen.

Diese Einschränkung der politischen Aufgabe gilt allerdings nur für den Fall, daß die Struktur unserer Gesamtwirtschaft nach dem Kriege ungefähr die gleiche sein sollte wie zuvor. Wenn sich dagegen dieser Aufbau vollkommen verändern sollte, so muß dies notwendigerweise zu einer Nachprüfung führen, wie in den neuen Formen die Interessen der breiten Volksschichten am sichersten gewahrt und ihnen die berechtigten Entwicklungsmöglichkeiten gewährleistet werden können.

Das deutsche Wirtschaftsleben befand sich vor dem Kriege in einem bedeutsamen Übergangsstadium: Nach außen hin, vor allem auch in den Rechtsformen, stand das Prinzip der freien Konkurrenz, des ungehemmten Spiels der wirtschaftlichen Kräfte, noch vollkommen aufrecht. Innerlich aber war, gerade an den wichtigsten Punkten, die Entwicklung bis zur Schaffung mächtiger Monopole auf privatwirtschaftlicher Grundlage gediehen. Die hierdurch erfolgte Konzentration großer Machtfülle in wenigen Händen hatte u. a. zu einer beträchtlichen Minderung des Einflusses der Gewerkschaftsbewegung geführt, andererseits beruht die staunenswerte Leistungsfähigkeit, die unser Wirtschaftsleben im Kriege gezeigt hat, nicht zum geringsten auf der Kraft des Organisationsgedankens, wie ihn Kartelle und Trusts darstellen. Jedoch hat sich diese Anpassung der Wirtschaft an den Krieg nicht aus sich selbst heraus vollzogen. Sie ist vielmehr das Resultat einer weitgehenden Ersetzung der privatwirtschaftlich orientierten, lediglich auf Gewinn gerichteten Friedensorganisation durch einen staatssozialistischen Apparat mit obrigkeitlicher Ordnung von Produktion und Verteilung, Regulierung des Arbeitsmarktes, der Preise und zum Teil der Löhne.

Die Frage ist nun, ob diese neue Ordnung — die auch das ganze Arbeitsverhältnis auf neue Grundlagen stellt — den Krieg überdauert oder mit dessen Ende wieder verschwinden wird.

Schreiber dieses hat sich zu dieser Frage bereits im Januar und März 1915 wie folgt geäußert*):

„Bei einer sehr schnellen, für Deutschland günstigen Entscheidung des Weltkrieges wäre es wohl zweifellos dahin gekommen, daß in der zunächst folgenden Friedensperiode alle Kriegsmaßnahmen wieder rückgängig gemacht worden wären. Wir hätten dann höchstwahrscheinlich ein Aufflammen der wirtschaftlichen Energie auf individualistischer Basis erlebt, weit hinaus über alles, was die Vergangenheit uns in dieser Richtung beschert hat. Eine schnelle Niederringung Englands und dessen Verdrängung in der Vorherrschaft auf den Weltmeeren durch Deutschland würde für dieses zu einer Expansion auf privatkapitalistischer Basis geführt haben, die auf lange hinaus unser Wirtschaftsleben in die Bahnen kräftigster weltpolitischer Eroberung gedrängt hätte. In der hiermit verbundenen großartigen Entwicklung wären wahrscheinlich alle innerwirtschaftlichen Probleme in der Flut steigender Macht und überquellenden materiellen Wachstums zum vorläufigen Schweigen gebracht.

Der bisherige Verlauf des Krieges hat nun aber gezeigt, daß die Kräfte auf beiden Seiten sich ungefähr die Wage halten. Wir können im günstigsten Falle nur auf ein langsames, an Menschen wie an Gütern ungeheuer kostspieliges Niederringen des Gegners rechnen, also mit einem Resultat, das die gegenseitige Stellung der entscheidenden Mächte, England und Deutschland, zunächst wenigstens wohl wenig verändert erscheinen lassen dürfte.

Das bedeutet aber für uns, die wir die jüngere, innerlich gesündere und kräftigere und deshalb zukunftsreichere Nation sind, die sichere Aussicht auf eine längere Periode dauernder äußerster Anspannung unserer militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte. Hierin liegt nichts Entmutigendes, im Gegenteil: Statt mit einem vergleichsweise fast mühelosen und daher gefährlich schnellen Aufstieg, wie ihn ein entscheidender Sieg nach kurzem Kampfe gebracht haben würde, haben wir jetzt zu rechnen mit einer Situation, die unseren besten Eigenschaften: Fleiß, Sparsamkeit, Zähigkeit und Organisationsfähigkeit weit besser entspricht. Die zugleich ungeheuer erzieherisch wirken muß, indem sie uns zur äußersten Anspannung unserer Kräfte bei gleichzeitig höchster Sparsamkeit in der Verwendung der Mittel zu weiterem Aufstieg zwingt.

Damit wird zweifellos eine wenigstens vorübergehende Abdrängung Deutschlands von dem Hauptgebiet kapitalistischer Expansion und eine Zurückweisung auf die Entwicklung seiner inneren Kräfte verbunden sein und damit die Notwendigkeit, gerade diese inneren Kräfte bis aufs letzte aktionsfähig zu machen durch vollkommenste Durchorganisierung, durch möglichste Vermeidung jeder überflüssigen Reibung und Kraftverschwendung, durch Heranziehung aller zur Mitarbeit an der gemeinsamen Aufgabe.

Man könnte sagen, daß im gewissen Sinne der Krieg in Permanenz erklärt werde, indem wir uns auch im Frieden auf eine dauernde Mobilhaltung aller wirtschaftlichen Kräfte einstellen. Wir kämen damit zu einem Zustande, den ich als „Militarisierung unseres Wirtschaftslebens" bezeichnen möchte. Denn das, was in Kriegszeiten geschaffen wurde, ist ja durchaus nicht Sozialismus im sonst gebräuch-

*) Jaffé: Volkswirtschaft und Krieg, Tübingen 1915. — Jaffé: Die „Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens. Archiv f. Sozialwissenschaft, Bd. 40, 3. Kriegsheft, S. 521 f.

lichen Sinne, da mit diesem Begriff stets eudämonistische Gedankengänge verbunden werden. Es ist ganz richtig einmal gesagt worden, daß der moderne Sozialismus, der den Staat nur als Mittel für die Zwecke des einzelnen mit so weitgehender Macht ausstatten will, eigentlich im Manchestertum stecken bleibe. Demgegenüber handelt es sich hier aber um ein Bestehen von Maßregeln, deren Zweck nicht die größere Glückseligkeit des einzelnen, sondern die Stärkung der organisierten Gesamtheit (des Staates) zu dem Ende größter Leistungsfähigkeit ist, deren Erfolge dann erst indirekt auch dem einzelnen zugute kommen. Eben mit Rücksicht auf diese höchste Steigerung der Leistungsfähigkeit wird unsere Wirtschaft auch im Frieden den militärischen Einschlag beibehalten müssen, den sie im Kriege erhielt.

Die „Militarisierung" unserer Wirtschaft erhält also ihr ganz besonderes Schwergewicht, ihre programmatisch und prinzipiell tiefgehende Bedeutung durch den Umstand, daß es sich hier nicht um vorübergehende Schwierigkeiten handelt, nicht um Fragen, die mit dem Friedensschluß wieder verschwinden werden, sondern um solche, die dauernd mit uns sein, wieder und wieder gebieterisch eine endgültige Lösung fordern werden.

Wenn wir uns nicht in die Gefahr begeben wollen, in Abhängigkeit vom Ausland zu geraten, so werden wir unsere gesamte Wirtschaftspolitik entsprechend den veränderten Existenzbedingungen umgestalten müssen.

Nachdem die in Friedenszeiten übliche Art der Versorgung unseres Volkes mit ausländischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen versagt hat, müssen wir der Wiederholung solcher Gefahren vorbeugen, indem wir ständig so große Mengen dieser Stoffe als eisernen Bestand unserer Wirtschaft vorrätig halten, daß eine ähnliche Knappheit wie die, der wir jetzt steuern müssen, nicht wieder vorkommen kann. Das heißt aber, daß wir von Futtermitteln wie Mais und Gerste, von Nahrungsmitteln wie Weizen, von Rohstoffen wie Kupfer, Petroleum, Benzin, Gummi, Baumwolle, Wolle, Jute usw., die wir im Inlande nicht oder nicht in genügender Menge erzeugen, mindestens so viel aufstapeln, wie der Verarbeitung und dem Konsum eines Jahres entspricht. Da man dem privaten, auf Gewinn angewiesenen Handel aber nicht die Auflage einer solchen Lagerhaltung machen kann, so bedeutet dies die Errichtung staatlicher Vorratsläger und deren Füllung auf Staatskosten oder doch wenigstens unter Staatsaufsicht und Staatskontrolle.

Dies ist wieder nicht durchführbar ohne eine weitgehende Regulierung der Preise solcher Produkte durch den Staat sowohl beim Einkauf wie bei der Abstoßung der Vorräte an den Konsum. Damit kommen wir zu Maßnahmen, für die sich in der Getreidepolitik Friedrichs des Großen Vorbilder finden, die der berühmte Antrag Kanitz schon vor Jahrzehnten forderte. Die Notwendigkeit der Sicherung der Volksernährung hat übrigens in der Schweiz bereits jetzt zu ähnlichen Plänen geführt, ebenso hat sich England die fehlende Zuckerzufuhr dadurch gesichert, daß die Regierung das nötige Quantum auf ein Jahr hinaus im Ausland aufkauft und zu festen Preisen an den Handel abgibt, ähnliches steht in Norwegen bevor. Besonders das liberale England ist heute ohne jede theoretische Voreingenommenheit am weitesten gegangen in der Verstaatlichung vieler Lebensnotwendigkeiten des englischen Volkes: staatliche Seeversicherung, staatliche Garantie für kaufmännische Wechsel, staatliche Auszahlung von zurzeit uneinbringlichen Guthaben englischer Kaufleute im Auslande, und anderes mehr.

Inwieweit diese Maßnahmen ausländischer Staaten im Frieden wieder aufgehoben werden, läßt sich heute natürlich nicht sagen. Soviel aber ist sicher: alle Länder,

die dauernd auf den Bezug fremder Lebensmittel zwecks Erhaltung ihrer Bevölkerung angewiesen sind, werden die Lehren dieses Krieges sobald nicht vergessen, sondern durch mehr oder weniger weitgehende Eingriffe der Regierung auch im Frieden auf fortlaufende Sicherstellung ihres Bedarfes hinarbeiten. Das gilt vor allem für die Schweiz, die durch den Krieg in die allergefährlichste Lage geraten ist, ebenso aber auch für Italien, dessen Politik gerade durch die mangelnde Lebensmittelfürsorge in vollkommene Abhängigkeit von dem das Meer und damit die Zufuhr beherrschenden England gedrängt und so in einem der entscheidendsten Augenblicke seiner Geschichte aktionsunfähig gemacht wurde.

Was Deutschland anlangt, so wird die Zukunft entweder die Beibehaltung des Getreidemonopols für inländisches Getreide in irgendeiner Form oder doch ähnliche, wenn auch nicht ganz so weitgehende Maßregeln bringen. Welcher Meinung die Reichsregierung mit Bezug auf die Sicherung unserer Lebensnotwendigkeiten in der Zukunft ist, geht genügend deutlich hervor aus der Begründung zu dem Ermächtigungsgesetz zur Einführung eines Stickstoffhandelsmonopols, das dem Reichstage in seiner dritten Kriegstagung unterm 9. März 1915 zugegangen ist.

Der kommende Friede bringt uns also erstens eine weitgehende Verstärkung des staatlichen Eingriffs in das Wirtschaftsleben aus Gründen unserer künftigen militärischen Schlagfertigkeit. Er wird uns aber zweitens eine Erweiterung der staatlichen Tätigkeit auf diesen Gebieten aus rein finanziellen Gründen bescheren.

Die Berufung des Direktors der Deutschen Bank, Dr. Karl Helfferich als Nachfolger Kühns auf den wichtigen Posten des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes ist wohl geeignet, auch weitere Kreise auf die Tatsache hinzuweisen, welche ungeheuren Anforderungen der Krieg an unsere gesamte Finanzwirtschaft stellt, und welche Riesenarbeit es auf diesem Gebiete nach dem Krieg zu leisten gibt, um die Reichsfinanzen tragfähig zu erhalten.

Es ist auch bezeichnend für den Ernst der Situation, daß die Reichsregierung in der offiziellen Ankündigung der Berufung Helfferichs so starkes Gewicht auf die Größe der Aufgabe legt, deren Lösung dem neuen Leiter des Reichsschatzamtes obliegen wird. Es heißt dort von dem Staatssekretär: „..... wenn er die demnächst notwendige Neuordnung der Finanzen des Reiches nicht bloß vorbereiten, sondern auch abschließend durchführen wollte ....."

Wir wollen versuchen, in ganz kurzen Zügen ein Bild der am stärksten ins Auge springenden dieser Aufgaben und der möglichen Mittel und Wege zu deren Lösung zu geben. Ein Bild, das auf Genauigkeit natürlich keinen Anspruch machen kann, da es sich notgedrungen auf sehr vagen Schätzungen aufbauen muß.

Im Haushalt des Deutschen Reiches hat bisher die Verzinsung seiner Schulden — jedenfalls im Vergleich mit England oder gar Frankreich — eine ziemlich bescheidene Rolle gespielt. —

Die für Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld aufzuwendende Summe betrug im Etatsjahr 1913:

Deutsches Reich	= rund	242	Millionen	Mark
England	= „	500	„	„
Frankreich	= „	1042	„	„

Das wird nun in Zukunft auch bei uns anders werden: Die Schulden des Reiches beliefen sich Ende 1913 auf 4897 Millionen Mark
dazu kommen nun die am 4. August 1914 bewilligten 5000 „ „
und die am 2. Dezember 1914 bewilligten weiteren 5000 „ „

Mit dem Erlös dieser Kriegskredite und den aus der ersten Rate des Wehrbeitrags verfügbaren Summen werden wir voraussichtlich die Kosten des Krieges bis zum ersten April 1915 decken können. Da aber sicher mit einer noch um einige Monate längeren Dauer des Krieges zu rechnen ist, so werden wir wohl noch weitere 5 Milliarden aufzuwenden haben.

Da wir zunächst einmal alle Kriegskosten durch Aufnahme neuer Anleihen decken müssen, so ergibt diese Rechnung eine Gesamtschuldensumme des Reiches am Ende eines einjährigen Krieges von rund 20 Milliarden Mark; eine Summe, die uns übrigens nicht zu erschrecken braucht, wenn wir sehen, daß bereits vor dem Kriege die Staatsschuld Englands fast 15 Milliarden betrug und diejenige Frankreichs sogar 25½ Milliarden Mark.

Diese 20 Milliarden erfordern bei auch nur 4 % Verzinsung (die erste Kriegsanleihe war 5% und wurde zum Kurse von 97½% aufgelegt) und 1% jährlicher Amortisation eine Aufwendung von 1000 Millionen im Jahr. In Wirklichkeit werden wir aber im Interesse unseres Staatskredites eine weit stärkere Tilgung vornehmen müssen, wenn dieses irgend angeht, um für den Fall später etwa eintretender Notwendigkeiten nicht auf lange Zeit hinaus mit einer so enormen Schuldenlast rechnen zu müssen. Wenn wir auch nicht dem Beispiele Englands folgen, das seit langer Zeit Kriegskosten zu zwei Drittel durch Anleihen und zu einem Drittel durch Steuererhöhung gedeckt hat und auch in diesem Kriege nach dem gleichen Prinzip vorzugehen versucht, so werden doch auch wir auf eine baldige Verringerung der Reichsschuld hinarbeiten müssen.

Nun rechnen wir ja allerdings damit, daß wir am Ende des Krieges in der Lage sein werden, von unseren Gegnern eine den Kosten des ungeheuren Konfliktes entsprechende Kriegskostenentschädigung zu erlangen.

Um nun eine einigermaßen diesen Voraussetzungen entsprechende Grundlage für unsere Berechnungen zu erhalten, wollen wir annehmen, daß es bei den Friedensverhandlungen gelingt, eine Kriegsentschädigung in solcher Höhe zu erlangen, daß wir aus ihr die erforderlich werdenden Aufwendungen für die Retablierung unserer militärischen und Flottenstreitkräfte decken können. Sollten wir darüber hinaus noch so große Summen erlangen, daß wir unsere sonstigen Kriegsausgaben aus diesen decken können, so wird das Problem der Neuordnung unseres Finanzwesens sich sehr vereinfachen und die Aufgabe des neuen Staatssekretärs keine so ungeheuer schwierige sein.

Aber auch unter den oben angedeuteten immerhin noch als nicht direkt ungünstig zu bezeichnenden Umständen wären dann allein zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsaufwendungen von mindestens 15 Milliarden Mark — rund 900 Millionen Mark pro Jahr *Mehreinnahmen* erforderlich als vor dem Kriege. Dabei ist noch ganz abgesehen von der Deckung der großen Summen für Invalidenfürsorge, allgemeine Retablierungen, und den wachsenden Bedarf für Neuaufwendungen.

Da nun aber bekanntermaßen schon vor dem Kriege die Bilanzierung des Reichsetats Jahr für Jahr nur unter Schwierigkeiten und oft unter Inanspruchnahme des Anleihemarktes erfolgte, so wird ohne weiteres verständlich, was die Reichsregierung mit dem Ausdruck „Neuordnung der Reichsfinanzen" sagen wollte. Nicht etwa — wie an mancher Stelle vielleicht angenommen wird — die Ersetzung bestimmter bisher eingehaltener Prinzipien der Besteuerung durch andere wie etwa: Durchbrechung des bisherigen Prinzips, die direkten Steuern den Einzelstaaten zu überlassen und das Reich lediglich auf die indirekten Steuern zu beschränken — sondern einfach *Schaffung völlig neuer Grundlagen* für die Deckung des enorm erhöhten Bedarfes.

Wenn wir die überhaupt möglichen Arten der Staatseinnahmen ins Auge fassen, so sehen wir, daß sie sich in vier Kategorien gliedern: Einnahmen aus Eigenbetrieben (Eisenbahnen, Bergwerke, Forsten usw.), direkte Steuern, indirekte Steuern (Zölle, Verbrauchsabgaben, Verkehrssteuern) und endlich Monopole.

Von diesen kommen die beiden ersten im vorliegenden Falle nicht in Betracht. Das Reich hat nur eine gewisse Anzahl von Eigenbetrieben (Reichseisenbahnen, Post- und Telegraphenverwaltung), die sich nicht ohne weiteres vermehren lassen, die Einnahmen aus den vorhandenen können aber ohne weiteres nicht so stark gesteigert werden, als daß die Zunahme wirklich ins Gewicht fallen könnte.

Die direkten Steuern haben bisher die Domäne der Steuertätigkeit der Bundesstaaten gebildet und werden diesen auch nicht entzogen werden können. Schon aus dem Grunde, weil der Krieg und seine Folgen auch an die Einzelstaaten stark erhöhte Anforderungen stellt.*)

Es bleiben also zur Deckung der erhöhten Erfordernisse von den bisher bestehenden Steuerarten nur noch die indirekten Steuern übrig. Von diesen gestatten die Zolleinnahmen keine sehr starke Vermehrung. Denn soweit sie im Inland nicht vorhandene Stoffe und Materialien treffen, stellen sie eine starke Belastung des inneren Konsums dar und mindern zugleich unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande für alle aus derartigen Materialien hergestellten Waren. Werden sie dagegen auf Produkte gelegt, die auch aus inländischem Material hergestellt werden können, so stärken sie zwar deren Produktion, führen aber eine Minderung des importierten Quantums herbei, so daß auch bei erhöhten Sätzen die Reineinnahmen nicht steigen. Auch die Verkehrssteuern können nicht sehr stark angespannt werden, weil sie dann zu einer Hemmung des wirtschaftlichen Lebens führen, während wir gerade nach dem Kriege dafür Sorge tragen müssen, das Wirtschaftsleben möglichst zu heben.

Es bleiben also nur die Verbrauchssteuern übrig und sie geben auch den Boden ab, auf dem allein die erforderlichen Summen ohne allzu starke Gefährdung des allgemeinen Wirtschaftslebens zu gewinnen sind. Diese Steuern treffen eben nicht die Produktion, sondern den Verbrauch, und zwar in erster Linie den Verbrauch entbehrlicher Genußmittel. Sie wirken damit zugleich auf eine gewisse Sparsamkeit in der Lebenshaltung hin, die vielleicht angebracht sein wird. Dazu kommt noch, daß die bisherigen Verbrauchsabgaben verglichen mit denjenigen anderer Länder relativ niedrige waren. Einer unserer liebenswürdigen Bewunderer in Feindesland, der bekannte französische Nationalökonom Leroy-Beaulieu hat sich denn auch veranlaßt gesehen, seiner Regierung zu empfehlen, uns bei Friedensschluß eine Kriegsentschädigung von 25 Milliarden Frank aufzuerlegen, die wir seiner Meinung nach leicht bezahlen könnten, da unsere indirekten Steuern bisher so niedrig gewesen seien.

Trotzdem liegt hier eine große Schwierigkeit vor, und zwar aus politischen Gründen. Eine Erhöhung und besonders eine so starke Erhöhung der Besteuerung von Bier, Branntwein, Tabak usw. würde nicht nur auf den Widerstand der Interessenten, sondern vor allem auch auf denjenigen der Vertreter der minder bemittelten Volksschichten im Reichstag stoßen. Die links stehenden Parteien werden einer so starken Belastung des Konsums höchstwahrscheinlich den allerenergischsten Widerstand entgegensetzen. Selbst wenn die Regierung willens und imstande wäre, derartige Erhöhungen

*) Eine Reichseinkommens- und Reichsvermögenssteuer wird also nur in beschränktem Maße möglich sein und auch die Reichserbschaftssteuer wird die große Lücke allein nicht füllen können.

im Kampfe gegen einen großen Teil der Volksvertretung durchzusetzen, würde sie doch wohl gut beraten sein, wenn sie es vorzöge, andere Wege zu gehen.

Es gibt nur einen Ausweg aus diesem Dilemma und dieser allein bietet die Möglichkeit, so große Erträgnisse zu liefern, wie das Reich sie braucht und zugleich den Widerstand der erwähnten Parteien zu überwinden, die Schaffung von Reichsmonopolen für Tabak, Zigarren und Zigaretten, für Branntwein, für Petroleum, Zündhölzer und ev. das Elektrizitätsmonopol. Nur wenn das Reich den Gesamtgewinn aus diesen Produktionszweigen für sich in Anspruch nimmt, wird es genügend große Summen realisieren und zugleich den prinzipiellen Widerstand gegen so starke Erhöhung indirekter Verbrauchsabgaben besiegen können.

Und so glauben wir, daß die Schaffung großer staatlicher Monopole, wie sie Bismarck schon in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts plante, das Resultat des Weltkrieges auf dem Gebiete unserer Finanzwirtschaft sein wird*)."

Dem wäre heute — nachdem durch den Eintritt Italiens in den Krieg die Zahl unserer Feinde sich wiederum vermehrt hat — hinzuzufügen, daß die finanzielle Belastung des Reiches nach dem Kriege eine noch weit höhere sein wird als oben angenommen. Wir werden für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld, unter Einbeziehung der Invalidenfürsorge, wohl mindestens mit einer Mehrbelastung von $1^1/_2$, vielleicht sogar bis 2 Milliarden Mark im Jahre gegenüber der Zeit vor dem Kriege zu rechnen haben.

Das alles bedeutet aber, daß für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens die öffentlichen und halböffentlichen Monopolbetriebe eine in ganz anderer Weise wichtige Rolle spielen werden wie bisher. Damit wird die Frage der Ordnung des Arbeitsverhältnisses in solchen Betrieben zu einer der wichtigsten Probleme der Arbeiterfrage der Zukunft. Es wird sich darum handeln, ob der künftige Aufbau der halbstaatlichen Wirtschaft eine riesenhafte Maschine oder einen lebendigen Organismus darstellen wird. Daß er technisch leisten wird, was wir von ihm verlangen müssen, unterliegt weniger dem Zweifel als die Frage, wie es zu ermöglichen sein wird, ihm die Elastizität und Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse der Konsumenten zu geben, die den privatwirtschaftlichen Betrieb auszeichnen und vor allem den Arbeitern eine ihren berechtigten Ansprüchen entsprechende Stellung

*) Obiges wurde geschrieben, ehe Dr. Helfferich am 10. März 1915 den Reichsetat dem Reichstag vorlegte. Aus seiner Rede sollen hier nur zwei Punkte erwähnt werden: Er verlangte einen weiteren Kriegskredit von 10 Milliarden Mark, mit dem er die Kriegsausgaben bis zum Spätherbst 1915 decken will, die lediglich für Kriegszwecke aufgenommenen Anleihen würden dann 20 Milliarden Mark betragen. Ferner führte er aus, „daß es für diesen Krieg nicht nur eine allgemeine Wehrpflicht, sondern auch eine allgemeine Sparpflicht und allgemeine Zahlpflicht" gebe. Wir stimmen dem ohne weiteres zu, glauben aber, daß diese Pflichten nicht nur für den Krieg sondern auch nach dem Kriege gelten werden.

zu sichern und damit zugleich diesen Betrieb vor der Gefahr des Erstarrens im reinen Bureaukratismus zu bewahren.

Die beiden ersten Probleme, das technische wie das kaufmännische, müssen an dieser Stelle ausscheiden, um so wichtiger ist für unsere Betrachtung das dritte, die Regelung des Arbeitsverhältnisses. Da es weder im Interesse des Staates, noch in dem der Allgemeinheit, noch in dem der Arbeiter liegen kann, sie alle zu Beamten zu machen, so muß ein anderer Weg gefunden werden, um ihre Interessen zu wahren und ihnen eine Stellung zu geben, in der sie nicht nur Objekte der unerläßlichen staatlichen Regulierung sind.

Auch hier könnte man zunächst an eine politische Beeinflussung, etwa in der Form weitgehender parlamentarischer Kontrolle der öffentlichen Betriebe denken. Die Vergangenheit hat aber gelehrt, daß eine irgendwie weitergehende Beeinflussung dieser Art praktisch unmöglich ist. Sie führt, wenn sie wirksam ist, zur politischen Korruption, oder aber sie erschöpft sich in langatmigen Debatten über einzelne Punkte, die höchstens zur Abstellung besonders hervorstechender Mißstände führen können, darüber hinaus aber wenig leisten.

Es gilt also auch hier, den Arbeitern einen direkten Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses einzuräumen, und da die ganze bisherige Taktik der Gewerkschaftsbewegung auf den Privatbetrieb zugeschnitten ist, und im öffentlichen versagen muß (Streikrecht des Beamten!), so müssen hier neue Formen gefunden werden. Diese Aufgabe ist von um so größerer Bedeutung, als eine Rückwirkung auf die Stellung der Arbeiter in den verbleibenden privaten Betrieben unvermeidlich ist und die Verhältnisse in den Monopolwerkstätten vorbildlich werden für das gesamte Problem der Beziehungen der Arbeiterschaft zum Unternehmertum.

Nach den Erlebnissen dieses Krieges werden wir den Arbeitern in ihrer Gesamtheit ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht über die Bedingungen, unter denen ihre Arbeit sich vollzieht, nicht verweigern können. Die Arbeitsbedingungen können in Zukunft nicht mehr das Resultat der mechanischen Wirkung von Angebot und Nachfrage sein; sie werden vielmehr unter allen Umständen gewisse Mindestforderungen mit Bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeit, Stellung der Arbeiter im Betriebe erfüllen müssen. Das läßt sich aber nicht in schematischer Weise für die Gesamtheit der Unternehmungen und der Arbeiterschaft festsetzen, sondern erfordert in jeder Branche, ja oft in jedem Einzelbetriebe, das verständnisvolle, intensive und dauernde Zusammenwirken aller Beschäftigten.

Die geringen Erfolge, die bisher mit Arbeiterausschüssen und ähnlichen Einrichtungen erzielt wurden, haben ihren Grund in deren beschränktem Wirkungskreise, daneben auch in der verfehlten Organisation und in dem häufigen Wechsel ihrer Mitglieder. Der zugrundeliegende Gedanke der Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung ist aber ein richtiger; er muß nur ausgebaut und verstärkt werden, um Wirksamkeit zu gewinnen. Das Interesse der Arbeiter an dem Gedeihen und damit an der richtigen Organisation und Führung der Betriebe ist mindestens ebenso groß wie das der Unternehmer oder der leitenden Beamten; es ist sicher größer und lebenswichtiger als das der lediglich mit ihren Kapitaleinschüssen beteiligten Aktionäre. Trotzdem entspricht der verhältnismäßige Anteil an der Leitung und Organisation der Unternehmungen nicht diesen Tatbeständen. Der Kapitalbesitzer hat auf dem Wege über die Generalversammlung, als Großaktionär durch die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, eine einigermaßen seiner Bedeutung entsprechende Möglichkeit der Beeinflussung, die mit dem Unternehmen liierten Banken oder Finanziers besitzen eine solche oft sogar weit über die Grenze ihrer wirklichen Beteiligung hinaus. Die Arbeiterschaft aber entbehrt so ziemlich jeder Möglichkeit einer Einflußnahme; wenn eine solche aber dennoch ausgeübt werden soll, so muß sie von außen kommen (gewerkschaftliche Organisation, Streik) und kann sich dann dem besonderen Verhältnisse des Einzelunternehmens nicht anpassen, muß dies oft sogar schädigen, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Es liegt daher auch der Abneigung der Unternehmer, mit den Gewerkschaften und deren Vertretern zu verhandeln und ihnen als Außenstehenden einen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewähren, kurz, in dem, was man den „Herrn-im-Hause"-Standpunkt nennt, in gewissem Umfange ein berechtigtes Gefühl zugrunde. Nur vergessen solche Unternehmer, daß sie selbst an solcher von außen kommenden Einmischung schuld sind, weil sie ihren Arbeitern innerhalb des Betriebes keine Einflußnahme gestatten und sie so zwingen, zum Drucke von außen her zu greifen. Das, was sonst der letzte Notbehelf wäre, wird so zum Werkzeug täglichen Druckes auf dem an sich ungeeigneten Wege von außen her.

Dem ist nur abzuhelfen, wenn man der Arbeiterschaft des einzelnen Betriebs ein Mitbestimmungsrecht mit Bezug auf alle die Arbeiter direkt berührenden Fragen einräumt, wenn man sie so im Betrieb heimisch macht und ihnen das Gefühl gibt, daß sie mitinteressiert sind.

Man hat in einigen Musterbetrieben versucht, dies auf dem Umwege über die Gewinnbeteiligung zu erreichen, mit wirklichem Erfolg für alle Beteiligten aber nur dort, wo man den Arbeitern auch sonst einen weitergehenden Einfluß auf die gesamten Arbeitsbedingungen einräumt. Wenn wir in Zukunft die Schärfe der bisherigen Gegensätze vermeiden, die auf den Schlachtfeldern bewährte und durch Blut besiegelte Einhelligkeit der Nation auch in den künftigen Frieden hinübertragen wollen, so kann das nur geschehen, wenn wir dem Produktionsfaktor Arbeit den seiner Wichtigkeit entsprechenden Einfluß in jedem einzelnen Betriebe einräumen. Wir vollziehen damit nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern wir schaffen auch zugleich gesunde Verhältnisse in der Industrie selbst und legen damit die Grundlage zur Höchststeigerung ihrer Leistungsfähigkeit: Interesse der Arbeiter am Betrieb und an dessen Ergebnissen, Vermeidung von Reibungen, Arbeitsstreitigkeiten und Streiks, geringerer Wechsel der Arbeiterschaft infolge Heimischmachung im Betriebe, Verbesserung der Technik und der Arbeitsanpassung unter Aufnahme der Gedanken des Taylorsystems durch die Arbeiter selbst.

Die Form, unter der die Beteiligung an der Leitung des Unternehmens sich vollziehen würde, kann hier, wo es sich zunächst nur um die Formulierung des Gedankens handelt, nur angedeutet werden: Innerhalb jedes Betriebes wäre eine Organisation der Arbeiterschaft zu schaffen, die aus ihrer Mitte Vertreter wählt, welche dann, im Einverständnis mit der Leitung, an der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen teilnehmen würden; in größeren Betrieben wäre dem Arbeitervertreter eine derjenigen des technischen und des kaufmännischen Leiters gleichgeordnete Stellung einzuräumen. Die gleiche Einrichtung wäre sinngemäß auf die öffentlichen und halböffentlichen Betriebe auszudehnen.

Der springende Punkt liegt natürlich in der Frage, welches Gewicht im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Arbeitervertreter und Oberleitung der Ansicht des ersteren einzuräumen wäre. Der einzig gangbare Weg wäre wohl für die verschiedenen Betriebe und Branchen Mindestbedingungen festzustellen, unter die auf keinen Fall heruntergegangen werden darf. Diese Festsetzungen hätten zu erfolgen durch gemeinsame Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter dem Vorsitz unparteiischer Beamten, etwa in der Art, wie sie das englische Gesetz über Minimallöhne im Kohlenbergbau für die Festsetzung der Bezüge in den verschiedenen Distrikten vorsieht. Diesen oder ähnlichen permanenten Ausschüssen, die eventuell mit richter-

licher Gewalt auszurüsten wären, müßten ferner alle, nicht im Einvernehmen der Beteiligten in den einzelnen Betrieben zu schlichtenden Differenzen zur Entscheidung vorgelegt werden. Wahrscheinlich wird es notwendig sein, höhere Instanzen zu schaffen, an die für die grundlegenden Entscheidungen appelliert werden könnte. Als Spitze des Ganzen könnte man eine Einrichtung ins Auge fassen, wie sie in England das „house of lords" als letzte Instanz bildet, oder noch besser ein besonderes Berufsparlament, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ihre Organisationen vertreten wären.

Eine solche Neuordnung würde natürlich das ganze Gebiet der gewerkschaftlichen Arbeit völlig umgestalten, sie würde aber die bisherige Gewerkschaftsform, die Arbeiter aller Betriebe der gleichen Branche umfaßt, nicht überflüssig machen, diese würde vielmehr auf das Niveau einer höheren Instanz erhoben werden und für alle Fragen zuständig sein, die den Gesamtberuf berühren oder die im Einzelbetrieb nicht erledigt werden können. Zugleich würden die Gewerkschaften in der Mitwirkung an dem erwähnten Berufsparlament einen überaus wichtigen Wirkungskreis finden; die Gewerkschaftsorganisation in der dreifachen Gliederung, der Betriebsvereine, der Berufsvereine und des Parlaments der Arbeit würde an Bedeutung nicht verlieren, sondern gewinnen.

Aber auch der politisch-parlamentarischen Betätigung der Arbeiterschaft in ihrer heutigen Form ist damit ein großes neues Arbeitsfeld eröffnet, es gilt, die gesetzliche Form für diese Neugestaltung zu schaffen, es gilt die Mitarbeit an der Ausgestaltung der staatlichen Monopolbetriebe und deren Kontrolle. Wenn diese Arbeit getan ist, dann kommt vielleicht der Augenblick, in dem der wirtschaftliche Kampf aus der Diskussion des politischen Parlaments ausgeschaltet und — soweit er notwendig ist — dem Berufsparlamente, das sich auf den freien wirtschaftlichen Organisationen und dem staatlichen Wirtschaftsbeamtentum aufbaut, überlassen werden kann.

Damit wird das politische Parlament aber nicht überflüssig, sondern es wird sich dann ganz den großen Aufgaben rein politischer Natur — auswärtigen wie inneren — widmen können, unter Ausschaltung des Klassen- und Interessentenstandpunktes. Hierdurch wird auf dem politischen Gebiete eine ganz andere Kraftentfaltung möglich, und es fallen der größte Teil aller jener Hindernisse, die heute so viele unserer Besten vom politischen Leben ferngehalten und so in den Parlamenten den reinen Berufspolitikern das Übergewicht eingeräumt haben. Diese Gesundung unseres

politischen Lebens ist zugleich eine notwendige Vorbedingung für eine großzügige Behandlung unserer auswärtigen Politik, die nicht mehr allein den zünftigen Diplomaten anvertraut werden darf, sondern der verständnisvollen Mitarbeit der besten Köpfe aller Parteien bedarf. Dann erst wird es möglich sein, die großen Fragen ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessengegensätze zu behandeln und einer befriedigenderen Lösung zuzuführen, als es bisher in dem von wirtschaftlichen und Klassen-Gegensätzen beherrschten Reichstage der Fall war.

Riesenhaft wie die militärische, türmt auch die wirtschaftliche und innerpolitische Aufgabe der Zukunft sich vor uns auf. Sie ist nur zu lösen in der Zusammenarbeit aller Teile des deutschen Volkes zu dem gemeinsamen Ende der Selbsterhaltung jedes Einzelnen und der Gesamtheit.

Die uns durch unser nationales Schicksal aufgezwungene Neugestaltung und „Militarisierung" unseres Wirtschaftslebens kann große Gefahren mit sich bringen, wenn wir sie nicht benutzen, um den Arbeitern einen lebendigen, der Wichtigkeit ihrer Mitarbeit entsprechenden Anteil an der Verwaltung zu gewährleisten. Es ist dies die notwendige Gegengabe des Staates für die ihm durch die Ereignisse zufallende Mehrung seiner wirtschaftlichen und politischen Machtfülle.

Vom Arbeiterrecht nach dem Kriege.

Von Hugo Heinemann.

Noch liegt die Zeit nicht all zu weit zurück, in der wir in einem amtlichen Schriftstück lesen konnten: Der strafrechtliche Schutz der dem gesamten deutschen Volk gemeinsamen Interessen ist unzureichend. Das Zeichen, unter dem das geltende Strafgesetzbuch zustande kam, war Vertrauensseligkeit und eine weiche, die Gefahren der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zersetzung unserer Zeit nicht ausreichend würdigende Stimmung. Der wachsende Einfluß neuer Theorien führt zur Unterminierung der Grundlagen unseres Rechts- und Kulturlebens. Dies zeigte sich besonders nach Außerkraftsetzung des Sozialistengesetzes. Was nützen die Bemühungen des Staates, den wirtschaftlich schwächeren Volkselementen in ihrem Kampfe um eine befriedigende Existenz Beistand zu gewähren, wenn auf der anderen Seite durch „böswillige" Herabwürdigung der wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen die Auffassung der Bevölkerung von den Aufgaben des Staates und der Bedeutung unserer Kultur systematisch vergiftet wird?

Das waren so ungefähr die Geleitworte, mit denen die Reichsregierung gegen Ende des Jahres 1894 die Umsturzvorlage in die Welt schickte. Wurde diese auch nicht zum Gesetz erhoben, so verschwanden die sie beherrschenden Gedanken weder aus dem Gedächtnis der Praxis noch aus dem Gesichtskreis der für unsere Gesetzgebung maßgebenden Faktoren. Als mehr als ein Dezennium später zufolge Verfügung des Staatssekretärs im Reichs-Justizamt eine Kommission zusammentrat, mit dem Auftrage, einen formulierten Vorentwurf zu einem neuen Deutschen Strafgesetzbuch nebst Begründung herauszugeben, da knüpfte, insoweit es sich um die Regelung der politischen Delikte handelte, die Kommission da an, wo die Umsturzvorlage aufgehört hatte. Auf Schritt und Tritt stoßen wir auf Mißtrauen gegen die Freiheit der öffentlichen Kritik, deren unentbehrliches Sprachrohr die Presse ist, und gegen das offene, kräftige Wort überhaupt. Turmhoch sind die Schwierigkeiten, die gegen die Vertretung der politischen

und religiösen Überzeugung, wie solche dem Manne ziemt, aufgerichtet werden. Maß- und schrankenlos soll der Gebrauch jenes Überbleibsels aus der römischen Kaiserzeit werden, des Hochverratsparagraphen. Er ist, wie die Erfahrungen unserer Tage leider wieder nur allzu klar bewiesen haben, unentbehrlich, wenn er seinem eigentlichen Zwecke dienstbar bleibt, er wird zu einer Fessel für die Freiheit der Forschung und die politische Betätigung eines reifen Volkes, sobald er das Gebiet konkreter Tatbestände verläßt. Wenn, um nur ein Beispiel anzuführen, der Entwurf der Anwendung von Gewalt die Drohung mit Gewalt zum Zwecke der Verfassungsänderung gleichgestellt wissen will, könnten dann nicht jede Wahlrechtsdemonstration, sowie jedes von einer starken Volkskundgebung unterstützte Verlangen nach einer Verfassungsänderung mit schwerer Strafe geahndet werden? Mit ganz besonderer Energie wendet sich der Entwurf gegen die Vertrauensmänner und Führer der politischen Arbeiterbewegung. Die innere Sicherheit erscheint ihm gefährdet und der Staat wehrlos den gegen ihn gerichteten Angriffen preisgegeben, wenn ihm nicht neue, scharfe Waffen gegen die „geschickten und gefährlichen Volksaufwiegler" und die von diesen ausgestreute Saat anvertraut würden.

Wenn wir diese von der zweiten, vom Reichsjustizamt einberufenen großen Strafrechtskommission ihrem wesentlichen Inhalte nach beibehaltenen Grundsätze überschauen, so kann über den Grund des gesetzgeberischen Vorgehens kein Zweifel obwalten. Der verstorbene Reichsgerichtsrat Mittelstädt wollte ihn in dem schneidenden politischen Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und allen übrigen Parteien finden. „Da", so schrieb er einmal, „die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. . . . . Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen; machen wir davon rücksichtslos Gebrauch gegen die Todfeinde unseres Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert!" Und ganz ähnlich wie Mittelstädt in dieser seiner bitteren Anklageschrift gegen die Angriffe auf die „Reinheit und Freiheit" des „allwaltenden Rechts" erklärte der Heidelberger Strafrechtslehrer von Lilienthal die bedauerliche Durchsetzung des ordentlichen Strafrechts mit rein politischen Gesichtspunkten dahin: „Es ist für jede Regierung eine große Versuchung, ihre Gegner auf dem Wege des Rechts unschädlich zu machen. Man kann damit freilich große praktische und soziale Ideen

nicht umbringen, aber man kann ihre Träger immerhin empfindlich belästigen, einzelne tatsächlich vernichten. Die Versuchung, das Strafverfahren als politisches Kampfmittel auszunützen, ist eine sehr große, nur wenige Regierungen haben ihr zu widerstehen vermocht." Allein dieses Argument begründet nicht vollständig, was wir in den letzten Dezennien auf dem Gebiete der Strafrechtspflege sich abspielen sahen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie auf dem Boden des Rechts wurde in Deutschland viel zu ernst, viel zu leidenschaftlich, viel zu fanatisch geführt, als daß er sich lediglich aus der Gegnerschaft gegen die sozialdemokratische Weltanschauung und ihre in ferner Zukunft zu erreichenden Ideale erklären läßt. Der eigentliche Grund war die Überzeugung von der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie, ihrer antinationalen Gesinnung und der feste Glaube, daß, wenn der seit Jahren drohende, unausbleibliche europäische Krieg entbrenne, die Sozialdemokratie durch passive Resistenz, vielleicht sogar durch offene Auflehnung Deutschlands Feinden den Sieg ermöglichen würde. Deutschlands Macht, sein Reichtum und wirtschaftlicher Aufschwung hatten sich zu einer Höhe entwickelt, wie sie die Welt vordem nie gesehen hat. Und diese Größe stand auf so festem und sicherem Fundament, daß kein Fremder sie zerstören konnte. Nur der Schöpfer des Werkes selbst war imstande, es zu vernichten. Aber eben diese Furcht lauerte als drohendes Schreckgespenst im Hintergrunde. Den Männern, deren Intelligenz, Fleiß und Ausdauer die Blüte Deutschlands nicht zum geringsten Teil zu verdanken war, den deutschen Arbeitern, traute man zu, im Ernstfalle selbst zu Totengräbern dieser Kultur zu werden. — Wer an diesem Mißverständnis die größere Schuld trägt, darf hier unerörtert bleiben, insbesondere soll nicht untersucht werden, ob es wirklich recht war, Entgleisungen und doktrinäre Verstiegenheiten ganz vereinzelter sozialdemokratischer, zum Teil noch dazu ausländischer Theoretiker in den Vordergrund zu rücken, während doch die Möglichkeit gegeben war, aus der wahrhaftesten und lautersten Quelle zu schöpfen, aus den Aussprüchen Bebels, der keinen Zweifel darüber gelassen hatte, welche Stellung die deutsche Sozialdemokratie einzunehmen habe, wenn das Vaterland vor die Frage von Sein oder Nichtsein gestellt würde. Hätte man sich aber nicht auch ohnedies sagen müssen, daß es nichts miteinander Unvereinbareres gäbe, als die Demokratie, d. h. diejenige Staatsform erstreben, in der die höchste Gewalt von der Gesamtheit der Staatsbürger ausgeübt wird, und gleichzeitig dulden, daß an Stelle des selbstgewählten Gesetzgebers im freien, unabhängigen Staat der

fremde Eroberer die Gesetze mit gefühlloser Härte diktiere? Allein glücklicherweise kann heute, wo es gilt, die äußere und innere Welt der Menschen neu zu gestalten, die Ermittelung der Ursachen des unbegründeten Mißtrauens und der krassen Verständnislosigkeit, mit der wir einander gegenübergestanden hatten, ganz dahin gestellt bleiben. Die Frage ist keine akute mehr. Sie gehört der Vergangenheit an, nachdem die deutsche Arbeiterschaft, auf deren offene Parteinahme oder mindestens kühle Teilnahmslosigkeit an den Geschicken des Deutschen Reichs die Gegner gehofft hatten, sich als eine der stärksten Säulen des Staates erwies und zeigte, daß sie die hohe politische Reife besaß, ohne die Idee des Klassenkampfes aufzugeben, im Augenblick der Not des Vaterlandes die Solidarität der Klassen zu betonen, um nach dem Siege der deutschen Waffen desto zäher ihre Forderung nach voller Anteilnahme an den Ergebnissen der Zivilisation der Menschheit erheben zu können. Man mache sich nur diese Tatsache in ihrer ganzen Tragweite klar und man erkennt sofort, eine wie gewaltige geistige und sittliche Leistung es war, daß in einer so breiten und vielfach so gehässig und ungerecht verfolgten Klasse wie ein Dogma die Ansicht festgehalten wurde, daß es das Klasseninteresse erfordere, in diesen Verfolgern von gestern die Bundesgenossen von heute zu sehen, um mit ihnen gemeinsam die nationale Existenz zu verteidigen, da die Stunde nur ein Gebot kenne, das eiserner Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes. Und diesen Standpunkt behielt die deutsche Arbeiterschaft unverrückbar bei und wird ihn, um unseren Nachkommen die Wiederholung dieses Krieges zu ersparen, bis zur größtmöglichen Sicherung unserer Grenzen gegen neue Überfälle mit allen Konsequenzen rückhaltlos bis ans Ende verfolgen, trotzdem es weder an Stimmen von rechts noch von links fehlte, die die von beiden gleich bekämpfte Einmütigkeit des deutschen Volkes zu stören versuchten. Erst wenige Wochen sind es her, daß – erfreulicherweise allerdings unter dem Widerspruch auch fast der ganzen bürgerlichen Presse — einer der energischsten und mächtigsten Industrieherren des Rheinlandes die deutsche Regierung vor dem Zusammengehen mit den Arbeiterorganisationen warnen zu müssen glaubte, obwohl auf ihr Konto ein guter Teil der in diesem Kriege bewiesenen Widerstandskraft des deutschen Volkes zu setzen ist. Dieser Mann hielt den Zeitpunkt für gekommen, den Mohren, nachdem er seine Schuldigkeit getan hatte, gehen zu heißen. Ein ähnliches Schauspiel wiederholt sich auf der entgegengesetzten Seite. Wir kennen die Stelle in der Reichshauptstadt, die in der eitlen Hoffnung, endlich werde doch der Tropfen den Stein aushöhlen, an jedem Morgen mit

1000 Varianten den Lesern teils offen, teils versteckt beizubringen suchte, daß die höchsten Instanzen der sozialdemokratischen Partei und die Reichstagsfraktion die Aufgaben einer proletarischen Kampfpartei gründlich verkannt und die Grundsätze, die noch vor Jahresfrist als Gemeingut der Partei gegolten hätten, arg verletzt haben. Und von einigen Anhängern der radikalsten Linken wird, um bei den Massen die konsequente, aufrechte Haltung der Partei zu diskretieren, noch weit gröberes Geschütz aufgefahren, und zwar so grobes und massives, daß sich ein Eingehen darauf nicht verlohnt.

Die Tatsache, daß diese Versuche an dem gesunden Sinn und dem festen Willen der deutschen Arbeiterschaft zerschellt sind, ist deshalb an dieser Stelle erwähnenswert, weil sich daraus auch für den Kurzsichtigsten ergeben muß, wie verfehlt und unnötig es war, daß man glaubte, den Staat durch Strafgesetze gegen einen großen Teil seiner Glieder schützen zu müssen, nur weil er politisch oppositionell ist, in der Beurteilung der staatlichen Einrichtungen von der der herrschenden Gewalten in vielen Punkten abweicht und die Dinge von einem anderen Standpunkt aus betrachtet. Ein Volk, dessen Einmütigkeit Taten ermöglicht hat, deren Größe kommenden Jahrhunderten wie eine Sage erscheinen wird, ein Proletariat, das sich ohne Schwanken in Reih und Glied gestellt hat, *nicht* in dem Gedanken, daß es Opfer bringe, für die es entschädigt werden müsse, sondern aus dem *Staatsbürgergefühl* heraus, aus der klaren Erkenntnis, daß in keinem anderen Lande der Welt die Arbeiterklasse, ihre Literatur und ihre Organisationen eine mit den unserigen vergleichbare geistige Höhe errungen haben, daß diese Tatsache kein Zufall ist, sondern auf das engste mit dem Wesen des deutschen Staates zusammenhängt und daß daher der politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufschwung dieses Staates Voraussetzung für die Verwirklichung der Zukunftsideale ist, — ein solches Volk hat Anspruch auf das Vertrauen, daß es die Freiheit der auch sachlich noch so scharfen Kritik an den bestehenden Verhältnissen und den Einrichtungen, auf denen die heutige Gesellschaftsordnung beruht, nicht mißbrauchen werde. Daraus ergibt sich die Forderung: Nicht Verschärfung, sondern Milderung von Tatbeständen und Strafen bei den sogenannten politischen Delikten. Es würde natürlich zu weit führen, an dieser Stelle Vorschläge zu machen, wie das künftige Strafrecht in materieller und formeller Beziehung im einzelnen auszugestalten sei. Nur *ein* Punkt, der von der größten prinzipiellen Bedeutung ist, muß hervorgehoben werden. Jüngst wies der Staatssekretär des Reichsamts des Innern in einer Reichs-

tagsrede darauf hin, daß wir in Deutschland keine Ausnahmegesetze, allerdings aber eine verschiedenartige Handhabung der Gesetze kennen, die Regierungen seien jedoch bestrebt, die gleiche Hingabe des ganzen Volkes an das Vaterland mit der Gleichheit der Anwendung der Gesetze zu beantworten. Das, was der Staatssekretär versprach, hat er seinerseits erfüllt. Der Regierung ist aber jeder Einfluß entzogen, insoweit es sich um den Spruch des nur dem Gesetz verantwortlichen Richters handelt. Daraus ergibt sich die Forderung, das Gesetz so zu gestalten, daß auch die richterliche Gesetzesanwendung gegenüber allen Parteien und allen Volksklassen eine möglichst gleichmäßige sein muß. Gegen diesen Grundsatz ist oft verstoßen, und die Motive zum Strafgesetzentwurf sehen in der Verschärfung und Erweiterung des gemachten Fehlers oder, wie sie es ausdrücken, in der elastischeren Gestaltung der strafgesetzlichen Bestimmungen, geradezu einen Vorzug. Das ist ein bedauerlicher Irrtum. Gewiß kann die Einschnürung des freien richterlichen Ermessens durch Aufstellung schärfster gesetzlicher Begriffe hie und da zu Ungereimtheiten führen. Aber mit wohlfeilem Spott über juristische Absonderlichkeiten ist gar nichts getan. Auf dem festen Boden klar begrenzter Begriffsbestimmungen im Strafrecht ruht die Freiheit des Volkes, das mit gebundenen Händen dem Verantwortlichkeitsgefühl der Behörden ausgeliefert wäre, wenn nicht der präzis und unzweideutig zum Ausdruck gebrachte gesetzgeberische Wille die Schranken zwischen Recht und Unrecht mit größtmöglicher Genauigkeit zieht. Wir standen — das darf nicht verschwiegen werden — vor dem Kriege im Begriff, die scharfe Trennung von gesetzgebender und richterlicher Gewalt preiszugeben. Der leidenschaftliche politische Kampf in Staat und Gesellschaft einander befehdender Elemente, der Wunsch, mittels unbestimmter, schillernder, kautschukartiger Strafgesetze den politischen Gegner treffen zu können, ließ den hohen Wert dieser Trennung vergessen. Man übersah aber auch, daß unter der erdrückenden Macht, die man den staatlichen Organen verleihen wollte, nicht nur der Einzelne, sondern ebenso der Staat und diese seine Organe selbst auf das schwerste leiden mußten. Das kostbare Gut, das Vertrauen des Volkes zur Strafrechtspflege, über dessen Schwinden die Regierung in amtlichen Schriftstücken so oft bittere Klage geführt hat, wird gewiß nicht wiedergewonnen, wenn der Staat dem Richter, anstatt ihn zum Vollstrecker des gesetzgeberischen Willens zu machen, selbst gesetzgeberische Funktionen anvertraut, ihn mitten hinein in das Getriebe politischer und wirtschaftlicher Parteien zerrt, seinen Spruch aus einem Akt der Rechtsprechung

in eine politische Tat verwandelt und damit den Strafrichter zum Prügeljungen einer mangelhaften Gesetzgebung macht. Scharfe Abgrenzung der richterlichen Macht durch Aufnahme nur solcher Gedanken in das Gesetz, für die sich ein präziser Ausdruck finden läßt, und Gewährung vollster Verteidigungsfreiheit im Strafprozeß, — das müssen die unverrückbaren Eckpfeiler der Strafrechtsreform werden. Nichts wäre verfehlter, nachdem unsere Zeit den klaren Beweis eines fast leidenschaftlichen Willens der breiten Volksmassen zur positiven Mitarbeit am Staatsganzen erbracht hat, als wenn der Gesetzgeber diese Keime, anstatt sie wie ein sorgsamer Gärtner zu pflegen, durch Unterdrückung der Selbständigkeit des Volkes gewaltsam vernichten würde.

Mit derselben Entschlossenheit wie die politische vertrat die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung von Anfang des Krieges an den klaren Standpunkt, daß, wenn es irgend etwas gäbe, das innerhalb der satzungsgemäßen großen zivilisatorischen Ziele der Gewerkschaften liege, es die jetzt gestellte Aufgabe sei, mit aller Energie dem bedrohten Vaterlande zur Hilfe zu eilen. Die Lebenshaltung ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zu erhöhen und einem jeden die Möglichkeit zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit, seiner Anlagen und Fähigkeiten zu verschaffen, ist der Zweck des Zusammenschlusses der Berufsgenossen. Dieser Zweck aber würde durch eine Vernichtung des blühenden deutschen Wirtschaftslebens, wie es insbesondere der mächtigste und darum allein schon eigentliche Gegner Deutschlands, England, erstrebt, nicht nur erschwert, sondern direkt vereitelt. Für die Gewerkschaften konnte es daher kein Zaudern geben, als es galt, ihre reichen materiellen und moralischen Werte dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Auf manchen ehrlichen Mann, der bisher der Gewerkschaftsbewegung skeptisch gegenüberstand, aber weder im Umlernen noch im Eingeständnis eines Irrtums etwas Prinzipienwidriges zu finden vermag, wirkte dieses Verhalten der Gewerkschaften als eine Überraschung. Man fühlte sich ganz plötzlich und unerwartet wie von einem dumpfen Druck befreit, als unmittelbar nach Kriegsausbruch die industriellen Arbeitermassen ihre Mitwirkung beim Hineinbringen der Ernte zur Verfügung stellten, die Gewerkschaften die Sorge für die Arbeitslosen den damals auf die Lösung des großen Problems noch nicht vorbereiteten öffentlich-rechtlichen Korporationen abnahmen, jede Lohnbewegung für abgebrochen erklärten, gemeinschaftlich mit den Unternehmern Kriegsarbeitsgemeinschaften begründeten, kurz alle ihre Maßnahmen

nach dem einen großen Gesichtspunkt orientierten: Verteidigung des deutschen Vaterlandes. Dies Erstaunen über die durchaus folgerichtige, gradlinige Haltung der Gewerkschaften beweist, welche Unklarheiten über deren Wesen vor dem Kriege verbreitet waren und welch starken Eindruck die Phrase von der hinter dieser großen Kulturbewegung lauernden Hydra der Revolution und Negation selbst auf diejenigen hinterlassen hatte, deren Ansichten nicht durch irgendeinen Interessenstandpunkt bestimmt waren. In der Natur der Gewerkschaftsbewegung liegt nüchterne, aktive Mitarbeit im Volksganzen begründet, und die Gewerkschaften haben die Gelegenheit hierzu stets bereitwilligst ergriffen. Als die große soziale Gesetzgebung des Deutschen Reiches, dieser gewaltige Faktor in der Kette unserer Erfolge, und die staatlichen Eingriffe in die unbeschränkte Verfügungsgewalt des Unternehmers neue weite Tätigkeitsgebiete für die organisierte Selbsthilfe eröffneten, sei es behufs Überwachung der Durchführung der staatlichen Arbeiterschutzgesetze, sei es zum Zwecke von deren weiterem Ausbau, haben die Gewerkschaften die ihnen gestellten sozialpolitischen Aufgaben gewissenhaft erfüllt. Ihren Bemühungen ist es zum guten Teil zu danken, wenn die Bedeutung der unserer sozialen Gesetzgebung zugrunde liegenden, auf deutschem Boden gewachsenen Gedanken von Tag zu Tag mehr über alle im Tageskampf geprägten Schlagworte hinweg in das Bewußtsein der Arbeiterschaft gedrungen ist und zwischen dieser und dem deutschen Reich jenen unlöslichen Kitt geschaffen hat, der, je mehr Feinde auftraten, umso stärker und furchtloser unseren Siegeswillen hervortreten ließ. Mit berechtigtem Stolz konnte jüngst der Leiter einer großen Gewerkschaft die Ansicht als Irrtum zurückweisen, als ob die Gewerkschaften sich je mit Absicht hätten isolieren wollen und als ob es ihre Schuld sei, wenn sie tatsächlich immer mehr in eine weitgehende Exklusivität hineingetrieben worden sind, so daß es den Anschein gewann, als ständen sie außerhalb der Nation. Es verdient strikte Beachtung und muß für die Zeit nach dem Kriege gewissenhaft festgehalten werden, daß gegen solch großzügige Auffassung, für die sich in jedem Gewerkschaftsblatt Dutzende von Belegen finden lassen, sich nirgends in Organisationskreisen Widerspruch erhob. Mit entschlossenem Ernst wurde der sofort nach Kriegsbeginn von dem offiziellen Organ der Gewerkschaften ausgegebenen Parole zugestimmt: „Die höhere Einheit, das nationale Gesamtinteresse ist das Band, das alle zusammenkettet. Diese Einheit fordert die unbedingte Hingabe an das kämpfende Vaterland, die weitgehendste Solidarität aller Volksgenossen und die uneigennützige

Förderung alles dessen, was die Widerstandskraft und Selbsterhaltungskraft der eigenen Nation stärkt." Und fast ein Jahr später, am 26. Juni dieses Jahres, hat die Spitze der deutschen Gewerkschaften, die Generalkommission, eine nicht hoch genug zu bewertende Erklärung veröffentlicht, dazu bestimmt, den Treibereien derjenigen entgegenzutreten, die sich bemühen, die deutsche Arbeiterschaft von dem am 4. August mit der Bewilligung der Kriegskredite beschrittenen Wege abzudrängen und damit die Voraussetzungen einer besseren Stellung des Proletariats im Gegenwartsstaat in der Wurzel zu vergiften. Es ist, so heißt es von diesen Männern in dem Aufruf, „ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich bezeichnen, in der Sache hinter ihnen. Traurig wäre es um die Arbeiterschaft Deutschlands bestellt, wenn das jemals der Fall sein könnte". Das sind Worte, wie in Erz gehauen. An dem darin sich aussprechenden Willen werden die Hoffnungen unserer Gegner auf Schwächung des nationalen Pflichtgefühls in den breiten Volksmassen und damit auf Gefährdung des deutschen Sieges zuschanden werden.

Allein nicht bloß die auf Grund dieses Programms klug und konsequent durchgeführten, sinnfälligen sozialpolitischen Maßnahmen waren es, die zu einer andern Bewertung der Arbeiterkoalitionen in der öffentlichen Meinung geführt haben, weit wichtiger noch ist, daß das Verständnis für den gewerkschaftlichen Organisationsgedanken überhaupt erst jetzt weiten Kreisen in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß man das, was bisher vom kühlen theoretischen Standpunkt aus als nicht abwendbares Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung toleriert wurde, als gewaltigen Faktor des deutschen Wirtschaftslebens und der menschlichen Zivilisation selbst erkannte. Vollendetste Organisation auf allen Gebieten bis in die letzten Spitzen, — das ist das Geheimnis der deutschen Erfolge in dem Kampfe gegen die halbe Welt. Organisation aber heißt: Bewußtes Zurücktretenlassen aller Sonderinteressen und klare Erkenntnis, daß Disziplin, unbeugsames Solidaritätsgefühl und Verantwortlichkeitsbewußtsein des Einzelnen gegenüber dem Ganzen stets die herrschenden und übergeordneten Elemente sein müssen. Das nun sind Eigenschaften, die die Arbeiter in ihren Organisationen erworben haben. Dort wird ihnen Tag für Tag eingehämmert, daß nur die Ausschaltung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander, nur das Eintreten des Einen für Alle die Freiheit des Arbeitsvertrages ihnen zu bringen vermögen. Die unermüd-

lich fortgesetzte, scharfe Betonung dieser die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse ergreifenden Frage ist der Anlaß zur Einleitung der Arbeitswilligenschutzbewegung geworden. Mit Rücksicht hierauf hat man die Behauptung vom Terrorismus, von der Unterdrückung des Persönlichkeitsrechtes, von der Einschnürung der freien Selbstbestimmung des Einzelnen durch den in Verbänden und Organisationen konzentrierten Willen der Berufsgenossen zu rechtfertigen versucht und diesen angeblich ungesunden Auswüchsen im Wirtschaftsleben als Muster jene unter dem Namen der „Gelben" bekannten Gebilde gegenübergestellt, die dem „übertriebenen" Solidaritätsgefühl der eigentlichen Arbeiterorganisationen entgegenzuwirken sich zur Aufgabe gestellt haben. Mochten nun allerdings hinter dieser im Namen der Freiheit auftretenden Theorie bei den unmittelbar beteiligten Unternehmern sich sehr reale materielle Interessen verbergen, so kann andererseits nicht verkannt werden, daß doch auch eine durchaus selbstlose, ideologische Weltauffassung von rein ethischen Gesichtspunkten aus der Bindung des Einzelnen durch mächtige Kollektivgewalten sich widersetzen zu müssen geglaubt hat. Ohne weiteres leuchtet ein, daß solche individualistische Anschauungen eine starke Modifikation durch den Krieg erfahren werden, nachdem dieser der Welt offenbart hat, was eiserne Disziplin, festgegliederte Organisation, höchstentwickelte Sozialmoral und durch Nichts beirrbares, leidenschaftliches Ringen nach Zusammenschluß in Deutschland zu erreichen vermochten. Diese Tatsache muß freie Bahn für die Erkenntnis schaffen, daß, mögen Organisierte und Unorganisierte persönlich gleich ehrenwert sein, vom Standpunkt der Allgemeinheit und des öffentlichen Wohles aus angesehen, das Sichisolieren aus der Gemeinschaft, zu der man gehört, und das Sicheingliedern in diese und in die Kämpfe, die sie führt, keineswegs gleichwertige und sozial gleich anerkennungswürdige Eigenschaften darstellen. Niemand wird ein solcher Phantast sein, daß er die Anerkennung dieses Grundsatzes von denjenigen erwartet, bei denen hinter der Behauptung von der Nützlichkeit der freien Konkurrenz isolierter Individuen sich politische Nebengedanken oder wirtschaftliche Knechtungstendenzen gegenüber der Arbeiterklasse verstecken. Wohl aber wird auf Verständnis für diesen Grundsatz zu rechnen sein bei der objektivierten, wissenschaftlichen Überzeugung, dem idealen Werturteil. Und ein solches hat in einem Lande, das einen Kant und Fichte hervorgebracht hat, noch immer eine sehr bedeutende und auch sehr real wirkende Kraft. In einem wundervollen Ausspruch findet Friedrich Meinecke die spezifisch nationale

Legierung in der deutschen Organisationskunst darin, daß der Deutsche durchdrungen ist von dem sittlichen Werte der Einordnung, daß noch immer etwas von der Gefolgstreue der alten Germanen, von der Ehrfurcht vor den natürlichen Ordnungen des Lebens, wie sie uns Goethe gelehrt hat, in ihm lebendig ist, und daß dieses Streben nach Entfaltung der Gesamtkraft durchaus vereinbar ist mit der Erhaltung eines starken und ganz urwüchsigen Individualismus. Welcher Kenner des täglichen Wirkens unserer Arbeiterorganisationen könnte leugnen, daß dies der Geist ist, der auch in ihnen lebt, daß er ihr Wesen ausmacht, ihre Erfolge bedingt, und daß gegen diesen Geist ankämpfen, daher hieße, das unterdrücken, was gerade Deutschlands Zukunftsaufgabe in der kulturellen Entwicklung der Menschheit ist.

Welche Konsequenzen nun wird die Gesetzgebung, wenn des Krieges Stimmen schweigen, aus diesen veränderten Anschauungen ziehen müssen? Gewiß kann darüber nur in ganz allgemeinen Umrissen gesprochen werden und gewiß ist es ungerechtfertigt, wenn man, solange wir keinen festen Boden unter den Füßen haben, die Regierung auf bestimmte Gesetzesparagraphen festlegen will und aus der Ablehnung dieses Wunsches das Recht herleitet, die auch jetzt wieder erfolgte Versagung der Gesetzgebung den breiten Volksmassen gegenüber zu behaupten. Gewisse Ziele aber lassen sich schon heute feststellen: In den letztvergangenen Jahren — dies kann nicht bestritten werden — stand die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor der ernstesten Gefahr, die ihr seit Gründung des Reichs gedroht hat. Bei jedem gegen ihr Koalitionsrecht sich richtenden Angriff pflegt die Arbeiterschaft in begreiflicher Empfindlichkeit sofort an das Zuchthausgesetz zu denken und dessen Wiederauferstehung zu fürchten. Die Ziele aber, die die Gesetzgebung vor dem Kriege zu verfolgen im Begriffe stand und die ihren Niederschlag in dem bereits erwähnten Strafgesetzentwurf gefunden haben, waren noch weit bedenklicher. Der Zuchthausentwurf, ein offenes Unterdrückungsgesetz, hatte es wenigstens mit bestimmt abgegrenzten Tatbeständen zu tun. Der neue Entwurf dagegen richtet sich unter Überspannung des Individualitätsstandpunktes, um der sittlichen Selbstdurchsetzung der Einzelpersönlichkeit, der Freiheit ihres Willensentschlusses und ihrer Willensbetätigung größeren Spielraum zu verschaffen, gegen die Organisationsidee überhaupt. Die Neugestaltung des Nötigungsparagraphen, die die vom geltenden Recht mit weiser Vorsicht aufgerichteten Schranken niederreißt, die ganze Kette von

Vorschriften, durch die der Entwurf die Selbstbestimmung des Einzelnen gegen den organisierten Gesamtwillen, mehr als sozialpolitisch richtig ist, schützen zu müssen glaubte, hätten unfehlbar der Arbeiterschaft in der Praxis die Unterdrückung der Selbsthilfe gebracht, dieses Gutes, das die Arbeiter zu zivilisierten Menschen erzogen und sie zu der heute bewunderten Stellungnahme im staatlichen Leben geführt hat. — Weitaus bedenklicher aber noch war die Tatsache, die man am liebsten in unseren Tagen auch aus dem eigenen Gedächtnis ganz auslöschen möchte, daß es am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in Deutschland eine amtliche Kommission gegeben hat, die allen in einem sogenannten gemeinnützigen Betriebe beschäftigten Arbeitern, selbst wenn er das Privateigentum einer Kapitalistengruppe bildet, das Streikrecht nehmen wollte, und zwar, ohne daß anstelle der verbotenen Selbsthilfe gleichzeitig wenigstens der staatliche Schutz träte. Dies ist, wenn man die juristische Hülle abstreift, der Inhalt der schwere Freiheitsstrafen für die Arbeitseinstellung androhenden Vorschriften des Entwurfs, die für die Mehrzahl der Arbeiter jede Möglichkeit der Einwirkung auf die Bedingungen des Arbeitsvertrages aufgehoben, also restlos den freien Arbeitsvertrag beseitigt hätten. Daß solche Vorschläge gemacht wurden, deren Erhebung zum Gesetz das deutsche Volk unheilbar in zwei sich auf Tod und Leben befehdende feindliche Lager gespalten hätte, ist nur daraus erklärlich, daß man in der organisierten Arbeiterschaft einen Fremdkörper in unserem staatlichen Leben sah, der ohne Verständnis für das Interesse, das er selbst an der Erhaltung der deutschen Industrie und ihrer Fortentwicklung hat, den Staat und seine Lebensnotwendigkeiten bewußt verneint. — Wir dürfen hoffen, daß mit dem ersten Kanonenschuß solche Anschauungen und damit das trübe Bild des Entwurfs für immer aus dem Rechtsleben des deutschen Volkes verschwunden sind. Nicht neues Strafrecht gegen die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter zu schaffen, gilt es, sondern die vorhandenen Ungleichheiten im bestehenden Recht zu beseitigen. Mit sicherem Takt hat der Staatssekretär des Reichsamts des Innern als den wesentlichen Punkt bezeichnet, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtssystem hätten. Was vor nahezu einem halben Jahrhundert allenfalls noch erträglich war, ist es in unserer heutigen wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr. Der Staat kann nicht länger das koalierte wirtschaftliche Handeln der Arbeiter auf der einen Seite zwar zulassen, ja sogar es im Interesse der von ihm gewollten Freiheit des Arbeitsvertrages für notwendig erklären, auf der anderen Seite aber diese selbe organisierte Selbst-

hilfe als etwas vom Standpunkte der individuellen Entschließungs- und Handlungsfreiheit nicht zu Billigendes ansehen, ihr deshalb den sonst auch den nicht rechtsfähigen Vereinen gewährten Rechtsschutz verweigern und sie damit zu einem rechtlichen Nichts herabdrücken. Ist aber erst einmal der für die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse wertvollste Teil des Vereinsrechts für rechtsverbindlich erklärt, dann muß der Staat ihn auch mit allen ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln schützen und darf nicht länger aus einer gewissen Angst vor dessen kraftvoller Entfaltung die Anrufung des Solidaritätsgefühls der Klassengenossen in Fällen verbieten, in denen er dies den anderen Klassen gestattet. — Alle Versuche, den Organisationszwang, auch insoweit er jeder auf Marktbeherrschung gerichteten Gemeinschaft innewohnen muß, als Erpressung zu brandmarken, sind mit Entschiedenheit abzuweisen. Die Konstruktion, mit der dies Arbeiterorganisationen gegenüber gelungen ist, als ob der Arbeiter damit seiner Gewerkschaft gewisse materielle Vorteile habe verschaffen wollen, ist mit den Grundempfindungen, von denen wir heute erfüllt sind, unvereinbar. Uns alle durchglüht nur ein Gedanke, Einheitsbewußtsein und gemeinsame Arbeit. Und da sollte man nicht einsehen, daß der Arbeiter, wenn sein Solidaritätsgefühl ihn von dem sich Isolierenden fernhält, nicht daran denkt, für seine Organisation den kleinen individuellen Besitz von einigen Pfennigen Mitgliedsbeiträgen einzuhandeln, welche Einnahme noch dazu durch Unterstützungen aller Art oft um das Vielfache absorbiert wird, daß den Arbeiter vielmehr etwas viel Höheres treibt, der Gedanke an den Kollektivbesitz der Klassengenossen, an die sie alle umfassende und für jeden einzelnen von ihnen eintretende Gemeinschaft? Diese konnte Hand in Hand mit dem machtvollen industriellen Aufschwunge Deutschlands sich zu der Blüte entwickeln, wie wir sie heute vor uns sehen. Die Arbeiter wußten, daß sie dieses Gut nur retten können, wenn sie ihre ganze Kraft zur Verteidigung des bis auf das Äußerste bedrohten Vaterlandes einsetzen. Man sollte glauben, jetzt könne niemandem mehr das Verständnis dafür abgehen, daß es sittliche und soziale Ideale sind, die den Arbeiter zum leidenschaftlichen Kämpfer für seine Organisation machen, und daß, wer so handelt, kein Erpresser ist. — Endlich noch ein letzter Punkt in diesem Zusammenhange. Nichts ist geeigneter, die Wirkung des Rechts und damit die Grundlage des Staates mehr zu erschüttern, als wenn das Gesetz einer Klasse Beschränkungen auferlegt, die vom Volke deshalb als durch die Allgemeininteressen nicht gerechtfertigt emp-

funden werden, weil sie für andere Klassen nicht gelten. Was nützen gegenüber dieser Schädigung des Staatsbürgergefühls alle vermeintlichen Augenblickserfolge? Von diesem Gesichtspunkt aus darf die Gesetzgebung nicht länger dulden, daß die Gewerkschaften deshalb als politische Vereine angesehen werden und ihnen also der jugendliche Nachwuchs entzogen wird, weil sie zu dem Zwecke der Verbesserung der privatrechtlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder von dem Mittel der Einwirkung auf die Gesetzgebung Gebrauch machen. Dies ist unvermeidlich in einer sozial fortschreitenden Zeit, in der der Staat selbst durch zwingende Normen immer mehr in die Elemente des privatrechtlichen Vertrages, in die Regelung von Zeit, Dauer und Art der Arbeit eingreift. Kein Verein, der nicht rein belehrend wirken oder zu einem Vergnügungsverein herabsinken will, kann anders handeln und handelt anders. Sozial- und Parteipolitik sind streng zu trennen, und es kann zwischen beiden scharf unterschieden werden. — Nach Beseitigung dieser Ungleichheiten im Recht ist der Weg frei für Taten positiver Sozialpolitik, den Ausbau des Arbeitsvertrages, die gemeinnützige Regelung der Arbeit. Wenn man die Erfahrungen, die wir in den letzten elf Monaten nach dieser Richtung hin sammeln konnten, mit dem vergleicht, was die Bürokratie in dem gleichen Zeitraum in Friedenszeiten geleistet hat, dann zählen die Kriegsmonate nicht doppelt, sondern zehnfach. Die Gesetze haben bei uns — darin zeigt sich Deutschlands innere Stärke — während des Waffenlärms nicht geschwiegen, sie haben vielmehr eine sehr deutliche, sozialpolitisch weit nachdrücklichere Sprache geredet. Um nur ein Beispiel anzuführen, sei an den Tarifvertrag erinnert. Noch vor wenigen Jahren wollten die Juristen ihn rechtlich einfach ignorieren. Sie schlugen die Pandekten auf, sagten sich mit Hans Sachs in den „Meistersingern": „Kein' Regel wollte da passen", also schlossen sie, dies ganze kollektive Vertragsgebilde sei ohne rechtliche Wirksamkeit. Und heute haben unsere militärischen Behörden, um das Wirtschaftsleben widerstandsfähig zu erhalten, es in manchen — leider durchaus nicht in allen — Fällen mit anzuerkennender Energie durchgesetzt, daß die zwischen den Arbeitgebervereinigungen und den Gewerkschaften, als den selbstverständlichen, natürlichen Vertretungsorganen der Arbeiter, vereinbarten tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm sogar an Stelle fest abgeschlossener individueller Abreden treten. Damit ist in der Entwicklung vom individuellen zum kollektiven Arbeitsvertrag ein Schritt nach vorwärts getan, der, nachdem er sich einmal praktisch bewährt hat, nicht leicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

Vielfach hat man diejenigen, die nach dem Kriege eine kräftige Fortentwicklung des Arbeiterrechts erwarten, wie sie den sittlichen Postulaten unserer Zeit entspricht und ihren veränderten Produktionsbedingungen sich anpaßt, als Illusionäre bemitleidet. Dieser überlegen klingende und innerlich doch so armselige Vorwurf ist ganz unbegründet. Niemand glaubt an einen kampflosen Fortschritt. Ein solcher ist unmöglich. Denn keine Partei wird ihre geschichtlich bedingten Grundsätze aufgeben. Aber etwas anderes ist es, ob die Gesetzgebung bei Gestaltung eines jeden Rechtsgedankens sich ängstlich fragt, wie dieser in der Hand einer Klasse oder Partei wirken wird, die dem kostbaren Gefäß menschlicher Kultur, wie Jaurès den Begriff der „Nation" erläutert hat, innerlich fremd gegenübersteht, oder ob die Vorschrift für ein Volk bestimmt ist, das zu positivem Handeln vereinigt war, damit auch auf wirtschaftlichem Gebiete die dem Vaterlande drohende Gefahr siegreich überwunden werde. Auf dieser jetzt in Deutschland gegebenen Grundlage werden die kommenden Kämpfe nicht bloß sachlicher, sondern auch erfolgreicher geführt werden können, — allerdings nur unter der einen Voraussetzung, daß auch in Zukunft die praktische, aufbauende Arbeit, die für die Arbeiterklasse alles im Gegenwartsstaat irgend Erreichbare gewinnen will, nicht ersetzt wird durch Selbsttäuschung über die eigene Stärke, durch Demonstration und Phrase.

Wir müssen uns stets darüber klar sein, daß, wenn es die Erringung gesetzgeberischer Erfolge gilt, wir Sozialdemokraten auf die Mitwirkung anderer Parteien angewiesen sind. Diese zurückzustoßen und uns bewußt zu isolieren, wäre ganz verfehlt in einem Augenblick, in dem aus dem bürgerlichen Lager heraus offen zugegeben worden ist, daß der Grund mannigfacher Anfeindungen der Irrtum gewesen ist, das deutsche Proletariat werde verblendet genug sein, das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stiche zu lassen und damit den Ast abzusägen, auf dem es sitzt. In Verbindung damit sind weitgehende Sympathien für soziale Reformen zutage getreten, die die Redewendung von der einen und gleichen reaktionären Masse als leeres, demagogisches Schlagwort erscheinen lassen. Wer trotzdem selbst in einer Zeit, in der Einmütigkeit des Volkes und Erhaltung des Bestandes des Vaterlandes restlos zusammenfallen, nur das Trennende betont, handelt kurzsichtig und gegen die Interessen der Arbeiter.

Diese aus den gegenwärtigen Verhältnissen sich ergebende Ansicht vertreten und rückhaltslos alle Konsequenzen ziehen, heißt keineswegs die unbeugsame Notwendigkeit der ökonomischen Ent-

wickelung und den Fortbestand der daraus folgenden Gegensätze und Kämpfe der Klassen verkennen. Gerade weil wir davon ausgehen, legen wir den stärksten Nachdruck auf die Erhaltung und Kräftigung unserer Organisationen mit ihrer täglichen, stillen, unermüdlichen Arbeit und verwerfen den unverantwortlichen Vorschlag, an deren Stelle Massenaktionen zu setzen, mit welchem einem Worte, wie jüngst der an der Spitze der deutschen Gewerkschaftsbewegung stehende Mann mit treffendem Hohn gesagt hat, dann die ganze soziale Frage gelöst ist. Daß die deutschen Arbeiter in dem Moment, in dem die Verlockung bestand, sich auf den Weg der Massenaktion drängen zu lassen, sein Betreten nicht einen Augenblick in Erwägung gezogen haben, daß das furchtbarste Ereignis, der Weltkrieg, in den politischen Organisationen auch nicht den Gedanken an einen Massenstreik hervorgerufen hat, daß die Gewerkschaften die in dicken Büchern behandelte, grübelnde Frage der Theoretiker, wann die Situation für die Anwendung dieses äußersten Kampfmittels gegeben sei, im Interesse des deutschen Sieges mit einem einzigen Wort, nämlich dem Abbruch auch des kleinsten partiellen Streikes praktisch beantwortet haben, daß einer der Führer des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine spöttisch sagen konnte: Eine Katastrophe hat der Weltkrieg allerdings im Gefolge gehabt, die der Katastrophentheorie, — das sind Tatsachen von so weittragender Bedeutung, daß der Gesetzgeber seine Lehren daraus zu ziehen nicht unterlassen kann. Es könnte keinen schwereren Verstoß gegen die elementarsten Gebote der Klugheit und Gerechtigkeit, keine leichtfertigere Gefährdung der nationalen Sicherung geben, als wenn die Gesetzgebung aus Furcht vor einem Mißbrauch der gewährten Freiheit Männern, die so gehandelt haben in einem Augenblick, in dem das deutsche Staats- und Wirtschaftsleben auf die schwerste Belastungsprobe gestellt war, den Weg versperren oder erschweren wollte, der sie zur Teilnahme an den höchsten Gütern der Kultur emporführt. Als nationale Frage gestellt, gelang es in Österreich, das komplizierte Wahlrechtsproblem spielend zu lösen. Vom Standpunkt der Notwendigkeit des nationalen Zusammenschlusses aus wird der freiheitliche Ausbau des innerpolitischen Lebens und damit des Arbeiterrechts zu einer leicht erfüllbaren Aufgabe werden.

Verbrauchswirtschaft und Arbeiterbewegung nach dem Kriege.

Von Waldemar Zimmermann.

Wie sich die deutsche Volkswirtschaft und ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen nach dem Kriege gestalten werden, vermag niemand zu sagen. Die Ansichten auch der Fachleute widersprechen sich in dem Punkte gründlich. Nur eins ist vorauszusehen: Eine gewaltige Teuerung wird uns der Krieg als schmerzliches Erbe hinterlassen, zumal eine Verteuerung alles Massenbedarfs und der Lebensmittelversorgung. Die Teuerung wird sich für breite Schichten des Volkes um so fühlbarer machen, als Produktions- und Handelskrisen mancher Wirtschaftszweige den Arbeitsmarkt mindestens stellenweise ungünstig beeinflussen und unvermeidbare öffentliche Aufwandssteigerungen und Steuerbürden schwerer noch als vor dem Kriege das Erwerbsleben belasten werden. Die Kaufkraft des Arbeitereinkommens wird wesentlich schwächer als ehedem sein. Mit einem Tagesverdienst von 4 Mk. werden die Haushaltskosten einer Arbeiterfamilie im Jahre 1916 schwieriger zu bestreiten sein als mit 3 Mk. im Jahre 1900.

Die steigende Spannung zwischen dem Nominallohn und dem Reallohn ist zwar eine Erscheinung, die den Arbeitern im letzten halben Menschenalter, zumal seit 1905, schon recht geläufig geworden ist. Gewerkschaftsführer und Unternehmer wissen es auf beiden Seiten, wie die wachsende Verteuerung der Lebenshaltung ständig neue Anstöße zu Lohnbewegungen gegeben, die Tarifierung der Arbeit durch Dauerverträge immer mehr erschwert und vielfach unerwünschte Unruhe in die Arbeits- und Produktionsverhältnisse hineingetragen hat. Diese stachelnde Spannung zwischen Arbeitsverdienst und Aufwandskosten wird durch den Krieg eine ruckweise Verschärfung erfahren, ohne daß es vielleicht den Gewerkschaften angesichts der Konjunkturen mancher Gewerbe und der Organisationskraft einzelner Verbände stets möglich sein wird, den Druck der hohen Preise auf die Lohnkasse der Arbeitgeber zu überwälzen.

Auch wer das dogmatische Gerede von der „Sisyphusarbeit" der

Gewerkschaften, die gemäß dem ehernen Lohngesetze angeblich zuletzt immer wieder um die Früchte ihrer Lohnsteigerungsbemühungen gebracht werden, als ein kindliches Rechenexempel ablehnt, wird nicht verkennen, daß mit jeder Lohnsteigerung ein Anlaß, mindestens aber ein Vorwand und Anreiz zu Preissteigerungen für organisierte Unternehmer, Händler und Hausbesitzer gegeben ist, und die Höhe der Preiszuschläge kann, zumal wenn sie sich auf verschiedenen aufeinander folgenden Produktions- und Verteilungsstufen wiederholen, schließlich fühlbar auf die Arbeiter als Verbraucher zurückwirken. Dazu gesellt sich öfters eine sozialwirtschaftlich ungünstige Begleiterscheinung. Der Verbrauch sucht Preissteigerungen, soweit sie nicht völlig unentbehrlichen Lebensbedarf betreffen, auszuweichen, indem er sich nach billigeren Ersatzstoffen, nach verwandten Erzeugnissen von geringerer Güte umsieht oder sich in seinem Mengenumfang einschränkt oder zeitweilig notgedrungen ganz auf die Deckung entbehrlichen Bedarfs verzichtet. Solche Bedarfsverschiebungen infolge Einschränkungszwanges beeinträchtigen oft gerade den sogenannten Kulturaufwand der Massen, also das, was dem Menschenleben einen freundlicheren Schimmer, einen Reiz zur Veredlung des Daseins und zum Emporstreben gibt.

Diese Bedarfsverschiebungen entziehen ferner manchen Verfeinerungsgewerben und dem ganzen Markt der Edelwaren, sei es nun in den Gewebe-, Leder- und Bekleidungs-, den Holz- und Bauindustrien, sei es in den Ausstattungs- und Luxusgewerben, dem Buch- und Papiergewerbe einen Teil der bisherigen Abnehmer. Ferner ist zu bedenken, daß diese Verfeinerungsgewerbe vielfach mit einer Einschränkung des gewinnbringenden Auslandsabsatzes auf längere Zeit werden rechnen müssen, während auf der anderen Seite die kartellierten Rohstoffindustrien, die obendrein durch starke Kapitalskonzerne gedeckt und beherrscht sind, für den Bezug der Rohstoffe und Halbfabrikate schwere Preise diktieren werden. Gleiches ist für Auslandsbezüge an Rohstoffen vielfach zu befürchten. Kurz: die Gestehungskosten und die Gewinnmöglichkeiten in so manchen deutschen weiterverarbeitenden Gewerben und Edelwarenindustrien werden sich nach dem Kriege, wenn nicht ein ungeheurer Kriegsgewinn den Binnenmarkt mit goldenen Wogen überfluten sollte, voraussichtlich so schwierig gestalten, daß bei der Verteilung des Produktionsertrages auch für die gut organisierten Arbeiter der Lohnanteil kaum gleichmäßig mit den verteuerten Lebenskosten wachsen wird. Die Erwartung aber, daß angespannteste Produktivitätssteigerungen mit Hilfe der Technik und der Betriebsorganisation rasch einen Kosten- und Preisausgleich

schaffen werden, beruht auf zu unbestimmten Grundlagen, als daß man für die nächste Zeit sicher darauf bauen könnte. Die organisierte Arbeiterbewegung Deutschlands wird jedenfalls nüchtern mit der ungünstigeren Wahrscheinlichkeit rechnen und ihre Politik, soweit sie die soziale Frage als Magenfrage betrifft, demgemäß ausgestalten müssen. Die bisherige gewerkschaftliche Beeinflussung der Einkommensverteilung zugunsten der Arbeiterklasse wird der Ergänzung durch eine planvolle Güterbeschaffungs- und Verteilungspolitik und eine umsichtige Verbrauchspolitik bedürfen, um das nominelle Lohneinkommen in seiner wirtschaftlichen Ergiebigkeit zu erhöhen und die für den Lohn eingetauschten Lebensbedarfsgüter möglichst zweckvoll auszunutzen.

Derartige Gedankengänge liegen naturgemäß der deutschen Arbeiterpolitik nicht fern. Das wirtschafts-, handels- und steuerpolitische Programm der Sozialdemokratie war von jeher wesentlich von dem Konsumentenstandpunkt der unbemittelten Arbeiterklasse beherrscht. Auf den freien Gewerkschaftskongressen spiegelte sich das Teuerungsproblem in allen Farben. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat, zumal auf der dritten Tagung des „Deutschen Arbeiterkongresses" (Berlin 1914), mit Entschiedenheit gegenüber der natürlichen und künstlichen Lebensmittelverteuerung Abhilfe gefordert und eine Reihe beachtenswerter Vorschläge zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, der Auslandsbezüge, der Lebensmittelmärkte usw., gemacht. Auch die Verbandstage der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) haben sich in den letzten Jahren häufiger mit wirtschafts- und handelspolitischen Fragen befaßt. Endlich sind die Konsumgenossenschaften im letzten Jahrzehnt mit steigender Kraft für die Verbesserung der Bedarfsdeckung der Arbeiterschaft tätig gewesen. Alles Zeichen dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft längst vor dem Kriege bewußt das Dilemma von Löhnen und Preisen von beiden Polen aus angepackt hat. Die Kriegswirtschaft aber hat diesem zwieschlächtigen Problem, wie jeder am eigenen Leibe erfahren, eine so starke Drehung nach der Preisseite hin gegeben, die auch nach dem Kriege lange bleiben wird, daß eine noch weit entschiedenere Beschäftigung mit der wirtschaftlicheren Bezugsregelung und Befriedigung des Lebensbedarfs der Massen zur Notwendigkeit für die Arbeiterschaft wird.

Es kommen da hauptsächlich folgende Wege und Methoden in Betracht:

1. Die Beeinflussung der Gesetzgebung des Reiches und der Bundesstaaten auf den Gebieten der Handels-, Zoll-, Steuer- und Verkehrspolitik mit allen ihren Nebenkapiteln wie Fleischbeschau

Seuchenkonventionen, Einfuhrscheinen, Kontingentierung, Nahrungsmittelüberwachung, Seefischerei, Wasserstraßen, Bahntarifen usw. Diese Förderung und Erleichterung der Nahrungsversorgung durch die Reichs- und Staatsgesetze hat in den Richtlinien der Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse von jeher obenan gestanden und wird auch künftig eine ausschlaggebende Rolle spielen. Zur Verwirklichung dieser Ziele können die Arbeiter im wesentlichen nur ihren staatsbürgerlichen Einfluß durch öffentliche Aufklärungs- und Werbearbeit und durch den politischen Stimmzettel geltend machen.

2. Unmittelbarere Einflußmöglichkeiten durch positive Mitwirkung bietet die zweite Methode der sozialen Ordnung der Massenbedarfswirtschaft durch die Ausgestaltung der öffentlichen Verwaltungstätigkeit auf diesem Gebiete. Die Organisation von Zwangsgemeinwirtschaften oder gemischten Unternehmungen, sei es des Reichs, der Bundesstaaten oder der Gemeinden, zur Regelung der Nahrungs- oder Futtermittelgewinnung unter rein gemeinnützigen Gesichtspunkten, die Errichtung von Monopolen, z. B. für die Stickstoffdünger-, Kohlen-, Elektrizitäts-, Gaserzeugung usw., die Verstaatlichung des Zwischenhandels in Getreide, Zucker, Spiritus, Petroleum, Tabakfabrikaten usw. bilden eine immer wichtigere Ergänzung der bloß normierenden und überwachenden wirtschaftlichen Verkehrsgesetzgebung durch positive, produktive und elastisch verwaltende Tätigkeit, bei der die freien organisierten Talente des Bürgertums, insbesondere auch der öffentlich geschulten Arbeiterbewegung, nützliche und zielweisende Mitarbeit leisten können und müssen. Die Kriegszeit hat uns gezeigt, nicht nur, wieviel anregende Gedanken für derlei große Organisationsaufgaben aus dem fruchtbaren Zusammenwirken zwischen Beamtentum und Arbeiterschaft entspringen, sondern wie vor allem auch die Mitbeteiligung der Vertrauensmänner der Arbeiterschaft an solchen schöpferischen Verwaltungswerken für ihre glatte Aufnahme und sichere Einbürgerung bei den Massen einen empfänglichen Boden schafft. Und die dauernde Mitwirkung der Arbeitervertreter gibt außerdem die unentbehrliche Gewähr, daß diese gemeinwirtschaftlichen Produktions- und Handelsschöpfungen nicht schließlich fiskalisch entarten und erstarren, sondern den ursprünglichen Leitgedanken gemeinnütziger Versorgung zum Besten der schwächeren Volksteile dauernd im Auge behalten. Auch würde die Mitwirkung der Arbeitervertreter an diesen Verwaltungskörpern die Gewähr geben, daß die politische und staatsbürgerliche Bewegungsfreiheit der Angestellten in den öffentlichen Betrieben nicht beeinträchtigt wird.

3. Ein besonders ergiebiges Anwendungsgebiet für die gemeinwirtschaftliche Volksversorgung wird sich in den Stadtgemeinden erschließen, wo ja die Voraussetzungen wenigstens für die Verteilungsorganisation am günstigsten liegen und zahlreiche Ansätze und Vorbilder dafür seit langem bestehen. Die Kriegszeit hat obendrein zu starken Fortschritten in dieser Richtung (Versorgung mit Mehl, Fleisch, Fischen, Kartoffeln, Hülsenfrüchten usw.) gedrängt und die gute verwaltungsmäßige Lösbarkeit dieser bisherigen Privathandelsaufgaben bewiesen. Wenn es auch vielleicht unzweckmäßig wäre, die private Unternehmertätigkeit in diesen Dingen völlig auszuschalten, so wird doch die Arbeiterschaft angesichts des Teuerungsdruckes ein lebhaftes Interesse daran haben, daß durch die Konkurrenz gemeinnützig geleiteter städtischer Lebensmittel- und Massenbedarfsverkäufe — auch Milch, Gemüse, Kohlen, Petroleum u. dgl. können je nach den örtlichen Verhältnissen in Betracht kommen — die Preise und die Güte der Waren des Privathandels auf einer bekömmlichen Höhe gehalten werden. Die Fragen der öffentlichen Preisfestsetzung durch die Gemeinden in organischem Zusammenwirken mit einer großzügigen Taxen- und Gebührenpolitik von Reichs und Staats wegen für gewisse Produktions- und Großhandelszweige hängen mit solcher gemeinwirtschaftlichen Versorgungsorganisation naturgemäß eng zusammen. Nach den Erfahrungen der Kriegszeit ist freilich mit einer grundsätzlichen Höchstpreispolitik noch garnichts gewonnen, sondern unzweckmäßig bemessene, durch falsche Rücksichten beeinflußte Höchstpreise, die überdies in der Praxis sich meist leicht in Normal- oder gar Mindestpreise für schlechteste Ware verwandeln, können unter Umständen mehr schaden als nützen. Alles kommt auf die kluge und sozial-entschlossene Handhabung der Taxen — etwa nach dem Grundsatz: Selbstkosten + x % — an. Hier die Arbeiterverbrauchsinteressen nachdrücklich zur Geltung zu bringen und der Arbeiterschaft Mitbestimmungsrechte bei der Verwaltung zu sichern, erscheint eine wichtige Sonderaufgabe neben dem Ziel der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelpolitik im allgemeinen.

4. Die öffentlichen Verwaltungskörper oder die von ihnen überwachten „gemischten Wirtschaftsunternehmungen" für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die sich für Speicher- und Gefrieranlagen empfehlen, können natürlich nur einen, den allerelementarsten Teil der Massenbedarfsdeckung in die Hand nehmen und sozial beeinflussen. Die größten schöpferischen Aufgaben werden immer der Selbsthilfe der Arbeiterschaft und ihrer genossenschaftlichen Eigenorganisation verbleiben. In den 1600 deutschen Konsumvereinen mit ihren 2¼ Milli-

onen Mitgliedern ist die Erkenntnis von der Macht organisierter Kaufkraft seit langem in die Tat umgesetzt. Aber wenn man berechnet, daß der Gesamtbedarf der deutschen Arbeiter vor dem Kriege jährlich etwa 20 Milliarden Mark ausmachte und rund die Hälfte davon auf Nahrungs- und Genußmittel entfiel, so wollen die $^2/_3$ Milliarden Gesamtumsatz der Konsumvereine an Lebensmitteln — also nur 6—7 v.H. — nicht viel besagen. Erst dem 14. Teil der deutschen Arbeiterschaft kommt die Verbilligung des genossenschaftlichen Warenbezugs, der, abgesehen von den Rückvergütungen, noch nicht halb soviel Unkosten wie der Privathandel verursacht und zum Bareinkauf nützlicher und gediegner Waren erzieht, bisher zugute. Über $^9/_{10}$ der Arbeiterschaft haben an eine Selbstbefreiung von dem Zwischengewinn des privaten Groß- und Kleinhandels, der nach Gustav Maiers Schätzungen auf 1000 Mk. Verbrauch städtischer Arbeiterhaushaltungen 333 Mk. ausmachen, während der Mehrwertgewinn des produzierenden Unternehmers nur 37 Mk. betragen soll, noch nicht gedacht. Hier winken also großartige Aufklärungs-, Erziehungs- und Organisationsaufgaben, die einen starken greifbaren Nutzen für die Massen bergen und den Teuerungsdruck außerordentlich erleichtern können, zumal wenn sich zu dem bloßen genossenschaftlichen Großeinkauf- und Verteilungsbetrieb nicht nur eine gute Kreditorganisation zur Verdrängung des wucherischen Abzahlungs- und Versatzgeschäfts, sondern vor allem auch der entschiedene Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion und die systematische Pflege ernährungswissenschaftlicher und hauswirtschaftlicher Aufklärung gesellt.

5. Die haus- und küchenwirtschaftliche Aufklärung ist durch die Kriegszeit plötzlich zu ungeahntem Ansehen auch in den breiten Kreisen der Arbeiterklasse gekommen, die früher mit einem Nasenrümpfen die guten Leute verspotteten, „die mit billigen Kochrezepten die soziale Frage lösen wollten“. Heute weiß jeder einsichtige Arbeiter, wie sehr es nicht nur auf die Beschaffung der Lebensbedarfsstoffe, sondern auch auf ihre zweckmäßigste, sachkundige Ausnutzung ankommt, und welch große privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Werte in der tüchtigen Schulung der Arbeiterhausfrauen, in der guten Kenntnis von Küche und Keller liegen. Die Gesundheit und nicht minder die Wirtschaftskasse der Familie gewinnen bei gründlichem hauswirtschaftlichen Unterricht der Mädchen und Frauen ebensoviel wie bei der Aufklärung der Männer über die Gefahren starken Alkohol- und Reizmittelgenusses. Auch hier können öffentliche Einrichtungen — Wirtschaftsschulen, Großküchen mit öffentlicher Speiseausgabe, Re-

formgasthäuser u. ä. — mit der Selbsthilfe der Arbeiter zusammen Erhebliches für die Verbesserung und Verbilligung der Arbeiterernährung leisten, wenn sich die Arbeiter- und Frauenorganisationen zweckbewußt der Sache annehmen und sich die sachkundige Unterstützung von Fachleuten und gemeinnützigen Stellen sichern.

6. Der erwähnte Ausbau der genossenschaftlichen Eigenproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse muß Hand in Hand gehen mit Steigerung der deutschen Bodenerzeugung überhaupt — nach Menge, Güte und Ertrag auf die Flächeneinheit. Ohne systematische Förderung der landwirtschaftlichen Technik, Betriebsorganisation, Kreditgebarung und Entschuldung ist das nicht möglich. Ob die Intensitäts- und Ertragssteigerung größere Erfolge im Rahmen des Großbetriebs oder des Kleinbetriebs verspricht, ist eine klimatische und agrikulturtechnische Frage, die von der sozialpolitischen Seite aus allein nicht vollkommen gelöst werden kann. Wohl aber ist eine Verbindung der intensiven Kleinbesitzertätigkeit mit der wissenschaftlich und technisch fortschrittlichen Großbetriebsorganisation erwägenswert in der Gestalt landwirtschaftlicher Betriebsgenossenschaften — auch auf den Ödlandsgebieten, von deren $3^1/_2$ Millionen Hektar Fläche rasch einige Hunderttausende durch die Innenkolonisation dem deutschen Siedlungs- und Ernährungswesen erschlossen werden müssen. Genossenschaftliche Rentengutsbildungen und landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften von Bauern, Arbeitern und Dorfhandwerkern versprechen eine kräftigere Entwicklung als die städtischen Gewerbegenossenschaften, wenn nur eine gute Leitung und genügender Kreditrückhalt für die ersten schweren Lehr- und Probejahre gewährleistet wird.

7. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit hat überdies ein Interesse an der genossenschaftlichen Freisetzung ihrer ländlichen Arbeiterkameraden, die unter der Großgutsherrschaft im Wettbewerb mit kulturlosen ausländischen Wanderarbeitern oft ein sozial und staatsbürgerlich unbefriedigendes Dasein führen. Heute werden diese ländlichen Arbeiterscharen aus Mangel an Rechten und an zugänglichem Boden, auf dem sie als Eigenbesitzer einwurzeln könnten, leicht wie Flugsand vom platten Lande fortgeweht in die Groß- und Industriestädte, wo sie den Arbeitsmarkt überlasten und den ansässigen Arbeitern den Lohn drücken. Die städtische Gewerkschaftspolitik hat gegenüber diesen stets neu nachdringenden Unterbietern, die aller Organisationserziehung bar sind, einen schweren Stand. Die Landarbeiter draußen in den Gutsbezirken gewerkschaftlich zu organisieren, ist ein schwieriges Beginnen. Gelänge es aber, sie in Produktivgenossenschaften zusammen-

zufassen und sie als genossenschaftliche Mitbesitzer mit der Scholle, die sie bebauen, sozial inniger verwachsen zu lassen, so würde, neben der durch das genossenschaftliche Selbstinteresse gesteigerten Erzeugung, der bedenkliche Wettbewerb der Arbeitsuchenden vom Lande in den Städten erheblich eingedämmt und das Lohngebäude gegen Unterspülung besser gesichert sein als bisher.

So schließen sich letzten Endes die Einkommenspolitik der Arbeiter als Produzenten und die Güternutzungspolitik der Arbeiter als Verbraucher harmonisch zu einem Kreise zusammen, der ihre Stellung auf dem Wirtschaftsmarkte wie ein starker Reif festigt. Die alte nationalökonomische Lehre, daß Produktion und Konsumtion wie zwei lückenlose Zahnräder ineinander greifen müssen, damit die sozialwirtschaftliche Maschinerie gut arbeite, enthält greifbare Nutzregeln für die praktische Arbeiterpolitik, die es verdienten, mehr als bisher beherzigt zu werden. Hoffentlich erweist sich auch hier der Krieg als der erfolgreiche, wenngleich harte Erzieher.

Naturgemäß kann die Lohnarbeiterschaft hier nicht allein stehen. In der Verbrauchswirtschaft verbinden sie vielfach gleichartige Interessen mit den privaten und öffentlichen Beamten, den Lehrern usw. bis zu den mittleren Gehaltsschichten hinauf und nicht zuletzt mit der Masse der kleinbürgerlichen Hausfrauen. Es ist bereits in der Kriegszeit ein erfolgreicher Versuch gemacht worden, diese vielseitigen und doch im Grunde gleichgerichteten Verbrauchergruppen zu einer geschlossenen Phalanx, dem „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen“ zu vereinigen, um in gemeinsamer Abwehr den Preistreibereien für den Massenbedarf entschiedener zu begegnen. Wenn es gelingen sollte, diesen „Kriegsausschuß“ in der Friedenszeit fortzuführen und zu einem rechten „Reichsbund für Verbrauchswirtschaft“ auszugestalten, dann würden die oben geschilderten Möglichkeiten für die Arbeiterbewegung, ihre Lebenshaltung allen Teuerungseinflüssen zum Trotz zu fördern, durch solchen breiten Resonanzboden eine wirksame Verstärkung erfahren. Denn neben der Vervollkommnung der Organisation gedeihlicher Massenversorgung könnte durch einen starken Reichsbund der Verbraucher und seine überwachende, erziehende Tätigkeit auch die notwendige Reinigung und Gesundung der Handelsmoral im Güterverteilungswesen erfolgen, ohne die die Bestrebungen der Arbeiterschaft zur harmonischen Ausgleichung von Einkommen und Lebenskosten allzuleicht wieder spekulativ durchkreuzt werden.

Die Neugestaltung der Wirtschaftsordnung.

Von Paul Lensch.

Wenn Deutschland in diesem Kriege siegt, so wird es durch seine Organisation siegen, durch seine militärische wie seine wirtschaftliche. Die Struktur des deutschen Wirtschaftslebens hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten starke Veränderungen durchgemacht. Sie sind ohne Frage mit eine der Ursachen für die erstaunliche Elastizität, mit der sich die deutsche Industrie den so plötzlich durch den Krieg über sie verhängten Lebensbedingungen anzupassen in der Lage war.

Das Kennzeichen der wirtschaftlichen Neuorganisierung besteht in der überragenden Stellung, die die Industriekartelle und im engsten Zusammenhang damit die großen Banken gewonnen haben. Der Schutzzoll, der eingeführt wurde, um die Beherrschung des heimischen Marktes durch ausländische Industrien zu verhindern, er wurde der wichtigste Hebel zu dieser Neuorganisierung und endete mit der Beherrschung des ausländischen Marktes durch die heimische Industrie. Da man durch den Schutzzoll die ausländische Konkurrenz losgeworden war, war es nur ein Schritt, durch den organisatorischen Zusammenschluß des Industriekapitals auch die innere Konkurrenz loszuwerden. Die Preis- und Absatzkartelle entstanden, die den inneren Markt beherrschten und unter sich die Konkurrenz aufhoben, und so führte die wirtschaftliche Entwicklung, nachdem sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts die freie Konkurrenz an die Stelle des Monopols und der staatlichen Privilegien und Konzessionen gesetzt hatte, zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Monopol an die Stelle der freien Konkurrenz. Scheinbar ist also die Volkswirtschaft den Krebsgang oder wenigstens den Kreisgang gegangen, sie ist zu ihrem Ausgangspunkte, dem alten Merkantilismus, zurückgekehrt, wie man ja auch vielfach die heutige Wirtschaftspolitik als Neumerkantilismus bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Reproduktion alter, überwundener Wirtschaftsformen auf unendlich erweiterter Stufenleiter, die allerdings gerade durch diese unendliche Erweiterung zu einem qualitativ Neuen wird. Der Neumerkantilismus ist nichts anderes als die bisher reifste Form des Kapitalismus: der Imperialismus.

Diese Strukturveränderung der kapitalistischen Gesellschaft, die ganz im stillen vor sich ging, hat die größten Folgerungen gehabt. Sie hat die wirtschaftliche Macht in wenigen Händen konzentriert, wenn man auch die Zahl der an den Syndikaten interessierten Schichten nicht unterschätzen soll. Die breiten Massen des selbständigen Mittelstandes wurden dezimiert, die Zunahme des Proletariats war gewaltig, die Preispolitik der Kartelle führte im Verein mit anderen Tatsachen, so vor allem mit der Bevölkerungszunahme, zu einer sehr erheblichen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, die in erster Linie die arbeitenden Massen traf und diese zu rastlosen Lohnbewegungen drängte, die ihrerseits wieder den Anlaß zu neuen Preissteigerungen bildeten. Während das Schutzzollsystem zu einer geistigen und politischen Annäherung zwischen den Großagrariern des Ostens und den Großindustriellen des Westens führte, die beide am Hochschutzzoll interessiert und auf die gegenseitige Unterstützung im Kampfe für stets neue Zollerhöhungen angewiesen waren, zerbrach gleichzeitig die Beseitigung der freien Konkurrenz dem alten Liberalismus das Rückgrat. Sein Ideal war die freie und allseitig entwickelte Einzelpersönlichkeit, die am besten gedieh im freien, vom Staate nicht regulierten Spiel der wirtschaftlichen Kräfte. Der Staat war der beste, der von seiner Existenz am wenigsten merken ließ, und da der Staat möglichst wenig Aufgaben zu erfüllen hatte, so brauchte er auch wenig Steuern. Der alte Liberalismus hatte etwas „Staatsfeindliches“ an sich. Wie er im Prinzip gegen starke Wirtschaftsorganisationen war und sein Ideal im Einzelunternehmer erblickte, so war er erst recht gegen starke Staatsorganisationen. Eine starke Staatsgewalt erschien ihm als die ärgste Bedrohung der bürgerlichen Freiheit, wobei ihn freilich die Zustände des alten Polizeistaats in dieser Ansicht nur befestigen konnten. Mit dem Verschwinden der freien Konkurrenz und ihrem Ersatz durch die Industriekartelle verschwand die materielle Grundlage des alten Liberalismus. Die freie Persönlichkeit des Einzelunternehmers ging unter in der Aktionärversammlung. Das Ideal der schwachen Staatsgewalt schlug in sein Gegenteil um. Jetzt galt es, die Staatsgewalt zu stärken und gleichzeitig zu beherrschen. Ein Staat, der nach innen und außen den Interessen der Kapitalistengruppen dienstbar war, nach innen die unbotmäßigen Arbeitermassen durch seine Richter und Landräte im Zaum hielt, nach außen Heer und Flotte den Ausdehnungsbedürfnissen des Kapitals jederzeit zur Verfügung stellte: das war jetzt das Ziel der führenden bürgerlichen Schichten geworden. Der alte Liberalismus war damit erledigt, und der Kampf um die Staats-

gewalt bot sich ganz von selber als Parole für die inneren Kämpfe dar. In dem gleichen Maßstabe aber, wie die in Kartellen und Banken organisierten kapitalistischen Gruppen offen die Staatsgewalt in den Dienst ihrer Interessen zu pressen suchten, formierten sich auch die in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen zum Kampfe um die politische Gewalt, d. h. um die Staatsmacht. So wurde durch die wirtschaftliche Entwicklung der Staat von seiner einstigen, erhabenen Stellung über den Parteien heruntergezogen und mitten in das Kampfgewühl der Parteien und Organisationen gestellt.

In dieser Situation brach der Krieg aus und stellte weniger die Nation als den Staat vor die Frage der Existenz. Die Frage wurde bejaht. Auch die Sozialdemokratie bewilligte die Kriegskredite. Kämpfte sie doch nicht gegen, sondern um die Staatsgewalt. Den Staat als den äußeren Rahmen der Nation und gleichzeitig als ein Instrument im Kampfe um den sozialen Aufstieg konnte sich das Proletariat um seiner eigenen Zukunftsinteressen willen schlechterdings nicht zertrümmern lassen.

Wie werden sich nun, menschlicher Voraussicht nach, die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten?

Natürlich hängt unendlich viel davon ab, ob Deutschland siegreich aus dem Weltkriege hervorgehen wird. Daß ein derartiger Ausgang des Krieges im Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse wie des Sozialismus liegt, habe ich in meiner Schrift über die deutsche Sozialdemokratie und den Weltkrieg auseinandergesetzt*). Es hängt weiter viel davon ab, wie der Staat dann seine Aufgabe erfassen, ob er anders wie nach dem Kriege von 1870/71 alle seine Machtmittel und die erreichten Vorteile anwenden wird, um die Entwicklung des Kapitalismus im sozialen Sinne zu beeinflussen, und ob er durch einen Ausbau der sozialen Gesetzgebung im großen Stil den kulturellen Aufstieg der unbemittelten Klassen bewußt erleichtern wird. Denn das scheint zunächst festzustehen, daß die Tendenz der bisherigen Wirtschaftsentwicklung durch den Krieg nicht geschwächt, sondern außerordentlich gestärkt werden wird. Die ungeheuren finanziellen Transaktionen, die der Krieg mit sich brachte, werden die Macht der großen Finanzinstitute noch weiter heben. Die gewaltige wirtschaftliche Erschütterung, die schon jetzt unter den kleinen selbständigen Existenzen des Mittelstandes stark aufgeräumt hat, wird nach dem Frieden erst

*) Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg, eine politische Studie von Dr. Paul Lensch, Berlin 1915, Verlag Vorwärts, dritte unveränderte Auflage.

recht wirksam werden und die Überlegenheit der großen Kapitalorganisationen verstärken. Je mehr aber diese Entwicklung sich zuspitzt, desto schärfer treten die sozialen Gegensätze hervor.

Doch gerade hier ergeben sich wichtige Perspektiven. Ende November 1914 ließ der damalige Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Herr Kühn, in seinem Ressort eine Berechnung über die Kosten aufstellen, die bis dahin auf Grund des Mannschafts-Versorgungs-Gesetzes von 1906 die Versorgung der Hinterbliebenen sowie der Invaliden verursachen würde. Er kam auf die Summe von jährlich rund 800 Millionen. Das war berechnet nach einer Kriegsdauer von vier Monaten und auf Grund eines als unzureichend anerkannten Gesetzes. Danach kann man sich einen Begriff von dem ungeheuren Mehrbedarf machen, den der Reichsetat in Zukunft haben wird. Die Verzinsung der bisher aufgenommenen Kriegsanleihen beträgt allein 650 Millionen. Es ist daher nicht übertrieben, wenn man eine Verdoppelung des Reichsetats nach dem Kriege erwartet. Bei einem derartigen Mehrbedarf an laufenden Einnahmen versagen alle Steuern, die direkten wie die indirekten. Und wenn man die Steuerschraube noch so scharf anziehen würde, das Ergebnis wäre dem Bedarf gegenüber auf alle Fälle unzureichend. Hier stellt sich die Verstaatlichung gewisser Industrien von selber als unvermeidliche Konsequenz der Entwicklung dar.

Für eine Verstaatlichung kämen nun in erster Linie Industrien in Frage, die schon jetzt „monopolreif" sind, d. h. wo der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß bereits so große Fortschritte gemacht hat, daß es sich im Grunde nur noch um die Überführung eines Privatmonopols in ein Staatsmonopol handeln könnte. Und gerade in dieser Hinsicht hat die Wirtschaftsentwicklung der anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege mit ihrer Beseitigung der freien Konkurrenz und der Kartellierung der großen Industrien schon rüstige Vorarbeit geleistet. Wir denken hier in erster Linie an die Syndikatsbildung in der Kohlen- und Eisenindustrie, vor allem aber in der Elektrizitätsindustrie, wo das Privatmonopol fast fix und fertig vorliegt. Hier beherrschen die beiden Riesenkonzerne, die Siemens-Schuckert-Werke und die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft fast die gesamte Produktion sowie das dichtmaschige Netz der Überlandzentralen. Die in beiden Konzernen beschäftigten Arbeiter wurden Ende November 1913 auf 83 000 angegeben. Wenn auch nach außen hin beide Unternehmungen getrennt sind, so lohnt es sich doch, darauf hinzuweisen, daß die hinter ihnen stehenden Bankgruppen fast identisch sind. Selbstredend sind es die größten deutschen Banken, die sog. D-Banken,

die hier in Frage kommen. Schon dadurch ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß beide Gruppen miteinander in ernsthafte Konkurrenz treten werden, und die Vermutung Adolf Brauns ist vielleicht berechtigt, daß nur deshalb die beiden Konzerne sich nicht in eins zusammentaten, weil das drohende Monopolgespenst, d. h. die Verstaatlichung, abschreckte. Nach dem Kriege jedoch ist die Finanznot des Reiches derartig dringend geworden, daß das Monopolgespenst aufhören wird, ein bloßes Gespenst zu bleiben und sich in ein wirkliches Monopol verwandeln wird. Und wenn vielleicht auch die Verstaatlichung der gesamten Elektroindustrie noch für den Augenblick als zu schwierig erscheinen mag — die schier unübersehbare Mannigfaltigkeit der einschlägigen Produkte bietet einen derartigen erschwerenden Faktor —, so erscheint die Licht- und Kraftversorgung durch elektrische Zentralen in der Tat als monopolreif. Die vielfache Kommunalisierung dieser Kraftquellen hat der Verstaatlichung gut vorgearbeitet, und wenn hier auch Reibungen zwischen den Finanzinteressen des Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunen sich ergeben — haben doch Einzelstaaten, wie Bayern und Baden durch Anlegung großer Werke stattliche Kapitalien in der Elektrizitätsindustrie angelegt —, so muß man sich darüber klar sein, daß eine finanzielle Neuorientierung nicht bloß im Reich nach dem Kriege Platz greifen wird, sondern ebenso auch in Staat und Gemeinde.

Die Verstaatlichung der Kohlenindustrie ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Auch der Kohlenbergbau hat sich zu einem Privatmonopol entwickelt, das unter Leitung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats steht, und die Preispolitik dieses Syndikats mit ihren Teuerungspreisen im Inlande und ihren Schleuderpreisen im Auslande ist zu bekannt, als daß es nötig wäre, sie hier besonders auseinanderzusetzen. Indessen ist bei dem jetzigen Stande der Technik die Kohlenindustrie so eng mit der Eisenindustrie verwachsen, daß die Monopolisierung der einen unmöglich ist ohne die Monopolisierung der andern. Die ganze Verstaatlichungsaktion böte natürlich nur dann einen wirklichen Fortschritt, wenn sie den erreichten Entwicklungsgrad der Technik nicht zerbricht, sondern im Gegenteil stützt und entwickelt. Und in diesem Zusammenhange wäre jetzt, wo die reinen Zechen- und reinen Eisenwerke bereits überholte Betriebe sind und wo die gemischten Werke den Ton angeben, die Verstaatlichung der Kohlenindustrie allein ein ökonomisch untunlicher Schritt. Und auch die Eisenindustrie ist rein wirtschaftlich betrachtet sehr wohl „monopolreif". Sie stellt in ihrer jetzigen Organisation ebenfalls nichts anderes

dar als ein Privatmonopol. Hierzu käme noch als ein sehr wichtiges Glied die chemische Industrie, die als Spätgeborene von vornherein als Großbetrieb begann und jetzt in ihrer starken Konzentration nur den Schritt vom Privatmonopol zum Staatsmonopol zu machen hätte.

Daneben könnte man noch eine Anzahl von Industrien nennen, die entweder im Ausland ihre Monopolfähigkeit erwiesen haben, oder die auf dem Wege sind, monopolreif zu werden. Wir sehen hier von ihnen ab, ebenso von den Handelsmonopolen Petroleum oder Stickstoff, die den Reichstag schon beschäftigt haben oder noch beschäftigen werden. Von ausschlaggebender Wichtigkeit sind die Industrien der großen Produktionsmittel, Kohle, Eisen, Elektrizität. Sie beherrschen in Wahrheit das Wirtschaftsleben und in ihnen stecken in der Hauptsache die dreihundert Männer, von denen, wenn wir nicht irren, Rathenau sagte, daß sie die Herren der deutschen Industrie sind. Die Verstaatlichung dieser Industrien würde in der Tat einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung die Wege weisen, sie würde dem Staate eine unbegrenzte ökonomische Macht verleihen, gleichzeitig aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, aus dem Staate ein Organ der öffentlichen Demokratie zu machen. Je umfassender die Aufgaben der Staatsgewalt gestellt werden, je mehr sie in die Interessen jedes einzelnen Staatsbürgers eingreifen, desto mehr ist der Staat auf die bewußte Mitarbeit jedes Einzelnen angewiesen, desto stärker entflammt der politische Kampf um den Besitz der Staatsgewalt und desto weniger kann der Staat das Organ einer kleinen Clique bleiben.

Man erkennt, wie unentbehrlich die bewußte Mitarbeit der Arbeiterklasse an einer derartigen Neugestaltung des Wirtschaftslebens ist. Und diese Mitarbeit kann und wird sie umso freudiger leisten, je mehr sie imstande ist, im Kriege trotz aller seiner furchtbaren Begleiterscheinungen einen historischen Entwicklungsvorgang zu erblicken, der die Sozialisierung der Gesellschaft kräftig fördern kann. Gerade diese Erkenntnis wird die politische Haltung der Arbeiterklasse nach dem Kriege maßgebend beeinflussen. Der Neuordnung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege kann sie nicht — was freilich niemals ihre Sache war — mit einigen Flüchen den Rücken kehren, im Gegenteil war der absolute Zwang zur sozialen, politischen und wirtschaftlichen Mitarbeit niemals so unabweisbar wie jetzt. Von der Haltung der Arbeiterklasse selber wird es letzten Endes abhängen, ob die Konsequenzen, die der Krieg gezeitigt hat, im Sinne des Sozialismus bewußt und kräftig gefördert werden können, oder ob man Ansätzen und

Möglichkeiten ihren Lauf lassen will, die, wenn die Arbeiterklasse sich versagt, nur ihren Gegnern zugute kommen würden.

Das trifft ganz besonders für die zu erwartende Monopolwirtschaft zu. Tritt hier die Arbeiterklasse geschlossen und entschlossen auf den Plan, so bieten sich ihr Möglichkeiten, die Organisation der Monopole in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die glatte Verstaatlichung der Privatmonopole würde, was die Höhe der Ablösungsgelder beträfe, nichts anderes heißen, als eine staatlich garantierte Kartellrente für den Großkapitalismus. Die Werte der Betriebe würden so gewaltig in die Höhe getrieben werden, daß von irgendeiner rationellen Verwaltung keine Rede sein könnte. Hier müßten Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen, die Einführung des Achtstundentages, Festsetzung von Maximalpreisen und Minimallöhnen der Verstaatlichung vorausgehen, um so eine abschwächende Wirkung auf die Höhe der Ablösungsgelder auszuüben. Auch die politische Bewegungsfreiheit der Angestellten und Arbeiter wäre sicher zu stellen. Alle diese Forderungen, die für das Schicksal der Arbeiterklasse und der Angestellten im neuen Deutschland von höchster Bedeutung sind, würden sicherlich auf starken Widerstand stoßen — die Rede des Herrn Kirdorf, in der er der Regierung Vorwürfe machte, daß sie mit Arbeiterorganisationen verkehrt habe, spricht eine deutliche Sprache — um so notwendiger ist die entschlossene Mitarbeit der Sozialdemokratie.

Selbstredend würde eine aus den Finanzbedürfnissen des Reiches geborene Überführung der Privatmonopole in Staatsmonopole die Konsumenteninteressen mehr oder weniger scharf treffen. Darüber kann kein Zweifel walten. Allein da es sich hier um Deckung von Ausgaben handelt, denen die Sozialdemokratie zugestimmt hat, und zwar um Ausgaben in einer Höhe, daß auch die ergiebigste direkte Steuer nicht entfernt ausreichen dürfte, um sie zu decken, so kann eine glatte Ablehnung dieser Pläne lediglich aus diesem Gesichtspunkte heraus nicht in Frage kommen. Die großen wirtschaftlichen Fortschritte einer derartigen Neugestaltung des Wirtschaftslebens würden dagegen schwer ins Gewicht fallen. Gerade, daß es Finanznöte sind, die nach Staatsmonopolen verlangen, gerade darin beruht die Sicherheit, daß der hohe Grad von Betriebskonzentration, den die jetzigen Kartellbetriebe der Schwerindustrie schon darstellen, unter der Staatsverwaltung nur noch straffer durchgeführt und systematischer ausgebaut werden. Ist es dem Staat unmöglich gemacht, wie wir verlangen, auf Kosten der Arbeiter Überschüsse herauszuholen, und steht die Bestimmung von Preisen und Tarifen, wie schon jetzt beim Kali-

syndikat, mit unter Kontrolle des Parlaments, so bleibt als einziger Weg, die Staatsmonopole zu ergiebigen Finanzquellen zu machen, die großzügige Konzentration der Betriebe. Hier aber wäre noch sehr viel herauszuholen. In der Elektrizitätsindustrie beispielsweise wäre die Kräfteverschwendung bei der heutigen Kraftübertragung außerordentlich zu verringern. Ganz Deutschland wäre mit wenigen Kraftzentralen, ganz Bayern nur mit zwei, wie von fachmännischer Seite versichert wird, nach dem heutigen Stande der Technik leicht zu versorgen. Eine ähnliche Ökonomisierung des Produktionsprozesses wäre bei anderen Staatsmonopolen auch zu erreichen. Die organische Zusammensetzung des Kapitals, d. h. vermehrte Anwendung von Maschinen, verminderte Anwendung von Menschen, die ja das Kriterium gerade des Großkapitalismus und der Schwerindustrie ist, sie wäre noch einer erheblichen Steigerung fähig. Damit aber wären die ökonomischen Grundlagen einer Entwicklung gesichert, in denen wir Sozialisten die ersten und notwendigsten Voraussetzungen für eine höhere Form des Zusammenlebens, für die gesellschaftliche Regelung der Produktionsweise erblicken. Das übrige tut der politische Kampf.

Und an Kampf wird es auch in Zukunft nicht fehlen. Er bildet das wichtigste Instrument der kulturellen Entwicklung. Er wird dafür sorgen, daß die Neugestaltung des Wirtschaftslebens nach dem Kriege, die, soweit wir sie hier betrachtet haben, in erster Linie fiskalischen Notwendigkeiten entspringt, sich in sozialen Fortschritt umwandelt. Der so bitter nötige Politisierungsprozeß des noch immer recht unpolitischen deutschen Volkes hat freilich durch den Krieg einen alle Schichten der Nation umfassenden Anstoß stärkster Art erhalten. Aber vollenden wird er sich erst in den inneren Kämpfen nach dem Kriege. In ihnen wird die Teilnahme am politischen Leben und damit die Beanspruchung politischer Rechte sich vertiefen, und im Kampfe wird unser Volk dann auch im Innern allmählich das werden, als was es nach außen hin im Kriege sich bewährt hat: ein freies Volk.

Die Sozialpolitik nach dem Kriege.

Von Ferdinand Tönnies.

Was die deutsche Sozialpolitik unter dem Einflusse einer mächtigen Volksbewegung vor dem Kriege geleistet hat, das ist uns allen in lebendigem Bewußtsein. Und es hat sich schon die Ansicht verbreitet, daß diesen Leistungen ein gut Teil von dem verdankt werden muß, was das deutsche Volk in diesen ungeheuren Kämpfen an Willenskraft und Tatkraft, an Duldenskraft und Schaffenskraft bewährt hat und noch bewährt.

Wir Heimgebliebenen hoffen und warten nun, „die Kränze in der Hand“ (nach einem Dichterworte) auf die Heimkehr der Sieger. Wir glauben nicht, wir wünschen nicht einmal, daß die Parteikämpfe verschwinden, daß der Klassenkampf aufhören oder auch nur lahm und zahm werden möge; denn ohne Widerspruch und Streit gibt es kein Leben, keine Entwicklung, keinen Fortschritt. Aber mit allem Ernste wollen wir danach streben, daß über allen Gegensätzen der Interessen und Meinungen nicht wieder vergessen werde: wir waren und sind ein einiges, einmütiges Volk im Widerstand und Angriff gegen die Feinde dieses unseres Volkes, darum auch einmütig nach innen, im Gedanken an das gesunde Leben, das Blühen und Gedeihen dieses unseres Volkes. Verbannt ist die Rede vom inneren Feinde: ein Organismus, in dessen Eingeweiden ein innerer Feind sein Wesen hat, kann eine so gewaltige Lebensbetätigung nicht wirken, wie das Deutsche Reich sie gewirkt hat. Die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens muß als Zeichen der Rüstigkeit und Heilheit gedeutet werden, als eine Gegenwirkung gegen die verwüstenden Folgen der großen bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung, die seit 4 Jahrhunderten der Weltverkehr und Handel, im 19. Jahrhundert aber mit unermeßlich verstärkter Gewalt der technisch-wissenschaftliche Fortschritt in den Grundlagen des gesamten sozialen Lebens hervorgerufen haben.

Nach dieser wissenschaftlichen Erkenntnis muß sich alle zukünftige Sozialpolitik richten, sie muß davon erfüllt sein. Nach wie vor, ja mehr als bisher, muß in ihr walten, was Kant das einzige schlechthin

Gute in der Welt genannt hat: ein guter Wille. Aber dieser gute Wille darf sich nicht selber verwechseln mit dem Geiste der Wohltätigkeit und gnädigen Gunst, der auch dem Schwachen und Unbemittelten etwas gönnen will, der sich herabläßt zu den „unteren Klassen" — er muß mit dem Wissen verbunden sein, daß es einmal und zunächst sich handelt um Gerechtigkeit, die einem jeden gibt, was ihm gebührt (Suum cuique!), sodann aber um die Selbsterhaltung des ganzen Volkes, der „oberen" und „mittleren" Schichten nicht minder als des Proletariats, insofern nämlich, als jene nicht bloß aus Individuen bestehen, die mit ihrem Eigentum schalten und walten nach ihrem Belieben, sondern als sie Glieder sind des lebendigen Körpers der Nation, durch dessen Leben auch ihr Leben ernährt und erhalten wird.

In den zündenden Schlagworten: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" hat die neue bürgerliche Gesellschaft ihren Idealismus ausgeprägt, der die Tore sprengen sollte, hinter denen sie sich eingeschlossen fühlte, die Tore der feudalen Ordnungen des Mittelalters und der Vorrechte („Privilegien"), in denen der absolutistisch-merkantilistische Staat von jenen Ordnungen zu bewahren und zu schützen suchte, was zu seiner eigenen Stütze notwendig schien, obgleich er selber schon im Wachstum der bürgerlich-kommerziellen Gesellschaft die stärkeren Wurzeln seiner Kraft gefunden hatte.

Das große Motto der Revolution war zugleich das Motto für die Entfaltung des großbürgerlichen Reichtums in der großen Industrie, der als Nationalreichtum der Epoche ihren Glanz und ihre tiefen Schatten verlieh. Die bürgerliche Gesellschaft forderte und erzielte Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Niederlassungs- und Eheschließungsfreiheit, in weitem Umfange auch, durch Gestaltung der nationalen Wirtschaftsgebiete, Freiheit des Handels und Verkehrs. Die bürgerliche Gesellschaft forderte Gleichheit vor dem Gesetze und Gleichheit des Gesetzes in den nationalen, durch Verfassungen vereinheitlichten Staaten. Sie wollte dadurch jedem den Weg zum Wohlstand in Grundbesitz und Kapitalvermögen bahnen, jedem den Aufstieg zu öffentlichen Ämtern, zu höherer Geistesbildung, zu freien Berufen eröffnen, jedem — wenigstens jedem stimmfähigen Mitbürger, und wenigstens nach dem Maße seiner Steuerkraft — das Recht geben, an der Gesetzgebung durch Vertreter oder durch Wort und Schrift an der öffentlichen Meinung gestaltend mitzuwirken. Die bürgerliche Gesellschaft forderte Brüderlichkeit zunächst in weltbürgerlichem Sinne, der durch christliche Lehren vorbereitet war: Achtung von Menschenrechten und Menschenwürde, wohlwollende und wohltätige Gesinnung

gegen die Ärmsten und Geringsten, ja gegen die Verworfenen; in der praktischen Anwendung aber verengte sich auch diese Forderung dahin, daß sie vorzugsweise die Bedeutung gewann, den jungen Nationalgeist, insbesondere als Kampfgenossenschaft nach außen hin — in den Heeren Napoleons —, aber auch als bürgerlich-nationales Selbstbewußtsein, zu fördern.

Befruchtet haben diese Vernunft-Ideen das öffentliche Leben Europas und der anderen Weltteile mehr oder minder, am meisten wohl das der „neuen Welt". Sie haben gedient teils zur Verwirklichung allgemein menschlicher, teils und mehr aber der darin enthaltenen nationalen und politischen Institutionen; am meisten aber haben sie gedient — wie in den Vereinigten Staaten am deutlichsten erkennbar — die Herrlichkeit und Vorherrschaft des Kapitals im Lichte des natürlichen Rechts, der Humanität und der Aufklärung, erstrahlen zu lassen.

Der tiefste Grund der sozialen Arbeiterbewegung ist darin gelegen, daß sie die bürgerliche und kapitalistische Bewegung zugleich fortsetzt und ihr eine neue Wendung, eine Wendung gegen sie selber gibt. Darum haben auch für jene die Schlagworte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ihre Bedeutung nicht eingebüßt, sie sind nicht erloschen und werden nicht erlöschen, so lange als das Leben der bürgerlichen Gesellschaft ihnen Nahrung gibt.

Aber sie hatten bisher vorzugsweise einen formalen und äußerlich-rechtlichen Sinn; darum blieb die Freiheit — der Liberalismus — im Vordergrund, und die Brüderlichkeit blieb ein Schatten.

Sie gewinnen aber im neueren, im kritischen und synthetisch-positiven Bewußtsein einen materiellen und innerlich-rechtlichen oder einen sozial-ethischen Sinn und werden dadurch die Leitgedanken einer vom höchsten Geiste des Zeitalters getragenen Sozialpolitik.

Die Freiheit ist für die heutige Arbeiterschaft am wichtigsten und wertvollsten als Freiheit der Assoziation oder Koalition. Diese bewegt sich durchaus auf dem Boden der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, sie überwindet deren „Individualismus" durch sich selber. Aber wie die allgemeine bürgerliche Freiheit durch die Verbindung mit dem freien und beweglichen Eigentum ihre umgestaltende Macht entfaltet, so gewinnt durch eine analoge Verbindung die Gewerkschaft und die Genossenschaft ihren sozialethischen und — das Wort braucht niemand zu erschrecken — kommunistischen Inhalt. Die Gewerkschaft ist, auch wenn sie von ihrem Vermögen Zinsen gewinnt, wesentlich ein Verein zu gegenseitiger und gemeinsamer Hilfe. Auch wenn sie selbst zur Kapitalistin wird, bleibt doch ihr Zweck anti-

kapitalistisch: Hilfe im Kampfe des vereinzelten Arbeiters gegen die Übermacht des Kapitals, Zusammenschluß zu gemeinsamen („kollektiven") Arbeitsverträgen, Unterstützung der Arbeitslosen, der Ausständigen oder Ausgesperrten, Schirmung der Familie, der Frauen und Kinder, zumal der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte, die im Arbeitsmarkte den schwächsten Widerstand leisten.

Unmittelbarer noch ist der antikapitalistische Wert und die sozialethische Zukunftsbedeutung der Genossenschaft. Nachdem die Erfahrung gelehrt hat, daß die Produktiv-Genossenschaft als Unternehmung Vermögensloser entweder im Kapitalwesen untergeht oder (öfter) seinem Wettbewerbe erliegt, ist die Organisation des Konsums mehr und mehr als der richtige Weg erkannt und beschritten worden: die Konsumvereine und vollends die Konsumvereine der Konsumvereine — die Großeinkaufsgesellschaften — können rasch die schwachen Kräfte vieler Einzelner zu einer Stärke zusammenschweißen, die auch Produktions-Genossenschaften zu tragen vermag. Man bringt hervor, was man braucht — die produktive Arbeit dient nicht mehr dazu, um durch Absatz der Ware an fremde und ferne Nachfrage Gewinn zu erzielen, sondern um das lebendige und nahe Bedürfnis zu befriedigen. Nachdem der Tauschwert zur Alleinherrschaft gelangt ist und viele Schönheit, Würde und Sicherheit des Lebens zerstört hat, wird der Gebrauchswert in seine Rechte wieder eingesetzt. Wenn auch bisher nur in geringem Umfange — verglichen mit der Gesamtmasse der Industrie und vollends der Landwirtschaft — so ist doch schon der Beweis der Möglichkeit einer solchen Organisation der Konsumenten von prinzipieller Bedeutung und der Keim einer freien Konkurrenz, in die das System genossenschaftlicher Arbeit mit dem System der freien Konkurrenz und der vom Kapital abhängigen Arbeit tritt.

Weise Sozialpolitik wird daher, wenn sie sich auch nicht berufen fühlen mag, Gewerkschaften und Genossenschaften unmittelbar zu fördern und zu begünstigen, sicherlich ihnen gegenüber eine wohlwollende Neutralität beobachten und ihnen mindestens ebenso viel Freiheit und Spielraum gönnen, wie anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Unternehmungen, besonders also wie den Vereinigungen des Kapitals, gegen deren monopolistische Tendenzen und Machteinflüsse sie ein wertvolles, ja notwendiges Gegengewicht darstellen. Hier möchte also die Anwendung des Prinzips des Gehenlassens (laisser faire) und der Parität geboten sein, das in so manchen Bezügen dem heutigen Staate angesichts der mannigfachen Bestrebungen und Meinungen seiner Bürger angemessen ist.

Übrigens gibt es mehr als ein Gebiet, wo Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters und der Arbeiterin zu den positiven Aufgaben der Sozialpolitik gehört. Es ist das natürliche Bestreben vieler Arbeitgeber, ländlicher und industrieller, besonders auch großer Bergwerksunternehmungen, zuweilen in Gestalt von Wohlfahrtseinrichtungen, eine gewisse Hörigkeit durch vertragsmäßige Bindungen des Dienstverpflichteten zu erneuern. Im Gesindewesen, dem solche Arbeitsverhältnisse nahe verwandt sind, hat sich ein Stück persönlicher Abhängigkeit erhalten, das in der häuslichen Gemeinschaft seinen Grund und auch seine innere Rechtfertigung haben kann. Ebenso behält das Lehrlingswesen im Handwerk und in Kleinbetrieben des Handels und Verkehrs seinen guten Sinn, das aber um so mehr — hier wie dort — gegen Ausbeutung und Mißhandlung geschützt werden muß. In diesen Verhältnissen ist freilich mehr von der sittlichen Bildung des Hausherrn und der Hausfrau, wie des Lehrmeisters, als von gutgemeinter Gesetzgebung zu erwarten. Die persönliche Freiheit des erwachsenen Menschen ist aber so sehr die Grundlage und Voraussetzung jedes sittlichen Bewußtseins geworden, daß der Staat die notwendigen Folgerungen daraus nicht scheuen, also auch den Landarbeitern die Koalitionsfreiheit nicht um scheinbarer Gefahren willen vorenthalten darf. Ferner muß aus dem Grundsatze eine weitgehende Freiheit der Selbstverwaltung abgeleitet werden, die als ein Gegengewicht gegen den Schematismus der Bürokratie die heilsamste Schule für den staatsbürgerlichen Gemeinsinn darstellt und recht eigentlich der politischen Volkserziehung dient, deren Bedürfnis um so stärker wächst, je mehr das Volk lernen muß, auch im großen durch die Personen seines Vertrauens sich selbst zu regieren.

Mehr noch als die Freiheit ist es Gleichheit, die durch sozialethische und sozialpolitische Gesichtspunkte ein neues Gesicht erhält. Wenn die Februar-Erlasse des regierenden deutschen Kaisers (1890) die Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Unternehmer als unerläßliche Forderung wie mit scharfer Kante ins öffentliche Bewußtsein rückten, so war damit etwas ausgesprochen, was im rechtlichen Sinne selbstverständlicher Inhalt der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung längst geworden war; die Bedeutung war im sittlichen Sinne enthalten, sie war ein Appell an das Gewissen der Begüterten und Bevorzugten, war Hinweisung darauf, daß sie nicht sich als Herrenstand fühlen dürfen, daß hinter den sozialen Unterschieden des Vermögens und Einkommens die Volksgemeinschaft lebendig bleiben soll, und daß es eine Pflicht des im ethischen Sinne Gebildeten ist, sich in die

Lage des Anderen, auch des etwaigen Gegners, zu versetzen, eine Pflicht, die aus der Pflicht zur Selbsterkenntnis unmittelbar fließt. Der in diesem Geiste erzogene Mensch wird zu Anschauungen, Bestrebungen, Kämpfen, die seinen Meinungen und Interessen widerstreiten, mit dem ernsten Willen zum Verständnis sich stellen, er wird die Gleichberechtigung des sozial Geringeren in sein Gefühl aufnehmen und dadurch auch dem unvermeidlichen Klassenkampfe mit gelassenem und versöhnlichem Sinne begegnen.

Aber die Idee der Gleichheit hat für die Sozialpolitik eine viel größere Tragweite. In ihrem Zeichen ist der Sozialismus geboren. Sie verlangt nichts Geringeres als eine Ausgleichung der Unterschiede des Vermögens und des Einkommens. Freilich glaubt auch der kühnste Utopist nicht mehr an die Möglichkeit, auch der einfältigste kaum an die Ersprießlichkeit einer Aufteilung oder sonstwie hergerichteter mechanisch abgegrenzter gleicher Portionen von Gütern für jedermann oder für jede Haushaltung. Schon der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Friedrich Engels, sagt von jeder Gleichheitsforderung, die über die Forderung der Abschaffung der Klassen, den wirklichen Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung, hinausgehe, sie verlaufe notwendig ins Absurde. Und doch behält das Streben nach Gleichheit in jenem Sinne: als Ausgleichung und Ausfüllung der Kluft zwischen Reichtum und Armut, nicht nur seine ethische Richtigkeit, sondern Gleichheit, so verstanden, ist auch ein notwendiges Ziel sozialpolitischen Wollens. Das Ideal eines menschenwürdigen Daseins für jedes Kind einer deutschen Mutter, darum für jede Familie, die sich durch Mitarbeit am Schaffen materieller und ideeller Güter ein Recht auf Anteil am Nationalvermögen und Volkseinkommen erworben hat, bedarf als Ideal der Anerkennung nicht mehr, es hat schon die Festigkeit eines Glaubens für sich gewonnen, der darauf Häuser bauen möchte. Häuser auch im eigentlichen Sinne! Denn die Behausungs- und Wohnungsfrage stellt eines der größten, der dringendsten Probleme für eine erleuchtete Sozialpolitik dar, sofern es dieser um die Bedingungen der leiblichen und seelischen Gesundheit des Volkes zu tun ist. Auch ist schon weit in die Kreise der mittleren und sogar der oberen Volksschichten die Notwendigkeit der Bodenreform als einer gewaltigen, dringenden Aufgabe eingedrungen, d. i. einer Rechtsgestaltung, die letzten Endes das Privateigentum an den „Produktionsmitteln", zunächst aber an dem gemeinsamen heiligen Gut der Erde, seiner Willkür entkleiden und der Macht berauben soll, es als Mittel der Bereicherung auszunutzen, anstatt es in Verbindung mit

seinen wesentlichen Zwecken im Dienste eines lebendigen Volkstums zu erhalten. Eine solche Verbesserung des Rechtes, wodurch das Privateigentum dem Gemeineigentum untergeordnet wird, gehört aber auch in allgemeinerer Zielsetzung zum eigentlichen Inhalt einer Sozialreform, die dieses Namens würdig sein will. Wie in besonders eindringlicher und überzeugender Weise der Altmeister des staatssozialistischen Denkens, Adolph Wagner, gelehrt hat und noch lehrt, an der Eigentumsfrage darf sich, wer der sozialen Frage entschlossen ins Antlitz schaut, nicht scheu vorbeidrücken, als Denker und als Staatsmann muß er danach streben, den Gedanken durchzusetzen, daß es kein absolutes Privateigentum gibt, sondern daß es wie alles Privatrecht durch das öffentliche Recht und das Lebensbedürfnis der Volksgemeinschaft bedingt bleibt. Tatsächlich ist — wie eben Wagner eindringlich hervorhebt — diese Wahrheit im Enteignungsverfahren und in der Begrenzung des sog. geistigen Eigentums — das doch in seiner sittlichen Begründung ein echteres Eigentum ist als das Eigentum am Boden und am Kapital, zumal wenn dieses sich in Massen zusammenballt — längst zur Anerkennung gelangt. Gleichwohl ist die sozialpolitische Anwendung dieser Wahrheit mit tiefen inneren Schwierigkeiten besetzt. Einer der nächsten gangbaren Wege liegt — wiederum nach Wagner — in der Steuergesetzgebung. Wir wissen alle, welche Krise aus der Forderung einer Reichserbschaftssteuer entsprungen ist. Die Betrachtung dieser Krise ist darum hier nicht angezeigt, weil sie auch Fragen der auswärtigen und Welt-Politik zu berühren nicht umhin könnte. Wenn aber neuerdings — und nicht allein in unserem Lande — eine energische Besteuerung der Kriegsgewinne zur populären Forderung geworden ist, so liegt darin eine sehr bedeutsame Anwendung jener wichtigen Wahrheit. Denn es wird die sittliche Berechtigung dieser Gewinne in Frage gestellt; ja, sie wird geleugnet: das öffentliche Gewissen empört sich dagegen, daß ungeheure Reichtümer aus einem allgemeinen Notstande gesogen werden, die Ungleichheit der ökonomischen Folgen des Krieges wird als tiefe Ungerechtigkeit empfunden und der Ruf nach gerechter Ausgleichung erhebt sich mit elementarer Gewalt. Aber der Forscher kann hierin nicht etwas Vereinzeltes, kaum eine Ausnahme erkennen. Es liegt nur ein besonders auffallender Fall einer allgemeinen Erscheinung vor. Alles, was dem Volke, oder doch großen Volksteilen Schaden, ja Verderben bereitet, bringt Einzelnen hohe Gewinne, regelmäßiges, gesichertes Einkommen, dessen sittliche Berechtigung schweren Bedenken unterliegt. Es gehört zum Wesen des Kapitalismus, daß er jede Gelegenheit

ohne Skrupel ergreift, die ihm materiellen Vorteil in gewisse oder wahrscheinliche Aussicht bringt. Hier und da setzt schon die heutige Gesetzgebung gewisse Schranken; aber im großen und ganzen ist noch die sogenannte Volkswirtschaft „sich selbst überlassen", obgleich sie zum Teile darauf beruht, daß auch schmutzige Geschäfte für gut gehalten werden, daß auch der auf Ausbeutung, auf gewissenlosen Schiebungen, auf lügenhaften Reklamen begründete Profit gleichsam heilig gesprochen wird; um von Wucher und Betrug, die nur in ihren einfältigeren Gestalten oder gröbsten Auswüchsen das Strafgesetz zu fassen versucht, zu schweigen. Die Sozialpolitik kann sich der Betrachtung und Erkenntnis nicht entziehen, daß alle Arten von Laster durch das Streben nach Gewinn sorgsam gepflegt werden. Selbsthilfe vermag dagegen nicht wenig; aber an Staatshilfe sollte es nicht fehlen, wo alle Aufgaben der Sozialpädagogik im Spiele sind, wo die Frage nicht zu umgehen ist, ob wirklich der Reichtum an beliebigen Gütern, die Zugänglichkeit beliebiger Genüsse ein sittliches Gut sei, wie zumeist in unbesonnener Weise und beinahe als selbstverständlich angenommen wird.

Wenn nun die Brüderlichkeit im liberalen Systeme fast wie ein verwahrlostes Kind an die Seite geschoben wird, oder eigentlich gesprochen, vorzugsweise als Phrase ihren Platz behauptet, so steht sie hingegen im sozialistischen Gedanken als die Vollendung und Erfüllung da. Man möchte erinnern an die christlichen Ideale, die man ehemals die theologischen Tugenden nannte: „Glaube, Liebe, Hoffnung, diese drei, nun aber ist die Liebe die größte unter ihnen." So ist Brüderlichkeit der Gesinnung das, was den sozialethischen Gedanken ihre Weihe gibt, und wenn sie in einem weiten und losen Sinne der ganzen Menschheit gelten soll, so wird sie doch eher zu einer Wirklichkeit, wenn sie auf eine Volksgemeinschaft sich bezieht, wenn sie dem hohen Anspruch sich anpaßt, aus der Nation so etwas wie eine große Familie zu gestalten. Das lehrt die harte Not, und wir erfahren es in schweren Tagen, wie Kampfgenossenschaft die Gemüter eint, wie man rasch umlernen muß, wenn man geglaubt hat, die Zugehörigkeit zu einem Vaterlande, einem Staate, sei etwas Geringes und Zufälliges, das sich im Wirbelsturme ungeheuerer Schicksale nicht bewähren könne. Es hat sich bewährt und hat sich als notwendige Lebensbedingung tief ins Bewußtsein der Mitlebenden gesenkt. Daß es nur nicht auf die grimmigen Monate der Schützengräben, auf die Tage des Hangens und Bangens in schwebender Pein beschränkt bliebe! Etwas muß hinübergerettet werden von der Kameradschaft in die friedlichen Zeiten, die wir für Kinder und Enkel zu bereiten hoffen,

das Gedächtnis muß sie erhalten, aber nicht das Gedächtnis allein, auch die zunehmende Erkenntnis und Einigung über den gebotenen Fortschritt der Sozialpolitik! Sie möge uns lehren, das Volk auch nach innen als eine auf Gedeih und Verderb verbundene Genossenschaft zu verstehen und zu lieben, eine Tischgenossenschaft, in der nicht einer dem andern den Bissen im Munde mißgönnt, sondern jeder satt wird, indem er sich des Sattwerdens des Anderen freut. Eitle Träumerei? Ja freilich, eine so riesige Tafelrunde läßt sich nicht mit dem Blicke des guten Wirtes überschauen, aber etwas kann doch der gute Volkswirt dazu leisten, daß dem Mangel gewehrt, daß der Not vorgebeugt werde, und daß ein Zuviel der Einen nicht allzu dreist vom Zuwenig der Anderen sich abhebe. Hat nicht eben die Kriegswirtschaft uns ein Vorbild dafür gegeben? Hat nicht eine Organisation der Zufuhr, eine planmäßige Verteilung sich hier als möglich erwiesen? Und diese Erfahrung soll uns nicht verloren sein. Wenn im Anfange des Krieges die Entschlossenheit fehlte, die durchgesetzt hätte — und wirklich war in sozialdemokratischen Zeitungen sogleich die Forderung erhoben worden —, die gesamte Ernte mit Beschlag zu belegen, wo war die Ursache? Die Ursache war doch wohl, daß der soziale Gedanke noch nicht tief genug in den Seelen der Regierenden Wurzel geschlagen hatte. Vielleicht wäre es anders gewesen, wenn nicht die Sozialpolitik im Deutschen Reiche während der letzten 15 Jahre nur in schleichendem, fast verstohlenem Gange fortgeschritten wäre. Der Gedanke, daß Alle für Einen, Einer für Alle stehen und gehen muß — mit einem Schlage war er da. Er gilt aber in normalen Zeiten so gut wie in außerordentlichen und gefährlichen. Die Gefahr, daß Menschen verkommen, weil ihnen die guten Lebensbedingungen fehlen, weil sie nicht Luft und Licht und Nahrungsmittel, Obdach und Kleider in gehöriger Menge und in gehöriger Güte erhalten, besteht fortwährend; und mehr als die Gefahr: in wievielen Fällen kann man das sichere Verderben voraussehen! Von den Gefahren des Seelenlebens, die zum guten Teil im Gefolge des materiellen Elends sich herausstellen, andererseits aber gerade mit dem Überfluß und auch für die arbeitende Klasse und ihre Kinder mit unvernünftigem Gebrauch mannigfacher Genußmittel verbunden sind, wollen wir hier nicht reden. Die materielle Not ist immer das, was am dringendsten nach Abwehr und Hilfe schreit, und wo die bloß gelegentliche Unterstützung durch Wohltätigkeit, ebenso wie die behördliche Armenpflege selber mit so schweren Übeln verbunden sind, so oft erniedrigend wirken, weil sie als erniedrigend empfunden werden. Eines der

nächsten Ziele der Sozialpolitik ist es, soviel als möglich die Wohltätigkeit — es sei denn, daß sie in persönlichem Wohlwollen ihre inneren Gründe hat — und die Armenpflege überflüssig zu machen. Unsere Versicherungsgesetzgebung hat in dieser Beziehung anerkannte, bedeutende Wirkungen geübt. Die Wirkungen werden noch größer sein, wenn die dürftigen Anfänge einer Versicherung der Witwen und Waisen in großem Stile ausgebaut werden, wenn die Versicherung des Alters auf das vollendete 65. Lebensjahr zurückgeschoben wird; das größte Problem aber bleibt die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Ob auch sie als Sozialversicherung durch Reichsgesetz möglich und wünschenswert ist? Die Meinungen darüber sind nicht hinlänglich geklärt. Vielleicht wird die Organisation der Arbeit in anderen Formen sicherer und ersprießlicher der Arbeitslosigkeit vorbeugen oder ihre Schäden zu heilen vermögen.

Denn die Organisation ist die Aufgabe, wie im Kriege, so im Frieden. Wenn das Deutsche Reich durch seine militärischen wie durch seine volkswirtschaftlichen und finanziellen Einrichtungen die bewundernden Blicke der Welt auf sich zieht, so muß es um so mehr sich aufgefordert fühlen, das große Beispiel einer Sozialreform zu geben, die auch in Friedenszeit wenigstens den Willen kundgibt, ein einig Volk von Brüdern zu sein und zu werden. Freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, daß die ersten Jahre, vielleicht die ersten Dezennien nach dem Kriege, selbst wenn dieser den erhofften günstigsten Ausgang nimmt, uns und unseren Nachkommen außerordentlich große Lasten auflegen, daß sie von uns, daß sie auch von der Menge des werktätigen Volkes Opfer und Entsagung fordern werden. Die Sozialpolitik nach dem Kriege wird nur im engen Zusammenhange mit der gesamten Volkswirtschaftspolitik, mit der Handels- und der Finanzpolitik ihr Programm entfalten können. Werden diese ihr entgegenkommen? In gewissem Maße hemmend, verlangsamend. Aber in einigem Maße doch auch fördernd, beschleunigend. Hemmend: denn woher sollen die Mittel genommen werden, so lange als es gilt, den gesamten Bau der Volkswirtschaft wieder aufzurichten, die Fäden und Drähte neu zu knüpfen, die sie mit der Weltherrschaft verknüpfen? Wenn es gilt, die Opfer des Krieges selber oder ihre Hinterbliebenen zu ernähren, den Erwerbsunfähigen mehr als die Notdurft, vielmehr ein Dasein zu verschaffen, das ihrem Verdienste um das Vaterland angemessen sei? Hier ist ein Gebiet, auf dem das patriotische Pflichtgefühl sich betätigen soll, wo es keinen Zwiespalt der Parteien geben darf, wo die allgemeine Dankbarkeit ihre Ehre darein setzen wird, großen und freien

Sinn zu bekunden, und alles Kleinliche als ihrer unwürdig von sich zu weisen. Auch der Kapitalismus wird seine gewohnte Energie wieder betätigen, seine gewohnten Bahnen wieder beschreiten müssen, er wird vielleicht mehr noch als bisher über die sozialpolitischen Lasten klagen und möglichst große Freiheit für sich in Anspruch nehmen, um desto erfolgreicher konkurrieren zu können. Der soziale Gedanke wird ihm nach wie vor nicht sympathisch sein und bald als unpraktische Schwärmerei der Katheder-sozialisten, bald wieder als etwas erscheinen, was der öffentlichen Meinung als noch ärger und gefährlicher vorgestellt werden kann. Und doch fördernd, beschleunigend? Offenbar. Denn es ist schon fast einmütige Meinung darüber vorhanden, daß die finanzielle Wiederherstellung, soweit ihr nicht Kriegsentschädigungen dienen werden, die Vermehrung und Ausdehnung von Staats-, richtiger Reichs-Betrieben erfordern, und daß den Widerstand privater Interessen, die sich dagegen wehren mögen, die Notwendigkeit brechen wird. Als Monopole sind solche Betriebe unpopulär, und ein scharfer Fiskalismus hat oft genug dahin gewirkt, die Lage der Arbeiter in ihnen eher ungünstiger als günstiger im Vergleich mit Privatbetrieben zu gestalten, zumal in bezug auf persönliche Freiheit, Koalitionsfreiheit usw. Aber man darf sagen: es lag nicht am Prinzip, sondern an der Methode. Die Methode war — und ist noch zum größten Teile — dem Kapitalismus entlehnt, obgleich die stärkste Triebfeder des Kapitalismus, die Konkurrenz, mehr noch als in syndizierten und vertrusteten Betrieben, wegfällt. Wenn der 2. Februarerlaß Kaiser Wilhelms (1890) den Wunsch aussprach, die staatlichen Bergwerke sollten bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickelt werden, so wissen wir, daß dieser wie mancher monarchische Wunsch nur mangelhaft erfüllt worden ist. Aber der Wunsch zeigt doch die Richtung an, in die das staatliche Eigeninteresse immer mehr gehen muß, je mehr der Staat sich selbst erkennt, je mehr das Volk im Staate sich selber erkennen lernt, je mehr also der Staat ein Volksstaat wird. Und dazu sind doch die Verstaatlichungen eine der, man darf vielleicht sagen, die hohe Heerstraße. „Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.“ So schrieb Engels vor bald 40 Jahren und er fügte hinzu: „Diese Lösung kann nun darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel.“ Heute dürfen

wir sagen: die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte wird tatsächlich anerkannt, wenn auch dem „Also" noch unermeßliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Ungeachtet aller Hemmungen ist aber eine rein fiskalische Verstaatlichung nicht mehr möglich. Jede öffentliche Aneignung von Produktionsmitteln wird von nun an immer in einigem Maße sozialistisch sein, teils infolge jener Erkenntnis und Anerkenntnis, teils unter dem Atmosphärendruck der wachsenden Mitwirkung der Arbeiterklasse an der Gesetzgebung und den Staatsgeschäften, d. h. ihrer Teilnahme an der politischen Macht. Mehr und mehr werden daher die Arbeiter in Staatsbetrieben eine der am meisten gehobenen Schichten der Arbeiterschaft darstellen; und wenn der Staat aus diesen Betrieben hohe Gewinne erzielen muß, so werden seine Arbeiter dafür mitsorgen, daß diese Gewinne zur Deckung wahrer Staatsbedürfnisse, also wahrer Gemeinbedürfnisse, also auch ihrer eigenen Bedürfnisse, verwandt werden, wie denn die Erhaltung der Wehrkraft ohne Zweifel ein solches nationales Bedürfnis ist, nicht minder aber die großen Kulturaufgaben des Staates, für deren Erfüllung wiederum gesunde Finanzen unerläßliche Vorbedingung sind. Wenn heute in ihren Genossenschaften und deren Eigenbetrieben die Genossen das Bewußtsein unmittelbar ergreifen, daß sie für sich selber, auch dann arbeiten, wenn sie keine „Dividenden" herausziehen, so werden und müssen sie lernen, den Staat und das Reich als eine große, als die Gesamtgenossenschaft zu verstehen und zu würdigen, worin sie sich bewegen als in ihrem eigenen Hause; denn das ist doch der tiefste Sinn, in dem wir die „soziale Frage" zu lösen versuchen können: daß dem Volksgenossen wieder eine Heimat geschaffen werde, daß der Besitzlose am Gemeineigentum und in der Gemeinwirtschaft sein Eigentum und seine Wirtschaft erkenne und finde, daß an die Stelle der Regierung über Personen die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen treten solle.

Auf den Wegen zu diesem Ziele werden wir vielen Widerständen nach wie vor begegnen; wir werden manchen Irrweg einschlagen, wir werden sogar durch Irrlichter uns täuschen lassen; und doch werden wir, auch im dunkeln Drange, uns des rechten Weges wohl bewußt sein, wenn wir im Geiste nationaler Brüderlichkeit wirken — denn, um zum Schluß noch ein anderes Goethewort anzurufen:

„Der Geist, aus dem wir handeln, ist das Höchste".

Neue Wege in der Sozialpolitik.

Von Robert Schmidt.

Kurz vor dem Kriege befanden wir uns gerade in der Debatte darüber, ob nicht der weitere Fortschritt in der Sozialpolitik gehemmt werden müsse. Man hielt in den maßgebenden Kreisen der Industrie nicht mit dem Unmut zurück, der sich gegen die Belastung durch die Versicherungsgesetze geltend machte, und man verlangte, daß nunmehr endlich Schluß gemacht werde, damit nicht unter der schweren Belastung die Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit verliere. Auch die weitere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes fand von der gleichen Stelle den lebhaftesten Widerspruch. Sehr übel gelaunt nahm man 1907 noch den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen hin, aber der Versuch auf Einführung eines Maximalarbeitstages für die gesamte Arbeiterschaft der Industrie wurde energisch zurückgewiesen.

Das Bemühen, durch internationale Vereinbarung dem Schutz der Jugendlichen eine größere Ausdehnung zu geben, fand eine schroffe Absage. Der Schutz der Heimarbeit blieb in unvollkommener Form in einem Gesetze stecken, dessen Anwendung ganz in das Belieben der Behörden gestellt wurde, die aber bisher in stiller Ehrfurcht an diesem Gesetz vorübergegangen sind. Der Versuch der Regierung, durch ein besonderes Gesetz der Sonntagsruhe mehr Geltung zu verschaffen, mußte vorläufig als gescheitert betrachtet werden. Die Frontstellung gegen die Sozialpolitik hatte mithin sehr beachtliche Erfolge aufzuweisen.

In der Beurteilung der Sozialpolitik haben wir zu allen Zeiten nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland Interessentenkreise vernommen, denen der weite Blick für die hier gestellten Aufgaben fehlte. Die Anschauung, daß jeder Eingriff des Staates in das Arbeitsverhältnis zu verwerfen sei, da die höchste Leistungsfähigkeit der Industrie in der ungehinderten Ausnützung der Arbeitskraft zum Ausdruck kommt, findet auch gegenwärtig noch ihre eifrigen Verfechter. Die uneingeschränkte Durchführung dieses Grundsatzes

könnte uns volkswirtschaftlich an den Rand des Abgrundes bringen, die Arbeiterschaft würde in einen geistigen und körperlichen Verfall geraten. Die Industrie braucht die Hemmungen in der Ausbeutung der Arbeitskräfte, und sie steigert damit ihre Leistungen, weil sie im freien Schalten und Walten die Kräfte schnell verbrauchen würde, wo ein Erhalten nutzbringender ist.

Bei den wirtschaftlichen Gegensätzen, dem Konkurrenzkampf, spielt der gute Wille und die menschenfreundliche Absicht des Einzelnen keine große Rolle, zumal er sich in dem Treiben allein nicht behaupten kann: er muß die Produktionsbedingungen annehmen, ganz gleich ob sie ihm persönlich behagen oder verwerflich erscheinen. Je mehr die großkapitalistischen Unternehmungen ihr Herrschaftsgebiet ausdehnen, um so stärker wird der Anreiz zum Mißbrauch dieser Macht. Der Zwang in der sozialen Gesetzgebung muß hier dem wirtschaftlich Schwachen Schutz gewähren.

Die Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, wird vor allem von der Höhe der technischen Entwicklung, der Ausgestaltung des Verkehrs und der Betriebsorganisation abhängen. Die Produktion auf vollkommener technischer Höhe kann heute nicht mehr mit den ungelernten und ungeschickten Arbeitern auskommen. Als die Maschine ihren Einzug hielt, bot sie für ungeübte Arbeiter eine reiche Anwerbung. Die Entwicklung der Maschinenindustrie hat das Einfache in der Arbeitsbetätigung aufgehoben, denn sie hat die Einführung so komplizierter Maschinen herbeigeführt, daß zu ihrer Bedienung eine gute Fachkenntnis des Arbeiters nötig ist, und die Leistungsfähigkeit nicht minder von einer intelligenten Arbeiterschaft abhängig wird. Diese Änderung hat sich nicht in allen Berufen vollzogen, aber die Tendenz der Entwicklung stellt die Ansprüche in immer größerem Umfange.

Ein Mangel an Arbeiterschutz würde dieser Entwicklung geradezu hindernd in den Weg treten. Für die Heranbildung einer intelligenten Arbeiterschaft ist eine gute Volksschule, die Fach- und Fortbildungsschule unentbehrlich. Die Fach- und Fortbildungsschule sinkt aber in ihrem Wert, wenn nicht der jugendliche Arbeiter die nötige Zeit zum Besuch der Schule erhält, ihm in langer Arbeitszeit die geistige Spannkraft erlahmt.

Die fachliche Ausbildung des Arbeiters ist nicht erschöpft mit der praktischen Arbeit in der Werkstatt, es gehört dazu die Ergänzung in der Schule. Das wird insbesondere auch da nötig, wo die Industrie zur Erzeugung feiner Qualitätsware übergegangen ist. Wenn nicht alle

Anzeichen trügen, wird für die Landwirtschaft künftig auch die Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte notwendig werden. Mit der Errichtung der elektrischen Überlandzentralen gewinnt die Einführung maschineller Hilfsmittel an Bedeutung. Der Handpflug wird sehr bald verschwinden, der elektrische Motor menschliche Arbeitskraft in immer größerem Umfange überflüssig machen. Aber diese Arbeit ist nicht mehr mit dem ungebildeten russischen, galizischen und ruthenischen Arbeiter zu leisten, sondern mit dem höher entlohnten und besser vorgebildeten einheimischen Arbeiter.

Hier hat die sozialpolitische Gesetzgebung einzusetzen: sie hat die Bildungsinstitute zu schaffen und den Arbeiter zu schützen, daß nicht unter der Last der Arbeit die Anregung für eine geistige Betätigung erstickt wird. Die Fach- und Fortbildungsschule hat sich in Preußen gut entwickelt; wir zählten im Jahre 1912 2235 Schulen, die von 396 010 Schülern besucht waren. Daneben standen 392 kaufmännische Fortbildungsschulen mit 51 549 Schülern. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gemeinden von den Befugnissen, den obligatorischen Schulbesuch für die Fortbildungsschule anzuordnen, mehr Gebrauch machten und auch für Arbeiterinnen die Schulpflicht einführten.

Man hat sehr oft lobend hervorgehoben, wie in alter Gewohnheit die englische Arbeiterschaft in der Betätigung des Sports ihre körperliche Entwicklung stählt, und hat ihre große Leistungsfähigkeit gerühmt. Ganz möchte ich das englische Beispiel der deutschen Arbeiterschaft nicht empfehlen, denn es ist dort des Guten zuviel getan und die geistige Ausbildung, die Anteilnahme am öffentlichen Leben zurückgestellt zugunsten einer übertriebenen Sportfexerei. Ich hoffe, daß wir in Deutschland maßhalten, daß unsere Jugend nicht vergißt, neben der Betätigung im Sport am geistigen Leben der Nation teilzunehmen. Wir brauchen nicht nur eine körperlich gesunde und kräftige, sondern auch eine mit guter Elementarbildung ausgestattete, geistig und sittlich hochstehende Arbeiterschaft.

Alle Bestrebungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit sind von der Erkenntnis geleitet, Raum zu schaffen für eine Betätigung des Bildungsbedürfnisses. Wenn wir in Deutschland in vielen Industrien trotz des Mangels eines Maximalarbeitstages, der in fast allen modernen Industriestaaten besteht, eine Arbeitszeit haben, die zwischen 8 und 10 Stunden schwankt, so verdanken wir es im wesentlichen den Bemühungen der Gewerkschaften. Den früher nicht selten gegen die Verkürzung der Arbeitszeit erhobenen Bedenken,

die Arbeiter würden keinen zweckmäßigen Gebrauch von der freien Zeit machen, begegnet man jetzt nur noch sehr vereinzelt. Es ist der Beweis geführt, daß nicht der Wirtshausbesuch zugenommen hat, sondern die freie Zeit verständig und nutzbringend angewandt wurde. So hat die Propaganda, die von den freien Gewerkschaften gegen den Genuß von Branntwein geführt wurde, einen Erfolg gezeitigt, wie er bisher von irgendeiner anderen Seite auch nicht annähernd verzeichnet werden konnte. Der Verbrauch von Trinkbranntwein betrug im Jahre 1912/13 auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland 2,8 Liter reinen Alkohol; vor 20 Jahren verzeichneten wir einen Konsum von 4,4 Liter. Wenn diese Propaganda gegen den Branntweingenuß auch getragen wird von der politischen Tendenz, die hohe Steuer auf Branntwein nicht zu zahlen, sowie von einer recht kräftigen Abneigung gegen die politischen Bestrebungen der Spiritusproduzenten, so tut das der erzielten Wirkung keinen Abbruch, denn für unser Volk ist der Rückgang des Branntweingenusses eine sehr erfreuliche Erscheinung. Der Branntweintrinker genießt in der Arbeiterbewegung keine Achtung, wie er auch nicht geeignet ist, Ausdauer und Eifer in der Verfolgung ernster Aufgaben zu entwickeln.

Nicht minder bedeutsam ist die Rückwirkung einer kürzeren Arbeitszeit auf den Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung. Alle Bemühungen der Arbeiterversicherung, durch zweckmäßige Heilbehandlung Berufskrankheiten zu heilen, bleiben nur Stückwerk, wenn den Erkrankungen nicht durch eine Beseitigung der Gefahr an der Betriebsstätte vorgebeugt wird. Der Gefahrenbereich der Industrie ist in den letzten Jahrzehnten gewaltig gesteigert. Bedenken wir, welche Umwälzungen sich vollzogen haben in der chemischen Industrie mit ihrer gefahrvollen Säurefabrikation, ihren gesundheitsschädlichen Gasen, Staub und Dämpfen; in den Hütten- und Walzwerken mit ihrer Gluthitze und der erstickenden Rauchentwicklung; im Bergbau mit seinen schwieriger werdenden Abbauverhältnissen, bei immer tiefer gehenden Schächten. Der Verbrauch an Arbeitskräften in diesen Industrien ist enorm. Die Unfallziffer gibt dafür schon einen gewissen Maßstab an. Den Umfang und die Folgen der Betriebsunfälle läßt uns die folgende Zusammenstellung aus dem Berichte des Reichsversicherungsamtes über die Rechnungsergebnisse der deutschen Berufsgenossenschaften erkennen.

Verletzte, für die im Jahre 1913 zum erstenmal Renten gezahlt wurden

Berufsgenossenschaft	überhaupt	Die Verletzungen hatten zur Folge			Vorübergehende Erwerbsunfähigkeit	Auf 1000 versicherte Personen kamen Unfälle
		Tod	dauernde Erwerbsunfähigkeit			
			völlige	teilweise		
Knappschaft . .	13725	2125	62	2631	8907	14,94
Eisen und Stahl	15707	1053	67	6504	8083	9,46
Chemische Industrie	1967	144	10	771	1042	6,97

Diese drei Industriezweige sind die Träger der großkapitalistischen Betriebsform, sie lassen in diesen Zahlen erkennen, mit welchem Einsatz hier die Arbeiterschaft zu rechnen hat.

Natürlich kann die Zahl der Betriebsunfälle nicht der alleinige Maßstab sein für die Gefahr des Berufs, vielmehr kommt die Gesundheitsschädigung in Frage, die in diesen Berufen außerordentlich hoch ist. Hier ist der Schutz der Arbeiterschaft durch sanitäre Maßnahmen, aber auch die Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig. Jede Verkürzung der Arbeitszeit ist für die Arbeiterschaft ein Gewinn in gesundheitlicher und geistiger Beziehung.

Stellt man zu jenen drei großen Industriezweigen das gesamte Gebiet der Unfallversicherung in Vergleich, so ergibt sich für das Jahr 1913 die hohe Zahl von 133 633 Betriebsunfällen, für die Entschädigungen gezahlt wurden. An Unfällen mit tödlichem Ausgang waren 10 293 zu verzeichnen, während 868 dauernde und 128 472 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Die tödlich Verletzten hinterließen 20 608 Angehörige, für die Renten gezahlt wurden.

Die Schäden sind sehr erhebliche; sie sind gemildert durch die Arbeiterversicherung, aber die Bemühungen dürfen nicht erlahmen, weiter dem Unheil Einhalt zu gebieten.

Hat nicht der Krieg unsere gewaltige Anstrengung nur dadurch möglich gemacht, daß die deutsche Arbeiterschaft in der sozialen Gesetzgebung gegen die Willkür im Wirtschaftsgetriebe und die Folgen der heutigen Produktionsweise manchen Schutz fand und selbst die Kräfte entwickelte, um nicht in geistige und körperliche Verkümmerung zu versinken! Hier stehen wir vor der Erfüllung einer nationalen Aufgabe, die in kommenden Zeiten uns anspornen muß, die Bahn für diese Entwicklung frei zu halten.

Zur gesunden und kräftigen Entwicklung der Nation gehört auch die Sicherung einer bestimmten Lebenshaltung. Nicht in der Entfaltung eines überschwenglichen Luxus, in der ausschweifenden Genußsucht läßt sich der Reichtum der Nation ermessen, sondern in der Höhe der Lebenshaltung der erwerbstätigen Stände. Wie töricht ist es, das Ringen um eine bessere soziale Position als den Ausfluß der Unbotmäßigkeit der ärmeren Volksklassen zu betrachten! Es ist vielmehr das berechtigte Streben nach einem Anteil an den nützlichen und wertvollen Gütern unseres gesellschaftlichen Lebens, die allein zu beanspruchen niemand ein Recht hat.

Wollen wir uns die Erfahrungen des Krieges in der sozialen Gesetzgebung zunutze machen, so müssen wir die bisherige soziale Gesetzgebung rüstig fortentwickeln.

Die Organisation des Arbeitsnachweises, die Arbeitslosenunterstützung wird nach Abschluß des Krieges sehr in den Vordergrund treten.

Die Millionen Arbeiter, die nach Friedensschluß zurückfluten, um Arbeit zu suchen, werden nicht sofort Beschäftigung finden, da in vielen Industrien nur langsam die Rückkehr zu normalen Verhältnissen sich vollziehen wird. Unmöglich kann man die Heimkehrenden dann ohne Hilfe sich selbst überlassen. Damit steht die Frage in enger Verbindung: wie soll denen geholfen werden, die als Krüppel zurückkommen, wie wird es möglich sein, für sie Arbeit zu schaffen, soweit ihnen noch ein Rest von Arbeitsfähigkeit geblieben ist? Der Appell an das Wohlwollen der Unternehmer wird nicht allein ausreichen. Es müssen im gegenseitigen Einverständnisse Staat, Unternehmer und Arbeiter zusammenwirken, um die Leiden zu mildern. Der noch Arbeitsfähige darf nicht als billige Arbeitskraft ausgenützt werden, und wo das Zurückkehren in seinen alten Beruf unmöglich ist, muß ihm die Ausbildung zu einer anderen Berufstätigkeit erleichtert werden.

Wenn, wie zu befürchten steht, der Arbeitsmarkt mindestens vorübergehend eine schwere Belastung aufweisen wird, muß dem Hinzuströmen ausländischer Arbeiter Einhalt geboten werden. Zunächst gilt es für unsere einheimische Arbeiterschaft zu sorgen.

Den Witwen und Waisen der Gefallenen gegenüber erwächst uns die Pflicht einer ausreichenden Fürsorge, um nicht den vielen Jammer noch durch Not und Entbehrungen zu steigern.

Der größere sanitäre Schutz im Betriebe, die Sicherung gegen Betriebsgefahren, der Maximalarbeitstag, mehr Sonntagsruhe, Ausdehnung des Jugendschutzes, die Förderung der Tarifverträge, um

eine feste solide Basis für die soziale Stellung der Arbeiterschaft zu erlangen, das alles sind Anforderungen, die auf Erfüllung drängen.

Das Hausarbeitsgesetz, das bisher ganz im Verborgenen ein kümmerliches Dasein fristete, muß die Handhabe bieten für die längst erwartete Lösung des wirtschaftlichen Druckes in dieser Elendsindustrie.

Es besteht die große Gefahr, daß die hohen Preise für alle Lebensmittel, die der Krieg zur Folge gehabt hat, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch zu einem Teil erhalten bleiben. Ganz ausgeschlossen ist dagegen, daß die günstigen Lohnverhältnisse in einigen Rüstungsindustrien sich auf die Dauer behaupten können. Damit droht eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Das würde für die kommende Zeit eine wirtschaftliche Entkräftung bedeuten, die von unabsehbaren schweren Folgen wäre.

Wir brauchen aber die gesunden Kräfte, auch die wirtschaftlich starken Existenzen, um den Wiederaufbau zu vollziehen. Nicht nur den Aufbau der zertrümmerten Städte und Dörfer, sondern auch des niedergegangenen Wirtschaftslebens in Industrie und Handel. Was der Krieg an wirtschaftlichen Existenzen vernichtet hat und noch weiterhin bis in den künftigen Frieden hinein bedroht, ist enorm. Neben den unzähligen zusammenbrechenden und in Armut versinkenden Existenzen fallen die anderen, die es verstanden haben, während des Krieges gewinnbringend ihren Erwerb auszunützen, nur wenig ins Gewicht.

Dieser Prozeß würde um so schmerzhafter werden, wenn wir ein in seiner politischen Interessensphäre beengtes und damit wirtschaftlich verkümmertes Deutschland haben sollten, das die Lasten nicht tragen kann, die ihm heute aufgebürdet werden; wir stünden dann nach dem Kriege vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das Streben, uns davor zu bewahren, die Erkenntnis der folgenschweren Wirkung auch für die Arbeiterschaft hat in dieser ernsten Zeit das Gefühl einer gemeinsamen Gefahr in allen Berufsständen hervorgerufen. Wenn diese Gefahr gebannt ist, werden sich ja die Gegensätze des wirtschaftlichen Lebens wieder einstellen, die auch in Kriegszeiten nicht ganz zum Schweigen gebracht wurden. Wie und in welcher Form es künftig geschieht, das hängt davon ab, ob Kräfte am Werk sind, die zwischen Kapital und Arbeit, wenn auch nicht den vollen Ausgleich, so doch ein gleichberechtigtes Betätigungsfeld offen halten.

Werden die Arbeiter in demokratischer Gleichberechtigung bei der

Durchführung dieser Aufgaben herangezogen, so könnte manche Bitterkeit verschwinden, die in dem autokratischen System mit viel Ungeschick großgezogen wurde. Eine freie Gestaltung unserer Rechtsverhältnisse, die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts mit einer Lösung der Fragen, die die Angestellten in Industrie und Handel erheben, würde dem Ausland zeigen, daß wir nicht nur eine achtunggebietende militärische Rüstung haben, sondern es auch verstehen, im Innern die Kräfte zur Neugestaltung zu entwickeln. Was wir während des Krieges so übel empfunden haben, jene deutschfeindliche Stimmung im Ausland, die ihre Abneigung und Geringschätzung gegenüber unseren inneren politischen Verhältnissen zum Ausdruck brachte, ist durch keine noch so glänzende Waffentat zu beseitigen, wohl aber durch eine Reform, die sich über das Niveau der westeuropäischen Staaten erhebt.

Wir haben die Lasten des Krieges schweren Herzens auf uns genommen, aber den Druck werden wir erst nach dem Kriege ganz verspüren. Wird dieser Druck gesteigert durch das alte System der Bevormundung und Zurücksetzung der Arbeiterklasse, durch die Fortführung des autokratischen Regiments, dann müßten die Nachwirkungen des Krieges verhängnisvoll für das deutsche Volk werden. Das ist die entscheidende Frage für unsre Zukunft: Wird die Regierung Verständnis für diese Situation haben, und die Entschlossenheit zu einer weit ausholenden grundsätzlichen Neugestaltung der inneren Politik?

Die Kirchen- und Religionspolitik im Verhältnis zur Sozialdemokratie.

Von Ernst Troeltsch.

Das Deutsche Reich ist ein junger Staat. Es trug bis jetzt einen guten Teil der Gegensätze noch in sich, die seinem vorstaatlichen Zustande angehört hatten, und die es in der Einigung von 1870 doch nur erst zu überwinden begonnen hatte. Es trug ferner die neuen Gegensätze in sich, die die mächtig beschleunigte, aus der Einigung folgende innere Entwicklung heraufführte. Aber in all diesen Gegensätzen hat es doch stets die kräftigen Triebe eines ansteigenden Wachstums empfunden und sich auf der Bahn eines ungeheuren Fortschrittes gewußt. Durch den gegenwärtigen Krieg ist nun die Einigung wie in einer Art zweitem Akt noch ganz außerordentlich gesteigert worden. Was das nach außen bedeuten wird, ist heute noch nicht zu sagen. Aber sicher ist, daß es im Innern große Schritte nach vorwärts zur organischen Einigung und inneren Ausgleichung des Staates, damit die Bereitstellung gesteigerter Kräfte für die politische, wirtschaftliche und geistige Arbeit der Nation mit sich bringen muß.

Wir können und müssen freilich die Frage unseres innerpolitischen Fortschrittes völlig unabhängig halten von allen abstrakten Theorien. Auch die innere Politik ist bedingt durch tatsächliche Gruppen- und Machtverhältnisse, die ihrerseits aus der Geschichte und der sozialen Struktur des Staates herrühren. Auch sie ist eben darum bloß die Kunst des Möglichen. Das bedeutet nicht den Verzicht auf allgemein begründete Ideale, aber die Gebundenheit alles Strebens nach solchen Idealen durch die tatsächlichen Gruppen- und Machtverhältnisse; und, da das politisch-soziale Ideal von den großen Gruppen in alle Ewigkeit verschieden gedacht werden wird, so bedeutet es die Notwendigkeit, daß diese Ideale sich gegenseitig auf Grund der gegebenen Verhältnisse Zugeständnisse machen müssen. Die Parteien können nicht darauf rechnen, das theoretisch begründete politisch-soziale Ideal der eigenen Gruppe bedingungslos durchzuführen, sondern müssen sich untereinander darauf einigen, zunächst das praktisch-nötigste, wenn

auch nicht das das letzte Ziel darstellende Ideal, die Geschlossenheit und das Zusammenwirken der Nation, herzustellen. Unter dieser Voraussetzung mag sich dann jede Gruppe eine möglichste Durchsetzung ihrer theoretischen Ideale vorbehalten, und der praktische Staatsmann mag seinen Weg durch diese Gegensätze sich bahnen, wie er kann. Wenn er auf den Willen der Nation zur Behauptung ihrer unentbehrlichen politischen Lebensgrundlagen rechnen kann, so wird er einen solchen Weg finden, der heute wie ehedem dem Bereich der politischen Kunst und nicht dem der rationellen oder moralischen Theorie angehört.

Die praktische Anwendung dieser Grundsätze auf unsere innerpolitischen Zukunftsaufgaben liegt auf der Hand. Ihre ernsteste Aufgabe wird sein, die große Gruppe der Industrie-Arbeiterschaft, die politisch und weltanschauungsmäßig als Sozialdemokratie und beruflich und sozialpolitisch als Gewerkschaft und Fachverein organisiert ist, in ein positiveres Verhältnis zum deutschen Staate zu bringen. Die Lage gegenüber diesem Problem ist insofern gegen früher verändert, als die deutsche Sozialdemokratie ihren patriotischen Sinn und ihr politisches Verständnis für die Lebensbedingungen eines deutschen Großstaates deutlich bekundet und ihren reichlichen Anteil an dem Volk in Waffen und seinen Erfolgen genommen hat. Auch die prinzipiellsten Gegner werden sie nicht mehr einfach als Reichsfeinde und als bloßes Objekt der Gesetzgebung betrachten können. Jedermann wird anerkennen müssen, daß sie die naturgemäße Folge der nun einmal nicht zu vermeidenden, sondern die Großmachtstellung mitbedingenden Industrialisierung ist, und daß sie trotz aller Kämpfe gegen den heutigen Gesamtstaat durch Organisierung und Disziplinierung der Massen eine politisch und moralisch wertvolle Arbeit geleistet hat. Man kann sie nicht beseitigen, sondern muß mit ihr rechnen, und zwar rechnen nicht als mit einem fatalen Übel, sondern als einer erheblichen Kraft der moralischen Durchbildung der Massen, die sonst allzu leicht, von der alten Scholle und Sitte gelöst, der Verwilderung und dem Pauperismus verfielen. Umgekehrt muß die Sozialdemokratie gelernt haben, daß jede Theorie des prinzipiellen Klassengegensatzes an den Lebensbedingungen des Staates, an den psychologischen Grundlagen der übrigen Volksschichten, an der militärischen Kameradschaft und an dem Bedürfnis auch ihrer eigenen Leute nach Anteilnahme an den gemeinsamen Großtaten, Hoffnungen und Erinnerungen der Nation scheitert. Sie kann nicht ewig die ferne Zukunft unter Zurückhaltung von jeder Gegenwart betreiben, sondern wird von ihren Anhängern wie von der Einsicht ihrer Führer zur positiven Mitarbeit

am Staate genötigt werden. Vielen mag sie vielleicht erst dadurch wirklich gefährlich zu werden scheinen. Aber das ist dann doch nur eine Gefahr für bestehende Verhältnisse und Anschauungen einzelner, vielleicht sehr wichtiger, Gruppen, aber nicht mehr eine Gefahr für die Existenz der Volksgemeinschaft als solcher. Es sind Gefahren, die nicht vermieden werden können, sondern bestanden werden müssen. Sie liegen nun einmal in unserer ganzen allgemeinen Situation, und aller Fortschritt kann nur dadurch gewonnen werden, daß wir ihnen nicht aus dem Wege gehen. Der Fortschritt, der sich dabei ergibt, soll ja auch nicht die Verwirklichung irgendeiner allgemeinen Theorie sein, sondern der unserer Sonderlage entsprechende Fortschritt oder, anders ausgedrückt, die Anpassung der Volksgesamtheit in Gesinnung und in politischer Arbeit an die durch die Verhältnisse nun einmal gewordene und gegebene Lage. Nur ein völlig kühler, realpolitischer Sinn, bei dem jeder sich seine allgemein politisch-sozial-ethischen Ansichten und Ziele vorbehalten kann, vermag uns vorwärts zu bringen. Die Mitarbeit der Sozialdemokratie an dem deutschen Großstaat muß für die anderen Gruppen ebenso wie für die Arbeiterschaft selbst ein realpolitisches Problem und nicht eine Prinzipienfrage sein. Mit dem Doktrinarismus hüben und drüben kommen wir keinen Schritt vorwärts.

Sieht man die Lage so an, dann ist klar, daß die prinzipiellen Hauptschwierigkeiten für ein positives Mitwirken der sozialdemokratischen Arbeiterschaft an dem Fortschritt des Gesamtstaates vorzüglich an zwei Punkten liegen: an ihrer Stellung zur Monarchie und an ihrer Stellung zu den kirchlich-religiösen, mit dem Schulwesen eng verbundenen Mächten des deutschen Staates. Über das erste Thema ist gerade vom realpolitischen Boden aus verhältnismäßig leicht eine gewisse Einigung zu erzielen. Schwieriger steht es bei dem zweiten, wo in noch höherem Grade Prinzipien, Gesinnungen und Weltanschauungen in Betracht kommen. Von ihm soll im folgenden die Rede sein.

Auch hier, und gerade hier, kann uns nur eine sehr ruhige und realpolitische Auffassung vorwärts bringen. Eine allgemeine Theorie, die vom Standpunkte des Katholizismus oder des protestantischen Landeskirchentums oder der Sekten oder des freien wissenschaftlichen Protestantismus oder der reinen philosophischen Religion oder des naturalistischen Atheismus das logisch folgerichtige und wünschenswerte Verhältnis von Staat, Weltanschauung und Schule ordnete, mag ein interessantes Licht auf die Gedankenwelt und Ziele der be-

treffenden Gruppen werfen, ist aber praktisch für das Ganze bedeutungslos. Denn die hierbei vorauszusetzende Gesinnung und Denkweise eignet eben nur einer einzelnen Gruppe, wird aber nicht von der Gesamtheit geteilt und wird dieser auch nie durch eine erfolgreiche Propaganda aufgezwungen oder aufgeredet werden können. Man kann also heute überhaupt nicht hoffen, die religiösen und religionspolitischen Fragen von einem einheitlichen Überzeugungsstandpunkte aus für die Gesamtheit zu lösen. Das war möglich, solange ein gemeinsamer Glaube das ganze Volk umfaßte, und war damals eine heilsame, viele Kämpfe ersparende Lösung. Es ist aber heute unmöglich, wie seit der Kirchenspaltung, der Freigebung von Wissenschaft, Literatur, Presse und Vereinsbildung jedermann weiß, und wird nie wieder hergestellt werden, solange wir auf der Höhe geistiger Freiheit und Bewegungsmöglichkeit bleiben.

Man kann nun aus dieser Sachlage natürlich, wie es vielfach geschieht, die Folgerung ziehen, daß die religiösen Verbände völlig von jeder Verbindung mit dem Staate gelöst und lediglich auf sich selbst gestellt werden sollen. Allein das ist ein Programm, das nur bei überwiegend protestantischer Bevölkerung und bei alter Gewöhnung des Respekts vor den religiösen Überzeugungen einigermaßen befriedigend durchgeführt werden kann. So ist es bekanntlich in Amerika der Fall, während England beide Systeme nebeneinander besitzt und das Beispiel einer sehr vielspältigen, ja entgegengesetzten Lösung des Kirchenproblems innerhalb derselben Staatsgemeinschaft darbietet. In Amerika ging das System der sogenannten Trennung von der Vielheit und Getrenntheit der Kirchen und von dem durch keine staatlich-kirchliche Geschichte belasteten kolonialen Geiste aus; auch beruht es bis heute dort auf einer überaus starken sozialen Machtstellung der Kirchen, die sie eine politische leicht entbehren läßt. Überdies nimmt in dem Lande der allgemeinen Konkurrenz und der geschäftlichen Denkgewöhnung niemand an dem Konkurrenzkampf der Kirchen und ihrer Verflechtung in die Reklame- und Geschäftssitten Anstoß. Die Trennung von Staat und Kirchen würde bei uns niemals das sein, was sie in Amerika ist. Sie würde bei uns infolge der starken Machtstellung des Katholizismus und der uralten Verwachsung der Kirchen mit Staaten und Dynastien statt einer Trennung des Staates aus Respekt vor den Kirchen zu einer solchen aus Abneigung und Mißtrauen gegen sie, zu einer Gesetzgebung gegen die Kirchen, werden, wie das in Frankreich eingetreten ist. Das aber würde nicht bloß alle Zwiespältigkeiten des seinerzeitigen Kulturkampfes

unermeßlich intensiv und extensiv gesteigert wieder mit sich bringen, sondern auch alten Eigentümlichkeiten des deutschen Staatslebens, dem engen Zusammenhang von Staat, Schule, Weltanschauung und Kultur entgegentreten und nur für eine Weltanschauung möglich sein, die sich an Stelle der Kirchen siegreich mit dem Staate verbinden könnte. Das letztere will ja auch das sozialdemokratische Ideal, das in dieser Hinsicht dem staatskirchlichen nur allzusehr verwandt ist. Allein wer unser Landvolk und den Kleinbürger sowie den nicht eigentlich intellektuellen Teil der Oberschicht kennt, der weiß, daß das völlig unmöglich ist. So bleibt nur die Möglichkeit, die Verhältnisse zunächst zu nehmen wie sie liegen, und nur langsam und schonend auf dasjenige hinzuarbeiten, was die logische Folge der Situation, der Vielheit und Getrenntheit der religiösen, christlichen und antichristlichen, Überzeugungen des Volkes ist: auf eine langsame und vorsichtige Verselbständigung der Kirchen und eine entsprechende Lösung der Kirchen vom Staate. Diese Entwicklung hat ja lange schon eingesetzt und kann ohne Schaden fortschreiten, wenn sie mit wirklichem Respekt und Verständnis für die Kirchen verbunden ist. Der schwierige Punkt liegt gar nicht bei den Kirchen selbst, über die der Staat ja doch auch in neuen Formen eine gewisse Kontrolle wird üben müssen, sondern bei dem Einfluß der Kirchen auf das Staatsinstitut der Schule. Auch hier wird ein Weg gesucht werden müssen, der möglichst schiedlich-friedlich beide Interessen nebeneinander bestehen läßt. Gerade hier wird eine der verwickeltsten Hauptaufgaben der Zukunft liegen. Wird sie nicht in dem Geiste eines rabiaten Antiklerikalismus angefaßt, so wird man hoffen dürfen, trotz allem vorwärts kommen zu können. Jedenfalls, auf das Ganze gesehen, wird man sagen müssen: weder eine amerikanische noch eine französische Lösung des Problems wird für uns möglich sein. Es wird eine den besonderen deutschen Verhältnissen entsprechende sein müssen. Kann man aber auf kein auswärtiges Muster und keine einfache Theorie sich hier berufen, so bedeutet das, daß wir hier noch nicht fertig sind, sondern noch bei den Anfängen einer für uns passenden Lösung stehen und Geduld haben müssen. Für unsere nächste Zukunft hat bei der Unklarheit und Unfertigkeit des Trennungsbegriffes ein bloßes Fordern oder Verweigern der „Trennung“ keine praktische Bedeutung, sondern entzündet nur unnötig die Leidenschaften, die nirgends so gefährlich und so unberechenbar sind als an diesem Punkte. Der Krieg hat die moralische Stellung der Kirchen unzweifelhaft gestärkt. Um so schwieriger und aus-

sichtsloser wäre jeder Kampf gegen die Kirchen, sei es im französischen Stile des Wortes „der Klerikalismus ist der Feind", sei es in dem in Deutschland bisher überwiegenden Stile der Geringschätzung angeblich überlebter und wirkungsloser, nur noch vom Staat gestützter Einrichtungen. Das ist eine großstädtische Täuschung, von der jede auf das Ganze gehende Politik sich befreien muß.

Das heißt nun also für die Arbeiterschaft, daß ihre politische Vertretung, die ja die Parteigrundsätze mit sehr radikalen naturalistischen Theorien bisher zu verbinden pflegte, nicht auf den Antiklerikalismus um jeden Preis und auf die Emanzipation der Schule von jedem religiösen Einfluß sich festlegen darf, wenn sie irgend etwas erreichen und nicht mindestens die Hälfte der Bevölkerung heillos vor den Kopf stoßen will. Sie muß Sprache und Gesinnung der Achtung vor den verschiedenen Kirchen und Religionsgesellschaften finden, bei ihren Anhängern pflegen und mit langsamer und vorsichtiger Scheidung der bisher so eng verwachsenen Mächte sich zufrieden geben. Man kann hier nur den Religionskrieg wollen oder ihn nicht wollen. Will man ihn, so erreicht man mit Sicherheit gar nichts. Will man ihn aber nicht, so muß man auch positiv das Nötige zu einer schiedlich-friedlichen Auseinandersetzung zu tun entschlossen sein und darf man vor allem die verschiedenen Gläubigen nicht durch höhnische Deklamationen und antiklerikale Phrasen beleidigen. Die letzteren sind heute so billig, daß niemand glauben darf, sich durch sie als besonders selbständigen Kopf zu beweisen. Hat man aber nicht einmal diesen Profit davon, so kann man sie sich überhaupt sparen und unnütze Verbitterungen vermeiden. Kommen einmal wirkliche Übergriffe der Kirchen oder einzelner Geistlichen vor, dann kann man gerade diesen um so wirkungsvoller entgegentreten, je weniger man dem Verdacht eines besinnungslosen antiklerikalen Vorurteils ausgesetzt ist.

Allerdings gehört dieses ganze Gebiet der Kirchen-, Religions- und Schulpolitik nicht dem Reiche, sondern den Einzelstaaten. Allein die grundsätzliche Haltung der Reichstagsparteien bestimmt doch in letzter Linie auch die der Landtagsparteien, und umgekehrt ist es in der heutigen Lage die Hauptaufgabe der Regierungen, eine möglichste Übereinstimmung zwischen dem Geist und Gesamtinteresse der Reichsvertretung und Reichsleitung und den Einzelstaaten herbeizuführen. Es muß erkannt werden, daß unser Problem tatsächlich ein Reichsproblem ist, und daß das — staatsrechtlich natürlich mögliche — Ausweichen und Verschanzen der Einzelstaaten hinter der Scheidung von

Reichs- und Landeskompetenz nur eine Ausflucht ist. Der Geist der Lösung des Problems muß vom Ganzen ausgehen und vom Ganzen getragen werden und von hier in die Einzelstaaten hineinwirken. Insofern ist wohl rein rechtlich unser Problem kein solches des Reiches und seiner Einheit, aber sachlich ist es das im höchsten Grade. Eben deshalb ist auch eine prinzipielle Klärung der Stellungen der Parteien zu ihm ein Gesamtinteresse des Ganzen, das gar nicht verfehlen kann auf die Einzelstaaten schließlich zu wirken. Aber allerdings braucht man nur diese Rechtslage und die realen Verhältnisse der Einzelstaaten zu erwägen, um dann doppelt klar einzusehen, daß ein bares und blankes Trennungsprogramm lediglich eine theoretische Dekoration der Parteiprogramme ist, und daß man so leichten Kaufes von der Sache bei uns nicht loskommen kann. Vor allem aber hat es mit der Lage der Rechtskompetenzen nichts zu tun, daß zuvörderst der Ton einer gerechten und billigen Schätzung der in den Kirchen enthaltenen Kräfte gefunden und ihnen ihr Recht gegeben werden muß. Bei der Vielheit der Kirchen kann es vom Standpunkte des Ganzen aus allerdings nur eine relative Schätzung geben, aber diese Schätzung muß auch eine wirkliche Schätzung sein, welche die Mängel bekämpfen, aber nicht das Ganze verneinen oder günstigenfalls ignorieren darf. Das Wichtigste, was wir brauchen ist ja noch nicht die neue Gesetzgebung selbst, sondern der Geist, aus dem sie hervorgehen soll.

Eine solche Stellung zu diesen Dingen können und müssen alle nicht selber kirchlich Denkenden zu der Sache einnehmen, ja sogar auch die kirchlich Denkenden, sofern sie andere Kirchen neben sich dulden wollen und nicht etwa die Alleinherrschaft wieder zurückzuerobern oder die Bevölkerung unter sich zu festen Sätzen aufzuteilen hoffen. Eine solche Stellung kann nun aber auch die Sozialdemokratie zu der Sache einnehmen. Ihr bekanntes religions-politisches Programm „Religion ist Privatsache“ würde sie durchaus zu dem befähigen, was zunächst das Nötigste ist, zur ehrlichen und aufrichtigen Achtung vor den religiösen Überzeugungen. Man kann sachlich bestreiten, ob der Satz im Ernste möglich ist. Aber die Sozialdemokraten stehen nun einmal auf diesem Satz und werden ihn nicht verlassen. So müssen sie denn versuchen von ihm aus, der Sache so gerecht zu werden wie möglich. Das kann aber in einer dem dringendsten Bedürfnis genügenden Weise sehr wohl geschehen, wenn „Privatsache“ nicht bedeuten soll „persönliche Schrulle“ oder „bedeutungslose, schwer widerlegbare Liebhaberei“, sondern wenn es die Anerkennung des persönlichen Gesinnungs- und Überzeugungscharakters der Religion bei

allen Konfessionen besagt. Unter dieser Voraussetzung wird man mit Ruhe und Respekt von ihnen reden und sich ein offenes Auge bewahren für die unzweifelhaft große moralische und organisatorische Leistung, die von ihnen ausgeht.

Man wird von dem Programmsatze aus um so leichter eine positive Stellung gewinnen können, als „Privatsache" ja nur heißen kann, eine dem Staate oder der Partei gegenüber freie und unabhängige und darum sie nicht unmittelbar berührende Sache, aber jedenfalls nicht eine bloße Einzelsache. Denn die religiösen Gemeinschaften sind ja gerade starke Massenorganisationen, und in ihnen lebt die Art von Religion, die für die Politik überhaupt allein in Betracht kommt, die organisierte und institutionelle Religion. In ihr kristallisieren sich Bedürfnisse, Gefühle, Hoffnungen und Überzeugungen von Millionen zu einem festen Zusammenhang und zu einem Ausdruck elementarer Massengefühle, die nur eben von einem anderen Punkte aus erregt sind als die der sozialdemokratischen Organisationen. Aber immerhin sind es so große Massen und so grundlegende einfache Massengefühle, daß eine demokratische Partei bei ihrer Achtung vor der Masse auch diesen Massenorganisationen nicht versagen darf, was sie selbst im Namen der Masse für sich in Anspruch nimmt. Es ist doch ein kindlicher Wahn zu meinen, daß all das auf Verdummung und Pfaffenherrschaft beruhe. Jeder Kenner solcher Volkskreise weiß, daß ganz elementare Seelenkräfte hier wirken und nach Führung und Kräftigung wie nach Zusammenschluß und Dauer verlangen. Ein Demokrat wird auch hier die Masse und ihre echte seelische Forderung achten müssen, auch wenn er selbst andere seelische Forderungen an das Leben stellt.

Schließlich muß eine gewisse Hochschätzung der religiösen Gemeinschaften doch auch inhaltlich sich aufdrängen, insofern bei aller Abneigung gegen die christlichen oder jüdischen Dogmen doch der Geist der Propheten und Jesu der Sozialdemokratie manche verwandte oder doch anklingende Saiten darbietet. Die individuelle Menschenwürde, die Gleichheit aller vor Gott und die allgemeine menschliche Liebesgemeinschaft: das steht doch auch in der Bibel und ist mit der Bibel in den religiösen Gemeinschaften bis heute lebendig. Demgegenüber kann man doch nicht in alle Ewigkeit sich mit der Redensart versperren, daß man zwar Jesus selbst als ersten, wenn auch noch sehr utopistischuntechnischen Sozialdemokraten für sich in Anspruch nimmt, die Kirchen aber einfach von Jesus abgefallen sein läßt und sich als pfäffische, den Jesusgeist verleugnende und

ausrottende Klassenorganisationen vorstellt. Das ist ja doch nur eine Redensart, mit der man sich von einer ernstlichen und sachlichen Behandlung des Kirchenproblems drückt. Jesus ist kein Sozialist und kein Demokrat gewesen, auch kein utopistischer, sondern jedenfalls ein wesentlich religiöser Geist, der aus dem religiösen Glauben heraus die Gewißheit von der Göttlichkeit jeder Einzelseele und die Forderung der Menschenliebe herausholte, gegen alles Politische und Wirtschaftliche aber wesentlich gleichgültig war. Das berührt sich mit manchen sozialdemokratischen Idealen, wenn es auch anderen schroff entgegensteht. Aber die Berührung ist doch eben an gewissen Punkten vorhanden, und gerade diese Berührungspunkte gelten nicht bloß von Jesus, sie gelten von den christlichen Kirchen bis heute. Die Kirchen sind nicht, wie es die sozialdemokratische Theorie so gerne schildert, bürgerliche oder feudale Klasseninstitutionen. Von der katholischen Kirche ist es sonnenklar, daß sie es nicht ist. Die protestantischen Landeskirchen können freilich gelegentlich so erscheinen, wenn sie offiziell im Zusammenhang mit Staat und Behörden auftreten. Aber wer die Tausende von treuen Dorfpfarrern und die Hunderte von schwer und ehrlich arbeitenden Vorstadt- und Proletarierpfarrern kennt, weiß, daß diese Leute keine Klassenvertreter sind, was der Sozialdemokrat etwa auch sonst an ihnen auszusetzen haben mag. Es fehlt in Wahrheit bei den Kirchen durchaus nicht an Zügen, die sie ihm wenigstens als existenzwürdig und seinen Interessen verwandt erscheinen lassen können.

Freilich wird nun aber gerade an diesem Punkte, sobald es sich um die Inhalte der kirchlichen Ideenwelten handelt, die Sache der Sozialdemokratie wieder erschwert. Ihr politisch-soziales Programm beruht seit der Verdrängung des enthusiastisch-idealistischen oder auch christlichen Sozialismus auf der streng naturalistischen, ja atheistischen Theorie des Marxismus: ein allgemeines Naturgesetz der Entwicklung und Aufeinanderfolge bringt die Steigerungen der Technik, die Formen der Technik bringen die des Besitzes und der Gesellschaft, die Formen der Gesellschaft die ihnen entsprechenden moralischen, rechtlichen und religiösen Ideenwelten mit sich. Diese selbe Entwicklung führt nach diesem Dogma gerade heute zum Übergang der kapitalistisch-bürgerlich-maschinellen Gesellschaft in die proletarisch-sozialistische, deren Ideenwelt der diesem Entwickelungsstadium entsprechende atheistische Entwickelungsbegriff ist. Hoffnungen und Leidenschaften unzähliger Sozialdemokraten hängen an der absoluten, wissenschaftlich bewiesenen Wahrheit dieses Satzes, der in Wirklichkeit ihre

Religion und Erlösungslehre darstellt. Werden diese Grundlagen festgehalten, dann heißt der Satz „Religion ist Privatsache" freilich nur eine geringschätzige Duldung von ideellen Resten früherer Entwicklungsperioden, die von selber verschwinden werden und mit deren Bekämpfung man sich die politisch-soziale Hauptaufgabe nicht überflüssig komplizieren will. Allein es ist klar, daß so verstanden der Satz nicht bloß die Hälfte oder zwei Drittel der Bevölkerung aufs heftigste erbittern, sondern auch viele der eigenen Anhänger der Arbeiterbewegung schwer verletzen würde. Mit Rücksicht darauf gibt man dann gern dem Satze die Wendung, daß er die Anerkennung der an sich nicht beweisbaren, aber tief im Subjekt begründeten Überzeugungen sei, die, indem sie auf die übersinnliche Welt gehen, sehr verschiedene Stellungnahmen zu den politisch-sozialen praktischen Aufgaben des Alltags frei lassen. Bei solcher Deutung können dann natürlich Katholiken, Protestanten, Juden, Theosophen usw. der Sozialdemokratie sich anschließen und kann man sich rühmen, gerade den Religionsgesellschaften zu geben, was sie brauchen: die volle innere Freiheit. Aber es ist klar, daß diese verschiedenen Auslegungen des Satzes eine verhängnisvolle Zweideutigkeit enthalten, deren Folge bei einem Teil der Sozialdemokratie die Intoleranz gegen alles Christliche und bei den Kirchen und den Religiösen das sehr begründete Mißtrauen gegen die Sozialdemokraten ist. Diese Zweideutigkeit muß allerdings aufgegeben werden, wenn wir gesunde und klare Verhältnisse bekommen sollen. Der Satz muß vorbehaltlos in seinem zweiten Sinne anerkannt werden. Wird er das, dann kann die Sozialdemokratie auch hier die Tatsachen nehmen wie sie liegen und auf jede absehbare Zeit liegen müssen, nämlich mit der Rücksicht gegenüber großen kirchlichen Volksmächten, die zwar auch ihrerseits große innere, theoretische und praktische Schwierigkeiten in sich tragen, die aber stark und tief genug sind, um sowohl Achtung der Gesinnung als realpolitische Rücksicht des politischen Handelns verlangen zu können. Freilich ist dann damit die Unfehlbarkeit und Alleinwahrheit des Marxistischen Dogmas erschüttert. Aber dieses Dogma ist ja ohnehin längst in kritischer Zersetzung begriffen und macht keine Ausnahme von allen menschlichen Gedankenbildungen, die sich eine Zeitlang als absolute Wahrheit empfinden und dann wieder in den Strom der Kritik und des Werdens zurückverschlungen werden. Die wissenschaftlichen Verdienste von Marx und Engels setzen sich heute in steigendem Maße durch, aber gerade ihre Philosophie und das in ihr begründete Entwicklungsdogma welkt sichtlich sogar innerhalb der Sozialdemokratie selbst ab. Auch das Marx-

istische Dogma mit seiner Schlußwendung, daß die Entwicklung gerade dem Proletariat den Sieg und das Gedeihen in den Schoß werfen werde, ist in Wahrheit keine Wissenschaft, sondern ein Glaube, der in Wirklichkeit nicht um seiner wissenschaftlichen Beweisbarkeit willen, sondern wegen seiner Verwachsung mit gewissen Hoffnungen und moralischen Forderungen des Proletariats geglaubt wird. Als Glaube mag auch er seine guten Gründe haben und sich subjektiv behaupten, aber als Wissenschaft wird dieses Dogma ebensogut sich auflösen wie alle Dogmen. Das ist in Wahrheit schon im vollen Gange und kann noch weiter mit vollkommenster Sicherheit erwartet werden. Dann aber muß früher oder später das Marxistische Dogma von der kommenden Entwicklung in seinem bloßen Glaubens- und Überzeugungscharakter anerkannt und der pseudowissenschaftliche Fanatismus preisgegeben werden. Das ist keine Sache des guten Willens, das wird mit Sicherheit eintreten. Weitsichtige Führer werden daher den Glaubenscharakter dieses Dogmas, das man moralisch oder ähnlich begründen mag, behaupten, das Glaubensziel festhalten, aber die praktisch-realistische Lösung auf den Weg zum Ziel, auf die Gewinnung der Zwischenstationen, konzentrieren. Geschieht das, so wird es auch den Gegnern möglich sein, eine solche Glaubensüberzeugung und das von ihr geleitete Handeln zu achten und zu schätzen, wie man eben persönliche Überzeugungen schätzt, auch wenn man an ihrer objektiven Begründbarkeit und Durchführbarkeit erhebliche Zweifel hat. Als wissenschaftliche Lehre war jenes Dogma die Grundlage einer Theorie der Revolution, wobei die Revolution zum einen Teil von dem naturnotwendigen Gang der Entwicklung, zum andern von der die Situation erkennenden Einsicht des Proletariats gemacht werden sollte. War das der Zweck, dann hatte es auch seinen guten Sinn. Will man aber keine Revolution, wie das von unserer Arbeiterschaft im großen sicher anzunehmen ist, dann bedarf man auch nicht jenes aufstachelnden Dogmas, sondern kann seiner Zersetzung ruhig ins Auge sehen und das Große und Notwendige durchführen, was den relativen Wahrheitsgehalt der Bewegung bildet. Dann aber kann man auch den Satz „Religion ist Privatsache" ruhig und ehrlich in dem zweiten Sinne anerkennen und von da aus ein gerechtes und billiges Verhalten gegen die Religion und religiösen Gemeinschaften entwickeln.

Freilich hängt nun die Möglichkeit einer solchen Entwicklung nicht von der Sozialdemokratie allein ab. Zum gerechten und billigen Verhalten gehören zwei, und es müssen beide Teile diese prinzipielle Ab-

sicht haben. Das heißt, daß die verschiedenen Kirchen und die ihnen nahestehenden politischen Parteien nicht bloß mit der Tatsache der Existenz der Sozialdemokratie oder besser der sozialdemokratischen Selbstorganisation und Selbstförderung der Arbeiterschaft sich abfinden, sondern sie auch in ihrer inneren und moralischen relativen Berechtigung anerkennen müssen. Der Übergang aus dem Agrarstaat in einen zur Hälfte industrialisierten Staat ist immer eine schwere Lebenskrisis der Nation. Man denke nur an die englischen Wirren der Chartistenzeit. Die Leitung und Ordnung dieser Krisis hat die sozialdemokratische Organisation der Arbeiterschaft in die Hand genommen und damit ein Werk der Disziplinierung, der wirtschaftlichen Förderung und Sicherung, der Schaffung von Solidaritätsgefühl und Berufsehre vollbracht, das trotz aller revolutionären Doktrinen in Wahrheit uns eine Revolution erspart hat. So lange man nur die Gefahr, den Klassenhaß und die revolutionäre Phrase bemerkte, war es begreiflich, daß man hier nicht kapitulieren wollte. Aber heute ist ja doch klar, daß noch anderes hinter der Sache steckt, daß die Disziplinierung der Arbeiterschaft eine Art Parallele zur Volksschule und zum Volksheer bedeutete, und daß wir vermöge dieser Organisation heute im Kriege eine dem Ganzen sich einfügende und den gegenwärtigen Staatssozialismus ermöglichende Arbeiterschaft in unserer Mitte haben. Ohne die Gewerkschaften wäre der Kartoffelbrotgeist, den Lloyd George so fürchtet, nicht siegreich zu organisieren gewesen, so wenig freilich, wie ohne unsere viel geschmähte Bürokratie. Macht man sich aber das klar, dann muß man auch verstehen, daß diese Selbstorganisation nur mit bestimmten Theorien und Glaubensüberzeugungen psychologisch möglich war, die von keiner Kirche und keiner bürgerlichen oder aristokratischen Partei damals dargeboten werden konnten, und die auch heute nicht von den so andersartigen Voraussetzungen der bürgerlichen und kirchlichen Gruppen hergeleitet werden können. Die Arbeiterschaft wird ihre Theorie über ihr Wesen und ihre Ziele, wird immer in erster Linie aus sich selber und den neuen mit ihr selbst erst gegebenen historischen und psychologischen Voraussetzungen schöpfen. Daß diese Theorien unter dem Einfluß der allgemeinen modernen naturalistischen Denkweise zunächst höchst naturalistische und materialistische Elemente in sich aufgenommen haben, liegt auf der Hand. Aber diese Theorien sind doch auf der anderen Seite, wenn man die große Arbeiterpartei von einigen pfaffenfresserischen Literaten unterscheidet, mit vielen ächt moralischen Motiven verbunden. Das muß — unter Vorbehalt aller sonstigen ernsten Gegen-

sätze — doch offen und ehrlich anerkannt werden. Insbesondere müssen die Kirchen sich daran gewöhnen, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß nicht bloß die Christlichkeit des deutschen Volkes unabwendbar in viele Konfessionen, Sekten und Gruppen zerteilt ist, sondern überhaupt für einen Teil des Volkes nicht mehr vorhanden ist. Man hat sich daran gewöhnt, daß die höchsten Bildungs- und Wissenschaftsanstalten des Landes nur einen sehr losen Zusammenhang mit dem Christentum haben, daß in der deutschen bürgerlichen Bildung sehr viel entschlossenes Nicht-Christentum vorhanden ist. Dann darf man auch der Arbeiterpartei kein Verbrechen daraus machen, wenn ihre Theorie außerhalb des Christentums steht oder doch nur sehr vereinzelt ihm freundlich gegenübersteht. Unser Volk ist tatsächlich nicht mehr bedingungslos christlich. Es ist auch nicht aufgeteilt zwischen zwei Konfessionen, so daß wenigstens die eine oder die andere Art der Christlichkeit mit Sicherheit anzunehmen wäre. Das ist nur in der amtlichen Statistik so, aber nicht in der Wirklichkeit. Wird dieser Sachverhalt anerkannt, so müssen die Kirchen die nicht-christlichen Überzeugungen auch ihrerseits als persönliche Überzeugungen achten lernen. Das schließt den geistigen Kampf nicht aus, schließt aber ein gemeinsames Niveau dieses Kampfes ein, das die Existenzberechtigung der Kämpfenden bedeutet. Man braucht sich eine sozialdemokratische Intoleranz durchaus nicht gefallen zu lassen, aber man darf auch umgekehrt seinerseits die Sozialdemokratie nicht wie illegitime Störenfriede, wie prinzipielle Bekehrungsobjekte, behandeln. Die Sprache der Achtung und die Ruhe der Beurteilung muß gegenseitig sein oder werden.

Die Kirchen müssen aber nicht bloß, sondern können auch von innen heraus sich so verhalten, sobald sie ihren eigentümlich religiösen Gehalt bedenken und entschlossen eingesehen haben, daß ihre politische Alleinherrschaft unabänderlich zu Ende ist. Es hat Zeiten gegeben, wo sie aus guten Gründen nicht bloß eine religiöse, sondern auch eine umfassende politische und soziale Bedeutung hatten. Das waren die Zeiten der religiösen Gleichartigkeit des allgemeinen Denkens und der Unentwickeltheit der politischen und sozialen Verhältnisse. Seit diese Zeiten unwiderruflich dahin sind, müssen die Kirchen sich auf ihren eigentlich religiösen Gehalt werfen, der Gesinnung, Überzeugung, innere Seelenhaltung und sittliche Lebensgrundsätze, aber nicht politisch-soziale Herrschaft über den Geist und die Institutionen des Gesamtvolkes bedeutet. Sie sind zwar sicherlich auch heute und auf jede absehbare Zeit große und bedeutsame Kräfte innerhalb des Ganzen, aber nicht mehr die einzigen moralisch-geistigen Kräfte. Die Folgerungen aus

dieser Lage müssen sie entschlossen ziehen und können sie in voller innerer Reinheit ziehen, weil sie doch nur unter bestimmten Verhältnissen die kirchliche Gesamtorganisation des Volkes mit durchgreifender politischer Wirkung bedeuten konnten, an sich und zuerst aber Gemeinsamkeiten des Geistes und der Gesinnung sind. So können sie ja auch tatsächlich heute den politischen und sozialen Bewegungen gegenüber nur mildern und begrenzen und allgemeine Gesinnungen pflegen, von da aus einzelnen auftauchenden Fragen gegenüber eklektisch Stellung nehmen, aber eine eigene prinzipielle Führung der Gesellschaft durch sie gibt es nicht mehr. Ihre Programme sind bestenfalls Werke von Kongressen und Büchern, auf die wirkliche Gesetzgebung wirken ihre Ideen nur als Teilmoment ein, nur als Forderungen des Kompromisses. Dagegen sind sie für das innere Leben Unzähliger heute so unentbehrlich wie je und haben hier ihre Aufgabe. Es wird ihnen also nichts zugemutet, was gegen ihr Wesen wäre, im Gegenteile etwas, was ihrem eigentlichen Sinn und Geist sehr nahe liegt. Auch die katholische Kirche kann sich auf diesen Standpunkt stellen, wie sie es in Amerika ja offen tut, und die protestantischen Kirchen werden auch ihrerseits nur gesünder und lebendiger werden, wenn sie nicht mehr vor allem mit Hilfe des Staates, sondern durch eigene innere Kraft sich behaupten. Daß sie es können, daran kann niemand zweifeln, der ihr trotz allem vorhandenes reiches inneres Leben kennt.

Damit wäre die Hauptsache gewonnen, die Sprache und Gesinnung der gegenseitigen Achtung, das gegenseitige Zugeständnis der Existenzberechtigung, die Beschränkung des Kampfes auf eine geistige Auseinandersetzung und auf moralischen Wetteifer. Dabei kann es noch oft heftig genug hergehen, aber das Prinzip eines gemeinsamen Niveaus ist gewahrt.

Freilich enthält nun eine solche Einstellung auch für die Kirchen und die ihnen nahestehenden Parteien gewisse praktische Folgerungen, die auch beim besten Willen nicht ganz einfach sind. Am leichtesten ist es, Sozialdemokraten, die religiöses Interesse haben, innerhalb der kirchlichen Organisationen selbst zu Worte kommen zu lassen. Man bestätigt heute sozialdemokratische Mitglieder der Schuldeputationen. Da wird man sich auch in den Kirchenvertretungen vor ihnen nicht scheuen. Schwieriger ist eine andere praktische Folge, eine veränderte Behandlung der nichtchristlichen Religionsgemeinschaften, vor allem der sog. Dissidenten. Auch hier ist freilich nicht alles

Gold, was glänzt, und Religion, was predigt. Es gibt hier Klubs, die nur Vereinigungen zur Schmähung gegen die Kirchen sind. Solche zu dulden, besteht für niemand ein Interesse. Aber wo es sich um irgend ernsthafte, wenn auch ganz unchristliche ethische und religiöse Gedanken handelt, muß man die Vereinigung gestatten und vor allem auf die Schikanen und Nadelstiche verzichten. Sind die Vereinigungen ohne tieferen Gehalt, so werden sie nicht lange dauern. Man könnte sie wirklich mit kaltem Blut und mit dem erklärten Willen zur Billigkeit behandeln, wie das ja in einzelnen Bundesstaaten bereits geschieht. Viel schwieriger und ernster ist die zweite praktische Folge, die Behandlung der Religion in der Schule. Hier sind die einfachsten Folgerungen die der Befreiung dissidentischer Kinder vom Religionsunterricht und ebenso der Bedenken tragenden Lehrer von der Erteilung dieses Unterrichts. Auch dies ist praktisch nicht so einfach bei der Lage der tatsächlichen Gesetzgebungen, die ohne schwere Kämpfe nicht verändert werden können, und bei der Verwickeltheit des praktischen Lebens. Es ist überdies eine schwere Finanzfrage für die Kirchen, die für Unterrichtskräfte dann von sich aus zu sorgen haben würden. Auch öffnet es Tür und Tor allen möglichen Streitereien. Ein Dissidentenprediger, der die Religion in der Staatsschule bekämpft, kann versuchen, durch Propaganda bei den Eltern den ganzen staatlichen Religionsunterricht einer Klasse zu sprengen. Der nachzuweisende Ersatzunterricht durch Dissidentenprediger findet oft keine würdigen Persönlichkeiten. Jeder Ärger zwischen Pfarrer und Lehrer kann diesen veranlassen, seine innere Ungeeignetheit zum Religionsunterricht zu entdecken. Kurz, mit den rein theoretischen Forderungen ist hier wenig gemacht; schon bei solchen verhältnismäßig kleinen Maßregeln entstehen große Schwierigkeiten.

Die Hauptschwierigkeiten bestehen aber beim staatlichen Religionsunterricht überhaupt, wovon oben bereits die Rede war. Hier können bei den bestehenden Macht- und Majoritätsverhältnissen den Kirchen am schwersten ernste Zugeständnisse abgerungen werden, und auch sachlich wäre das Unbekanntbleiben der Schule mit aller Geschichte unserer Religion sehr bedenklich. Aber die Kirchen können und müssen wenigstens doch auch ihrerseits anerkennen, daß hier eine wirkliche Schwierigkeit der Lage vorliegt, und daß die Übernahme des eigentlichen Schwergewichts der religiösen Unterweisung auf die Kirchen selbst eine Folgerung aus eben dieser Lage ist. Es wird auf diesem Gebiete anders

werden als bisher, wenn auch langsam, und die notwendigen Reformen werden um so leichter zustande kommen, je weniger sie im Geiste einer stürmischen Christentumsfeindschaft gefordert werden, je sorgfältiger sie den wirklichen religiösen Bedürfnissen weiter Kreise Rechnung tragen. Was für jetzt notwendig ist, ist die Anerkennung einer problematischen Lage überhaupt, der Verzicht auf eine gewaltsame und bedingungslose Ablehnung aller Reformforderungen. Die Reformen selbst werden langsam wachsen und der Natur der Sache nach Kompromisse sein.

Auf diesen Linien, falls sie von allen Beteiligten leidlich eingehalten würden, wäre eine gemeinsame praktisch-politische Arbeit möglich. Es könnten dann vor allem die rein theoretischen religions- und kirchenpolitischen Probleme in den Hintergrund treten und dafür die doch viel mehr im eigentlichen Interesse der Arbeiterschaft liegenden praktischen, wirtschaftlichen und politischen in den Vordergrund. Der heute weder durch Gewalt noch durch Wissenschaft zu schlichtende Streit der Weltanschauungen könnte unter gegenseitiger Schonung und relativer Anerkennung geführt und durch eine Reihe von Kompromissen zu einer wenigstens praktisch möglichen Beruhigung gebracht werden. Gewiß werden die Glaubenshüter von beiden Seiten damit nicht einverstanden sein, und die einen über Versumpfung des Klassengegensatzes oder Trübung der theoretischen Prinzipien, die anderen über Nachgiebigkeit gegen die Welt und Verleugnung des Glaubens klagen. Allein solche Schärfe ist stets nur Sache weniger und ist in sich selber etwas Beschränktes, enthält viel doktrinäre Selbstverliebtheit. In großen historischen Momenten und bei einzelnen mächtigen Genies kann Prinzipientreue bis zum Tode etwas Heroisches sein, in den Händen von gewöhnlichen Durchschnittsmenschen und im Zusammenhang der Alltagslage ist sie lediglich etwas Gefährliches, eine Gedankenlosigkeit und ein Eigensinn, der alle ruhige Vernunft hindert, oder gar ein Hetzmittel, das die Leidenschaften peitscht, um sich ihrer zu Zwecken zu bedienen, die mit dem Gesamtwohl und oft auch mit der Charakterfestigkeit selbst nichts zu tun haben. Für die Durchschnittsverhältnisse besteht die eigentliche Charakterfestigkeit im Aufsuchen einer gangbaren Linie durch alle Widersprüche des Tages hindurch, wobei man eigenen Idealen treu bleibt, das Mögliche verwirklicht und den Gegnern Gerechtigkeit beweist.

Die Zeiten der ersten Kämpfe und Auseinandersetzungen sind vorbei, in denen die Strenge des Prinzips von beiden Seiten hat vielleicht entfaltet und gezeigt werden müssen. Es beginnt nach dem

großen gemeinsamen Erlebnis des Krieges die Zeit der Schaffung neuer dauernder Verhältnisse, in denen die verschiedenen Schichten und Gruppen der Nation sich enger zusammenleben müssen. Da wird es die Aufgabe, niemand Verleugnung seiner Prinzipien, aber allen den Willen praktischer Verständigung zuzumuten.

Das muß auch auf dem religions- und kirchenpolitischen Gebiete möglich sein. Die deutsche Geschichte kennt nicht die Trennung freier Institutionen für alle und beliebiger inhaltlicher Kulturüberzeugungen für den Einzelnen, die bei den Angelsachsen üblich ist und dort in Wahrheit freilich die durchschnittliche Gebundenheit der inhaltlichen Kulturüberzeugung an irgendeine Sektendogmatik voraussetzt. Sie kennt auch nicht den Kampf einer klerikalen und antiklerikalen Nation, wie die Franzosen, die darin ihr tragisches Verhängnis haben. Sie muß ihren eigenen Weg suchen, der uns durch unsere großen Denker einen Kant, einen Schleiermacher, einen Fichte und einen Hegel vorgeschrieben ist, und der nichts anderes bedeutet als kirchliche Ungebundenheit einer grundsätzlich idealistischen Lebensüberzeugung und aufrichtige Achtung und schonende Begrenzung der religiösen Institutionen, in denen der religiöse Glaube der großen Volksmassen nun einmal geschichtlich organisiert ist und auf jede absehbare Zeit organisiert bleiben wird.

Die Arbeitslosenfürsorge und der Krieg.

Von Paul Umbreit.

Eines der umstrittensten Probleme vor Ausbruch des Krieges war die Arbeitslosenfürsorge durch die Gesellschaft. Zwar war das alte Manchesterdogma, daß jeder, der arbeiten wolle, auch Arbeit finde und daß die Armengesetzgebung keinen Hungers sterben lasse, kaum noch im Ernst aufrecht erhalten worden, und grundsätzlich wurde die Verpflichtung des Gemeinwesens, sich der Arbeitslosen anzunehmen, schon anerkannt. Desto weiter gingen die Meinungen darüber auseinander, bei welchem Umfange von Arbeitslosigkeit das Staatswesen zum Eingreifen veranlaßt werden könne, ob ein solcher Umfang tatsächlich vorhanden sei, und welche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosen in Betracht kämen. Nur das Unternehmertum behauptete seine prinzipielle Gegnerschaft gegen jedes Eingreifen des Staates auf diesem Gebiete und hielt seine Kartelle und Syndikate als Regulator der Produktion und seine Arbeitsnachweise als Regulator des Arbeitsmarktes für ausreichend. Mit diesen Grundanschauungen, die anscheinend auch durch die Erfahrungen des Weltkrieges wenig erschüttert sind, steht das Unternehmertum indes ziemlich isoliert, denn selbst die Reichsregierung sah sich gezwungen, in ihrer 1906 erschienenen dreibändigen Denkschrift die Notwendigkeit öffentlicher Arbeitslosenfürsorge zuzugeben, und hatte sogar die durch Staat und Gemeinde unterstützte Selbsthilfe der Arbeiter als die beste Form der Arbeitslosenversicherung anerkannt. Von dieser problematischen Anerkennung bis zur tatsächlichen Durchführung war indes ein sehr weiter Schritt, zu dem sich die Reichsregierung vor dem Kriege nicht entschließen mochte. Bald erschien ihr die Arbeitslosigkeit nicht so groß, um außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, bald dünkte ihr die eine oder andere Maßregel ausreichend, bald wieder hielt sie es für richtiger, daß die Gemeinden oder die Bundesstaaten diese Maßnahmen veranlassen, bis sich schließlich ihre Stellungnahme zu der Erklärung verdichtete: eine Arbeitslosenversicherung, die den freien Gewerkschaften in irgendeiner Weise zugute komme, sei unan-

gängig. Damit war die Reichsregierung von der grundsätzlichen Zustimmung zur Arbeitslosenfürsorge zur taktischen Preisgabe derselben aus Abneigung gegen die Gewerkschaften übergegangen, also glücklich im Lager der Unternehmer angelangt, die diese Entschließung auch mit großer Genugtuung verzeichneten.

Das Programm der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge umfaßt folgende vier Aufgaben: Arbeitslosenstatistik, Arbeitsvermittlung, Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenversicherung. Es ist charakteristisch, daß die Reichsregierung vor dem Kriege über die erste Aufgabe nicht hinausgekommen ist und auch diese nur mit Hilfe der Gewerkschaften durchführen konnte. Seit 1903 veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt" regelmäßig die Statistiken über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden, in den ersten Jahren vierteljährlich und später monatlich. Diese Statistik weist alle Vorzüge und alle Schwächen der Organisationserhebungen auf: sie gibt regelmäßig und fortlaufend ein getreues Bild über die Arbeitslosigkeit in den beteiligten Organisationen, aber nicht darüber hinaus, und es ist der Reichsregierung auch bis heute noch nicht gelungen, eine umfassendere, ständige Arbeitslosenstatistik zu schaffen, obwohl die statistische und sozialpolitische Gelehrtenwelt es nicht an Anregungen und Vorschlägen hierzu hat fehlen lassen.

Auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung war vor dem Kriege immerhin einiges geschehen. Durch das Stellenvermittlergesetz vom Jahre 1910 war die gewerbliche Stellenvermittlung konzessionspflichtig gemacht und ihr Geschäftsbetrieb gewissen Vorschriften unterworfen worden, weniger im Interesse der Arbeitsvermittlung als zum Schutze der Arbeitsuchenden gegen Ausbeutung ihrer Notlage. Sodann sind die Gemeinden durch Rundschreiben der Staatsregierungen wiederholt zur Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger Arbeitsnachweise aufgefordert und der Verband deutscher Arbeitsnachweise durch Reichs- und Staatsmittel unterstützt worden. Dabei verblieb es indes, und wenn im Anfang 1914 bei der preußischen Regierung, wie auch beim Kaiserlichen Statistischen Amt Bestrebungen hervortraten, durch Ausdehnung der Genehmigungs-, Melde- und Berichterstattungspflicht auf alle Arbeitsnachweise eine gewisse Zentralisation herbeizuführen, so fanden diese Erwägungen beim Reichsamt des Innern nur geteilte Zustimmung; besonders scheute das letztere davor zurück, die Arbeitgebernachweise, die in ihrer Praxis weniger der Arbeitsvermittlung, als der Registrierung der Einzustellenden dienten, der Genehmigungspflicht zu unterwerfen. Auf

einem Gebiete haben Preußen und das Reich aber ganze Arbeit gemacht, freilich nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern zur Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter. Sie haben die Arbeitsvermittlung für ausländische Arbeiter in der „Deutschen Feldarbeiter-Zentrale" zwangsweise durchgeführt und mit der Legitimationspflicht ausgestattet, eine Einrichtung, die ebenso von der deutschen Arbeiterschaft, wie im Auslande verurteilt wurde.

Auf die Arbeitsbeschaffung beschränkte sich seither im wesentlichen die Abwehr der Arbeitslosennot, und zwar stand diese Abwehr meist unter dem Gesichtspunkte der Improvisation. Man beschäftigte die Arbeitslosen mit sogenannten Notstandsarbeiten, d. h. mit Arbeiten, für welche eine berufliche Vorbildung nicht verlangt wurde, bei denen es weniger auf die Erzielung von Überschüssen als auf die eines gewissen Entgelts für die den Arbeitslosen geleistete Unterstützung ankam, und die daher auch nicht zu den üblichen Lohnsätzen, sondern wesentlich niedriger entlohnt wurden. Diese Art von Beschäftigung erfreute sich weder bei den Gemeindeverwaltungen, noch bei den Arbeitslosen großer Beliebtheit; sie galt den bürgerlichen Sozialpolitikern aber als einziger Ausweg gegenüber der öffentlichen Armenpflege mit ihren Nachteilen. Erst in den letzten Jahren befreundete man sich mit dem Gedanken, die improvisierte Arbeitslosenbeschäftigung durch die organisierte Arbeitsverteilung zu ersetzen, indem man im Staats- und Gemeindehaushalt die weniger dringlichen Arbeiten und Aufträge für die Zeiten der regelmäßigen winterlichen und der außerordentlichen Arbeitslosigkeit aufsparte und die gleiche Praxis auch anderen Auftraggebern empfahl. Wie wenig indes diese Grundsätze Gemeingut aller Staats- und Kommunalverwaltungen geworden waren, das zeigte sich drastisch in den ersten Kriegswochen, in denen Eisenbahnverwaltungen die bekannten Sparerlasse herausgaben und Bundesstaaten und Gemeinden trotz der enorm anschwellenden Arbeitslosigkeit die öffentlichen Arbeiten einfach ruhen ließen.

Zeigte sich schon in den genannten Aufgaben die Unfähigkeit der öffentlichen Organe, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, so versagten diese nicht minder auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung. Trotzdem in der erwähnten Denkschrift der Reichsregierung vom Jahre 1906 ein recht vorurteilsloser Standpunkt eingenommen worden war, verzichtete schon damals das Reichsamt des Innern auf eigene, positive Vorschläge oder Maßnahmen. Sie erkannte an, daß die Selbsthilfe der Arbeiterverbände von allen Versicherungseinrichtungen die besten Erfahrungen gezeitigt hätten, und daß die öffentliche Unterstützung

dieser Selbsthilfe durch Zuschüsse in Betracht kommen könne; indes sei die Prozentziffer der organisierten Arbeiter verhältnismäßig gering, so daß der größte Teil der Arbeiter bei dieser Versicherung nicht berücksichtigt werde. Im Jahre 1908 erklärte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern im Reichstage, daß die Frage einer reichsgesetzlichen, allgemeinen, obligatorischen Arbeitslosenversicherung „noch nicht reif" sei. Eine „obligatorische Versicherung" hatten die Arbeiter gar nicht gefordert, denn ihr Gewerkschaftskongreß in Stuttgart 1902 hatte lediglich die Gewährung staatlicher Zuschüsse an Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, verlangt. Im Jahre 1910 stritt man sich darüber, ob das Reich oder die Bundesstaaten die Arbeitslosenversicherung einführen sollten. Die Bundesstaaten wiesen diese Aufgabe dem Reiche zu, das Reichsamt des Innern hielt den Augenblick zur Lösung noch immer nicht für gekommen. Nur in Bayern und Baden gingen die Regierungen einen Schritt weiter und gaben Mustersatzungen für die gemeindliche Arbeitslosenversicherung heraus. In Bayern beschloß der Landtag im Jahre 1913, für 2 Jahre einen Staatszuschuß von je 75 000 Mark für Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, in das Budget einzustellen; die Kammer der Reichsräte strich aber diese Summe aus dem Staatshaushalt. In Baden ließ die Regierung einen Beschluß des Landtags (1913) nach gleicher Richtung hin unberücksichtigt; erst wenige Wochen vor Kriegsausbruch wiederholte der Landtag seinen Beschluß unter erheblicher Ermäßigung der geforderten Summe. In Württemberg fand ein gleicher Landtagsbeschluß im Februar 1914 bei der Regierung keinerlei Entgegenkommen. Im Reichstag aber erklärte Staatssekretär Dr. Delbrück im Dezember 1913 wiederum: „Erstens sei eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung zurzeit noch nicht reif; zweitens sei nicht daran zu denken, selbst wenn sich die Schwierigkeiten einer solchen Versicherung überwinden ließen, solange nicht Handel, Industrie und Landwirtschaft die neuen Belastungen durch die Reichsversicherungsordnung verarbeitet hätten, und drittens müsse zunächst die Arbeitslosenstatistik ausgebaut werden und weiter ein sachgemäßer Ausbau der Arbeitsnachweise geschehen". Absolut ablehnend verhielt sich Dr. Delbrück gegen das Genter System; es sei grundsätzlich bedenklich, eine solche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln an Berufsvereine zu geben, die sich selbst als Kampfverein bezeichnen. Auch eine Reichsversicherung im Anschluß an die Gewerkschaften sei nicht angängig, weil sie als Koalitionszwang wirke. Auf

den Einwurf „Zwangsinnungen“ erwiderte der Staatssekretär: er sei sehr im Zweifel, ob das eine glückliche Organisation sei.

Diese Erklärungen, so sehr sie auch mit Anerkennungen der Leistungen der Gewerkschaften verbrämt waren, bedeuteten eine Ablehnung der Reichsarbeitslosenversicherung für absehbare Zeit, insbesondere aber eine Ablehnung von Reichszuschüssen für die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften. Das war um so bedauerlicher, als eine solche Art der Versicherung in Dänemark und Norwegen bereits seit Jahren mit den günstigsten Erfahrungen durchgeführt war, und in Deutschland der gewerkschaftliche Unterbau dem der skandinavischen Länder in keiner Weise nachstand. So beschränkte sich die ganze öffentliche Arbeitslosenversicherung vor dem Kriege auf die Zuschüsse, die eine Anzahl Gemeinden den gewerkschaftlichen Arbeitslosigkeitskassen oder den gewerkschaftlich Versicherten zahlten. Es waren dies Straßburg i. E. und Mülhausen i. E. mit einigen Vororten, Freiburg i. B., Schöneberg-Berlin, Stuttgart mit einigen Nachbargemeinden, Heidelberg, Mannheim, Offenbach, Kaiserslautern, Schw.-Gmünd und Ludwigshafen, die das Genter System, teils mit Zuschüssen für Sparer, teils mit städtischen Zuschußkassen adoptiert hatten, während München, Frankfurt a. M. und Neukölln städtische Unterstützung ohne den Nachweis der Selbstversicherung gewährten und Köln für die gewerkschaftliche Versicherung eine Art Rückversicherung einrichtete. In den meisten Gemeinden wurden dagegen die Anträge der Arbeitervertreter, die Selbstversicherung der Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit durch gemeindliche Zuschüsse zu unterstützen, mit den Einwänden abgelehnt, daß die Arbeitslosenunterstützung Sache des Reiches oder der Bundesstaaten sei (auch der Deutsche Städtetag vertrat diesen Standpunkt), daß eine solche Unterstützung nur den Gewerkschaftsmitgliedern und damit gerade den Arbeitern, die der städtischen Hilfe am wenigsten bedürften, zugute kommen würde, und daß man die gewerkschaftlichen Kampforganisationen nicht einseitig fördern dürfe. Den letztern Einwand konnte man fast bei jeder Verhandlung in Reich, Staat und Gemeinde hören, und zwar von bürgerlichen Vertretern, die keinen Anstoß daran nehmen, den Kampforganisationen der Arbeitgeber jede Art öffentlicher Förderung angedeihen zu lassen.

Das war vor dem Kriege! Der Kriegsausbruch im August 1914 wirkte wie eine Katastrophe auf den Arbeitsmarkt, zugleich aber auch wie ein reinigendes Gewitter hinsichtlich der gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen in Reich, Staat und Gemeinde. Durch die Erschütterung des Geldmarktes, das Ruhen fast des gesamten Personen- und Güter-

verkehrs sowie der Ein- und Ausfuhr fühlte sich ein großer Teil der Arbeitgeber zur Einstellung oder Einschränkung seiner Betriebe veranlaßt. Die tägliche Roheisenerzeugung im Reiche sank von 50 000 Tonnen im Juli 1914 auf 18 925 Tonnen im August, die Kohlenproduktion von 328 000 auf 177 800 Tonnen. Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden stieg von 2,7 im Juli auf 22,7 Prozent im August. Die Arbeitslosennot wuchs ins Ungeheuerliche, und die Gewerkschaften sahen sich von unübersehbaren Ansprüchen bestürmt. Sie beschlossen sofort, ihre gesamten verfügbaren Gelder in den Dienst der Notstandsfürsorge zu stellen und hoben fast ausnahmslos ihre Unterstützungseinrichtungen zugunsten der Arbeitslosenunterstützung auf, stellten weiter alle ihre Kämpfe um die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ein und die Gewerkschaftsangestellten verzichteten auf ein Viertel ihres Gehalts. So vergingen die ersten Kriegswochen dank der raschen Maßnahmen der Gewerkschaften ohne erhebliche Störungen. Aber die Gewerkschaftsunterstützungen reichten nicht entfernt aus, um die Not bei den Arbeitslosen zu bannen, und ihre Mittel schmolzen zusehends dahin, so daß schon mehrere Gewerkschaften nur mit solidarischer Hilfe der übrigen weitere Unterstützung gewähren konnten. In dieser Situation wurde die öffentliche Arbeitslosenfürsorge zu einer unabweisbaren Notwendigkeit.

Die ersten Regierungsmaßnahmen hinsichtlich der Arbeitslosen trugen mehr einen strategischen Charakter: um die Ernte einzubringen und Arbeitskräfte für umfangreiche Befestigungsarbeiten zu gewinnen, wurde eine „Reichszentrale der Arbeitsnachweise" eingerichtet und ein „Arbeitsmarkt-Anzeiger" herausgegeben, der wöchentlich zweimal erschien. Dabei gelang es immerhin den Gewerkschaften, vom Reichsamt des Innern und vom preußischen Landwirtschaftsministerium das Zugeständnis zu erhalten, daß die aufs Land vermittelten Arbeiter nicht der Gesindeordnung unterstellt werden dürfen und ihnen gewisse Mindestlöhne zu gewähren sind, worüber den Gewerkschaften ein Kontrollrecht zustand. Doch blieben diese Maßnahmen ohne Einfluß auf die Lage des Arbeitsmarktes, die sich so drohend gestaltete, daß die Gewerkschaften ein Notstandsprogramm aufstellten und dem Reichsamt des Innern unterbreiteten, in dem die nötigen Schritte zur Wiederbelebung des Wirtschaftslebens und zur Linderung der Arbeitslosennot gefordert wurden: Beseitigung der Beschränkungen des Personen- und Güterverkehrs, Förderung der Kohlen-, Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr, Befreiung unentbehrlicher Betriebsleiter vom Heeresdienst, Unterstützung der Privatwirtschaft durch öffentliche

Aufträge, Ausdehnung der Gemeinwirtschaft von Reich, Staat und Gemeinde, besonders durch öffentliche Bauten, Urbarmachung von Gelände und Heeresbedarf, Herabsetzung der Arbeitsdauer, Verzicht auf unbezahlten Hilfsdienst und Arbeitslosenunterstützung. Das Reichsamt des Innern nahm diese Anregungen, soweit sie sich auf Arbeitsbeschaffung durch Förderung der Privat- und Gemeinwirtschaft bezogen, mit anerkennenswertem Eifer auf und eine Veröffentlichung in der „Nordd. Allg. Ztg." vom 6. September 1914 brachte eine Reihe von Vorschlägen zur zweckmäßigen Verteilung der Arbeitsmenge und Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit sowie zur Linderung der großstädtischen Arbeitslosigkeit, in denen manche der gewerkschaftlichen Forderungen aufgenommen waren, z. B. die Verkürzung der Arbeitsdauer und die Warnung vor Einstellung unbezahlter Hilfskräfte. Ablehnend verhielt es sich aber gegen die Arbeitslosenunterstützung. Es wurden in Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen usw. größere Bahn-, Wasserbau- und landwirtschaftliche Arbeiten angeordnet und Notstandskredite für diese Zwecke bewilligt. Mehr als diese Maßnahmen bewirkten indes die weiteren Einziehungen zum Heeresdienste, sowie die sich häufenden Aufträge für Kriegslieferungen und Liebesgaben eine Sanierung des Arbeitsmarktes, in deren Folge die Arbeitslosenziffer von 22,4 Prozent im August auf 16,0 Prozent im September, 10,9 Prozent im Oktober, 8,2 Prozent im November und 7,2 Prozent im Dezember sank. Immerhin überragte diese Arbeitslosenziffer noch bei weitem die des schon an sich ungünstigen Vorjahres, in dem sich der Monatsstand nur auf 4,8 Prozent erhoben hatte. Vom 3. August bis zum 31. Oktober 1914 hatten die Gewerkschaften bereits zirka 12,8 Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützung aufgewendet, und noch immer hatten Reich und Bundesstaaten keinerlei Mittel für diese Zwecke bereitgestellt.

Wieder waren die Gemeinden die ersten, die sich dieser öffentlichen Fürsorge annahmen. Berlin stellte monatlich 500 000 Mark zur Verfügung, andere Gemeinden folgten mit mehr oder weniger ausreichenden Mitteln. Ihnen gesellten sich die Landesversicherungsanstalten für Invalidenversicherung bei, die nach einer Empfehlung des Reichsversicherungsamts besondere Fonds für Arbeitslosenfürsorge schufen; auch die Provinzialregierung für Brandenburg und einzelne Bundesregierungen folgten jetzt ihrem Beispiele. In Berlin wurde zwischen Magistrat, Landesversicherungsanstalt und Gewerkschaften ein Modus vereinbart, nach dem die Gewerkschaften den Betrag der öffentlichen Zuschüsse verauslagten und zurückerstattet erhielten.

Den Unterstützten wurden die gewerkschaftlichen Unterstützungen nur zur Hälfte angerechnet. Größere Komplikationen schuf das Verlangen der brandenburgischen Provinzialregierung, die Bedürfnisfrage in dem Sinne zu prüfen, daß gewerkschaftlich Unterstützte nicht als bedürftig erachtet würden; die Gewerkschaften lehnten ein Zusammenarbeiten mit Gemeinden, die nach diesem Modus die Gewerkschaftsunterstützung voll anrechneten, ab. Auf ihre Beschwerde empfahl das Reichsamt des Innern, das sich jetzt zum ersten Male in der Frage der Arbeitslosenunterstützung engagierte, das Berliner System und auch die sächsische Regierung wies die Gemeinden an, mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, deren Vertreter zu den entscheidenden Ausschüssen heranzuziehen, die öffentlichen Zuschüsse mit der Unterstützung der Gewerkschaften durch diese auszahlen zu lassen und die Gewerkschaftsunterstützung höchstens zur Hälfte in Anrechnung zu bringen. Trotzdem konnten sich viele Gemeinden noch immer nicht an die neue Auffassung, daß es ihre Pflicht sei auch für die erwerbslosen Kriegsbeschädigten zu sorgen, gewöhnen, und erst ein Schreiben des Reichskanzlers Bethmann Hollweg mußte sie daran erinnern, „daß alles geschehen müsse, um diejenigen unsrer Volksgenossen, die der Krieg erwerbslos gemacht hat, vor Not zu schützen", wozu in erster Linie die Gemeinden verpflichtet seien. Am Schlusse seines Schreibens stellte der Reichskanzler auch eine Prüfung seitens des Reiches, sich an der Unterstützung beitragschwacher Gemeinden zu beteiligen, in Aussicht, freilich erst nach dem Kriege. Solange konnten weder die Arbeiterklasse noch die finanzschwachen Gemeinden die Lösung dieser dringenden Frage, wer die Kosten der Kriegsfürsorge für die Erwerbslosen zu tragen habe, aufgeschoben sein lassen, und die Arbeitervertreter im Reichstage benutzten die zweite Kriegstagung am Anfang Dezember, um von der Reichsregierung die Zusage zu erhalten, daß 200 Millionen Mark von den bewilligten Kriegskrediten für Wöchnerinnen- und Erwerbslosenunterstützung verwendet würden. Die Gewährung der Beihilfen an die Gemeinden wurde von der Einführung des Berliner Systems abhängig gemacht. Die Bundesratsvorschriften verlangen, daß kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtung) für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden dürfe und Unterstützungen auf Grund eigener (Gewerkschaften) oder fremder Vorsorge höchstens zur Hälfte anzurechnen sind. Die Reichsbeihilfen wurden vom 1. Januar 1915 an gewährt.

Erwägt man die vor dem Kriege abgegebenen Erklärungen der Reichs- und Staatsregierungen gegenüber der Arbeitslosenversiche-

rung, besonders in Anlehnung an die Selbsthilfe der Gewerkschaften, so darf man schon von einem ganz außerordentlichen Umschwung in den Auffassungen der Staatslenker reden. Dieser Umschwung erklärt sich nicht so sehr durch den Weltkrieg und die durch ihn geschaffene soziale Notlage, als vielmehr durch die infolge des Krieges gewonnene Erkenntnis, daß man die Gewerkschaften seither falsch beurteilt habe, und daß ihre Tätigkeit nicht als eine gemeinschädliche, sondern als eine höchst gemeinnützige und notwendige zu bewerten sei. Freilich bedurfte es erst dieses Weltkrieges, um diese Wertschätzung aller Kräfte des Volkes auszulösen, und es bedurfte erst des Beweises der Einmütigkeit der Arbeiterklasse mit allen Bevölkerungsklassen in der Abwehr äußerer Feinde, um das unberechtigte Vorurteil, daß die Gewerkschaften staatsfeindlich seien, zu zerstreuen. Es bedurfte weiter des vorbildlichen Beispiels der Gewerkschaften, die unbedenklich ihre Gelder opferten, um der Arbeitslosennot zu steuern. Es hat freilich lange gedauert, ehe Reich, Staat und Gemeinden sich entschließen konnten, diesem Beispiel zu folgen, und auch gegenwärtig ist die Regelung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung der Gemeinden, trotz der vom Reich, von Staats- und Landesversicherungsanstalten zugesagten Beihilfen keineswegs befriedigend, denn von den 3775 Gemeinden im Reiche haben nach den gewerkschaftlichen Ermittelungen, die Ende Januar 1915 vorgenommen wurden und 876 Gemeinden erfaßten, nur 527 die Arbeitslosenunterstützung in irgendeiner Form eingeführt, und selbst Großstädte haben sich davon noch ferngehalten. Auch die Art der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge entspricht in vielen Gemeinden nicht dem vom Reichsamt des Innern empfohlenen Berliner Modus, sondern läßt häufig die alte Voreingenommenheit gegen die Gewerkschaften nur allzu deutlich erkennen. Immerhin wäre es töricht, zu leugnen, daß ein erfreuliches Umlernen, eine Neuorientierung auf diesem Gebiete der Sozialpolitik eingetreten ist, von der man nur lebhaft wünschen kann, daß sie nicht mit der Beendigung des Krieges spurlos verschwinde, sondern eine Entwicklung zu Vollkommnerem erfahre.

Daß wir über den Krieg hinaus Wünsche haben, kann uns ja keiner verdenken, der die einmütige Hingabe der deutschen Arbeiter auf den Schlachtfeldern in Ost und West vergleicht mit der Behandlung, die die Arbeiterorganisationen vor dem Kriege zu erdulden hatten. Oder ist es unberechtigt, daß die Arbeiterschaft sich das Vaterland, für das sie ihr Blut vergossen haben, etwas wohnlicher wünscht? Indes liegt es in der Natur besonders der Arbeitslosenfür-

sorge, daß sie nicht mit dem Kriege ihren Abschluß finden kann. Denn wenn die Millionen der Kriegsteilnehmer in das Erwerbsleben zurückströmen, dann wird der Arbeitsmarkt monatelang von Arbeitskräften derart überfüllt sein, daß es ohne schwere Störungen nicht abgeht. Auch die Anpassung der Industrie an das friedliche Wirtschaftsgebiet wird längere Zeit erfordern. Eine umfassende Organisation des Arbeitsnachweises, entsprechend den Forderungen aller Gewerkschaften, denen auch der Reichstag in seiner dritten Kriegstagung zugestimmt hat, wird für die Unterbringung der Arbeitslosen Sorge tragen müssen. Auch für öffentliche Arbeiten (Bauten, Ersatz der verbrauchten Heeres- und Flottenausrüstung, Wiederherstellung der zerstörten Landesteile) sollte rechtzeitig gesorgt und die nötigen Mittel bewilligt werden. Aber auch die öffentliche Unterstützung derer, die nicht sogleich in Beschäftigung gebracht werden können, ist nicht zu entbehren. Wiederum werden Reich, Staat und Gemeinden bedeutende Summen aufwenden müssen, um für die Kriegsteilnehmer den Übergang vom Krieg zum Frieden so schmerzlos als möglich zu gestalten. Was läge näher, als diese Arbeitslosenfürsorge möglichst frühzeitig einheitlich zu regeln, um so Unbilligkeiten und Streitigkeiten, die wegen der verschiedenen Stellung und Einrichtungen der Gemeinden vorauszusehen sind, zu vermeiden. Wie die Familienfürsorge für die Angehörigen der Krieger reichseinheitlich eine gewisse Regelung erfahren hat, und die örtlichen Verschiedenheiten durch Zuschüsse ausgeglichen wurden, so könnte auch die Erwerbslosenfürsorge durch Gewährung eines Reichszuschusses geregelt werden. Das Wort des Staatssekretärs Dr. Delbrück in der Reichstagssitzung vom 10. März: es sei die vornehmste Pflicht des Reiches, dafür Sorge zu tragen, daß niemand von den Angehörigen derer, die an den Grenzen für des Reiches Sicherheit kämpfen, in Not gerate, und es sei Ehrensache des Reiches, auf sozialpolitischem Gebiete in dieser Zeit alles zu tun, was nach Lage der Verhältnisse und der Finanzen geschehen könne, — wo hätte dieses Wort mehr Geltung, als hinsichtlich der Fürsorge für diejenigen, die nach Rückkehr von den Schlachtfeldern nun auch ihren Platz im friedlichen Erwerb für das wirtschaftliche Wohl der Nation einnehmen wollen?

Die Wiedergeburt unſeres Volkes nach dem Kriege.

Von Paul Natorp.

Über Deutſchlands Weltſtellung nach dem Kriege heute auch nur eine Vermutung auszuſprechen, wäre vermeſſen. Eins aber iſt gewiß: unſer Volk wird nach außen, und folglich in ſeinem ganzen, auch inneren und innerſten Leben, ſich vor gewaltige neue Aufgaben geſtellt ſehen. Für dieſe uns zu rüſten iſt es nie zu früh, leicht aber könnte es eines Tages dafür zu ſpät ſein.

Wer erſehnte nicht, wer würde nicht jeden Schimmer von Hoffnung willkommen heißen, daß die traurigen Erfahrungen dieſes Krieges ein ſo allgemeines Friedensbedürfnis auslöſen würden, daß an neuen Krieg auf lange hin nicht zu denken wäre? Aber wer darf es ſich verhehlen, daß die alten drei Teufel: Herrſchſucht, Habſucht, Ruhmſucht, und in ihrem Gefolge ein bis zum Wahnſinn erhitzter gegenſeitiger Haß und Vernichtungswille viel zu tief in den Seelen der Völker ſich eingeniſtet hat und mit jedem Tage dieſes ſchrecklichſten aller Kriege tiefer ſich einfrißt, als daß man hoffen dürfte, er werde mit dem Friedensſchluß auf einmal erlöſchen. Der Krieg ſelbſt wird nicht erlöſchen, ſondern, wie der gegenwärtige Krieg nur „Fortſetzung der Politik mit etwas anderen Mitteln“ iſt, ſo wird die Friedenspolitik von morgen nur Fortſetzung des Krieges mit etwas andern Mitteln ſein. Kein Volk aber wird eine Laſt des Haſſes zu tragen haben wie das unſre, keinem ſo wenig auch nur das Atmen gegönnt ſein. Zwar glauben wir zu wiſſen, daß auch die ganze Welt uns nicht niederzwingt. Aber einen Sieg, wie manche immer noch ihn träumen, einen Sieg, der uns ſicherſtellte in dem Sinne, daß der Feind — und feind iſt uns heute faſt die ganze Welt — es kein zweites Mal mit uns wagen dürfte — einen ſolchen Sieg werden wir ſchwerlich erſtreiten. Sondern wir werden in der Lage bleiben, in der wir jetzt ſind: daß wir mit dem Aufgebot aller unſrer Kräfte unſere nationale Exiſtenz zu behaupten haben. Denn wir ſtehen vor der harten Tatſache, daß die Völker rings umher gegen uns ſtehen, rückſichtslos entſchloſſen uns klein zu machen, durch Zertrümmerung unſerer Macht die eigne zu erweitern.

Sind es wirklich die Völker? In bestimmtem Sinne leider ja! Es ist nicht so, daß allein die Gewaltträger, die Kabinette oder auswärtigen Ämter unter dem Drucke der Heeresleitung, der Kriegsindustrie, vielleicht des ganzen Großkapitals, den Krieg machten, die Nationen nur gezwungen oder getäuscht Heeresfolge leisteten und sie etwa eines Tages verweigern würden. Sondern die Führenden haben wirklich, zwar nicht die ganzen Völker, aber deren aktivste Schichten hinter sich, gegen die die übrigen, und wären sie in der Mehrheit, eben weil es ihnen an Aktivität gebricht, nicht ernstlich in Betracht kommen. Auch läßt keineswegs eine bestimmte Klassenscheidung zwischen Führenden und Geführten sich erkennen. Besonders in den mehr oder minder demokratischen Staaten Westeuropas ist die Rede von den „zwei Völkern" schon lange nicht mehr zutreffend. Alle haben am staatlichen Leben zwar nicht gleichen, aber doch irgendwelchen Anteil, und so sind die Völker in allen Schichten im ganzen einig in der Entschlossenheit wenigstens zum Durchhalten im Kriege, nachdem er einmal da ist, auch wenn sie ihn ursprünglich nicht gewollt haben. Und so ist der gegenwärtige Krieg der erste wahre Völkerkrieg, während alle früheren Kriege die Sache der Machthaber, oder wenigstens einer führenden Minderheit waren.

Wie ist das gekommen? Der Mensch hat an Herrschergewalt ungeheuer gewonnen; daran haben alle, wenn auch in sehr verschiedenen Maße, teil. Mit der tatsächlichen Herrschgewalt aber kommt der Rausch der Gewaltübung. Von diesem Rausche sind gegenwärtig die aktiven Schichten aller Völker ergriffen. Je nach der Völker Art geht der Drang nackt und roh auf Beherrschung, oder er verhüllt sich in verzehrende Ruhmsucht, verbindet sich mit kühlem Handelsgeist und dem Wagemut des Seefahrers, oder mit dem ganz gesunden Bedürfnis des Schaffens und Organisierens, das doch eines Feldes seiner Betätigung bedarf — gleichviel, der Herrschwille ist in allen erwacht, und auch, wer nicht mit wollte, muß mit, sonst wird er erdrückt. Die Welt ist klein geworden; die Antipoden sind uns heute so nah wie vordem kaum die nächsten Grenznachbarn; wo früher kaum der Gedanke hinlangte, dahin reicht jetzt schon das Wort, und streckt, magisch gezogen, die Hand sich aus, zu greifen, zu erraffen, was sonst dem Nachbar (sie sind ja alle gleich nah dabei) zum Raube fiele. Kein noch so packender Gewissensaufruf, keine noch so zwingende wissenschaftliche Beweisführung vermag etwas dawider, nichts, was nicht die Kraft hat, die Menschen selbst, und zwar die ganzen Völker von Grund aus umzuwandeln.

Wohl darf die Wissenschaft nie matt werden, um die sichere Orientierung zu ringen, Menschenliebe nie erlahmen, die Keime redlichen Wollens, wo sie nur zu finden sind, zu nähren und zu stärken. Aber sie erreichen nur die Minderheit der von Haus aus Friedwilligen. Wer oder was soll die ganzen Völker zur Umkehr bringen? Niemand und nichts als die eiserne Not. Das Beste, was Deutschland bisher sich und der Welt geleistet hat, war die Frucht der Not; unser Volk ging größer, verjüngt hervor aus der furchtbaren Not des Dreißigjährigen Krieges, aus der kürzeren, doch nicht weniger schweren der napoleonischen Zeit; so hat auch die Not des gegenwärtigen Krieges uns schon jetzt innerlich weiter gebracht. Und wir werden aus dieser Schule so bald nicht entlassen. Auch die anderen Völker werden sie, früher oder später, durchzumachen haben; am stärksten aber und am frühsten werden wir aufgefordert sein, auf unsere innersten Kräfte uns zu besinnen und sie in uns zu steigern. Wir sind zugleich, da wir schon lange in dieser Schule gewesen sind, wohl mehr als die andern vorbereitet in ihr zu lernen; es ist schon, als Frucht alter und andauernder Not, ein Sachwille und ein Organisationswille in uns lebendig geworden wie nirgends sonst. Auch unsere Feinde fangen an das zu erkennen und im stillen uns darum zu beneiden. Recht so, es ist der erste Anfang eines Verstehens. Vor allem aber müssen wir selbst uns darin verstehen.

Was ist denn die gewaltige Aufgabe, zu der es eines so starken Aufrufs bedurfte? In der Tat keine geringere, als die einer gänzlichen Erneuerung der Nation, einer Wiedergeburt wie aus dem Tode.

Nur das Äußerlichste ist, daß wir wehrfähig bleiben müssen, weit mehr noch als bisher; jede unsrer Kräfte muß jeden Augenblick bereit stehen zum härtesten Kampf. Aber das Mittel darf nicht den Zweck, der Kampf ums Leben nicht das Leben selbst verschlingen, sondern es gilt, mitten in und aus der täglichen Kampfbereitschaft uns ein Leben zu zimmern, das auch des Kampfes wert ist, das alle edelsten Kräfte weckt und in eine Tätigkeit setzt, die ihren Lohn in sich selber trägt. Das wird zuletzt auch der Weg sein zum Völkerfrieden. Es walten doch auch in den andern Völkern die gleichen Kräfte, die gleichen Notwendigkeiten; sie werden, schon um ihrer eignen Wehrhaftigkeit willen, also unentrinnbar, unserm Beispiel folgen müssen; wie sie jetzt schon in manchem ihm gefolgt, oder zu folgen im Begriff sind. Damit werden sie allmählich anfangen etwas von unserem Wesen, das ihnen jetzt ganz unverständlich ist, zu begreifen, und endlich sich die Frage vorlegen, ob nicht, was wir

alle doch eigentlich gleiches wollen und wollen müssen, besser von allen gemeinsam als von jedem für sich, nicht bloß ohne, sondern gegen die andern, zu erreichen wäre. Aber es ist noch weit bis dahin; vorerst wird man nur dies oder jenes Einzelne uns abgucken, in keiner anderen Absicht als, es gegen uns zu gebrauchen. So hat man etwas von unserer allgemeinen Volksbildung und allgemeinen Volkswehr uns abgesehen, so blickt man mit etwas besserem Verständnis jetzt auf unsere Sozialgesetzgebung, in der man einen Hauptgrund der Einigkeit, die uns stark gemacht hat, zu ahnen beginnt. Hier liegen die klaren Richtlinien für den Aufbau eines neuen Deutschland. Es muß zur Wahrheit werden, daß es in Deutschland keine Parteien mehr gibt, sondern nur noch Deutsche; denn sonst sind wir verloren.

Einen Punkt gibt es, von dem aus auch der Widerstrebende sich darüber klar werden müßte, daß eine Wiedergeburt unseres Volkes im ernstesten Sinne nottut: die Bevölkerungsfrage. Was auch das Ergebnis des gegenwärtigen Krieges sei, gewiß ist, daß er Blutopfer von uns fordert, wie sie noch nie von einem Volke dargebracht worden sind. Und leider sind es gerade die kraftvollsten, die für die Fortpflanzung der Nation leiblich und geistig und sittlich entscheidenden Jahrgänge, deren stolze Reihen am grausamsten gelichtet werden. Der Krieg vollzieht eine wundervolle Auslese der Passendsten — für die Unsterblichkeit. Halten wir Umschau über unsere herrliche, so besonders hoffnungsreiche, akademische und auch nichtakademische Jugend, so muß wohl die bange Sorge uns beschleichen: wo werden nach dem Kriege die Kräfte sein für die unabsehbar großen Aufgaben, die unser warten, wenn geradezu alle die Kräfte, auf die wir rechneten, im Kriege aufgebraucht werden? Woher soll uns ein gleich starker, edel gearteter Nachwuchs kommen, wenn nur die leiblichen, geistigen und sittlichen Krüppel übrig bleiben, um für den Nachwuchs zu sorgen? Und dabei war bereits ein Geburtenrückgang zu erkennen, dessen Gefährlichkeit für alle nationalen Hoffnungen unserm Nachbarvolke schon seit langem empfindlich geworden ist.

Zwar noch ist es nicht zu spät. Gerade der gegenwärtige Krieg hat bewiesen und beweist es täglich neu, daß der Kern der Nation bisher noch gesund ist. Noch hängt das Herz des Deutschen an seinem Heim; er denkt an Weib und Kind, wenn er ans Vaterland denkt — mit Recht, denn es gibt kein Vaterland, wo nicht Väter, kein Mutterland, wo nicht Mütter, und kein Kinderland, wo nicht Kinder sind. Ein Volk, das so um seine Zukunft kämpft und mit solcher Zuversicht auf sie traut, muß wohl auch die Nachkommenschaft wollen, ohne die

seine Zukunft dahin wäre. Aber das ändert es nicht, daß stark gegenwirkende Tendenzen da waren und sind. Dieselbe atemlose Jagd nach Besitz, Macht und Genuß, die zum Kriege geführt hat und führen mußte, untergräbt auch den Frieden des Hauslebens, arbeitet auf alle Weise der Übernahme der Lasten des Hausvaters, der Hausmutter, dem anspruchslosen Pflichtleben im stillen Heim, und damit der Entstehung eines gesunden Nachwuchses entgegen. Tausend Umstände wirken geradezu als Prämie auf die Kinderlosigkeit, als Strafe für den Besitz von Kindern. Da ist mit kleinen Mitteln wenig auszurichten. Volkswirtschaft, Volkshygiene und Volkserziehung müssen sich vereinigen den Hilfen nachzuspüren, die im einzelnen etwas bessern können; aber sie werden sich zuletzt immer sagen müssen: es ist hoffnungslos gegen den Strom zu schwimmen, den allgemeinen Strom des derzeitigen Lebens. Also wird es weiter und mit wachsender Geschwindigkeit bergab gehen, wenn nicht die Nation zur Umkehr in wesentlichen Stücken sich entschließt, das heißt: wenn nicht dem arbeitenden Volke, auf das auch für die Erneuerung der Bevölkerung die Hauptlast fällt, solche allgemeine Lebensbedingungen geschaffen werden, die im entgegengesetzten Sinne wirken wie die jetzigen.

Das erste, was der Reform bedarf, ist die Steuergesetzgebung. Sie beruht, soweit es sich um direkte Steuern handelt, auf dem gesunden Grundsatz der progressiven Einkommensteuer; aber diese ermangelt gerade in der hier fraglichen Beziehung der folgerichtigen Durchführung, solange das steuerfreie Existenzminimum und die Steuerprogression selbst auf den Kopf des einzelnen Steuerzahlenden berechnet wird, statt auf die Zahl der Personen, für deren Lebensunterhalt er verpflichtet ist; solange ein Junggesell, der nur für sich selbst, und ein gleich bemittelter Familienvater, der für zwölf Köpfe zu sorgen hat, gleich besteuert werden, bis auf einen geringen Steuernachlaß, der aber gegen die notwendigen Mehrausgaben fast gar nicht ins Gewicht fällt; der überdies vom guten Willen der Behörden abhängt und halb als Almosen empfunden wird. Noch weit ernster ist die Ungleichheit der indirekten Besteuerung, die in jeder Hinsicht schwerer den mit Familie Belasteten trifft als den Alleinstehenden. Solange darin nicht gründlich Wandel geschaffen wird, muß die Mahnung an die vaterländische Pflicht der Familiengründung dem wenig Bemittelten wie Hohn in die Ohren klingen. Es gibt noch sonst einzelne Erleichterungen für kinderreiche Familien, einen gewissen Schutz der Schwangeren und der säugenden Mütter, einen gewissen Nachlaß der Schulkosten u. dgl., aber durch das alles werden

die schweren Lasten entfernt nicht aufgewogen, welche die Unterhaltung einer zumal größeren Familie auferlegt.

Nun wäre es allerdings grundsätzlich auch nicht richtig, die Last der Erhaltung der Seinigen dem Familienhaupt völlig abzunehmen und ganz der Gesellschaft aufzubürden. An sich müßte es von jedem als Pflicht empfunden werden, das eigne Volkstum an seinem Teil zu erhalten und zu erneuern. Der Einzelne sollte wissen, sollte durch die ganze Verfassung des sozialen Lebens von selbst zu dem Bewußtsein geführt werden, daß er willig und freudig seine Kraft und den Ertrag seiner Arbeit für die Aufzucht eines lebenskräftigen Nachwuchses einzusetzen hat. In der Tat ist in allen gesunden Schichten des Volkes dies Bewußtsein immer lebendig gewesen, und auch heute, wenn geschwächt, doch nicht erstorben. Eine zu weitgehende Befreiung von Erwerbssorgen würde gerade das Gefühl der Verpflichtung gegen die Gemeinschaft abstumpfen, den Hang zum bequemen Genießen großziehen, der in allen Volksschichten den Rückgang des ehrbaren Hauslebens und der Familienbildung hauptsächlich verschuldet. Hier liegt jedenfalls ein Erklärungsgrund für die betrübliche Tatsache, daß der Geburtenrückgang schon längst nicht mehr ein Privileg der Reichen, sondern, mit allen traurigen Begleiterscheinungen, bis zu den ärmeren und ärmsten Volksschichten vorgedrungen ist, gerade seitdem für diese vom Staat weitgehende Fürsorge getroffen wird.

Nach manchen Anzeichen aber ist wohl noch mehr der weibliche als der männliche Teil der Bevölkerung dafür verantwortlich zu machen; verantwortlich nicht eigentlich im moralischen Sinne: es ist der Fehler des sozialen Zustands, wenn in der weiblichen Welt das Bewußtsein der ernsten sozialen und nationalen Verpflichtung, auf der der eigentlichste Beruf des Weibes liegt, viel zu wenig lebendig ist. Der Grund ist nicht schwer zu erkennen. Man hat das weibliche Geschlecht in einem Stande der Unmündigkeit festgehalten, der mit den bürgerlichen Rechten zugleich jede ernste bürgerliche Pflicht ihm fernhielt; so darf man sich nicht wundern, wenn das Bewußtsein der sozialen Verpflichtung auch in seinem eigensten Beruf in ihm nur schwach entwickelt ist, wenn die Ehre dieser Verpflichtung vom Weibe entfernt nicht so empfunden wird, wie dem Manne die Pflicht als Soldat, als Wähler und wählbar zur Volksvertretung, als Geschworener usw. eine Ehrensache ist.

Von den verschiedensten Seiten ist jüngst der Gedanke der weiblichen Dienstpflicht von neuem angeregt worden. Ernst und gründlich begriffen könnte sie gerade in der hier fraglichen Richtung viel-

leicht entscheidend wirken. Bedeutet die mehrjährige soldatische Ausbildung, trotz allem was dabei anders sein sollte und könnte, doch als Ganzes für den männlichen Teil des Volkes eine tiefgreifende soziale und nationale Erziehung, so würde die Wirkung einer nicht auf Krieg, d. h. Lebensvernichtung, sondern auf den Frieden in seinem letzten Kern: auf Lebenserzeugung und Lebenserhaltung gerichteten allgemeinen und planmäßigen sozialen und nationalen Erziehung des weiblichen Geschlechts sicher keine geringere sein; es würde die Lebensenergie des ganzen Volkes dadurch unabsehbar gesteigert, es würde das Bewußtsein der Einheit der Nation, das jetzt fast auf den männlichen Teil der Bevölkerung beschränkt bleibt, erst wirklich die ganze Nation umfassen. Es ist wohl nicht zu viel gesagt: das Volk wird für alle Zeit gewonnen und nicht bloß sich, sondern der Menschheit das Größte errungen haben, das in diesem Punkte den Ruf der Zeit vernimmt und lieber heute als morgen zu diesem entscheidenden Schritt vorwärts sich entschließt. Es ist eine verführerische Losung: Die Waffen nieder! Aber sie krankt an dem Fehler jeder bloß verneinenden Vorschrift. Kein bloßes „Du sollst nicht" bringt uns weiter, auf das „Du sollst" kommt es an. Du sollst nicht Leben vernichten — aber alles vernichtet, was nicht schafft, alles tötet, was nicht lebendig macht. Also vielmehr: Du sollst schaffen, sollst lebendig machen helfen, du sollst, nicht aus privatem Trieb und Neigung allein, sondern aus sozialem und nationalem Gewissen dem Aufbau, dem Immerwiederaufbau der Nation und dadurch der Menschheit deine Kräfte freudig widmen.

Die vollständige Sozialisierung der Erzeugung und Aufzucht der Nachkommenschaft etwa in Platos Staatsentwurf greift in den Mitteln gänzlich fehl; die Sache selbst aber ist und bleibt ein überaus ernstes Problem; ein Problem, das in einem Zeitpunkt wie dem jetzigen jedem ernst um unser Volk Besorgten sich aufdrängen muß. Aber es müssen natürlichere, wirklich gangbare Wege zu solchem Ziele gefunden werden. Die ernsteste Schwierigkeit liegt darin, zwischen der blinden und damit unsozialen, doch naturgegebenen und in ihrer unberührtesten Natürlichkeit kraftvollen Wirkung des Instinkts und dem leicht harten und tyrannischen, aber um der Allgemeinheit der Wirkung willen unentbehrlichen Eingriff des sozialen Zwanges den möglichen, nach beiden Seiten heilsamen Ausgleich zu finden. Das lautet wie Quadratur des Zirkels; und doch ist es an sich möglich. Der Zwang hört auf als solcher empfunden zu werden, wenn nicht bloß das, worauf er zielt, als das in sich Richtige erkannt, sondern der volle

Einsatz der eignen Kräfte dafür als normal und für jeden selbst heilvoll empfunden wird. Dann mag immerhin der Ansporn von außen kommen, es wird bald des äußeren Sporns immer weniger bedürfen und alles sich wie von selbst machen. Unsere Heeresorganisation, unser Zwang zur Schule muß jedem, der sie bloß von außen ansieht, als das Äußerste von roher Dressur erscheinen; darum sind wir den anderen die „Barbaren". Wir selbst aber wissen, da wir es täglich vor Augen sehen und selbst mit durchleben, daß das mit Freiheit an sich wohl verträglich ist; gerade unsere innerlich Freiesten unterwerfen sich diesem Zwang, mag er in einzelnen Auswüchsen sich zu empörender Härte steigern, dennoch nicht bloß willig, weil es einmal sein muß, sondern um seiner schließlich doch heilsamen Absicht willen mit ernster Entschlossenheit, ja, im Ernstfall, mit Begeisterung; bemühen sich aber, soviel es ihnen möglich ist, ihn mit dem Geiste der Selbstbestimmung zu durchdringen und zu beleben. Das gleiche müßte in weit höherem Maße bei einer Organisation erreichbar sein, die ganz auf den gesunden Aufbau des sozialen und nationalen Lebens gerichtet wäre und für ihn gerade die natürlichsten und gesündesten Triebe nur planmäßig, eben um ihnen ihr volles Recht zuteil werden zu lassen, heranzöge.

Es gilt, ein Hausleben, wie es der gesunden Aufzucht der Kinder nach jeder Richtung förderlich wäre, dem ganzen Volke und besonders den arbeitenden Klassen nicht bloß möglich zu machen, sondern auf jede denkbare Weise sicherzustellen. Der „Kindergarten" ist eine schätzbare Nothilfe, da wo unter dem Zwang der Verhältnisse das Haus seiner natürlichen Aufgabe nicht nachkommen kann; aber er ist keine Lösung der Schwierigkeit; er wirkt vielmehr, indem er die Erziehungspflicht der Familie aus den Händen nimmt, an seinem Teile selbst dazu mit, die Abschüttelung dieser ihrer eigensten Pflicht ihr zu erleichtern und damit das Institut der Familie selbst nur weiter zu erschüttern. Vielmehr gerade darauf kommt es an, im Volke selbst das Bewußtsein der häuslichen Erziehungspflicht dadurch zum Erstarken zu bringen, daß man ihre Erfüllung auf alle Weise ihm nahelegt und nicht nur möglich, sondern notwendig macht. Dazu sehe ich nur einen Weg*): die Bildung von etwas wie genossenschaftlichen Verbänden zusammenwohnender Familien („Nachbarschaftsgilden") zwecks gemeinsamer Sorge für die Erziehung zunächst der vorschulpflichtigen Kinder. Was der einzelne Hausstand für das ein-

*) S. m. Schrift: Volkskultur und Persönlichkeitskultur (Leipzig, Quelle & Meyer, 1911) S. 35 ff. und Zeitschrift für Jugendwohlfahrt 1910, Maiheft. In dem genannten Buch findet man alle hier angedeuteten Gedanken ausführlich entwickelt.

zelne oder einige wenige Kinder nicht oder nur unzureichend leisten kann, könnte von mehreren gemeinsam für die Kinder der ganzen Gruppe gut und sicher geleistet werden, nötigenfalls unter Beihilfe von außen, durch freiwillige Hilfskräfte, die, sei es von Arbeitgebern oder öffentlichen Stellen (staatlichen oder gemeindlichen), bereitgestellt werden müßten; soviel aber als irgend möglich müßte durch wechselseitige Hilfe der wieder zu größeren Verbänden zusammengeschlossenen Familienvereinigungen selbst geleistet werden. Die gedachte Organisation dürfte aber nicht isoliert stehen, sondern sie müßte Hand in Hand gehen mit gemeinsamer Wirtschaftssorge (Konsumgenossenschaften), und mit tauglichen Einrichtungen zu förderlicher Unterhaltung, Körperübung, Spiel, Bildungs- und Kunstpflege der Heranwachsenden wie der Erwachsenen; kurz, sie müßte als nur ein, aber eines der wichtigsten Glieder sich einfügen in eine einzige, wesentlich auf Selbsthilfe und Selbstkontrolle gebaute Organisation, welche alle Seiten der Volkskultur zugleich umfaßt. Damit würde erreicht, daß die gedachte Organisation, ohne äußeren Zwang, dennoch von selbst etwas von obligatorischem Charakter annähme, indem der, der sich davon ausschlösse, zugleich der wirtschaftlichen, geselligen und Bildungs-Vorteile der gedachten Vereinigungen sich berauben würde. Die Kindererziehung wäre auf diese Weise, für die fraglichen Verbände, auf den gesunden Grund einer auf allseitige Wechselhilfe gegründeten Gemeinschaft gestellt. Die Aufzucht der Kinder des vorschulpflichtigen Alters wäre eingegliedert in ein umfassendes System genau ineinandergreifender und aufeinander berechneter Maßnahmen, die das Leben jedes einzelnen Beteiligten gleichsam von der Wiege bis zur Bahre begleiten und, alle zusammengenommen, eine völlig freie Organisation sozialer Erziehung für alle Lebensalter darstellen würden. Für das Schulalter entspräche dem in die Familie selbst übertragenen Kindergarten der Kinderhort, für die nachschulpflichtige Jugend eine durchaus freie Ergänzung der Fortbildungsschule besonders nach Seiten der körperlichen Ausbildung, gesunden Erholung, sittlichen und politischen Erziehung, edlen Geselligkeits- und Kunstpflege; für die Erwachsenen die überall schon angebahnten, nur weit systematischer auszubauenden Einrichtungen wie Volksvorlesungen, Volkshochschulen, Volksheime und alles, was damit zusammenhängt. Eine großzügige staatliche und kommunale Wohnungspolitik müßte der gedachten Organisation entgegenkommen, besonders für billige Wohnungen und Gelände in freier gesunder Lage umfassend Sorge tragen.

Die Möglichkeit der Sache an sich kann nicht zweifelhaft sein; der Wege im einzelnen sind unabsehbar viele, unter denen die Erfahrung die gangbarsten und sichersten auswählen würde. Darüber voraus Einzelvorschriften zu machen wäre voreilig. Der entscheidende Grundsatz aber muß der der unbedingten Selbsthilfe sein. Man hat gesagt: Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk! Genau das Gegenteil ist richtig: es muß durch das Volk sein, sonst ist es wahrhaft und dauernd auch nicht für es. Man muß es selbst an die Tat stellen, damit es die Freude und den Erfolg der Tat selbst zu schmecken bekommt, dann wird es zur Tat auch willig sein. Nur muß man diese Tat ihm möglich machen, und sie ihm anbahnen helfen. Das könnte durch Organisationen, wie sie für alle einzelnen Bestrebungen zur Hebung der Volkskultur schon bestehen, zumal in planmäßigerem Zusammenwirken, vielseitig vorbereitet werden; aber es müßte schließlich von Öffentlichkeits wegen geleistet werden: von staatlichen Zentralstellen aus, aber durch lokale, durch Selbstverwaltungsorgane müßte die freie genossenschaftliche Organisation der unmittelbar Beteiligten angeregt, auf alle Weise erleichtert und garantiert werden.

Hier greift nun der Gedanke der weiblichen Dienstpflicht wundervoll ein. Sie würde ein ganzes Heer von Kräften ausrüsten und bereitstellen, wie es für eine so umfassende Organisation freilich auch nötig ist. Es läßt sich aber noch an etwas Weiteres denken. Die männliche Dienstpflicht bedeutete ursprünglich und bedeutet als Ganzes noch die Vorbereitung auf den seltenen, hoffentlich mit der Zeit immer seltener werdenden Ausnahmefall des Krieges. Sie wäre schon jetzt, vollends in ihrer künftig notwendigen weiteren Steigerung, ganz unerträglich, wenn sie nicht der Nation zugleich unersetzliche Dienste für den Frieden leistete. Mit der Vervollkommnung der Kriegstechnik wird zugleich die unmittelbare Ausbildung für den Krieg für die große Masse des Volkes eine beträchtliche Verkürzung vertragen; hat doch ein sehr bedeutender Teil der gegenwärtig miteinander ringenden Millionenheere nur eine sehr knappe militärische Ausbildung erhalten können, die sich trotzdem im ganzen ausreichend erweist. Um so mehr könnte man sich denken, daß die einmal bestehende und bewährte Einrichtung einer staatlich geleiteten Ausrüstung zum Dienste der Nation in der Form der allgemeinen Dienstpflicht zwar beibehalten, vielleicht selbst zeitlich noch erweitert, aber für mannigfache Friedenszwecke nutzbar gemacht würde, die jetzt allenfalls nebenher gehen, mit der Zeit aber, in dem Maße wie die unmittelbare Abzweckung auf den Krieg zurücktreten darf, stärker und stärker zur Geltung kommen

müßten. Die offenkundigen, für eine endlich mündig gewordene Nation nicht länger erträglichen Schäden der heutigen Militärorganisation, die den wirklichen Fluch unseres „Militarismus“ ausmachen, würden dann am ehesten überwunden werden, indem die Ausbildung zum Waffendienst sich als genau das was sie ist: ein einzelnes Stück der allgemeinen sozialen und nationalen Erziehung, in deren ganzen, ihrem Wesen nach unerläßlich auf den Grund der Freiheit zu stellenden Organismus einfügen müßte. Damit aber würde die männliche Dienstpflicht sich der von uns geforderten weiblichen im ganzen Charakter beträchtlich nähern und um so leichter ein Handinhandarbeiten beider möglich werden. Und damit stände dann ein gewaltiges Heer, und zwar ein nicht bloß eingeschlechtiges, zur Verfügung, um Organisationen auch der umfassendsten Art zu allen friedlichen Zwecken des Volkslebens, zu allererst zu dem friedlichsten von allen: dem Aufbau eines gesunden Hauslebens des ganzen Volkes, ins Leben rufen, erhalten und ständig bessern zu können, mindestens so wie jetzt unsere Kriegsorganisation in bewundernswertem Maße sich nicht nur erhält, sondern fortwährend vervollkommnet. Für den Kriegsfall übrigens würden auf Grund einer so allseitig durchgreifenden Organisation der Ausbildung zur sozialen und nationalen Arbeit jedes Einzelnen alle jene Maßnahmen, welche die besondere Not des gegenwärtigen Krieges zu unser aller Verwunderung, fast ohne Vorbereitung, in kürzester Frist herbeigeführt hat, nur noch viel leichter und reiner durchführbar sein. Es würde vor allem eine allgemeine Willigkeit zur sozialen Betätigung dadurch erzeugt werden, die alles, was man bisher gekannt hat, weit hinter sich lassen würde. Und dieser soziale und nationale Geist würde nicht, wie jetzt, erst auf den furchtbaren Anlaß eines wütenden Vernichtungskrieges zu warten haben, sondern fort und fort im Frieden selbst sich kraftvoll und heilspendend betätigen. Wenn für die, dem fried- und freiheitsliebendsten der Völker an sich gar nicht naheliegende Organisation der Wehrpflicht gleichwohl in so wunderbarer Einigkeit die ganze Nation sich einsetzt, wie viel freudiger noch würde sie sich einsetzen für die Organisation einer nationalen Friedensarbeit von so unmittelbar für jeden selbst heilvoller Bedeutung, wie die, von der wir reden!

Daß die gedachte Organisation übrigens in die innerlichste Beziehung treten müßte zu einer ebenso allgemeinen, nationalen, aber durch und durch freien Organisation des Schulwesens in allen seinen Verzweigungen, ist zu selbstverständlich, um noch einer langen Ausführung zu bedürfen; auch ist darüber an einer andern Stelle dieser

Schrift manches gesagt worden, was wir, in seinem positivsten Gehalt, nur zu unterstreichen hätten.*) Die „Einheitsschule" ist kürzlich auch von Seiten, von denen man es kaum erwartete, mit dankenswerter Entschiedenheit als eine der dringlichsten Forderungen unsrer gegenwärtigen und künftigen nationalen Lage anerkannt worden. Man wird diese Forderung hoffentlich nicht länger mißverstehen im Sinne einer mechanischen Gleichmachung. Zu fordern ist im Gegenteil eine organisierte Differenzierung, aber nicht nach dem Geldbeitrag oder den ehrgeizigen Wünschen der Eltern für ihre Kinder, sondern einzig nach den Fähigkeiten, mit denen im allgemeinen auch die eigene Neigung und dauernde Befriedigung des Kindes selbst zusammengehen wird. Gerade das tut not, daß nicht unterschiedslos das Gleiche von allen gefordert, wohl aber allen gleiche Möglichkeiten geboten werden, die eigenste Begabung zu erkennen und auszubilden. Denn gerade das muß erreicht werden, daß nach Möglichkeit keine Begabung ihr Ziel verfehlt, jede sich gerade in dem, was sie am besten zu leisten vermag, gefördert findet, keine vergewaltigt wird durch Forderungen, deren reiner, freudiger und damit allein wertvoller Erfüllung sie nicht gewachsen ist. Gerade solche planmäßige Differenzierung aber verlangt eine streng einheitliche Organisation, die zugleich der lang ersehnten inneren Einheit der Nation auf alle Weise förderlich sein würde. Dazu genügt bei weitem nicht die bloße Beseitigung der „Vorschule", an die manche bei dem Wort „Einheitsschule" allein zu denken scheinen, sondern nur ein gemeinsamer Schulbesuch für volle sechs Jahreskurse, also normal bis zum zwölften Lebensjahr; dann erst Scheidung in besondere Anstalten, in nach oben immer weiter gehender Gliederung; nicht nach bedingungslos freier Wahl, sondern in strengster Rücksicht auf die bis dahin im allgemeinen schon erkennbare Begabungsrichtung; übrigens mit so viel Gemeinsamkeit, in Leibesübungen, Wanderungen, Festfeier, politischer Unterweisung, Kunstübung und anderem, als mit den sonst verschiedenen Schulzielen nur irgend vereinbar ist.

Die ernsteste Schwierigkeit wird sein, Lehrer in der nötigen Zahl und Qualität zu finden, da die differenzierte Einheitsschule, wie wir sie fordern, weit kleinere Klassen, weit mehr individuelle Behandlung, und einen weit höheren Standpunkt des ganzen Unterrichts verlangt als die bisherige, in sich undifferenzierte Sonderschule mit ihrem starren System streng gebundener Lehrpläne und Berechtigungen. Eine sehr

*) S. den Aufsatz von Heinrich Schulz, Die Schule nach dem Krieg. Vgl. im übrigen auch die oben zitierte Schrift: Volkskultur und Persönlichkeitskultur.

erweiterte und vertiefte Lehrerausbildung und eine gerade für die besten Kräfte anziehende Lebensstellung des Lehrers sind die unerbittlichen Voraussetzungen dazu. Da mag denn wohl mancher zaghaft fragen: wie soll das alles zu ermöglichen sein, zumal wenn die ohnehin stark verminderte wirtschaftliche Leistungskraft der Nation für Rüstungszwecke aller Wahrscheinlichkeit nach noch weit stärker als bisher wird herangezogen werden müssen? — Ich weiß darauf nur eine Antwort: es ist die Sache des Glaubens an unser Volk. Ohne diesen Glauben sind wir verloren, mit ihm vermögen wir alles. Unser Volk wird, wie jetzt für den entsetzlichsten der Kriege, künftig für den erhebendsten, fröhlichsten Krieg: den Krieg gegen Unbildung, geistige und seelische, wirtschaftliche und politische Trägheit und Unfreiheit, für die Aufrichtung eines lebenswerten Lebens des ganzen Volkes in Eintracht durch Gerechtigkeit und Freiheit Opfer über Opfer zu bringen nicht ermüden. Und wie jetzt zum äußeren Kriege seine Besten in Scharen sich drängen und ihr Leben, ihre höchste Kraft rückhaltlos opfern, so und noch freudiger, begeisterter werden sie ihre Dienste einem Heere weihen wollen, dem Palmen winken wie die hier gezeigten. Und was die Kosten betrifft, sie dürften, möchte ich sagen, nur je höher desto besser sein; denn sie würden Wucherzinsen tragen, indem sie eine Organisation der nationalen Arbeit nach allen Richtungen zur Wahrheit machen würden, die deren Ertrag vervielfältigen müßte. Es handelt sich ja nicht um eine Luxusausgabe, sondern um die denkbar produktivste Anlage des nationalen Kapitals, an Menschenkräften wie an äußeren Hilfsmitteln. —

Wir sahen vor dem Kriege eine Jugend heranwachsen, wie sie seit Menschengedenken nicht gewesen ist. Wir sahen sie in dem großen, dem furchtbaren Augenblick, da es galt, in einem innerlichen Ernst sich fassen und aufs höchste steigern, der auch uns Alten an die Seele griff, uns neu und groß berührte. Die aus diesem Kriege zurückkehren, mit denen wird alles zu erreichen sein. Und die nicht zurückkehren? Sie, wohl von den Besten die Besten, hinterlassen uns die heilige Verpflichtung, an ihrer Statt zu tun, was sie getan haben würden. Und wir Alten — was bleibt uns? Wir können nur das Beste, das sie gewollt, in unsere Obhut nehmen, es der neu heraufwachsenden Jugend dringend ans Herz legen, und täglich spornend und ratend ihr zur Seite sein, daß die blutige Saat, die wir heute säen, dereinst fröhlich aufgehe zu einem neuen Maientag, zu einer wahren Wiedergeburt unseres Volkes.

Die Schule nach dem Krieg.

Von Heinrich Schulz.

Wenn in den schweren Monaten des Weltkrieges Kurzsichtigkeit, Unwissenheit oder die Ungerechtigkeit nationaler Verblendung uns Deutsche schmähte und uns vorwarf, wir verteidigten deutsche Rückständigkeit gegen die fortgeschrittenere Kultur des Westens, so haben wir gern und mit Recht statt vieler Worte einige Zahlen für uns sprechen lassen. Die deutsche Schul- und Bildungsstatistik ergibt ohne weiteres, daß Deutschland sich in diesem Punkte vor den Westmächten — von Rußland gar nicht zu reden — nicht zu verstecken braucht, daß es vielmehr allen beiden an Durchbildung der Volksmassen durch die öffentliche Schule und durch die freiwillige Bildungsarbeit voranmarschiert.

Das sagen auch wir Sozialdemokraten jetzt während des Krieges. In den Zeiten vorher regten wir unsere Lippen nicht gern zu solchem Lobe. Nicht aus Ungerechtigkeit und Lieblosigkeit gegen das eigene Land, sondern weil wir im Gegenteil aus Liebe zum Volke die Augen mehr als auf den kleinen Anfang, der mit der Schulung und Bildung der Massen gemacht worden ist, auf den großen Rest gerichtet hielten, der zu tun noch übrig bleibt, und der durch einen Vergleich mit den noch größeren Resten der anderen Länder nicht kleiner wird.

Wir Sozialdemokraten hatten um so weniger Grund, diesen bescheidenen Anfang mit vollen Backen zu preisen, als es außerhalb unserer Reihen, im bürgerlichen Lager, genug Lobredner und Ruhmeskünder gab, die daneben zugleich noch Zeit und Lust fanden, die deutschen Arbeiter wegen ihrer Art, dem Vaterlande zu dienen, mit Vorwürfen und Kränkungen zu überhäufen, denen aber dabei nie der Gedanke kam, daß gerade der ruhelosen kritischen Tätigkeit der deutschen Arbeiter und ihrer unermüdlichen positiven Mithilfe in den öffentlichen Körperschaften, besonders in den Gemeinden, der ständige langsame Fortschritt im deutschen Schulwesen ganz wesentlich mit zu verdanken war.

Daß ich nicht etwa aus der Not eine Tugend mache und nur jetzt unter dem Drucke des Krieges der Sozialdemokratie eine tatsächliche und tatkräftige Mitarbeit am Aufbau und Ausbau des Deutschen Reiches unterstelle, von der sie sonst weit entfernt wäre, könnte ich durch zahlreiche Beispiele belegen. Ich beschränke mich auf ein einziges, das mir sachlich und persönlich am nächsten liegt. Als ich am 13. März 1912 zum ersten Male die Ehre hatte, im Deutschen Reichstage für die Sozialdemokratie das Wort zu nehmen und dabei in großen Umrissen unser schulpolitisches Programm entwickelte, schloß ich mit den Worten: „..... wir werden nicht ruhen und nicht rasten, bis die Reichsverfassung auch in der Schulfrage sinngemäß durchgeführt ist, bis durch die Reichsschulgesetzgebung Deutschlands innere Einheit und Deutschlands Wehrhaftigkeit nach außen gesichert ist, wie es ohne eine solche Schulgesetzgebung nicht möglich wäre. Meine Herren, wir werden nicht ruhen und nicht rasten, diese innere und äußere Stärke Deutschlands herbeizuführen, auf die Gefahr hin, daß Sie uns mit noch vermehrter Energie — vaterlandslose Gesellen und Reichsfeinde schelten."

* * *

Der Krieg hat den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit, den die Sozialdemokratie jahrzehntelang mit bitterem Unrecht hat tragen müssen, wohl endgültig und für alle Zeiten zu Boden geschlagen. Wir müssen hoffen — ohne diese Hoffnung wären Ströme kostbarsten Bruderblutes umsonst geflossen —, daß die sozialdemokratische Art, dem Volke zu dienen, sich in Zukunft ohne die kleinlichen und verbitternden Hemmnisse einer „öden und dumpfen Zeit" entfalten kann. Wir dürfen im besonderen hoffen, daß die Schulreform der Sozialdemokratie fortan mit anderen Augen als bisher angesehen wird, ja, daß sie die wirksamste Förderung durch andere Parteien und durch die Regierung erfährt.

Aus einem doppelten Grunde dürfen wir dies hoffen. Einmal ist keine zweite Partei für die Schulfrage so zuständig wie die Sozialdemokratie, sofern man nicht die Schulinteressen der fünf vom hundert aller Schulkinder, die die höheren Schulen besuchen, im Auge hat, sondern die Schul- und Bildungsnot der Volksmassen. Die Sozialdemokratie ist das Sprachrohr dieser Massen, sie weiß, wo es den Massen fehlt, sie empfindet den Schul- und Bildungsmangel der deutschen Arbeiter am nächsten und unmittelbarsten, in ihren Reihen tritt die gähnende Kluft zwischen dem leidenschaftlichen Kulturwillen

der Arbeitermassen und den unerträglichen Hemmschuhen einer dürftigen Volksschulbildung tagtäglich in Tausenden von erbitternden und erschütternden Einzelfällen in die Erscheinung.

Sodann aber hat dieser Krieg mehr als irgendein Krieg der Vergangenheit und mehr als die überzeugendsten Predigten früherer Zeiten den Beweis geliefert, welche ungeheure nationale Kraft die intellektuellen und moralischen Werte eines Volkes auszuströmen vermögen. Das gilt in erster Linie für Deutschland, auf der Seite unserer Gegner aber unzweifelhaft auch für Frankreich, das ohne diese von einem guten Schulwesen gehobene Kraft den eisernen Druck der deutschen Heeresmassen nicht schon über neun Monate hätte aushalten können.

So sehr in diesem Kriege alles ins Massenhafte und Ungeheure gesteigert ist, so sehr es darauf ankommt, auf welcher Seite bis zuletzt die größeren Millionenheere aktionsfähig sind, ebensosehr ist andererseits gerade in diesem Kriege mehr als je zuvor die Bedeutung des einzelnen Mannes in den Vordergrund gerückt worden. Mannigfache kriegerische Aufgaben, besonders im Aufklärungs-, Vorposten- und Patrouillendienst, können nur von einzelnen beherzten Männern erfüllt werden, in vielen nicht vorauszusehenden Fällen stehen die Soldaten plötzlich ohne Führung, sich selbst überlassen, in schwieriger Lage, und schnelle Entschlußfähigkeit allein vermag sie zu retten; in wieder anderen Fällen muß irgendein schlichter Soldat, in dem verborgene Führerkraft schlummert, plötzlich an die Stelle gefallener Führer treten.

Bei alledem muß sich Klugheit, Willenskraft und Charakterstärke vereinigen. Der monatelange Stellungskrieg, die Mühseligkeiten und Entbehrungen des gefahrvollen Schützengrabendienstes, die unerhörten Anstrengungen der Wintermonate mit ihrem grausamen Wechsel zwischen kniehohem Schlammwasser, unbarmherzigen Schneestürmen und klirrendem Frost, das alles stellte die höchsten Anforderungen an die moralischen Kräfte jedes einzelnen Soldaten. Solchen Zumutungen unterwirft sich ein Kulturmensch des zwanzigsten Jahrhunderts nicht mehr, weil er blind einem Machtgebote folgt, dazu kann ihn nur ein inneres Muß zwingen: die klare, wenn auch schmerzlich bittere Einsicht in die Notwendigkeit. Diese Erkenntnis wiederum ist nur einem Menschen möglich, dessen intellektuelle und seelische Triebkräfte erschlossen sind, der kulturelle Ideale besitzt, der zu beurteilen vermag, warum und wofür er kämpft.

Wenn die herrschenden Klassen Deutschlands bei Ausbruch des

Krieges in dieser Beziehung nur auf sich allein gestellt gewesen wären, oder wenn sie auch nur mit dem Pfunde hätten wuchern können, das sie selber freiwillig in der deutschen Arbeiterschaft zinstragend angelegt haben, so hätte es schlecht um sie und um Deutschland gestanden. Aber die deutsche Arbeiterklasse hat von Anbeginn ihres politischen Kampfes an gleich großen Wert auf die Hebung des staatlichen Schulwesens gelegt wie auf die Selbsterziehung und geistige Fortbildung jedes ihrer Mitglieder.

Gewiß hat die organisierte Bildungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie in ihrem wesentlichen Teile die „einseitige" Absicht, die Arbeiter mit Verständnis und Begeisterung für die geschichtlichen Aufgaben ihrer eigenen Klasse zu erfüllen. Aber so wie die Sozialdemokraten diese Aufgaben auffassen, gehen sie letzten Endes in die allgemeine geschichtliche Kulturaufgabe, in die Arbeit für die Emporhebung der menschlichen Gesellschaft über. Die besonderen Ideale der Sozialdemokratie sind nur zeitlich und im Ganzen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Kämpfe besondere Ideale, von höherer geschichtlicher Warte und in der Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus sind sie die gesellschaftlichen Zukunftsideale überhaupt. Man kann die Richtigkeit einer solchen Auffassung bestreiten, aber man kann nicht bestreiten, daß die Auffassung selber ihre Träger mit dem stärksten Willen zur Kultur und zur gesellschaftlich-sittlichen Tat erfüllen muß.

Dennoch hat man vor dem Kriege mit großen und kleinen und kleinlichen Mitteln versucht, die sozialdemokratische Schulpolitik und Bildungsarbeit zu verhindern oder zu erschweren. Anregungen von sozialdemokratischen Kommunalvertretern und Landtagsabgeordneten zur Hebung und zum Ausbau des Schulwesens fielen in der Regel auf steinigen Boden und konnten sich, wenn überhaupt, nur in beschränkter Form und nach Überwindung vieler Widerstände durchsetzen. Den freiwilligen Bildungsanstalten aller Art wurden bis an die Schwelle des Krieges rechtliche, polizeiliche und zahlreiche sonstige Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Das alles hat die Zielklarheit und die Willenskraft der deutschen Arbeiter nicht zu beeinträchtigen vermocht. Sie sind ihren Weg gegangen, vorwärts und aufwärts. Und als das Ungeheure und Ungeheuerliche eintrat, das sie bis dahin mit allen ihren Kräften zu verhindern versucht hatten, als der Weltkrieg ausbrach, da haben sie ihre ganze Entschlossenheit und ihren Willen zur Kultur in den schweren und blutigen Dienst des Landes gestellt, zu dem sie durch Geburt und Abstammung gehören, und in dessen Verband sie auch als die Klassen-

genossen der Arbeiter anderer Länder diesen Willen zunächst und auf absehbare Zeit in werktätiger Arbeit zur Tat machen können.

Wie viel freudiger würden sie diesen Entschluß bekundet und durchgeführt haben, wenn sie bisher schon im Staatsganzen als Gleichberechtigte anerkannt worden wären! Um wieviel leistungsfähiger würden sie über ihre bisherige Kraftanstrengung hinaus sein, wenn sie durch Schulen gegangen wären, wie sie die sozialdemokratische Schulreform anstrebt! Wenn ihnen bisher schon alle Mittel zur körperlichen und geistigen Fortbildung so bereitwillig zur Verfügung gestellt worden wären, wie sie ihnen bisher leider versperrt gewesen sind!

Zum Nutzen des deutschen Vaterlandes, zugleich aber auch zum Nutzen der über alle nationalen Schlagbäume hinausgreifenden allgemeinen menschlichen Kulturentwicklung müssen die deutschen Arbeiter daher erwarten, daß nach dem Kriege die Bahn frei gemacht wird für die ungehinderte geistige Entwicklung des deutschen Volkes, müssen sie erwarten, daß alle kleinlichen Hindernisse, alle bürokratischen, partikularistischen und standesmäßigen Fesseln fallen, daß sich ganz Deutschland eint in dem starken und ehrlichen Willen, nach der Abwehr der äußeren Feinde und der Sicherung der äußeren Einheit eine wirkliche innere Einheit und Geistesgemeinschaft zu schaffen. Ob sie restlos möglich ist, oder ob ihr vorläufig noch unüberbrückbare Gegensätze und Widerstände hindernd im Wege stehen, darf für dieses feste Wollen selber nicht abschwächend in Betracht kommen.

* * *

Es sprechen Anzeichen dafür, daß nach dem Kriege die Schulreform lebhaft in Fluß kommt. Aber noch läßt sich nicht übersehen, wohin die Fahrt gehen wird. Auch über das Tempo der Fahrt ist man vorläufig noch auf Vermutungen angewiesen.

Die eigentlichen Schulreformer regen sich mit besonderer Lebhaftigkeit. In den pädagogischen Zeitungen und in besonderen Büchern machen sie ihre Forderungen geltend. Sie scheuen nicht vor weitausgreifenden Plänen zurück, wobei ihnen der Gedanke der Einheitsschule im Vordergrunde steht. Aber schon bei ihnen stößt man auf vorsichtige Zurückhaltung und Bedenken, sobald sie sich dem Kerne der ganzen Angelegenheit, der Finanzfrage, der Schulunterhaltung, nähern. Hier fürchten sie starke Widerstände und ihnen suchen sie aus dem Wege zu gehen, statt ihnen beherzt die Stirn zu bieten.

Auch in anderen Kreisen, von politischen Schriftstellern und Parteipolitikern, wird die Frage erörtert, ob und inwieweit eine Neuorientierung unseres Schulwesens nach dem Kriege notwendig ist. Im allgemeinen hängt Richtung und Umfang ihrer Schulwünsche von ihrem politischen Bekenntnis ab. Linksstehende Politiker gehen weiter in ihren Forderungen als ihre Nachbarn zur Rechten. Je weiter rechts ein Politiker steht, um so anspruchsloser wird er in seinen Reformforderungen. Es werden leider auch schon zahlreiche Stimmen laut, die überhaupt jede Schulreform nach dem Kriege verwerfen, weil nach ihrer Meinung gerade der bisherige günstige Verlauf des Krieges die beste Rechtfertigung für unser Schulwesen in seiner jetzigen Form sei.

Ich glaube, daß meine bisherigen Ausführungen schon zur Genüge ergeben, daß ein solcher Schluß ein Trugschluß ist; ich darf mir daher in diesem Zusammenhange jedwede Polemik dagegen versagen.

Es gibt freilich auch Ausnahmen auf der rechten Seite. So erhob der bekannte Politiker Oktavio von Zedlitz jüngst die fast revolutionär anmutende Forderung, „daß den Besitzlosen, der Arbeiterschaft, Kraft und Befähigung vorausgesetzt, die völlig gleiche Bildungsmöglichkeit eröffnet wird wie den besitzenden Volksgenossen". Aber Herr von Zedlitz verbindet diese Forderung mit rückschrittlichen Wahlrechtswünschen, die selbstverständlich ein zu hoher Preis für jede Schulreform wären. Umgekehrt ruht eine so demokratische Schulforderung, wie sie v. Zedlitz aufstellt, nur sicher auf dem breiten Grunde eines demokratischen Wahlrechts.

Allen lauen und ängstlichen, allen unklaren und zweideutigen Schulreformen gegenüber pflanzt die Sozialdemokratie ihre Schulfahne auf, und sie fordert alle Freunde des Schulfortschritts und alle diejenigen, die aus dem fürchterlichen Schlachtengetümmel die richtige Nutzanwendung für die zukünftige innere Organisation und Entwicklung Deutschlands ziehen wollen, zur Hilfe und Nachfolge auf.

* * *

Das Schulprogramm der deutschen Sozialdemokratie ist in der knappsten Formulierung*) in einem Initiativvertrag ent-

*) Wer sich genauer informieren will, sei auf das Protokoll des Mannheimer Parteitags der deutschen Sozialdemokratie vom Jahre 1906 (S. 323ff.) und auf mein Buch „Die Schulreform der Sozialdemokratie", Dresden 1911, Verlag von Kaden u. Co. 263 Seiten. 3 Mk., verwiesen.

halten, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Februar 1912 eingereicht hat. Er lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gesamte Schulwesen des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt."

Der Antrag ist im Reichstag noch nicht zur Verhandlung gelangt. Die Initiativanträge der Parteien kommen leider in den letzten Legislaturperioden stets zu kurz. Obwohl alle Parteien Anträge eingereicht haben, konnte bisher erst von jeder Partei je ein Antrag zur Erörterung gestellt werden. Ich befürchte freilich, daß unser Schulantrag, auch wenn über ihn schon hätte abgestimmt werden können, mit großer Mehrheit, wahrscheinlich mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt worden wäre. Ich ziehe diesen bedauerlichen Schluß aus der Tatsache, daß eine weit bescheidenere sozialdemokratische Anregung: die heutige völlig bedeutungslose Reichsschulkommission in ein Reichsschulamt umzuwandeln, ein trauriges Schicksal im Reichstag erleben mußte. Als im Jahre 1912 zum erstenmal über sie verhandelt wurde, stimmte die sozialdemokratische Fraktion allein für ihren Antrag. Im nächsten Jahre unterstützte noch ein freisinniger Lehrer-Abgeordneter diese Forderung, die zugleich eine alte Forderung der deutschen Lehrerschaft ist. Im Jahre 1914 lehnten wiederum alle bürgerlichen Parteien ausnahmslos unseren sozialdemokratischen Antrag ab. Allerdings hatte diesmal endlich auch die fortschrittliche Volkspartei einen Antrag nach dem Vorbilde des sozialdemokratischen Antrags eingebracht, nur ging er längst nicht so weit wie der sozialdemokratische, er blieb nach den ersten Schritten auf der Bahn, die durchlaufen werden muß, zögernd stehen. Dennoch verhalf die sozialdemokratische Fraktion, nachdem ihr eigener Antrag gefallen war, diesem freisinnigen Antrage durch ihre Stimmen gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums zur Annahme. Viel Erfolg wird er nicht haben, denn inzwischen ist in Preußen ein Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eingerichtet worden, das einen Teil der Aufgaben zu erfüllen versprochen hat, die ein Reichsschulamt zu erfüllen hätte. Leider kann man diese Neugründung nicht mit ungemischter Freude begrüßen. Schon deshalb nicht, weil ein preußisches Zentralinstitut, von allem anderen abgesehen, nicht so weite Arme hat und nicht so allgemeine Wirkung ausüben kann, wie man sie von einer Reichseinrichtung von vornherein voraussetzen dürfte.

So wenig ermutigend die Erfahrungen sind, die wir Sozialdemokraten mit der Forderung eines Reichsschulamts gemacht haben, so würden sie uns doch auch in normalen Zeiten, wenn ein Krieg nicht die ruhige Entwicklung unterbrochen hätte, nicht veranlaßt haben, von unseren weiter gehenden Forderungen auch nur einen Schritt zurückzuweichen. Widerstand hat uns bisher noch niemals abgeschreckt, sondern unsere Anstrengungen nur verstärkt.

Jetzt aber, nachdem der Weltkrieg eine ganz neue Sachlage im Inneren wie im Äußeren schafft, werden uns trübe Erfahrungen früherer Zeiten noch weniger hindern als sonst, zu fordern, was wir im Interesse des deutschen Volkes für notwendig halten, und zugleich dafür mit allem Nachdruck, mit aller Ausdauer und mit aller Kampfesfreudigkeit einzutreten, so wie es uns unsere Brüder draußen im Felde tagtäglich zeigen, daß für eine große und ernste Sache gekämpft werden muß.

Unser Schulantrag gibt nur die allgemeinen Richtlinien einer Schulreform durch das Reich an, sie sind klar und bestimmt genug, um über die Richtung keinen Zweifel zu lassen, sie verzichten aber andererseits auf Einzelbestimmungen und schultechnische Forderungen, die besser den schulpolitischen und pädagogischen Fachleuten zur Aufstellung, Abgrenzung und Durcharbeitung überlassen bleiben.

Das gesamte Schulwesen des Deutschen Reiches wünschen wir durch ein Reichsschulgesetz in geordnete Bahnen gebracht. Wir fassen hierbei den Begriff Schulwesen so allgemein, daß durch ihn alle schulmäßigen Einrichtungen, vom Kindergarten bis zur Hochschule, ganz gleich, ob es sich dabei heute um öffentliche oder um private Einrichtungen handelt, erfaßt werden. Alles, was zur Erziehung und Schulung des deutschen Nachwuchses an öffentlichen Einrichtungen für notwendig erachtet wird, soll durch ein Reichsschulgesetz in organischen Zusammenhang miteinander gebracht werden. Es darf nicht länger sein, daß das deutsche Volk, das die Kriegsnotwendigkeiten zu einer einzigen Einheit zusammengeschmiedet haben, so daß es zur Stunde keinen Unterschied ausmacht, ob ein Soldat oder eine Kompagnie oder ein Armeekorps zufällig vom sächsischen oder preußischen Kontingent ist, daß dieses einheitliche Volk durch die Schulgesetzgebung hinterher wieder in wirre, törichte Vielheit gespalten wird. Die deutsche Schulgesetzgebung ist ein trauriges Erbstück der ehemaligen deutschen Kleinstaaterei. Obwohl diese tatsächlich schon seit 1870, im gewissen Sinne seit noch längerer Zeit, überwunden ist, obwohl sie ferner durch den gegenwärtigen Krieg vollkommen in die historische Rumpelkammer ge-

stoßen wird, muß dennoch bis heute eine so außerordentlich wichtige und frische Lebendigkeit, wie es das Schulwesen eines Volkes darstellt, unter partikularistischen Rückständigkeiten leiden. Eine Reihe von Bundesstaaten, darunter der größte Bundesstaat, Preußen, besitzt überhaupt noch kein eigentliches Schulgesetz. Die anderen Bundesstaaten haben zwar Schulgesetze, aber sie sind durchweg rückständig und stehen dabei miteinander oft in so auffälligen Gegensätzen und Widersprüchen, daß daraus schon heute die ernstesten Gefahren für die deutsche Jugend erstehen könnten, wenn die Wirklichkeit des Lebens nicht stillschweigend über manche dieser staatsrechtlichen Antiquitäten hinwegginge.

Aber nicht nur in horizontaler Beziehung, auf das Geheiß sachlich völlig gleichgültig gewordener kleinstaatlicher Schlagbäume, klafft unser Schulwesen heute auseinander, ebenso schlimm, sogar noch schlimmer ist die Zerklüftung und Zerreißung unseres deutschen Schulwesens in vertikaler Beziehung. Wir verlangen deshalb Einheitlichkeit des Schulwesens unter Beseitigung aller Klassen- und Kastentrennungen.

Natürlich wird es und muß es in alle Zukunft hinein verschiedene Schularten geben, die einander über- und untergeordnet sind. Je entwickelter ein Volk wird, je mehr seine kulturellen Ansprüche steigen, je mehr es diesen Ansprüchen durch kluge Vorbereitung und Schulung des Nachwuchses gerecht werden will, um so vielgestaltiger und gegliederter wird es sein Schulwesen einrichten. Darum heißt Einheitlichkeit nicht Einseitigkeit oder Einförmigkeit, nicht Schablonisierung oder rohe gewalttätige Gleichmacherei. Die von uns gewünschte Einheitlichkeit soll im Ziel bestehen: harmonische Entwicklung aller körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten jedes einzelnen Volksgenossen, nicht in den Mitteln. Das ist bei der heutigen Scheidung der Schulen nach äußeren, schulfremden und unpädagogischen Erwägungen, nach Geld- und Standesrücksichten, nicht möglich. Ungezählte Kräfte des Volkes bleiben bei dem heutigen Kasten- und Standesschulwesen ungehoben oder versanden in mangelhaften Schulen. Es ist gar nicht abzumessen, welcher ungeheure Schaden dem deutschen Volke dadurch erwächst, daß die heutige Schule nur einen bescheidenen Bruchteil der im Volke vorhandenen Kräfte und Fähigkeiten aufsprießen läßt und zur Reife bringt. Darum verlangen wir, daß jeder werdende Deutsche jede Schule besuchen kann, zu der ihn Neigung und Befähigung führt. Es soll nicht die wirtschaftliche Notlage des weitaus größten Teiles der Eltern von vornherein die Tore fast aller Schulen vor ihren Kindern

verschlossen halten. Es soll umgekehrt nicht die Wohlhabenheit des Vaters für das Kind von vornherein die Notwendigkeit im Gefolge haben, daß es eine höhere Schule belastet, ganz gleich, ob es sich geistig dafür eignet oder nicht, nur weil es einmal die Sitte und der gute Ton so verlangen.

Diese Forderung ist nur durchzuführen, wenn das Schulwesen ein einheitliches Ganze bildet, in dem wohl zahlreiche Schularten ihre besonderen Aufgaben erfüllen, in dem aber ein einigendes Band alle miteinander verknüpft; in dem es keinerlei Hindernisse für die Begabung gibt; in dem auch keine Geringschätzung oder Überschätzung der einen oder der anderen Schulart, der niederen oder der höheren, der allgemeinen und der sachlichen, aufkommen kann. Denn jeder weiß, daß jede dieser Schularten für sich ihre wertvolle Aufgabe im Dienste des Gemeinwohles erfüllt und eine ohne die andere unmöglich ist.

Die Einheitlichkeit des Schulwesens soll auch nicht um religiöser oder gar konfessioneller Verschiedenheiten willen durchbrochen werden. Es gibt auch jetzt im Kriege keine protestantischen, katholischen oder freireligiösen Bataillone. Alle Soldaten, ganz gleich, zu welchem Glauben sie sich bekennen, kämpfen einträchtig nebeneinander und miteinander, ohne daß der eine dem anderen seine religiöse Auffassung herabzusetzen oder zu rauben sucht. Das soll natürlich auch die auf dem Grundsatz reiner Weltlichkeit aufzubauende Einheitsschule nicht. Sie läßt jedem einzelnen seinen Glauben und stellt ihm auch die nötige freie Zeit für die religiöse Unterweisung der Kinder zur Verfügung. Aber dieser Religionsunterricht muß Sache der einzelnen Religionsgesellschaften sein, er kann nicht eine Aufgabe der öffentlichen Schulen bilden, die von den Kindern aller Konfessionen besucht werden. Darum verlangen wir die Weltlichkeit der Schule.

Die Einheitlichkeit des Schulwesens in unserer Auffassung setzt auch die völlige Unentgeltlichkeit des gesamten Unterrichtswesens voraus. Es wäre eine billige Reform, die sich darauf beschränken würde, nur rein organisatorisch eine Einheitlichkeit des Schulwesens herbeizuführen, die aber die Ausnutzung des öffentlichen Schulwesens den breiten Schichten der Minderbemittelten und Armen durch Erhebung hoher Schulgebühren in den oberen Stockwerken des Schulgebäudes tatsächlich unmöglich machte. Es wird schon heute nur ein Bruchteil der Schulausgaben durch die Einnahmen aus den Schulgeldern gedeckt. Die reichen Leute, denen die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs gegenüber dem heutigen Zustande ein Geschenk bedeuten würde, können auf andere Weise — nach ihrer Leistungsfähig-

keit durch besondere steuerliche Maßnahmen — stärker zu den Schullasten herangezogen werden. Die Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs kann aber nur einen Anfang bedeuten. Der Staat muß die Gewähr haben, daß die Schulkinder durch ausreichende Ernährung und Verpflegung auch imstande sind, dem Unterrichte zu folgen und den nötigen körperlichen und geistigen Gewinn aus den erzieherischen Maßnahmen zu ziehen. Als eine Übergangsmaßnahme auf dem Wege zu völliger unentgeltlicher Verpflegung in den öffentlichen Schulen könnten Beihilfen für die Eltern begabter Kinder angesehen werden. Solche Beihilfen dürften jedoch nicht den Charakter von Almosen oder Armenunterstützung tragen. Denn das Reich würde sie nicht nur im Interesse der Kinder und der Eltern, sondern hauptsächlich in seinem eigenen Interesse geben, es hebt auf diese Weise unermeßliche Schätze geistiger Volkskraft.

Für die Schulorganisation im einzelnen, für den Schulbetrieb und die Methoden im besonderen, lassen sich reichsgesetzlich keine Vorschriften machen. Es soll und muß der Initiative der Selbstverwaltungsorgane im Schulwesen, ferner besonders auch den Lehrerkollegien und den einzelnen Lehrern hierbei möglichst weiter Spielraum gelassen werden. Gerade im Schulbetrieb und bei der Erziehung ist die Persönlichkeit von großer Bedeutung, jegliche kleinliche Bevormundung ist dabei von Schaden. Unser Schulantrag verlangt für diese Fragen nur, daß sie an den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik, nicht aber an Glaubensartikeln und religiösen Satzungen oder an politischen Meinungen und Interessen irgendwelcher Art orientiert wird.

Ich persönlich habe die Hoffnung, daß mannigfache Erfahrungen während der Kriegszeit dem Hauptziele der Sozialpädagogik, der Einführung der Arbeit, der praktischen Handarbeit, in den Gesamtplan der Erziehung, die Tore weit aufstoßen werden. Die Praxis, die Technik, die Handgeschicklichkeit haben in diesem Kriege außerordentlich an Wertschätzung gewonnen, auch bei denjenigen, die bisher in der Handarbeit nur eine untergeordnete und nur für bestimmte Klassen geeignete Tätigkeit sahen. Besonders hat man den erzieherischen und sozialen Charakter der Arbeit und ihren Wert für die Bildung des Willens erkannt.

Im übrigen können die Forderungen eines Reichsschulgesetzes nur als Mindestforderungen angesehen werden. Dem Wetteifer nach oben sollen keine Grenzen gezogen werden. Eine innige Verschmelzung der Schulverwaltung mit einer demokratisch organisierten Selbstver-

verwaltung in Staat und Gemeinde muß für das Blühen und Gedeihen der Einheitsschule eine der wichtigsten Bürgschaften bilden.

* * *

Und wie steht's mit der Wehrhaftigkeit der Jugend? So könnte jetzt jemand fragen. Wo bleibt die Erziehung zu militärischer Tüchtigkeit, von der jetzt so stark und vorherrschend die Rede ist, daß man zu der Auffassung verführt werden könnte, diese körperliche Erziehung sei das Problem der zukünftigen Erziehung überhaupt?

In unserem Initiativantrage wird diese Seite der Erziehung nicht besonders genannt, wie auch andere besondere Seiten der Erziehung nicht ausdrücklich erwähnt werden. Zur Forderung der Einheitlichkeit des Schulwesens gehört selbstverständlich die Forderung ausreichender körperlicher Bildung. Sollen alle Fähigkeiten des Menschen voll zur Entfaltung gelangen, so muß zeitlich und sachlich der Anfang mit der gründlichen Pflege und Ausbildung des Körpers gemacht werden. Nur in einem gesunden Leibe können sich die geistigen und seelischen Eigenschaften des Menschen zwanglos und zu voller Blüte entwickeln. Wie die körperliche Erziehung im einzelnen in den Erziehungsplan einzugliedern ist, das festzustellen gehört wieder zu den Aufgaben der pädagogischen Fachleute.

Kommt die körperliche Erziehung in dem vollen Umfange, der ihrer Bedeutung gebührt, in der Erziehung zur Geltung, so sind Einrichtungen für eine besondere militärische Erziehung nicht nötig. Militärische Tüchtigkeit soll nicht der Zweck, sondern nur ein erwünschtes und notwendiges Nebenergebnis unserer allgemeinen Erziehungsmaßnahmen sein.

Die Sozialdemokratie verlangt in einem Punkte ihres Erfurter Programms die Erziehung zur Wehrhaftigkeit als ein Stück ihres militärischen Reformprogramms. Sie sieht darin eine Vorbedingung für die von ihr angestrebte Verkürzung der Dienstzeit. Das Maß dieser Verkürzung und die sonstigen militärischen Reformen, die die Sozialdemokratie wünscht, stehen hier nicht zur Erörterung. Es sei deshalb in diesem Zusammenhange nur kurz ausgesprochen, daß wir Sozialdemokraten bei jeder fortschrittlichen Heeresreform zugleich eine Reform der Erziehung in der Richtung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit für notwendig halten. Das ist in der Vergangenheit bei allen Debatten über Militärfragen stets von uns betont worden.

Unsere Forderung der Erziehung zur Wehrhaftigkeit bedeutet keinen Widerspruch gegen den soeben ausgesprochenen Satz, daß bei

einer richtigen körperlichen Erziehung eine besondere militärische Erziehung nicht nötig sei. Was wir unter Erziehung zur Wehrhaftigkeit verstehen, ist in einer Beziehung weniger als das, was gewöhnlich unter militärischer Jugenderziehung verstanden wird: sie ist für uns kein besonderer Unterrichtszweig, vor allen Dingen keine neben der Schule herlaufende rein kriegsmäßige Ausbildung in Jugendkompagnien. Aber nur in dieser Formfrage steht unsere Erziehung zur Wehrhaftigkeit hinter der herkömmlichen und zur Zeit besonders gepflegten militärischen Jugenderziehung zurück. In der Sache selber geht unsere Forderung viel weiter, und bei ihrer etwaigen Durchführung in hoffentlich nicht zu ferner Zukunft wird sie den Zweck, den denkbar höchsten Grad der Wehrhaftigkeit des Volkes zu bewirken, besser und zuverlässiger erreichen, als irgendeine noch so militärisch eingekleidete besondere militärische Jugenderziehung. Es soll hierbei unerörtert bleiben, ob etwa in außergewöhnlichen Zeiten auch in dieser Beziehung außergewöhnliche Maßnahmen notwendig werden können.

Wer die Erziehung zur Wehrhaftigkeit will, muß zuvörderst die unerläßlichen sozialpolitischen Voraussetzungen schaffen. Alle spätere Kinderpflege ist Stückwerk, sofern das Kind nicht gesund und lebensfähig zur Welt kommt. Daher: Schwangerenschutz, besonders für die erwerbsmäßig tätige Frau. Nach der Geburt ist das gefährdete Leben des Neugeborenen zu schützen durch Säuglings- und Mutterschutz. Durch Kinderhorte sind erwerbsmäßig tätige Mütter von der Sorge um die Unterbringung und Verpflegung der Kinder tagsüber zu entlasten. Alle Erziehungsanstalten, von der Krippe bis zur Hochschule, sind in geeigneter Weise ärztlich zu überwachen. Der gesamte Unterricht ist den Ansprüchen einer gewissenhaften Schulhygiene gemäß zu organisieren. Von Staat und Gemeinden sind Spielplätze und Walderholungsstätten bereit zu stellen. In allen Gemeinden sind genügend Turnhallen mit ausreichender Ausrüstung zu beschaffen. Alle Behinderungen des Turnvereinswesens haben aufzuhören.

Durch solche Maßnahmen wird die allgemeine körperliche Konstitution der Kinder für eine erfolgreiche militärische Erziehung vorbereitet und fähig gemacht. Im besonderen haben dann der Turnunterricht, das Wandern und alle sonstigen geeigneten Mittel der körperlichen Erziehung im öffentlichen Schulwesen diese Aufgabe fortzusetzen. Die Schärfung der Sinne, der richtige Gebrauch der Gliedmaßen, schnelle Entschlußkraft, die Fähigkeit ausdauernden Marschierens und des Ertragens von Mühsal und Entbehrungen, die Geschicklichkeit in der Beurteilung und Bewertung des Geländes, das

Zurechtfinden in ungewöhnlicher Lage und mit ungenügenden Hilfsmitteln, das Kartenlesen, das Entfernungsschätzen und zahlreiche andere Eigenschaften und Fähigkeiten, die zum Wesen eines guten Soldaten gehören, können zwanglos durch eine wohleingerichtete körperliche Erziehung in pädagogisch richtiger Verteilung auf die Altersstufen den Kindern von klein auf so anerzogen werden, daß sie ihnen zum festen stets gegenwärtigen Besitz werden.

Das aber ist gerade das Entscheidende. Alle diese Eigenschaften sind unerläßlich für den Soldaten; aber nicht minder nützlich und erstrebenswert sind sie für den Menschen überhaupt, woraus beiläufig folgt, daß ein normaler, körperlich und geistig voll entwickelter Mensch alle Voraussetzungen für einen guten Soldaten in sich trägt. Für die eigentliche letzte soldatische Ausbildung im engeren Sinne des Wortes, also vornehmlich im Gebrauch der Waffe, bedarf es bei solchen Menschen daher nur einer kurzen Zeit. In Monaten werden sie mehr lernen, als ohne solche Voraussetzungen in Jahren erlernt werden kann. Sicherlich wird schon der gegenwärtige Krieg für diese Behauptung zahlreiche wertvolle Beweise liefern und dadurch zum wichtigsten Anstoß für die Verkürzung der Dienstzeit werden. Dabei ist zur Zeit leider noch in keiner Weise die von uns gewünschte gründliche körperliche Vorbildung auf den Schulen vorhanden. In Zukunft wird die eigentliche militärische Ausbildungszeit wahrscheinlich noch in die Zeit der Erziehung im weitesten Sinne des Wortes, also unter Einbeziehung der Hochschulen und der technischen Fach- und Berufsschulen, fallen. Aber sie wird dann wesentlich kürzer sein als heute und dadurch der nationalen Volkswirtschaft große Werte an Arbeitskraft ersparen.

So notwendig für die Erziehung zur Wehrhaftigkeit in unserem Sinne die sozialpolitischen Voraussetzungen sind, so überflüssig und schädlich ist nach unserer Auffassung die enge Anlehnung der militärischen Jugenderziehung an die rein militärische Form und an die militärische Ideologie. Die Kinder sollen zwar so erzogen werden, daß jedes dereinst im Ernstfalle ein unübertrefflicher Verteidiger der Freiheit seines Vaterlandes ist, aber es ist pädagogisch und soziologisch falsch, den Kindern hiervon stets zu sprechen. Wenn man heute manchen Kriegspädagogen liest, sollte man glauben, der Krieg sei der Normalzustand der menschlichen Gesellschaft, und die Kinder müßten von der Muttermilch an zu rein kriegerischem Tun und Denken erzogen werden. Nichts ist falscher als das. Kinder sind Kinder und keine Soldaten und Vaterlandsverteidiger, sowenig wie sie Steuerzahler

und Politiker sind. Man soll ihnen ihre Kindheit lassen und ihnen diese nicht durch wesensfremde Gedankengänge trüben und beeinträchtigen. Wenn man ihnen vom Kriege sprechen muß, so kann das gar nicht anders als im Tone tiefsten menschlichen Bedauerns geschehen. Um so höher wird der Knabe den Vater schätzen, der trotz der grundsätzlichen Verwerfung des Krieges in der Stunde der Gefahr zur Waffe greift, um Haus und Hof und die Freiheit des Landes zu schützen.

Nicht aber sollen die Kinder von früher Jugend an den Krieg als etwas Unausweichliches und Selbstverständliches kennen lernen, auf den man sich schon als Kind vorzubereiten hat. Dazu ist der Krieg eine zu grausame Pflicht der Völker, wie uns Lebenden nach der Beendigung des gegenwärtigen Krieges erst voll zum Bewußtsein kommen wird. Und dazu ist die Seele des Kindes zu widerstandslos und zart, als daß sie schon die harten Eindrücke rein militärischer Erziehung und Ideologie ohne die Gefahr einer dauernden Schädigung ertragen könnte.

Der Frieden ist das Normale. Er wird deshalb von allen Menschen mit der heißesten Sehnsucht ihres Herzens herbeigewünscht. Nur im Frieden kann sich die menschliche Kultur entfalten und aufwärts entwickeln. Dafür aber arbeiten wir, darin sehen wir unsere gesellschaftliche Pflicht. Ihr wollen wir auch mit unserer Schulorganisation dienen. Und auch die Erziehung zur Wehrhaftigkeit soll ihr zugute kommen. Denn je höher die innere und äußere Kultur eines Landes ist, und je wehrhafter und entschlossener seine gesamte Bevölkerung zu ihrer Verteidigung bereit steht, um so weniger hat es zu befürchten, daß es in die furchtbaren Wirrsale eines Krieges hineingezogen wird.

Gemeinsame Arbeit, der Weg zum inneren Frieden.

Von Friedrich Thimme.

Es ist doch etwas Wahres daran, daß der Krieg der Vater aller Dinge ist. Was der lange Frieden, dessen sich das Deutsche Reich seit seiner Gründung erfreute, noch nie zustande zu bringen vermocht hat: eine völlige Einheit und Geschlossenheit unseres Volkstums, eine nationale Zusammenarbeit aller Klassen, Berufsstände und Parteien zu einem Zwecke, der Krieg hat sie mit einem Schlage, gleichsam über Nacht ins Leben treten lassen. Diese einmütige nationale Zusammenarbeit dokumentierte sich am machtvollsten in den Tagungen der berufenen Vertretung des deutschen Volkes, im Reichstage, vor allem in der ewig denkwürdigen Sitzung des 4. Augusts, aber auch in den späteren Tagungen vom Dezember 1914 und März 1915; kein Zweifel, daß sie in der bevorstehenden Augusttagung von neuem nachhaltigen Ausdruck finden wird. Sie zeigte sich in der freudigen Entschlossenheit des ganzen Volkes, jedes Opfer an Gut und Blut für das Vaterland zu bringen, in dem Zusammenströmen der Freiwilligen, in den gewaltigen Erfolgen unserer Kriegsanleihen, in der bewundernswürdigen Konzentration aller unserer wirtschaftlichen und geistigen Kräfte auf die Zwecke der nationalen Verteidigung, in der überall einsetzenden sozialen Hilfsarbeit, in der Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und in tausendfältigen Anzeichen mehr. Die Summe dessen, was unsere organisierte nationale Zusammenarbeit geleistet hat, ist eine schlechthin bewundernswerte; sie bedeutet vielleicht die größte Leistung, die je ein Volk hervorgebracht hat. Wie auch der Weltkrieg, in dem wir stehen, ausgehen mag, sicher ist uns der Ruhm, daß das deutsche Volk in der Einheit seines nationalen Zusammenschlusses, in der Kraft und Wirkung seiner nationalen Zusammenarbeit aller Welt voran ist.

Kann aber dieses Prinzip der gemeinsamen Zusammenarbeit, das durch den Krieg geboren ist, den Krieg überleben? Wird nicht das wirtschaftliche Erwerbsstreben, das selbst im Kriege nur durch die Macht des Staates zurückgedrängt werden konnte, durch den Frieden

von neuem entfesselt werden? Wird nicht der Kampf aller Parteien gegeneinander, der jetzt durch den Burgfrieden unterbunden ist, um so lebhafter wieder einsetzen? Ist nicht schon jetzt deutlich, wie unwillig und mühsam der Waffenstillstand der Parteien ertragen wird? Wird nicht gerade der Kampf zwischen den bürgerlichen und der sozialistischen Partei lebhafter wie je aufflammen und so ein gedeihliches Zusammenarbeiten unmöglich machen?

Ja, es wäre ein Irrtum, zu glauben, die nie gesehene Einigkeit der Augusttage, die gegenseitige Verschmelzung aller Klassen und Parteien, die Erhebung über alle inneren Gegensätze könnte für immer vorhalten. Wenn der Krieg vorüber ist, wird der Kampf der Parteien wieder in sein Recht treten. Es ist wahr: ohne Parteien, ohne politischen Kampf gäbe es kein politisches Leben auch für das freieste und einigste Volk; nur in fortdauerndem Kampf erzeugt sich stets von neuem der Fortschritt. Aber die Gegensätze brauchen nicht wieder so kraß, so schroff zu werden, so sehr mit Absicht auf die Spitze getrieben zu werden, wie es vordem der Fall war; der Kampf der Parteien und Klassen darf nicht mehr in Feindschaft, Bitterkeit und Gehässigkeit ausarten, mit vergifteten Waffen geführt werden; immer und unter allen Umständen muß in Zukunft die Möglichkeit und der gute Wille zur nationalen Zusammenarbeit festgehalten werden. Es kann doch gar nicht anders sein, als daß die Fülle und die Wucht der eindringlichen Lehren, die der Krieg uns allen ins Herz gehämmert hat, für alle Zeiten fortwirkt. Niemand ist, der nicht aus diesen Lehren zu lernen sich auf das heißeste bemühen müßte; nicht der Staat, nicht die Klassen und Parteien, nicht das einzelne Individuum dürfen sich solcher ernsten und heiligen Pflicht entziehen.

Viele von den Lehren und Erkenntnissen, die uns der Krieg gebracht hat, sind schon in diesem Buche aufgezeigt worden; hier, zum Schluß, mögen noch einmal die wichtigsten, mit den Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, zusammengefaßt werden. Es ist nur billig, daß unter ihnen die vorangestellt werden, die vor allem dem Staat und den bürgerlichen Klassen und Parteien gelten.

Als grundlegend für unser ganzes künftiges Staatsleben ist vorweg die hellstrahlende Erkenntnis festzuhalten, daß alle unsere Parteien einschließlich der sozialdemokratischen national sind. Der Krieg hat uns die Offenbarung gebracht, daß in der nationalen, der deutschen Gesinnung nicht der mindeste Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Welt besteht: alle sind wir bereit für das Vaterland auch das Letzte hinzugeben. Mit einer Geschlossen-

heit und Entschlossenheit, die unsere kühnsten Hoffnungen übertraf, ohne Zögern und ohne Wanken hat sich die Sozialdemokratie auf die Seite des bedrohten Vaterlandes gestellt. Auch heute noch, nachdem der Krieg ein volles Jahr gedauert hat, verharrt die Sozialdemokratie in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Standpunkte des Durchhaltens. Zwar haben ihre Vertreter schon am denkwürdigen 4. August gefordert, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung Deutschlands erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt seien, ein Ende durch einen Frieden gemacht werde, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermögliche. Sie hat dann in ihrem Friedensmanifest vom 23. Juni, obwohl diese Sicherung noch keineswegs erreicht war, obwohl auch nicht einer der Gegner zum Frieden bereit war, die Regierung auffordern zu dürfen geglaubt, den ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens zu tun. Aber das Wesentliche und Entscheidende bleibt doch, daß sie die Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit unseres Landes als ein elementares und unbedingtes Erfordernis festhält. Kein Zweifel ist erlaubt, daß die Sozialdemokratie, mag sie im übrigen zu der Frage der Friedensziele stehen wie sie will, dies tut und tun wird; noch die Auslassung des Parteivorstandes vom 28. Juni, die es geradezu für eine Pflicht der Sozialdemokratie erklärte, der Sicherung der vollen Unabhängigkeit Deutschlands im eigensten Interesse der deutschen Arbeiterwelt zu dienen, erhärtet es. Eine feste Bürgschaft für das geschlossene Durchhalten der sozialdemokratischen Massen bietet auch das Verhalten der Gewerkschaften. Für immer unvergessen soll es bleiben, daß die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände, die vom 5. bis 7. Juli tagte, einstimmig sich zu der nationalen Haltung der Fraktion bekannte, einstimmig die von den „Sonderbündlern in der Partei" vertretenen Ansichten als dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften völlig widersprechend weit von sich wies.

Wenn aber die Sozialdemokratie sich in der großen Probe dieses Krieges bis zum Schluß als eine nationale bewährt, so darf selbstverständlich im künftigen Frieden zwischen ihr und den übrigen nationalen Parteien nicht der geringste Unterschied mehr gemacht werden; der Staat und die bürgerlichen Parteien müssen sie in vollem Umfang als gleichberechtigt anerkennen. Es darf nicht mehr sein, daß die Wünsche und Forderungen der Sozialdemokratie von den übrigen Parteien und der Regierung, wie es früher doch oft der Fall war, leichthin beiseite geschoben werden; heute kann sie wahrlich verlangen, ernst genommen zu werden. Es darf nicht mehr sein, daß die sozial-

demokratischen Organisationen, die freien Gewerkschaften zumal, mit einem anderen Maße gemessen werden als die bürgerlichen, daß Sozialdemokraten der Eintritt in die Magistrate, Schuldeputationen usw. verweigert wird. Es darf ganz gewiß nicht sein, daß die sozialdemokratische Überzeugung als ein nationales oder gar moralisches Unrecht gebrandmarkt oder gesellschaftlich geächtet wird. Heute in der Kriegszeit, wo viele Hunderttausende von Sozialdemokraten ihre patriotische Pflicht draußen vor dem Feinde mit derselben Treue und Aufopferung erfüllen wie ihre bürgerlichen Kameraden, hat ja das auch alles aufgehört, es darf aber auch im künftigen Frieden nicht wiederkehren, um keinen Preis! Gerade die Ausnahmestellung, in die die Sozialdemokratie hineingedrängt war, hat doch in den Reihen ihrer Anhänger, bei den Älteren zumal, die noch die Jahre des Sozialistengesetzes erlebt haben, ein Maß der Verbitterung erweckt, von dem man in der bürgerlichen Welt kaum zutreffend Kenntnis gehabt hat, und das auch heute noch nachwirkt, vielleicht erst nach einer langen Reihe von Jahren ganz schwinden kann. Durch nichts aber ließe sich dieser innere Prozeß mehr beschleunigen, durch nichts auch könnte die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie zur Mitarbeit mit den anderen Parteien mehr gestärkt werden, als wenn ihr von allen Seiten das Maß der Gleichberechtigung und Achtung entgegengebracht wird, auf das sie sich heute ein volles Anrecht erworben hat.

Eine zweite grundlegende Folgerung, die Staat und Gesellschaft aus den Erfahrungen des Krieges abzuleiten haben, betrifft die Bedeutung des demokratischen Prinzips. Noch nie ist so klar zutage getreten, welche eminente politische und militärische Bedeutung im heutigen Staate der Masse des Volkes zukommt. Unser Krieg ist ein Volkskrieg im wahren Sinne des Wortes; das ganze Volk nimmt an ihm teil, es trägt seine schweren Lasten, seine unerhörten Opfer, es errettet den Staat. Weil aber dem so ist, so kann und darf das Volk erwarten, daß ihm der Staat mit Freiheit und Vertrauen lohne, daß man seine Volksrechte nicht ängstlich beschneide, sondern sie so weit wie immer möglich ausdehne, daß man ihm eine lebendige Anteilnahme am Staatsleben gönne, daß man allen seinen Klassen und Individuen volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung, gleiche Bewegungsfreiheit, gleiche Entwicklungsmöglichkeit gebe. Wir dürfen aus den verheißungsvollen Worten des Kaisers und des Kanzlers, in denen soviel von dem freien deutschen Volke, von dem nationalen Leben, in dem sich das deutsche Volkstum frei entfalten könne, von der Mitwirkung des Volkes bei den Bedingungen seines zukünftigen Lebens die Rede ist,

die freudige Zuversicht gewinnen, daß unsere innere Entwicklung in der Tat in dieser Richtung verlaufen wird. Wir dürfen auch hoffen, daß selbst unsere rechtsstehenden Parteien sich der Notwendigkeit einer Ausgestaltung unseres Verfassungslebens im Sinne einer Stärkung der Volksrechte nicht entziehen werden. Heute, wo es so klar zutage tritt, daß unsere gewaltigen Erfolge zum guten Teile gerade auf den demokratischen Einrichtungen beruhen, mit denen unser Staat durchsetzt ist, auf dem demokratischen Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht, auf unserer Volksschule, auf unserer sozialen Gesetzgebung, des freien Wahlrechts gar nicht zu gedenken, das uns einen, auch den allerhöchsten nationalen Anforderungen in entscheidender Zeit gewachsenen Reichstag beschert hat, heute muß das Wort von den demokratischen Prinzipien seinen Schrecken auch für den konservativsten Politiker verloren haben, heute muß — wir können uns das Wort eines sozialdemokratischen Schriftstellers aneignen — „auch der konservative Politiker wissen, daß er seine Ziele nur in demokratischen Formen erreichen kann. Wer konservativ ist, muß sich schon bequemen, das Volk konservativ zu machen und mit einer konservativ gerichteten Demokratie zu regieren". Daß bei uns eine Demokratie je zu einer Herrschaft der Gasse entarten könne, wie wir sie schaudernd in den romanischen Ländern erlebt haben, braucht niemand zu fürchten; das deutsche Freiheitsgefühl ist ja zum Glück aufs innigste gepaart mit freiwilliger Unterordnung unter die Staatsnotwendigkeiten, mit einem Höchstmaß von Staatsgesinnung und Pflichtgefühl. Wir wollen auch gar keine Demokratie nach französischem oder englischem Muster — sie kann uns so wenig imponieren wie dem radikalen schwedischen Demokraten G. F. Steffen, der an ihr die für echte Demokratie und echte Freiheit nötige Tiefe des Staatsbewußtseins, das Salz des sozialen Pflichtgefühls und der sozialen Organisationskraft vermißt —, wir wollen den freien deutschen Volksstaat, der allein dem politischen Genius des deutschen Volkes entspricht. Dieses Ziel, das eine kraftvolle Regierung keineswegs ausschließt, sie vielmehr erfordert, wollen wir im Grunde alle, welches auch unsere Parteizugehörigkeit sei. Es ist aber schon ein Großes, wenn wir ein solches gemeinsames Ziel zu erkennen und ins Auge zu fassen vermögen. Es genügt doch nicht, daß die bereitwillige Zusammenarbeit aller Parteien, zu der ihre nationale Gleichberechtigung den Weg bahnt, von Fall zu Fall eintritt, sie muß, um wirksam zu werden, ein Ziel haben, und dieses kann nur der freie und machtvolle deutsche Volksstaat sein.

Es ist noch eine dritte grundlegende Folgerung, die Staat und

Parteien aus den Lehren des Krieges zu ziehen haben, und die zugleich dem Ziel des freien deutschen Volksstaates noch höhere und weitere Perspektiven verleiht: die gewaltige Bedeutung des Sozialprinzips. In welch innigem Zusammenhange soziale Fürsorge und deutscher Siegeswille stehen, ist uns von berufenster Seite gezeigt worden. Es hat sich in der Tat bewahrheitet: „In Stunden der Entscheidung wird dem Volk die Siegespalme zuteil, das am stärksten von dem kategorischen Imperativ sozialer Pflicht durchdrungen, im Kampfe gegen menschliches Elend die größten Erfolge aufzuweisen hat, den Schutz der Armen und Notleidenden am wirksamsten durchzuführen vermag." So ist der Krieg für uns die glänzendste Rechtfertigung unserer Sozialpolitik, die höchste Offenbarung des Sozialprinzips, die stärkste Mahnung an unser soziales Gewissen. Fast mit Beschämung denken wir heute daran, daß wir vor dem Kriege ernsthaft darüber debattieren konnten, ob wir nicht schon ein Zuviel an sozialer Reform hätten. Heute wird sich auch unsere Industrie, die sich so oft über die Lasten und Hemmnisse beklagte, die ihr unsere Sozialpolitik brachte, des Segens derselben vollkommen bewußt geworden sein. Unsere Industrie hat in diesem Kriege eine bewundernswerte Höchstleistung vollbracht, indem sie sich in kürzester Zeit den so völlig veränderten Wirtschaftsverhältnissen des Krieges anpaßte und allen Bedürfnissen des Heeres wie des Volkes gerecht zu werden wußte. Nie aber wäre das möglich gewesen, wenn nicht die industriellen Arbeitermassen, unter Führung der Gewerkschaften, mit einer Uneigennützigkeit, die ihresgleichen nicht hat — man denke nur an die Haltung der Arbeiterschaft in England, die rücksichtslos die Kriegskonjunktur zu ihren Gunsten auszunutzen sucht —, den Unternehmern die Hand zur vollen Sicherung unseres Kriegs- und Wirtschaftsbedarfs gereicht hätte. Und diese Haltung der Arbeiterschaft ist wieder nicht denkbar ohne die erzieherische Wirkung einer Sozialpolitik, die sich auf den Standpunkt der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stellt, selbstverständlich auch nicht denkbar ohne die Disziplin, das Solidaritätsgefühl und das Verantwortlichkeitsbewußtsein, das in den Reihen der organisierten Arbeiter lebt. —

So drängen die Erfahrungen des Krieges mit aller Macht dahin, daß aus ihm und nach ihm eine neue Ära sozialer Reformen erwachse. Unnötig die Sorge, daß unsere Volkswirtschaft ein weiteres Maß sozialer Reformen nicht zu ertragen vermöge; gerade wir, die wir an Organisationskunst und an technischer Vollendung unseren Gegnern so weit voraus sind, können und müssen ihnen auch in Zukunft das

Beispiel fortschreitender sozialer Kultur geben; sie werden ja doch genötigt sein, uns darin zu folgen, wie sie uns schon in so Vielem nachgeahmt haben. Es darf uns auch nicht das Bedenken irre machen, als könnten wir auf dem Wege sozialer Reformen unversehens in den Sozialismus hinabgleiten. Wenn der Begriff des Sozialismus je für uns ein Schrecken sein durfte, heute im Kriege kann es nicht mehr der Fall sein. Wir leben ja mitten in einem Kriegssozialismus oder Staatssozialismus; wir sehen in ihm unser Heil und treiben den Staat dazu an, den Egoismus des Erwerbsstrebens, der das Allgemeinwohl bedroht, immer noch mehr einzuschränken. Und so leicht läßt sich doch die Spur der „sozialistischen Errungenschaften des Krieges", die nicht ohne Grund von der Sozialdemokratie hoch bewertet werden, nicht verwischen. Wir werden uns in Zukunft jedenfalls dem Problem, ob und inwieweit unsere heutige Wirtschaftsordnung, der Gegenwartsstaat, der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Sozialismus, dem Zukunftsstaat, näher zu führen ist, nicht leicht mehr entziehen können. Es ist auch gar nicht abzusehen, warum gerade wir als eine aufsteigende Nation mit großer Zukunft, wie eine jüngst erschienene Schrift ausführt, uns hüten müßten, auf diesem Gebiete voranzugehen. Wer anders als die hochstrebendste Nation, die wir zu sein meinen, die wir zumindest sein wollen, sollte denn den Beruf haben, der Welt den Weg zum sozialen Frieden zu zeigen, der doch in der Versöhnung und Ausgleichung des individualistischen und des sozialen Prinzips zu suchen ist?

Es sind aber nicht Staat und bürgerliche Gesellschaft allein, die die Lehren des Krieges zu beherzigen haben; auch die Sozialdemokratie wird es nicht ablehnen wollen, aus ihm zu lernen. Wir sahen es eben, daß der Sozialdemokratie nicht verwehrt werden darf, aus den sozialistischen Errungenschaften des Krieges neue Hoffnungen auf die Herbeiführung des Zukunftsstaats zu schöpfen. Aber zweierlei bleibt dabei wohl zu beachten. Einmal hat sich doch gezeigt, daß unsere heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung, entgegen weitverbreiteten Anschauungen in der sozialdemokratischen Partei, bei dem allerstärksten Anprall, der ihr je einmal beschieden sein konnte, nämlich beim Ausbruch eines Krieges und nun gar eines Krieges, der sich ganz gegen unser Wirtschaftsleben zuspitzt, nicht nur — wir zitieren hier eine der vielen sozialdemokratischen Stimmen, die das konstatieren — nicht in sich selbst zusammenstürzte, sondern mit einer wunderbaren

Unerschütterlichkeit weiter arbeitete und sich als höchst leistungs- und widerstandsfähig erwies. Gewiß konnte das nur geschehen, weil die Arbeiterschaft vor allem um des Vaterlands willen, aber doch auch um ihrer selbst willen, weil nun einmal die wirtschaftliche Existenz der Arbeiterklasse aufs stärkste und unmittelbarste mit unserer heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verknüpft ist, mit allen Kräften für den kapitalistischen Staat eintrat. Aber gerade die Tatsache, daß die Arbeiterschaft in einer Krise wie der gegenwärtigen, nicht umhin konnte, dies zu tun, bedeutet doch das Ende der Zusammenbruchs- und Revolutionstheorie, in der bürgerliche Kreise sich gewöhnt hatten einen wesentlichen Bestandteil der sozialistischen Doktrin zu sehen. Sehr mit Unrecht freilich, da die Entwicklungslehre von Marx vielmehr darauf hinausläuft, daß der geschichtliche Prozeß der Umwandlung des kapitalistischen Staates in den sozialistischen sich allmählich und gleichsam von selbst in der Weise vollziehen wird, daß sich im Schoß der kapitalistischen Welt die Keime der sozialistischen entwickeln, bis diese deren Überbau sprengen. Diese Katastrophen- und Revolutionstheorie aber war es, an der sich die Abneigung der bürgerlichen Gesellschaft gegen den Sozialismus immer von neuem entzündete. Je mehr sie innerhalb der Sozialdemokratie fallen gelassen, je mehr die revolutionären Phrasen, die keinerlei praktischen Wert haben und nur den Aufstieg der Arbeiterschaft zu Macht und politischem Einfluß hemmen können, zurückgedrängt werden, um dem Grundsatz der positiven Arbeit Platz zu machen, desto bereiter muß und wird die bürgerliche Gesellschaft sein, dem Sozialismus die Hand zu solcher gemeinsamen Arbeit zu reichen.

Eben dahin aber führt eine zweite Folgerung, die sich der Sozialdemokratie aus den Erfahrungen des Krieges aufdrängen müßte. Gerade der Krieg hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie, wenn sie die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die Vergesellschaftung der Produktion, die Sozialisierung der Gesellschaft anstrebt, auf ein Zusammengehen mit dem Staat und mit den starken sozialen Triebkräften, die ihr mitten aus der bürgerlichen Gesellschaft entgegenkommen, angewiesen ist. Wer anders hat denn die sozialistischen Errungenschaften des Krieges, die die Sozialdemokratie als einen Wegweiser in die Zukunft auffaßt, mit starker Hand ein- und durchgeführt, als der Staat? Wer anders als der Staat hat die Macht in den Händen, eine Überspannung der kapitalistischen Triebe, die nach dem Kriege und zumal nach einem siegreichen Kriege droht, einzudämmen und statt ihrer ein neues Zeitalter der sozialen Reform

heraufzuführen? Wenn aber diese Erkenntnis Raum in den breiten Massen der Arbeiterschaft gewinnt, so ergibt sich die Konsequenz von selbst, daß die Sozialdemokratie in Zukunft nicht mehr bei der prinzipiellen Negation des Staates verharren kann, vielmehr sich auf den Boden einer positiven politischen Haltung ihm gegenüber stellen muß. Zu einer solchen positiven Haltung drängt heute, wie uns scheint, alles. Vor allem auch die Stimmung der vielen Hunderttausenden von Arbeitern im Felde. Sie sind da draußen in das unmittelbarste und positivste Verhältnis zum Staate getreten, ihre Staatsgesinnung hat sich folgerecht in hohem Maße verstärkt, ihr Wille ist ganz auf das Sachliche, das Wirkliche, auf positive Zusammenarbeit mit den Kameraden und Vorgesetzten, ohne Unterschied der Klassen gerichtet; werden sie, nach Hause zurückgekehrt, ihre Freude am Verneinen, an einer Herrschaft der Theorie und der Phrase finden können? Auch in der Arbeiterschaft daheim, in den Gewerkschaften zumal, die so ganz auf positive Arbeit gestellt sind, lebt, des sind wir gewiß, ein ehrlicher, durch die gemeinsame Zusammenarbeit des Krieges noch verstärkter Hunger nach positivem Schaffen, nach weitgehender Mitarbeit am Aufbau des neuen Deutschlands. Es wäre unrecht, nicht anzuerkennen, daß die Sehnsucht nach lebendiger, verantwortungsvoller Anteilnahme in Gesetzgebung und Verwaltung auch früher in der Arbeiterschaft vorhanden gewesen ist. Wie aber die Dinge lagen, wurde sie immer von neuem in die negative, die scharfe und oft gewiß überscharfe Kritik an allem Bestehenden und Werdenden zurückgedrängt. Heute jedoch hat sich die Sachlage von Grund aus verändert. Heute ersehnt das ganze bürgerliche Deutschland, so dürfen wir wohl sagen, die weitgehende Mitarbeit der Sozialdemokratie, es heißt sie tausendmal willkommen und um so willkommener, je mehr ihr Wille ein Sachwille, gerichtet auf positive Betätigung, ist, neben der selbstverständlich der Kritik immer ihr Recht gewahrt bleiben muß. Ein solcher Wille würde selbst auf der Rechten seines nachhaltigen Eindrucks nicht verfehlen; eben erst ist von einer Seite, auf der man die schärfsten Gegner der Sozialdemokratie zu suchen gewohnt ist, betont worden: „Je positiver die Sozialdemokratie wird, desto stärkere Beachtung werden ihre Wünsche auf der Rechten finden . . . Und ganz sicher ist es, daß man einer positiv wirkenden Arbeiterschaft politische Rechte verleihen kann, die man einer im wesentlichen negativ wirkenden nicht zu gewähren vermag.“ Nein, nicht „verleihen kann“, sondern „verleihen muß und wird“, hat es zu heißen!

Ob eine positive und verantwortungsfreudige Mitarbeit der

Sozialdemokratie am Staatsleben sich mit einer grundsätzlichen Ablehnung des Gesamtbudgets, sei es im Reiche, sei es in den Einzelstaaten, vertragen würde, braucht hier nicht näher untersucht zu werden. Diese Frage, die durch die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem Reichsbudget von 1915 ohnehin in ein neues Stadium getreten ist, darf ruhig der Sozialdemokratie selbst überlassen bleiben; sie wird hier, wo es sich letzten Endes doch nicht um eine wirkliche Prinzipienfrage, sondern, wie auch Bebel anerkannt hat, um eine taktische handelt, sicherlich den Weg finden, der gleichzeitig den Interessen des Vaterlands und ihrem eigenen Aufstieg dient.

Vielleicht ist es nicht überflüssig, in diesem Zusammenhang zu betonen, daß alle diejenigen, denen es um die nationale Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit den übrigen Faktoren unseres Staatslebens zu tun ist, auf das sorgfältigste vermeiden sollten, sich in die inneren Angelegenheiten der Sozialdemokratie zu mischen oder gar von ihr einen ausdrücklichen Verzicht auf ihre bisherigen Grundsätze zu verlangen. Es sei hier an das weise Wort Gustav von Schmollers, erinnert: „Man muß nur gegenseitig nicht Abschwören der bisherigen Ideale fordern, sondern mit praktischem Verstande sich auf das zunächst am leichtesten Erreichbare unter Vorbehalt der alten Ideale beschränken". Auf dieses Wort ist im Grunde unsere ganze Schrift gestimmt, die ein Beispiel und ein Vorbild für das künftige Zusammenarbeiten aller Parteien im neuen Deutschland geben möchte. Mit Absicht ist in dieser Schrift alles Trennende beiseite gelassen, alles, was einigt und zusammenhält, in den Vordergrund gestellt worden; das gerade ist der Weg, der die praktische nationale Zusammenarbeit erleichtert und so den einzig möglichen Weg zum inneren Frieden erschließt. Wer in dieser Schrift etwa eine Erörterung von Prinzipienfragen vermißt*), der mag sich ein Wort des Großen Friedrich gesagt sein lassen, das gerade jetzt nicht genug beherzigt werden kann: „Der Herrscher hat keinerlei Recht über die Denkungsart der Bürger .... Diese Toleranz ist für die Gemeinschaft, in der sie eingeführt ist, sogar dermaßen vorteilhaft, daß sie das Glück des Staates begründet."

Ja, es würde ein Glück für das neue Deutschland, dem wir mit so hochgespannten Hoffnungen und Erwartungen zustreben, sein, wenn alle seine Bürger, ob sie nun dem bürgerlichen oder sozialistischen Lager angehören, in dasselbe mit dem ehrlichen Willen hineinschreiten,

*) Vgl. zu dem Thema Monarchie und Sozialdemokratie meine Ausführungen im Augustheft der Süddeutschen Monatshefte.

gegenseitig ihre Denkungsart, ihre Überzeugungen und Ideale zu achten und gelten zu lassen. Sie können das um so mehr, als sie durch das gewaltige Erlebnis des Weltkrieges erfahren haben, daß sie trotz aller trennenden Schranken der Klassen und der Parteien eine unauflösliche Gemeinschaft, eine nationale Einheit sind. Tun sie es aber, dann und nur dann kann sich die gemeinsame nationale Zusammenarbeit, die die Parteien und Klassen trotz aller auch für die Zukunft unausbleiblichen Gegensätze und Kämpfe immer wieder zusammenschweißt und so die Gegensätze selbst allmählich abschleift, schöpferisch und fruchttragend gestalten. Wir wollen es doch nicht vergessen, welche ungeheuren Aufgaben vor uns liegen. Noch stehen wir mitten im Weltkampfe, noch ist die volle politische und wirtschaftliche Sicherung unseres Vaterlandes nicht erreicht. Auch nach dem Frieden, der ja einmal dem Kriege ein Ende bereiten muß, werden wir noch schwer und lange zu ringen haben, um uns im freien Wettbewerb aller Völker, für den wir letzten Endes kämpfen, selbständig und gleichberechtigt unter voller Entfaltung unserer großen organisatorischen Fähigkeiten durchzusetzen. Wir müssen nach dem Frieden weiter die tiefen und schmerzlichen Wunden zu heilen suchen, die der Kampf gegen soviel mächtige Feinde unserm Lande und Volke geschlagen hat; ach, sie werden noch lange bluten! Wir müssen den Aufbau des neuen Deutschland errichten, an das wir alle die höchsten Forderungen und nicht zuletzt die Forderung stellen, daß es die berechtigten Wünsche unserer Arbeiterschaft erfülle. Wir müssen unseren Beruf einer großen und freien Kulturnation, den unsere Feinde ringsum uns abstreiten möchten, vor aller Welt dartun, indem wir unser Teil — möge es ein großes, sehr großes Teil sein! — dazu beitragen, die höchsten Fragen der Menschheit, und darunter vor allem die soziale Frage zu lösen. Wir müssen und wir wollen, um ein Wort Bebels zu zitieren, das allen Deutschen aus dem tiefsten Herzen gesprochen sein sollte, „dieses unser Vaterland zu einem Lande machen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht!“ Das alles aber können wir nur erreichen durch die gemeinsame, alle Klassen und Parteien umschließende, immer wieder von neuem einsetzende nationale Zusammenarbeit aller Deutschen. Und darum ist diese geistige Arbeitsgemeinschaft unseres ganzen Volkes gewiß nicht die einzige, aber die höchste Forderung des Tages, der uns den ersehnten Frieden bringt!

BINDING LIST SEP 15 1929

Ec.H
T443a

236851

Author Thimme, Friedrich and Legien, Carl (eds).

Title Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.

NAME OF BORROWER.

DATE.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU